
LUXEMBURG 3
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2014
WELTKRISENPOLITIK GAYATRI SPIVAK | JAN VAN AKEN | ISABELL LOREY | VLADIMIR ISCHCHENKO | ULLA JELPKE | RAINER RILLING THOMAS SEIBERT | ALEX DEMIROVIĆ | SHREEN SAROOR | ACHIN VANAIK | CORINNA HAUSWEDELL | MALTE DANILJUK, U.A.



Der Unterricht an einer zerstörten Schule wird wieder aufgenommen, Kabul, 2006, UN Photo/flickr

WELT KRISEN POLITIK

SPIEGEL:
Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt noch in Ordnung …
ADORNO:
Mir nicht.
(Mai 1969)

WELT DENKEN
Wie Deutschland seine ökonomische Macht politisch wendet
Von Rainer Rilling

KRIEGE FÜHREN
Wie der Diskurs um ›human security‹ militarisiert wird
Von Corinna Hauswedell

EINSTIEGE FINDEN
Warum das PKK-Verbot abgeschafft gehört
Von Ulla Jelpke

SCHWERPUNKT: WELTKRISENPOLITIK



6 Wer hört die Subalterne? Ein Rück- und Ausblick
Von Gayatri Chakravorty Spivak

16 FOTOSTRECKE: Fette Beute – Reichtum zeigen



WELT DENKEN

20 Weltumordnung
Wie Konturen des Neuen allmählich sichtbar werden
Von Mario Candeias

24 Hegemony in the Making
Von Rainer Rilling

32 American Decline?
Wie sich das Empire reorganisiert
Von Ingar Solty

38 Fracking, Freedom, Freihandel
Wie die Weltenergieordnung umgebaut wird
Von Malte Daniljuk

46 BRICS: Aufstieg des Südens oder Neuordnung der Eliten?
Warum sich weniger ändert, als man denkt
Von Achin Vanaik

52 INTERVIEW: »… als gehe es um die Wahl zwischen zwei Zivilisationen«
Gespräch über Brüche und Perspektiven in der Ukraine
Von Vladimir Ischchenko

KRIEGE FÜHREN

60 Mit Sicherheit mehr Verantwortung?
Von Corinna Hauswedell

68 DEBATTE: Responsibility to Protect
Was an der ›Schutzverantwortung‹ faul ist
Von Wolfgang Obenland und Jan van Aken

78 Drohnenkriege
Warum Big Data tödlich sein kann
Von Norbert Schepers

EINSTIEGE FINDEN

86 20 Jahre Genozid in Ruanda
Welche Konsequenzen sich für die zivile Konfliktbearbeitung ergeben
Von Jörn Jan Leidecker

92 Ohnmächtige OSZE
Warum sie ein Terrain linker Außenpolitik sein sollte
Von Nadja Douglas

98 INTERVIEW: Aufarbeitung – Fehlanzeige
Gespräch über Gewalt gegen Frauen in Sri Lanka
Mit Shreen Abdul Saroor

104 Ebola als Brennglas
Warum soziale Infrastrukturen die Lösung sind
Von Andreas Wulf

110 Was ist linke Migrationspolitik?
Warum globale Bewegungsfreiheit ethisch geboten und strategisch notwendig ist
Von Fabian Georgi

116 »…sich nicht zu beteiligen!«
Warum Zivilklauseln ein Erfolgsmodell sind
Von Nicole Gohlke

120 Vom langen Ende der Friedensforschung
Wie ihr Gesellschaftskritik abhanden kam
Von Werner Ruf

124 »Außenpolitisch nicht mehr vertretbar«
Von Ulla Jelpke

130 Eine Perspektive der Subalternen
Wie die LINKE Außenpolitik verhandelt
Von Raul Zelik

RUBRIKEN

4 ROSA-LUX KOMPAKT

58 DER NAME DER ZEIT: Big Data im neofeudalen Kapitalismus
Von Hans Jürgen Krysmanski

62 FOTOSTRECKE: Bilder aus Rojava
Von Birgit Haubner

ABSEITS

84 Poesie eines kurzen Lebens
Von Xu Lizhi

134 Die Welt verändern, das Leben ändern
Von Thomas Seibert

142 Ausweis her! New York City führt ein kommunales Personaldokument ein
Von Alina Mogilyanskaya

146 KONTROVERS: Partizipation und Demokratie
Mit Isabell Lorey und Alex Demirović

160 IMPRESSUM

LUXEMBURG ONLINE



Neue Energie für Amerika
Von Michael T. Klare

Ukraine: Geschichte einer forcierten Spaltung
Von Philipp Kreutzer

Wo steht die zivile Konfliktbearbeitung?
Von Christine Schweitzer

Eine neue Klimabewegung
Von Naomi Klein

UNASUR: Regionale Integration als Kriegsursachenbeseitigung
Von María Diaz

Wofür kämpft Kobanê?
Von Metin Yeğin

INTERVIEW: Podemos – Ausdruck einer Notwendigkeit
Mit Pablo Iglesias

ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

ERNEUERUNG DURCH STREIK II

KONFERENZ IN HANNOVER, SEPTEMBER 2014

Welche Rolle können Erfahrungen aus Arbeitskämpfen in den Debatten um gewerkschaftliche Erneuerung spielen? Wie kann Widerstand unter prekären Bedingungen aussehen? Wie lassen sich Branchenauseinandersetzungen politisieren? Diese und andere Fragen betrieblicher Konflikte und gewerkschaftlicher Strategiebildung diskutierten Teilnehmende bei der II. Konferenz »Erneuerung durch Streik«, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem ver.di-Bezirk Hannover/Leine-Weser und dem ver.di-Bildungswerk Niedersachsen organisierte und die von der IG Metall, der IG BAU, der NGG und der GEW (alle Hannover) unterstützt wurde.

Dokumentation
www.rosalux.de/documentation/50464

TRANSFORMATION DER DEMOKRATIE – DEMOKRATISCHE TRANSFORMATION

KONFERENZ IN BERLIN, NOVEMBER 2014

Die Dynamik der großen Krise seit 2008 hat auch die Krise der Demokratie verstetigt und verschärft. Über die Aushöhlung der parlamentarischen Beteiligungsformen hinaus ist es auch direkt zu autoritären Maßnahmen gekommen. Der Kapitalismus scheint sich von der Demokratie zu trennen. Wie sind diese aktuellen Gefährdungen einzuschätzen? Und wie kann es gelingen, die vielfältigen Herrschaftsverhältnisse demokratisch zu transformieren? Darüber wurde auf der Konferenz »Transformation der Demokratie – demokratische Transformation« in Berlin diskutiert.

Dokumentation
http://www.rosalux.de/event/51573/transformation-der-demokratie-demokratische-transformation.html

WER SCHREIBT?

EIN JAHR KRISE IN DER UKRAINE

REIHE MANUSKRIPTE, DEZEMBER 2014

Vor gut einem Jahr begann mit den Protesten auf dem Maidan eine politische Krise in der Ukraine, die Europa veränderte. Das nun in der Reihe Manuskripte erschienene Dossier wirft erstmals einen Blick aus der Perspektive von linken Gruppen in der Ukraine und in Russland auf diese Ereignisse. Malte Daniljuk beschreibt die schematischen Bilder der Berichterstattung in Deutschland. Judith Dellheim untersucht die wirtschaftliche Lage des Landes, und Lutz Brangsch rekapituliert die jüngere Geschichte sowie die geopolitischen Interessen hinter dem Konflikt. Olexandra Nasarowa und Maxym Butkewytsch berichten über die Situation der Flüchtlinge.

Download
http://www.rosalux.de/nc/publikationen.html

»GESPALTENES EUROPA«

ERSTE AUSGABE DES TRANSFORM!-JAHRBUCHES

Transform! vereint linke Thinktanks aus 19 Ländern Europas und veröffentlichte von 2007 bis 2013 die gleichnamige Zeitschrift. Das Jahrbuch 2015 thematisiert die neuen Spaltungen in Europa. Eingeleitet wird es mit einem Interview mit Alexis Tsipras. Danach diskutieren Etienne Balibar und weitere AutorInnen aus zehn Ländern verschiedene Aspekte der aktuellen Entwicklungen in der EU. Neben der englischsprachigen Ausgabe werden in den nächsten Monaten Ausgaben in französischer, griechischer, deutscher spanischer, italienischer und portugiesischer Sprache erscheinen.

Download
http://www.transform-network.net/de/zeitschrift/jahrbuch-2015.html

MIT WEM?

SUBVERSION UND POLITISCHE DIFFERENZ
RINGVORLESUNG MIT CHANTAL MOUFFE
26. JANUAR 2015

Am 26. Januar 2015 spricht Chantal Mouffe im Rahmen der Ringvorlesung »Subversion und politische Differenz« zum Thema »Pluralist Democracy and Agonistic Politics«. Die durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einer Projektförderung unterstützte Vorlesung beginnt um 18.00 Uhr in der Humboldt-Universität, Dorotheenstr. 24, Hörsaal 1.101, 10117 Berlin.

Mehr Infos
http://subversionandpoliticaldifference.com/ringvorlesung

RAPPEN FÜR DIE REVOLUTION
9.–10. JANUAR 2015, BERLIN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung fördert die Konferenz »Rappen für die Revolution? Linker HipHop – Geschichte, Praxis, Zukunft« im Rahmen der dritten Zeckenrap-Gala am 9. und 10. Januar 2015 in Berlin. Geplant sind eine Podiumsdiskussion mit AktivistInnen, Workshops u.a. zu Rap, Beatproduktion und barrierereduziertem Veranstaltungsmanagement, die Präsentation der Broschüre »Patriotismus, Nationalismus und Nazismus im deutschsprachigen Rap« und ein großes Abschlusskonzert.

Mehr Infos
www.ticktickboomcrew.de

WAS KOMMT?

TRAJECTORIES OF MARXISM – FEMINISM
KONFERENZ IN BERLIN, 20.–22. MÄRZ 2015

Vor 40 Jahren mischten sich überall auf der Welt Feministinnen in marxistische Diskussionen ein. Sie kritisierten den damals im Marxismus gebräuchlichen Arbeitsbegriff und die Werttheorie, die Haltung zu Hausarbeit und Familie, zum Umgang miteinander und zur umgebenden Natur, zu Wirtschaft und Kriegen, Zukunftsvorstellungen und Befreiungsverlangen. Dann wurde es stiller um den feministischen Marxismus, der von Krise zu Krise stolpernde Neoliberalismus hatte andere Fragen in den Brennpunkt gerückt. Die internationale Konferenz will die Fragen des Marxismus-Feminismus wieder aufgreifen und aktualisieren: Wie haben sich Arbeits- und Geschlechterverhältnisse in Neoliberalismus und Krise verändert? Wie ist das Verhältnis von Haushalt, Staat und Arbeit neu verknüpft? Wie und wo sind (neue) Widersprüche im Alltag und in den Lebensweisen – insbesondere in Bezug auf Care – entstanden?

Programm und Anmeldung
www.rosalux.de/marxismus-feminismus

AKTIONSKONFERENZ: KAMPF UMS KLIMA
10.–12. APRIL 2014, KÖLN

Die Anti-Kohle-Bewegung wächst. Und das tut im Vorfeld des Klimagipfels in Paris 2015 auch not. Die fadenscheinige ›Klimapolitik‹ eines Ausbaus erneuerbarer Energien ohne Ausstieg aus fossilen Energieträgern muss beendet werden. Da die Regierungen die Profite von Energie- und Ölkonzernen nicht antasten, kann der notwendige Kohleausstieg nur von unten forciert werden. Die Aktionskonferenz »Köln-Garzweiler-Paris« wirft die Frage auf, wie sie die Anti-Kohle-Bewegung – nicht nur – im rheinischen Braunkohlerevier mit der internationalen Bewegung für Klimagerechtigkeit produktiv verbinden lässt und wie die Mobilisierung zum Klimagipfel in Paris gelingen kann.

Weitere Infos
www.kommt-noch.de

WER HÖRT DIE SUBALTERNE?

RÜCK- UND AUSBLICK[1]

GAYATRI CHAKRAVORTY SPIVAK

Kann die Subalterne sprechen? geht auf einen Vortrag von mir mit dem Titel *Macht und Begehren* (*Power and Desire*) vom Sommer 1983 zurück. Ich versuchte gerade, mich aus dem Bann von Foucault und Deleuze zu befreien. Zugleich war dies wohl der Zeitpunkt, an dem sich Derrida der Politik zuzuwenden begann. Im Zentrum meines Schaffens stand damals die französische Theorie, standen Yeats und Marx – ich war auf Europa konzentriert. Aber ich spürte, dass die Zeit reif war für eine Veränderung. In meiner anfänglichen Euphorie wandte ich mich dahin, woher ich gekommen war, ich besann mich auf die (soziale) Klasse, aus der ich stammte.

Im Jahr 1981 war ich gebeten worden, etwas über den französischen Feminismus zu schreiben, das Journal *Critical Inquiry* hatte einen Beitrag zum Dekonstruktivismus angefragt. Das unmittelbare Ergebnis war mein Aufsatz *French Feminism in an International Frame*. Zudem übersetzte und veröffentlichte ich die Kurzgeschichte *Draupadi* von Mahasweta Devi.[2] Meine Beschäftigung mit dem Werk von Mahasweta Devi, aber auch mit Bhubaneswari Bhaduri,[3] der Schwester meiner Großmutter, war Ausdruck meiner bewussten Hinwendung zur bengalischen Mittelschicht. Am Anfang stand also ein Akt der persönlichen Ehrerbietung.

Die Frau, an die Bhubaneswari den Brief schrieb, der dann vergessen wurde, war die Mutter meiner Mutter. Die Frau, die mir die Geschichte erzählte, war meine Mutter. Die Frau, die sich weigerte, das, was diese gesagt hatte, zu verstehen, war meine Cousine Lata. Ich studierte englische Literatur an der Universität von Kalkutta, sie studierte Philosophie. Obwohl sie also einen ähnlichen Bildungshintergrund besaß, hatte sie keinen Zugang zu dieser Frau, die während ihrer monatlichen Regelblutung Selbstmord begangen und mit diesem kleinen schmutzigen Geheimnis gegen die Grundsätze von *sati*, der Tradition der Witwenselbstverbrennung, versto-

ßen hatte. *Sati* wurde im Text *nicht* als Beispiel dafür herangezogen, dass die Subalternen nicht sprechen (können) – sondern dafür, dass sie ohne Erfolg versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Lata hatte mich falsch verstanden. Es war Bhubaneswari, die nicht gehört werden konnte, noch nicht einmal von ihr.

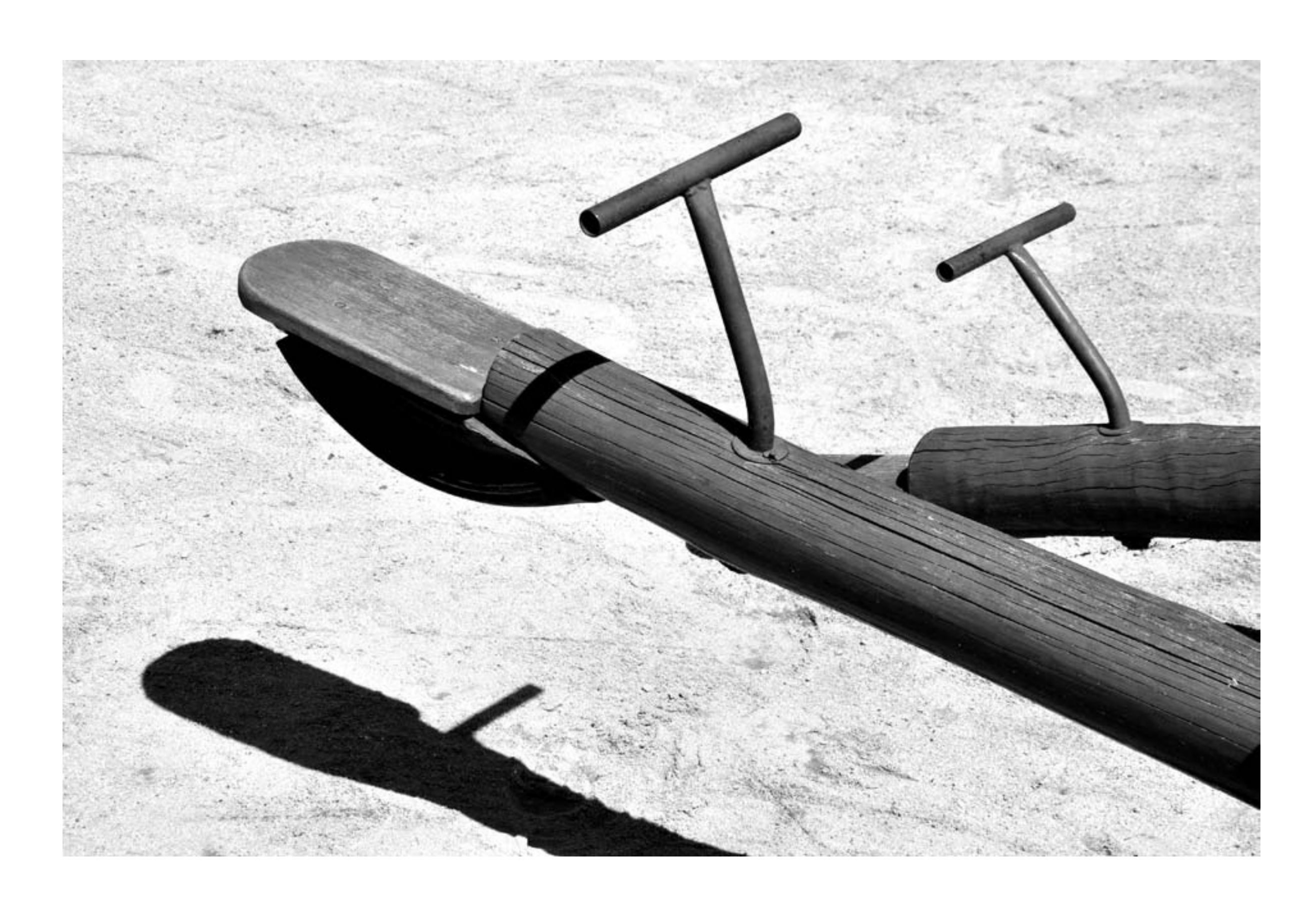
FEHLENDE REFERENZEN

Worauf ich hinauswollte, war Folgendes: Da es keinen gültigen kulturellen Rahmen für ihren Widerstand gab, konnte dieser nicht begriffen werden. Bhubaneswaris Widerstand gegen die Grundsätze, die *sati* am Leben erhielten, konnte nicht anerkannt werden. Sie konnte nicht sprechen. Leider besaß dagegen *sati* als Ritual bestimmter hinduistischer Kasten institutionelle Geltung, die ich soweit, wie es mir möglich war, aufzudecken versuchte. Es ging mir nicht darum, dass sie nicht sprechen konnten, sondern darum, dass wenn versucht wurde, diese Praxis umzuschreiben, diese nicht erkannt werden konnte, weil sie nicht der institutionellen Form entsprach. Es ging nicht darum zu behaupten, *satis* sprächen nicht.

GAYATRI CHAKRAVORTY SPIVAK ist eine der Gründungsfiguren der postkolonialen Theorie. Als Professorin für Literaturwissenschaft an der Columbia University (NY) pendelt sie zwischen der akademischen Welt und den Slums von Kalkutta, in denen sie seit Jahren Bildungs- und Organisierungsarbeit betreibt. Ihr Text *Kann die Subalterne sprechen?* (1985/2007) wurde zu einem einflussreichen Bezugspunkt marxistischer, poststrukturalistischer und postkolonialer Kritikansätze.

Ich verharrte nicht bei Devi und den nationalistisch gesinnten Frauen. Ich erkannte bald, dass ich damit nicht weiterkommen würde. Diese Frauen eröffneten mir jedoch neue Perspektiven. Ich wandte mich anderen Dingen zu, die ich als Subalternität denken konnte. Mit ihrer Anstrengung, ihren Körper selbst noch im Tod zum Sprechen zu bringen, hatte Bhubaneswari Bhaduri ihre Subalternität in eine Krise versetzt. Ich las ihre Geschichte vor dem Hintergrund der Lektüre des *Achtzehnten Brumaire* von Marx und las sie unter dem Einfluss der *Subaltern Studies Group* noch einmal.[4] Doch dann erhielt ich Zugang zu Kreisen, in denen Subalternität, selbst Unterdrückung, als Normalität der armen bengalischen Bevölkerung auf dem Land galt. Ich weiß kaum mehr, wie dies passierte, aber ich begann, in diesem subalternen Raum viel Zeit zu verbringen, und versuchte, während ich dort war, es für eine normale Lehrsituation zu halten. In diesem Bemühen lernte ich etwas über das Unterrichten. Unterrichten zielt immer auf Veränderung, muss allerdings von einem gemeinsamen Ort ausgehen.

In der Zeit, die ich dort verbrachte, entstand dank meines Dollar-Gehalts eine Reihe von Schulen. Diese sind fragil und Teil eines Bildungssystems, das sicherstellt, dass die Subalternen niemals anders gehört werden denn als Bettlerinnen und Bettler. Wie sehr sich diese Szene von der Unabhängigkeitsbewegung unterscheidet, von



Beide Bilder: andredoreto/flickr

Madan Mitra Lane, dem Viertel Bhubaneswaris im alten Kalkutta. In dem Jahr, in dem *Kann die Subalterne sprechen?* zum ersten Mal erschien, wurden in zwei der rückständigsten Distrikte von Westbengalen, Purulia und Birbhum, ganze elf Schulen aufgebaut. Inzwischen hat der lokale Großgrundbesitzer die ersten wieder schließen lassen, was auf das feudale System verweist, von dem Mahasweta Devi schreibt.

BEGEHREN NEU ORDNEN

Es genügte mir aber nicht, mich von der Klasse, aus der ich stamme, entfernt zu haben. Ich bin vergleichende Literaturwissenschaftlerin; ich musste mich erst von meiner Muttersprache lösen, um auf die Subalternen zu stoßen. Von 1989 bis 1994 lernte ich mithilfe von Handbüchern des Friedenskorps und lokalen Lehrerinnen marokkanisches Arabisch und näherte mich, unterstützt von sozialistischen Frauen, immer mehr dem urbanen Subproletariat in Algerien an. Ich fuhr jedes Jahr dorthin, manchmal zweimal. Ich fragte die Frauen in den alten, von Ben Bella gegründeten sozialistischen Dörfern: »Was bedeutet es zu wählen?" Ich saß schweigend in Marabouts,[5] in Frauenkliniken. Ich führte zusammen mit sozialistischen Frauen Wahlschulungen in Armensiedlungen in Oran durch. Ich war Wahlbeobachterin, als die

Islamische Heilsfront zum ersten Mal gewann. 1994 musste ich wegen eines Ausgangsverbots abreisen. Die Frage, die sich während meines Aufenthalts in Algerien herauszukristallisieren begann, schien folgende zu sein: Wer hört die Subalterne? Diese Frage hat mich seitdem nicht mehr losgelassen.



Wenn ich in diesen Schulen bin, so höre ich mich häufig sagen, fällt mir die Armut gar nicht mehr auf, vergleichbar vielleicht mit dem Überfluss in New York. Wenn du unterrichtest, unterrichtest du. Mit den Jahren habe ich eingesehen, dass meine Aufgabe nicht darin besteht, Menschen Zuflucht zu gewähren oder Kollektive des Widerstands aufzubauen. Meine Arbeit besteht darin, ohne Zwang Begehren neu zu ordnen und ein Gespür für die öffentliche Sphäre zu nähren – eine für Lehrerinnen und Lehrer typische Aufgabe. In den 1980er Jahren war ich in Bangladesch auf dem Land mit Sanitätern unterwegs, um in das Verständnis der Subalternen von Normalität einzugreifen und präventive Verhaltensweisen und gesunde Ernährungsgewohnheiten zu verbreiten; auch dies die Arbeit einer Lehrenden. Auch dies kann Subalternität in die Krise führen. Dieses Intervenieren in die Normalität hat mich – ein Kind der Großstadt – dazu gebracht, die Familien meiner Schüler und Studentinnen und ihr Umfeld beim ökologischen Landbau zu unterstützen. Auch hier muss eine Differenz zu *Kann die Subalterne sprechen?* erwähnt werden. Nicht nur war Bhubaneswari ebenfalls ein Mädchen aus der Stadt und hatte den gleichen Klassenhintergrund wie ich. Sie hatte auch ihre Subalternität bereits hinterfragt; mich brauchte sie nur, um sie zu lesen, sie zu hören, sie in Ermangelung anderer Alternativen zum Sprechen zu bringen.

Wir leben heute in einer Zeit umfassender Weltverbesserungsprojekte: Es geht um die Ausrottung von Armut, von Krankheiten, um den Export der Demokratie sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie. Nehmen wir an, diese Vorhaben seien zu begrüßen. Selbst wenn dem so wäre, müssten sie, um ohne hierarchische Kontrolle tragfähig und nachhaltig zu sein, durch wenig glamouröse, geduldige, praktische Arbeiten ergänzt werden. Generell wissen wir, dass jede Generation ausgebildet werden muss. Wenn es jedoch um die Subalternen geht, vergessen wir das schnell. Zwei Generationen nach ihr, so begriff ich, hatten die Frauen in meiner Familie verlernt, wie sie Bhubaneswari lesen mussten. Dies war eine persönliche Erfah-

rung damit, wie Bildung scheitern kann. Als ich mich immer weiter auf das Terrain einer allgemeineren subalternen Normalität vorwagte, nahm ich dies immer mehr als eine öffentliche Geschichte wahr. Ich fing an zu begreifen, dass nicht nur Klassenzimmer, Lehrer, Schulbücher und die Erlaubnis, zur Schule zu gehen, zählen, so wichtig dies alles auch sein mag. Solange wir nicht dafür sorgen, dass die Subalternen, einmal hegemonial geworden, nicht selbst »zu Sub-Unterdrückern werden« (Freire 1970, 29ff), und solange wir Gefahr laufen, sie abzufeiern, nur weil sie der Subalternität entronnen sind, solange sind die anderen Momente gesellschaftlich nicht wirksam.

An diesen Punkt also hatte mich meine Hinwendung zur bengalischen Mittelschicht geführt. Ich möchte hier noch etwas anderes hervorheben: Nach Raji gibt es nach dem Verschwinden des Kolonialismus die Erlaubnis zu sprechen. Die Subalterne verschwindet jedoch nicht mit dem Ende des territorialen Imperialismus. Ich finde meine Überlegungen, die an die zentralen Argumentationen von *Kann die Subalterne sprechen?* anknüpfen, auch heute noch wertvoll, weil der Kolonialismus überhaupt nicht am Ende ist. Eine Version des territorialen Imperialismus und Staatsterrorismus alter Prägung gibt es heute noch in Palästina. Mein Bedürfnis zu verstehen, was Generationen von Kindern zu Selbstmordattentätern macht, hat denselben Ursprung wie mein Akt persönlicher Ehrerbietung gegenüber der Schwester meiner Großmutter und das Bedürfnis, die Normalität kollektiv zu verändern. Ihr Selbstmord war auch eine Botschaft, die nicht aufgegriffen wurde. Sie war eine Einzeltäterin. Auf die eine oder andere Weise wird das Begehren der heutigen Selbstmordattentäter über die Bildung neu geordnet. Ich habe an anderer Stelle darüber geschrieben (vgl. Spivak 2008). Wir, die wir in den Geisteswissenschaften tätig sind und lehren, dürfen deshalb unsere Verantwortung nicht unterschätzen.

Wir sollten Bhubaneswari nicht allzu schnell als jugendliche Version der faschistischen Großmutter in Amitav Ghoshs *Shadow Lines* (1989) abtun. Die Figur in Ghoshs Roman war ein Groupie ›der Terroristen‹. Bhubaneswari hatte sich ihnen angeschlossen, fand aber, dass sie nicht Teil der Gruppe bleiben konnte. Die Lektion, die sie mich lehrte, war antinationalistisch.

DIE KLASSENVERHÄLTNISSE HERAUSFORDERN

Wie ich oben mit meinem Verweis auf die ›Weltverbesserung‹ angedeutet habe, hat sich der Imperialismus wohl über die ganze Welt verbreitet. David Harvey (2003) äußert sich hierzu recht klar:

> *»Ich teile mit Marx die Ansicht, dass der Imperialismus wie der Kapitalismus die Grundlage für menschliche Emanzipation von Entbehrungen schaffen kann. […] Das Problem liegt darin, dass die herrschenden Klassenverhältnisse und die institutionellen Gefüge und Wissensstrukturen, die daraus hervorgehen, normalerweise*

verhindern, dass dieses Potenzial auch genutzt wird. Überdies schaffen diese Klassenverhältnisse und institutionellen Arrangements imperialistische Formen ihrer eigenen Reproduktion, was zu immer größerer sozialer Ungleichheit und zu immer räuberischeren Praktiken gegenüber dem Großteil der Erdbevölkerung führt (ich nenne dies ›Akkumulation durch Enteignung‹).

Meine These lautet, dass die USA derzeit keine andere Option haben, als sich solcher Praktiken zu bedienen, solange es im Innern keine Klassenbewegung gibt, die die vorhandenen Klassenbeziehungen […] herausfordert. Damit bleiben dem Rest der Welt zwei Optionen: entweder dem US-Imperialismus direkt Widerstand zu leisten […] oder diesen umzulenken, wahlweise mit ihm Kompromisse zu schließen, indem sich zum Beispiel Sub-Imperialismen unter der Ägide der US-Macht herausbilden. Die Gefahr ist, dass antiimperialistische Bewegungen zu antimodernistischen Bewegungen werden, statt nach einer alternativen Globalisierung und einer alternativen Modernität zu suchen, die umfassenden Gebrauch von dem Potenzial macht, das der Kapitalismus hervorgebracht hat.«

Harvey beschreibt einen späten Imperialismus, der von einer Vielzahl unterschiedlicher Sub-Imperialismen charakterisiert ist. Lenins Behauptung, der Kommunismus müsse sich den fortschrittlichen Kräften der Bourgeoisie anschließen, die auf nationale Befreiung setzen, ist seinem Argument vorausgesetzt, weil er stillschweigend davon ausgeht, dass das Subjekt antikolonialer Befreiung vom Imperialismus bereits ›befreit‹ worden ist. Harvey erwähnt diese früheren nationalen Befreiungsbewegungen nicht, zu denen Bhubaneswari wahrscheinlich gehört hätte.

Mir fällt es schwer, Harveys Einschätzung von der Bürde der USA zu teilen. Aus meiner Sicht besteht die Alternative aber nicht in einem altmodischen Nationalismus. Um mich selbst zu zitieren:

»In der globalisierten postkolonialen Welt können wir den Befreiungsnationalismus musealisieren, das ist gut für Ausstellungsprojekte; wir können den Befreiungsnationalismus in unsere Curricula aufnehmen, das ist gut für die Geschichtsdisziplin. Die Herausforderung an unsere Vorstellungskraft besteht jedoch darin, weder die Museen noch die Curricula als Alibis für neue zivilisierende Missionen durchgehen zu lassen und deshalb unsere Verbündeten falsch auszuwählen.« (Spivak 2009)

Ich würde mich eher auf Harveys Formulierung, »solange es im Innern [der USA] keine Klassenbewegung gibt, die die Klassenverhältnisse herausfordert«, beziehen. Schöne Worte. Gramscis Position war, dass Klasse allein nicht die Grundlage von Befreiung aus der Subalternität sein kann. Das ist auch die Position, die die VertreterInnen der *Subaltern Studies* in ihrer Anfangsphase einnahmen. Das Problem ist vielmehr, dass die *Subaltern Studies* sich heute überhaupt nicht mehr für Klasse als analytischer Kategorie zu interessieren scheinen. Mein nach unten orientierendes Denken changiert

zwischen Harveys Scylla und der subalternistischen Charybdis. Ich verstehe Bildung als Ergänzung – und als solche kann sie Anstöße für Alternativen geben.

Joseph Stiglitz stellt in gewisser Weise ein Korrektiv zu David Harvey und seiner Vorstellung von der Mission der Vereinigten Staaten dar. In seinem Buch *Globalization and its Discontents (Die Schatten der Globalisierung)* führt er immer wieder an, dass es den Entwicklungsländern gestattet sein muss, ihre eigene Agenda über die Interessen der transnationalen Institutionen zu stellen (2002, 236ff). In einem Vortrag sah er sich kürzlich jedoch genötigt, so etwas wie einen guten Imperialismus in Aussicht zu stellen, nämlich die Rekonstruktion der Welt durch Amerika, als Ersatz für einen bösen Imperialismus – den Krieg im Irak, den er selbstverständlich ablehnt. Um herauszufiltern, wonach sein Text zu fragen scheint, müssten wir den Subalternen zuhören, mit viel Geduld und Sorgfalt, so dass wir als Intellektuelle, die auf Bildung setzen, ein Gespür für das Öffentliche der Subalternität entwickeln können – das ist die Aufgabe von Lehrenden. Wenn sich niemand dieser Aufgabe widmet, werden die Subalternen in der Subalternität verharren und unfähig sein, sich selbst zu repräsentieren, weshalb sie repräsentiert werden müssen. Die »Bewegungskriege«, auf die Gramsci verweist, können dann gar nicht ohne Führung von oben stattfinden.

SICH KOLLEKTIV REPRÄSENTIEREN

Sich – als einzelne/r – kollektiv zu repräsentieren, heißt, sich in die öffentliche Sphäre zu begeben. Marx hat dies in *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* als Klassenfrage gefasst. Gramsci hat die Kategorie der Hegemonie eingeführt, als einen Zustand, in den die Subalternen hineinwachsen, größtenteils durch Überzeugung, aber unweigerlich auch durch Momente von Zwang der organischen Intellektuellen und des Staates. Ich erwähne dies, weil ich zu dem Zeitpunkt, als ich den Vortrag *Macht und Begehren* hielt – die erste Version von *Kann die Subalterne sprechen?* –, gerade *Einige Aspekte der süditalienischen Frage* von Gramsci gelesen hatte. Nur ein Jahr später las ich *Über einige Aspekte der Historiographie des kolonialen Indien* (1982) von Ranajit Guha.

Nach der Lektüre von Guhas Essay war ich so überwältigt von den Arbeiten der von ihm geleiteten *Subaltern Studies Group*, dass ich meinen Akt der Ehrerbietung, den ich unternommen hatte, um mich aus dem eurozentrischen Gefängnis zu befreien, zurücknahm und meinen Text in die subalterne Enklave schob. Ich schrieb die Geschichte um.

Ich lernte Sätze zu sagen wie »die Subalterne befindet sich im Raum der Differenz«, nach einer wunderbaren Passage bei Guha. (Damals verstand ich noch nicht, dass Guha Gramscis Idee viel breiter interpretierte, da die Subalterne ihm zufolge mit einer kollektiven Stimme sprechen würde [Guha 1997, 134]. Ich bin diesem Ansatz nie gefolgt.) Als ich die erste Fassung des Textes vortrug, hatte ich Sorge, keine ins-

titutionellen Belege anführen zu können. Und tatsächlich waren selbst die ›Subalternisten‹ der Ansicht, dass es mein Material aus dem *Achtzehnten Brumaire* von Marx über unterschiedliche Arten der Repräsentation war – nämlich *Vertretung* oder Bevollmächtigung und *Darstellung* oder Bildnis und ebenso *Repräsentation* –, das eine neue Wendung in das Verständnis davon brachte, wie die Subalternen repräsentiert werden.

Genau vor der berühmten Passage »sie können sich nicht selbst vertreten, sie müssen *vertreten* werden«, steht in der englischen Übersetzung von Marx: »they are therefore incapable of asserting their class interest in their own name whether through a parliament or through a convention«.[6] Und obwohl das keine falsche Übersetzung ist, bedeutet das Deutsche »geltend machen« wörtlich to »make it count,« »make it hold«. Die französischen Bauern mit eigener Scholle, die während des schleichenden Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus komplett enteignet wurden, konnten ihre Beschwerden nicht anbringen. Sie hatten keinen Vertrag, keine Institutionen, durch die sie, was auch immer sie sagen wollten, hätten »geltend machen« können.

Es ist einer von Marx' großartigen journalistischen Texten. Er zeugt von der klaren Einsicht, dass es nicht so einfach ist, eine Befreiungstheologie zu entwerfen, in der die Vernunft Gott ist. Stellt er hier den üblichen Gebrauch von Vernunft auf den Kopf, um die Proletarier zum Subjekt zu machen, erweist er sich andernorts, im ersten Band des *Kapitals*, als Pädagoge: Er versucht, Einfluss auf die Gefühle der Arbeiter zu nehmen, damit sie sich selbst als Agenten der Produktion begreifen können. Doch diese journalistische Beschreibung der einzigen Revolution, die er jemals erlebt hat, gerichtet an Leser seiner eigenen Klasse, enthält einen langen, wundervoll rhetorischen Absatz, der allen Literaturkritikern gefallen hätte. Darin ist das ›Subjekt‹ die proletarische Revolution, hervorgebracht durch die herrschenden sozialen Verhältnisse, die die proletarische Revolution am Ende des Absatzes anweisen: Warte nicht auf den richtigen Moment, schlage sofort zu. Der Aufklärer Marx fordert hier einen eingeschränkten Gebrauch der Vernunft ein.

Als ich über Bhubaneswari Bhaduri nachdachte, stand ich maßgeblich unter dem Eindruck der Lektüre des *Achtzehnten Brumaire*. Heute kommt es mir so vor, als hätte ich den außerordentlichen Selbstmord meiner Vorfahrin einzuordnen versucht in diese Kluft zwischen der Plausibilität von Theorie und der Dringlichkeit des revolutionären Moments. Ich sah es als meine Aufgabe an, sie im umfassenden Marx'schen Sinne zu repräsentieren. Aber die Geste und die Aufgabe mündeten noch nicht in Überlegungen zu Kollektivität und Öffentlichkeit.

KOLLEKTIVES BEGEHREN ORGANISIEREN?

Das war im Grunde das, was zu Beginn meines Aufsatzes stand. Nicht das Verständnis von Subalternität als einem Zustand der Differenz wie bei Guha. Und so

zog sich die Spur der Subalternen durch mein Werk. Ich dachte über die Möglichkeiten einer Infrastruktur nach, die es hier wie dort den Subalternen erlauben würde, ihre Subalternität nicht als Normalität zu akzeptieren. Ich war der Auffassung, dass Bhubaneswari (sozusagen) als revolutionäres Subjekt zwar die Grundannahmen von *sati* hinterfragt hatte, aber sich kein Gehör hatte verschaffen können. Sie blieb allein. Damit konnte ich ihre Erfahrungen nicht verallgemeinern. Allerdings habe ich *sati* niemals als eine Form des antikolonialen Widerstands bezeichnet. Ich ging davon aus, dass die Kriminalisierung von *sati* durch die Briten nichts mit der Subjektbildung von Frauen zu tun hatte. Die koloniale Bildung blieb klassengebunden. Ich versuchte zu verstehen, wie es dazu hatte kommen können, dass Frauen, vielleicht zwei oder drei Generationen vor mir mit einer ähnlichen Ausbildung, *sati* in seiner traditionellen Bedeutung noch respektiert hatten. Zu unterstellen, ich selbst sei eine Anhängerin von *sati*, ist infam. Doch ich musste aus mir heraustreten und diese Frage stellen.

Als Rup Kanwar 1986 *sati* beging, hat ihre Mutter dies mit einem Lächeln begleitet. Es war dieses Lächeln, das ich erwartet hatte – das war der Text, den ich im Kopf hatte, als ich die Schriften las – das *Dharmaśāstra*.[7] Denn dieses Lächeln bejahte die Schrift. Dieses Begehren musste neu arrangiert werden. Ich spürte, dass Bhubaneswari, gezwungen von situationsbezogenen Imperativen, dieses Begehren hatte umdeuten müssen.

Sie lehrte mich noch eine andere Lektion: Tod als Text. Sie half mir, Situationen zu lesen, auf die es keinerlei Reaktionen gibt. Wenn ein Friedensprozess völlig unglaubwürdig wird, wenn ein ganzes Land immer mehr einer *gated community* gleicht, mögen junge Menschen, die das Leben noch nicht zu schätzen gelernt haben – und Bhubaneswari war gerade einmal 17 Jahre alt, den Eindruck bekommen, eine Antwort könnte darin bestehen, dass du mit mir für dieselbe Sache stirbst. SelbstmordattentäterInnen bilden eine Gemeinschaft, deren Begehren neu ausgerichtet wurde. Das trifft in gewisser Weise auch auf Bhubaneswari und ihre Entscheidung zu sterben zu. Es war das Geschlechtsspezifische dieser zweiten Entscheidung, den Tod zu verschieben, die sie außergewöhnlich machte. Die Vorstellung, für dieselbe Sache zu sterben, weil mir nicht zugehört wird, weil ich nicht zu den anderen sprechen kann, setzt ein gemeinsames Übereinkommen voraus – ist eine extreme Handlung. Inwiefern verhandeln religiöse Schriften Begehren? Hier kommen der Koran oder das *Dharmaśāstra* ins Spiel.

Der Denkprozess, der mit *Kann die Subalterne sprechen?* begonnen hat, ist für mich noch nicht beendet. Zum einen gibt es dort die Schulen, hier die Welt der geisteswissenschaftlichen Bildung. Zum anderen ist die Suche nach einem Säkularismus als einem gültigen Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit, von dem

auch die Subalternen profitieren können, ein Anliegen von solch enormer Bedeutung, dass es hier noch einmal erwähnt werden muss.

Aus dem Englischen von Anna Richter und Corinna Trogisch

LITERATUR

Devi, Mahasweta, 1981: Draupadi, in: *Critical Inquiry*, 7(2), 381–402

do Mar Castro Varela, María und Nikata Dhawan, 2005, *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld

Freire, Paolo, 1970: *The Pedagogy of the Oppressed*, New York

Ghosh, Amitav, 1989: *Shadow Lines*, New York

Guha, Ranajit, 1982: On Some Apects of the Historiography of Colonial India, in: ders. (Hg.), *Subaltern Studies* No.1, Delhi, 37–43

Ders., 1997: *Domination Without Hegemony: History and Power in Colonial India*, Cambridge

Harvey, David, 2003: *Questions about ›The New Imperialism‹*. Interview mit Nader Vossoughian, www.aggluninations.com

Kane, Pandurang Vaman, 1963: *History of the Dharmaśāstra*, Poona/Indien

Spivak, Gayatri Chakravorty, 1981: French Feminism in an International Frame, in: *Yale French Studies* 62, 154–184

Dies., 2007: *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien

Dies., 2008: Chapter One, *Other Asias*, Oxford

Dies., 2009: Nationalism and Imagination, in: *Lectora* 15, 75–98

Stiglitz, Joseph, 2002: *Die Schatten der Globalisierung*, München

1 Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Aufsatzes *In response: looking back, looking forward*, zuerst erschienen in Morris, Rosalind 2010 (Hg.): *Can the Subaltern Speak? Reflections on the History of An Idea*, New York.

2 Die 1926 in Bangladesch geborene Schriftstellerin, deren Erzählungen sich häufig mit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Indien beschäftigen, gilt als die bedeutendste zeitgenössische Autorin, die in bengalischer Sprache schreibt (Anm. d. Übers.).

3 Spivak erzählt am Ende ihres Essays *Kann die Subalterne sprechen?* folgende Geschichte: »Als junge Frau von 16 oder 17 Jahren erhängte sich Bhubaneswari Bhaduri im Jahre 1926 in der bescheidenen Wohnung ihres Vaters im Norden Kalkuttas. Der Selbstmord gab Rätsel auf, handelte es sich doch, zumal Bhubaneswari zu dieser Zeit menstruierte, offenkundig nicht um einen Fall von unerlaubter Schwangerschaft. Fast ein Jahrzehnt später fand man heraus, dass sie Mitglied einer der vielen Gruppen war, die in den bewaffneten Kampf für die indische Unabhängigkeit involviert waren. Schlussendlich war sie mit der Durchführung eines politischen Mordes betraut worden. Da sie sich nicht in der Lage sah, die Aufgabe zu übernehmen, und sich doch über das praktische Vertrauenserfordernis im Klaren war, tötete sie sich selbst.« (Spivak 2007; 104; Erg. d. Übers.)

4 Die *South Asian Subaltern Studies Group* gründete sich in den 1980er Jahren als Ansatz und dekonstruktivistische Strategie, die offizielle indische Geschichtsschreibung ›gegen den Strich‹ oder ›von unten‹ zu lesen (vgl. do Mar Castro Varela/Dhawan 2005, 57f). Spivak bezog sich mitunter auch kritisch auf diese Gruppe, deren Mitbegründer Ranajit Guha den von Gramsci geprägten Begriff der Subalternen in das postkoloniale, poststrukturalistische Projekt der Gruppe einbrachte. Ging es darum, die Subalternen als potenziell revolutionäre Kraft anzuerkennen, stand demgegenüber die Kritik, dass die Befreiungsbewegung die Subalternen systematisch ausgegrenzt hatte. Spivak greift diesen Widerspruch auf und argumentiert, dass durch die Fortführung dieser Ignoranz der Imperialismus gestärkt würde. Gleichzeitig stellt sie infrage, wie weit ein klassisch marxistisches Modell sinnvoll sein kann, kritisiert ein romantisierendes Verständnis von Subalternität als rein subversiver und widerständiger Subjektivität und warnt davor, für die Subalternen zu sprechen (Anm. d. Übers.).

5 Marabouts bezeichnen sowohl islamische Heilige als auch deren Grabstätten (Anm. d. Übers.).

6 »Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen.« (MEW, Bd. 8, S. 198; Anm. d. Übers.)

7 In Sanskrit verfasste, umfangreiche Manuskriptsammlung, der hinduistischen Tradition zugehörig (vgl. Kane 1963).

Armut ist fester Bestandteil medialer Repräsentation und sozialkritischer Bildästhetik. Aber was ist eigentlich mit den Reichen? Sie haben die Macht, sich und ihre Welt dem öffentlichen Auge zu entziehen und außerdem über ihr öffentliches Bild selbst zu verfügen. Reichtum in der Fotografie ist immer auch ein Stück Selbstinszenierung. Die Ausstellung »Fette Beute – Reichtum zeigen« im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg illustriert, wie Superreiche sich und ihren Reichtum inszenieren. Protzig mit Champagnerglas und schwimmend im Pool, elitär beim Empfang oder vornehm im Klavierzimmer – die Bilder zeigen unterschiedliche Motive, die Abgelichteten reichen vom Richkid bis zur gesetzten Dame (natürlich mit schwarzer Haushälterin). Unter den 150 Exponaten finden sich Darstellungen auf der Pferderennbahn Ende des 19. Jahrhunderts ebenso wie gegenwärtige

FETTE BEUTE
REICHTUM ZEIGEN

Aufnahmen von jungen, reichen Partygängern – es wird deutlich, wie sich die (Selbst-)Darstellung von Protz über die Zeit verändert und wie sie sich mit anderen Herrschafts-verhältnissen überlagert. In der Ausstellungsankündigung heißt es: »Während die Spanne zwischen Arm und Reich immer größer wird, wird Reichtum in den Medien offenbar immer exzessiver vorgezeigt.« Die trotzige Antwort auf eine zunehmend kritisch geführte Debatte über wachsende soziale Ungleichheit? Oder Ausdruck einer völligen Entkopplung von Lebenswelten? In einer Welt mit Millionen Millionären und einem enteilenden Superreichtum liefern diese Darstellungen viele bildliche Argumente für die Notwendigkeit von Umverteilungspolitiken.

»Fette Beute. Reichtum Zeigen« ist noch bis 11. Januar 2015 im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg zu sehen.

Beide Fotos: Slim Aarons, © Getty Images/ Courtesy Staley-Wise Gallery New York



MKG »Fette Beute«, Rich Kids
Of Beverly Hills, © E! Entertainment Television
Rechts: Werbung für Phillips de Pury & Co
Magnificent Jewels, London, 2005, ©Juergen
Teller, Courtesy Lehmann Maupin, New York

PHILLIPS
de PURY & COMPANY

Magnificent Jewels Geneva May 17 2005

PHILLIPS
de PURY & COMPANY

Magnificent Jewels Geneva May 17 2005

WELTUMORDNUNG

WIE KONTUREN DES NEUEN ALLMÄHLICH SICHTBAR WERDEN

MARIO CANDEIAS

Der Name der Zeit? Unklar. Post-alles, Interregnum. Die US-Hegemonie ist seit den Zeiten neoliberaler Transnationalisierung infrage gestellt, das Empire längst kein US-amerikanisches mehr. Ein Hegemoniewechsel ist in vollem Gange, vielleicht nicht nach China, wie es die Weltsystemtheorie (Arrighi) nahelegte, aber doch nach »Chimerika« (Niall Ferguson). Seit der globalen Finanzkrise ist kein Projekt in Sicht, das den aktiven Konsens der Subalternen reorganisieren, Akkumulationsperspektiven auf erweiterter Stufenleiter öffnen und eine neue Weltordnung etablieren könnte.

Den Versuchen, neoliberale Politiken autoritär abzusichern, steht ein neuer transnationaler Bewegungszyklus (vgl. *LuXemburg* 3,4/2013) gegenüber. Neben vielfach aufstrebenden islamistischen Bewegungen ringen die verbliebenen Großmächte um Einflusszonen, sei es in Osteuropa oder bei der Aneignung afrikanischer Ressourcen. Während es den USA darum geht, nicht weiter an Gestal-

tungsspielraum zu verlieren, und Russland versucht, seinen Einfluss über Energie- und Ressourcenpolitik sowie Waffenhandel auszudehnen, verbindet China seine imperialen Anliegen mit aktiver Entwicklungshilfe.

Die »imperiale Lebensweise« (Brandt/Wissen) übt jedoch mehr denn je auch eine unglaubliche Anziehungskraft aus, vor allem auf die neuen Mittelklassen des globalen Südens. Gleichzeitig formiert sich Widerstand – von links wie von rechts: von indigenen Bewegungen in den Anden über die neuen Demokratiebewegungen in *São* Paulo, Istanbul oder Madrid bis zur rechten Reaktion in Venezuela und Thailand oder den an Stärke gewinnenden islamistischen Kräften im arabischen Raum.

Um die EU wiederum legt sich ein ›Ring of Fire‹, befördert durch hastige, ungelenke Diplomatie (Stichwort: Ukraine). Vergessen ist die strategische Partnerschaft mit Russland. Die USA muss das nicht kümmern, weder Russland noch die europäische Peripherie spielen für sie wirtschaftspolitisch eine größere Rolle. Auch orientiert sich das Land außenpolitisch Richtung Pazifik. Mit diesem ›Pivot to Asia‹ – Hillary Clinton sprach bereits von »Amerikas pazifischem Jahrhundert« – orientieren die USA auf eine langfristige Verbindung (und Konkurrenz) mit dem größten Kraftzentrum der Weltwirtschaft. Aufgrund der privilegierten Insellage müssen sie auf nachbarschaftliche Beziehungen nicht viel Rücksicht nehmen, und energiepolitisch arbeiten sie erfolgreich an Autarkie. Kurz: Die USA können sich, anders als Europa, einen »begrenzten Unilateralismus leisten« (vgl. Daniljuk in diesem Heft).

WAS ENTSTEHT?

Welches Bild einer neuen Weltordnung ergibt sich daraus? Noch keines. Denkbar ist die Herausbildung von Zonen der Unsicherheit jenseits der alten und neuen kapitalistischen Zentren. Die direkte (militärische) Intervention zur Befriedung und zur Herausbildung marktwirtschaftlicher, liberal-demokratischer Staaten ist gescheitert, in Somalia und Bosnien, in Afghanistan, Libyen und im Irak. Ende des »End of History« (Fukuyama). Der Markt schafft es nicht, und eine Besetzung der Märkte mit Bodentruppen steht nicht mehr an. Begrenzte Operationen und Luftangriffe, vor allem der Einsatz unbemannter Drohnen ermöglichen eine relative Kontrolle aus der Distanz (vgl. Schepers in diesem Heft). Die Zonen der Unsicherheit müssen nicht unbedingt kontrolliert, können vielmehr eingehegt werden. Im Fall der Fälle wird eingegriffen: »Responsibilty to Protect« (vgl. Obenland und van Aken in diesem Heft). Die Institutionen der kollektiven Sicherheit werden an den Rand gedrängt, auch UNO und OSZE (vgl. Douglas in diesem Heft).

Es entsteht eine Art »gated capitalism« (Rilling), geschützte Zonen eines globalen Kapitalismus, der die Ausbeutung von Ressourcen und freien Handel gewährleistet –

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift. Obwohl er mit Ordnung im politischen Sinne nicht viel am Hut hat, beschäftigt ihn doch der ›Post-alles‹-Zustand dieser Welt.

auch ohne funktionierende Gemeinwesen in den Zonen der Unsicherheit. Allerdings zeigt sich, dass die neuen Strategien keineswegs reibungslos funktionieren, eher aus der Not geboren sind, in Syrien- und Irak etwa kommt es zum Staatszerfall. Ergebnis: ein neues Kalifat im Herzen der Nahostregion. Die Kontrolle entgleitet. Wer Freund oder Feind ist, ändert sich rasch.

Zudem beschränkt sich die Zersetzung keineswegs auf die Peripherie. Die Krisenländer der EU kommen nicht auf die Beine, die Institutionen der Demokratie verlieren rasant an Zustimmung. In Portugal, Spanien und Griechenland entstehen neue linke Kräfte. Überall in Europa aber wachsen nationalpopulistische, rechtsradikale und faschistische Bewegungen und Parteien – nicht nur in Osteuropa, auch in den alten Zentren. Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament sind in Frankreich und Großbritannien der Front National und die UKIP als jeweils die stärksten Fraktionen hervorgegangen. Die gesellschaftliche Stimmung polarisiert sich, Desintegration schreitet voran. Die europäischen Gesellschaften müssen sich fragen, warum Tausende junge Muslime, Franzosen, Deutsche oder Briten, die in Europa keine Perspektive sehen, sich einem islamistisch verbrämten Dschihad anschließen?

Auch in den USA sind Zonen der Unsicherheit im Zuge der Krise längst etabliert – etwa die Innenstadt von Detroit, die als Gegenstück zu den *gated communities* Ausdruck dieser Polarisierung ist. Während die öffentliche Infrastruktur sichtbar verfällt, steigt die Ungleichheit weiter an, konzentriert sich auf die 0,1 Prozent (Picketty). In schöner Regelmäßigkeit kommt es zu Amokläufen und alltäglicher Gewalt von Waffennarren, Polizei und Gangs – das System antwortet mit einem teils privatisierten Prisonfare-Modell, der Verwaltung der ›Unterklassen‹ in Gefängnissen (Wacquant). Der (auch institutionelle) Rassismus bricht offen zutage, etwa wenn unbewaffnete schwarze Jugendliche von Polizisten erschossen werden, wie in Ferguson. Auch im politischen Feld nimmt die Polarisierung zwischen der proto-faschistischen Tea Party und den liberalen Wall-Street-Demokraten weiter zu, während sich links davon, meist auf lokaler Ebene eine neue Linke herausbildet (vgl. Mogilyanskaya in diesem Heft). Auch hier gilt: Die Zonen der Unsicherheit und die sich formierenden Kräfte von links und rechts können und müssen nicht kontrolliert werden.

Es genügt, dass sie die soliden Institutionen der Herrschaft nicht erreichen, ob in den USA oder in Europa (vgl. Porcaro in *LuXemburg* 1/2013). Das Ganze wird durch einen autoritären Konstitutionalismus abgesichert, der nur schwerlich als »marktgerechte Demokratie« (Merkel) durchgeht, denn Wachstum und Profitraten flachen kontinuierlich ab – für die Wertabschöpfung der Superreichen freilich reicht es noch allemal.

Dabei führen globales *resource grabbing* und Freihandelsabkommen zur Zerstörung lokaler Lebensräume und Ökonomien im globalen Süden, die wiederum neue Flüchtlingsbewegungen in Gang setzen und hier Anlass für rechte Propaganda bieten. Nirgendwo wird dies deutlicher als an der Politik der EU-Staaten in Afrika: Sie schließen Freihandelsabkommen, die mit teils hoch subventio-

nierter Konkurrenz aus dem Norden kleinbäuerliche Produktion zersetzen; sie greifen ein – etwa in Frankreich –, wenn die innere Destabilisierung von Ländern zu weit geht; und sie sichern ihre Außengrenzen gegen die Flüchtlingsströme ab, damit im Innern der EU der schwindende soziale Zusammenhalt nicht zusätzlich ›belastet‹ wird. Es bestätigt sich, was bereits in der Debatte um die Globalisierung deutlich war: Es gibt kaum Außenpolitik mehr, nur noch eine Art Weltinnenpolitik oder besser: Weltkrisenpolitik. Wirkliche Außenpolitik heißt heute Frontex.

LINKE PERSPEKTIVEN?

Für die gesellschaftliche Linke bedeutet all das, dass sich ›Außenpolitik‹ nicht auf Sicherheitspolitik beschränken lässt, vielmehr soziale, ökonomische und ökologische Politiken einschließen muss. Wie sind die geo-ökonomischen Veränderungen einzuschätzen? Welche Konfliktfelder gewinnen strategisch an Bedeutung? Wie könnten differenzierte linke Antworten aussehen?

Jenseits klarer Positionen gegen militärische Interventionen gilt es Elemente einer »Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln« (van Aken) zu entwickeln, die Konfliktursachen angeht und mit Ansätzen gerechter Wirtschaftsbeziehungen, sozialökologischen Entwicklungspfaden und dem Aufbau sozialer Infrasturkuren verbindet. Konkrete Einstiegsprojekte (Brangsch) dafür sind etwa die Yasuni-Initiative, die auf eine Ausbeutung des Öls im ecuadorianischen Urwald gegen international zu leistende Kompensationen verzichten wollte (vgl. Ituralde in *LuXemburg Online*), oder neue Institutionen der wirtschaftlichen Kooperation wie das lateinamerikanische ALBA-Abkommen, die regionale Staatenunion UNASUR (vgl. Díaz in LuXemburg-Online) oder die alternative Entwicklungsbank der BRICS-Staaten. Auch die Durchsetzung eines *Alternative Trade Mandates* im Rahmen der EU wäre ein Schritt hin zu einem fairen Handel (vgl. Passadakis in *LuXemburg Online*). Nicht zu vergessen: ein Ende der Rüstungsexporte und gerechte Übergänge für eine Konversion der entsprechenden Industrien.

Zu oft verheddert sich die gesellschaftliche Linke in falschen Gegensätzen: Während die einen angesichts zugespitzter Konflikte keine Alternative zu militärischer Einmischung mehr sehen, sind die anderen aus Prinzip gegen Intervention. Da friedenspolitische Instrumente kaum entwickelt werden, verbleibt der Diskurs zu oft bei einseitigen Solidaritätsbekundungen und abstrakten Bekenntnissen. Erst differenzierte Einschätzungen der jeweiligen Kräfte(-verhältnisse) würden es ermöglichen, sich auf die Seite der Subalternen zu stellen – was nicht notwendig eine Seite der Konfliktparteien sein muss. Wie können also diese Streitpunkte aufgegriffen und mit einer (bislang fehlenden) transformatorischen Perspektive verknüpft diskutiert werden? Wo finden sich international Verdichtungspunkte, an denen sich *exemplarisch* wirksame Alternativideen entwickeln lassen? Oder konkret: Was sind Strategien ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung? Und wo kann die Linke tatsächlich einen Unterschied machen? Die Aufhebung des längst anachronistischen PKK-Verbotes beispielsweise erhebt die Stimme für etwas, das sonst kein Gehör findet.

HEGEMONY IN THE MAKING

DEUTSCHLAND AUF DEM WEG ZUM POLITISCHEN RIESEN

RAINER RILLING

Deutschland ist wirtschaftlich ein Riese, politisch aber ein Zwerg. Diese These hat seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg im konservativen Lager seinen festen Ort und ist gleichsam die Basisannahme eines Jahrhunderts deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sie kennt in der Tradition der sogenannten *realistischen* Schule der internationalen Politik letztlich nur ein Problem: Wie eigentlich bekommt in der aktuellen Staatenwelt *mein* Staat mehr Sicherheit und Macht? Wie kann er sich im Kampf um Selbstbehauptung in der anarchisch-ungastlichen internationalen politischen Ordnung und der kapitalistischen Konkurrenz durchsetzen, also Hegemonie oder ein Primat erreichen, bewahren und ausbauen?

In *keinem* der kapitalistischen Zentren spielen alternative Positionen zu dem kruden Business der Machtmaximierung eine dominante Rolle – bestenfalls in den Varianten des ›Liberalimperialismus‹ oder ›liberalen Internationalismus‹, der sich freilich seit jeher als besonders kriegsaffin herausstellte. Wie wird also aus

dem politischen Zwerg ein politischer Riese, der in der »Liga der globalen Player« spielt, wie es das Papier *Neue Macht – neue Verantwortung* formuliert, das von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie dem German Marshall Fund (GMF) im September 2013 veröffentlicht wurde? Wie diese »ungeschickte Größenordnung« (Kurt Georg Kiesinger) überwinden? Und was ist heutzutage eigentlich ein Riese?

EIN ZWISCHENERGEBNIS DER ›GROSSEN KRISE‹

Über eine neue Machtpolitik Deutschlands wird seit 2010 immer heftiger diskutiert. Betrieben wird dabei eine Sprachpolitik, die ständig alte Hüte neu ausstaffiert: Gestaltung, Selbstbewusstsein, Verantwortung, Führung, widerwilliger Hegemon, Führungserwartungen. Dabei wird ganz trivial auf der Grundlage einer »kommerziellen Realpolitik« (Rawi Abdelal) operiert, die ein »wirtschaftlicher Realismus« (Szabo 2014) leitet. Das Gewicht dieses Außenhandels- und Außenwirtschaftsrealismus wächst. Da die ›neue Macht‹ Deutschlands vorwiegend auf der *hard power* einer mittlerweile global operierenden Expansion der deutschen Wirtschaft beruht, treten seine politischen Repräsentanten als Fürsprecher einer neoliberalen Weltordnung, also einer Welt des Freihandels auf, die den stärksten Ökonomien am weitesten entgegenkommt.

Gekämpft wird um die Freihandelsmacht in der globalen Markthalle. Die Europäische Union ist der größte Handelsraum der Welt, China der größte Handelsstaat. Im Jahr 2013 verließen 60 Prozent der Exporte der Länder der Eurozone den gemeinsamen Währungsraum – darunter waren zwei Drittel der deutschen Exporte. Das ist der grundsätzliche Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung um die »gigantische geostrategische Chance« TTIP. Eng damit verknüpft ist das Auftreten Deutschlands als »Ausrüster der Industrialisierung der Welt« (Sigmar Gabriel). Deutschland gehört neben China, den USA und Japan zu den stärksten exportorientierten Ökonomien auf der Welt. Gleichzeitig ist die deutsche Ökonomie die dominante Wirtschaft der Europäischen Union. Die Exportindustrie und das deutsche Finanzkapital sind die dominanten Akteure des deutschen Kapitalismusmodells. Schon vor 1914 wurde Deutschland in den neuen Industrien Exportweltmeister mit einer Industriestruktur aus Chemie-, Stahl-, Energie- sowie Konsumgüterproduktion.

RAINER RILLING ist Soziologe und kritischer Intellektueller. Außerdem ist er Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse und passionierter Redakteur dieser Zeitschrift. Seit Jahrzehnten beschäftigen ihn Geopolitik, Friedenforschung, die *Risse im Empire* (2008) und neuerdings sogar das *Futuring* (2014).

Damit generierte es eine fundamentale Wirtschaftsstrategie, die bis heute jede Alternative niederkonkurriert. ›Germany Inc.‹ transnationalisiert sich rapide. Die Exportquote Deutschlands hat sich zwischen 1991 und 2013 von 22,2 auf 40 Prozent fast verdoppelt (Statistisches Bundesamt 2014, 428), und der Bestand deutscher Direktinvestitionen im Ausland stieg von 134 Mrd. Euro im Jahr 1991 auf 1 200 Mrd. Euro in 2012 (Bundesministerium der Finanzen 2014). Die Internationalisierung des deutschen Kapitals hat dabei in den letzten

Jahren zu einem immer deutlicheren Positions- und Machtgewinn im europäischen Machtblock geführt – vor allem zulasten Frankreichs. In den ost- und südeuropäischen Staaten, in Österreich, Italien oder den Beneluxstaaten dominiert das deutsche Kapital in einer ganzen Reihe von Branchen und hat auch seine Stellung in Frankreich und natürlich in China rapide verbessert.

Dagegen ist die Position des deutschen Finanzkapitals im europäischen Gefüge deutlich schwächer und politisch wie ideologisch deutlich unter Druck geraten (Heinrich 2014). De facto ist der europäische Finanzsektor über Großbritannien weiterhin eng mit der Wall Street und dem transnationalen Finanzkapital verbunden, denen gegenüber das sich stark differenzierende deutsche Finanzkapital eine deutlich nachgeordnete Rolle spielt. Seine Macht beruht aber auf einer ungewöhnlich starken Gläubigerposition und der Fähigkeit, in der Krise auf dem Feld der Finanz- und Geldpolitik (z. B. Fiskalpakt) europaweit ›deutsche‹ Positionen durchzusetzen und gemeinsam mit dem deutschen Industriekapital den Austeritätskurs zu verankern – von einem europäischen Sozialmodell ist kaum noch die Rede.

Die deutschen Industrie- und Finanzakteure waren somit in der Lage, die seit 2007/08 andauernde Krise zu ihren Gunsten auszunutzen, die ökonomische Machtkonstellation in Europa zu verändern und mit der neuen Spaltung Europas die Grundlage für einen Machtgewinn Deutschlands zu schaffen. Dieser keineswegs typische Fall eines ökonomischen Rearrangements der geopolitischen Situation Deutschlands ist das hegemoniepolitische Hauptresultat der Großen Krise in Europa.

Für die Rolle der Bundesrepublik hat der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Charles P. Kindleberger (1973) in seiner Analyse der 1929er Weltwirtschaftskrise einen Begriff formuliert: Es gehe um »hegemoniale Stabilität«. Ist die kapitalistische Weltwirtschaft labil und krisenhaft, dann bedarf es einer aktiven Führungsrolle des mächtigsten Landes. Hegemonie destabilisiere nicht, sondern ermögliche Stabilität. Inzwischen schreibt sich Deutschland vielfach die Rolle des ›hegemonialen Stabilisators‹ nicht nur in Europa zu.

Diese positiv konnotierte Rede vom öffentlichen Gut ›Stabilität‹ ist begleitet von einem offiziösen Diskurs, der die alltagstaugliche Unterscheidung zwischen ›Mittelmacht‹, ›Großmacht‹ und ›Weltmacht‹ weitgehend vermeidet. An seine Stelle tritt der samtweiche und handlungsfreudig-fleißige Begriff von der ›Gestaltungsmacht‹. Real geht es um Hegemonialmacht, um eine umkämpfte, umstrittene *German Hegemony in the Making*.

WAS MEINT HIER HEGEMONIE?

Erstens setzt die Positionierung und Anerkennung Deutschlands als globaler Player voraus, dass es eine eigene Führungsposition in der EU innehat und ausbaut, insofern also *Ungleichheit* in Europa stärkt. Deutschlands ›Umwelt‹ muss von seiner Außen- und Sicherheitspolitik so beeinflusst werden, dass sie dem deutschen Kapitalismusmodell und seiner Führungsfunktion in Europa von Nutzen ist und die Position politischer Konkurrenten schwächt. Kräftepolitisch ist dabei die neue Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland und die Erosion des französischen etatistischen Kapitalismusmodells von geradezu historischer

Bedeutung – die ›kooperative Hegemonie‹ der zwei westeuropäischen Kontinentalmächte ist längst asymmetrisch geworden. »Pour les Allemands, la France est un pays sur le déclin« (»Für die Deutschen ist Frankreich ein Land im Niedergang«, *Le Point*, 8.4.2012). Das ist das *Einzelinteresse* des Hegemons. Es ist *gegen* die konkurrierenden Ansprüche anderer Akteure auf Machtmaximierung und Führung gerichtet.

Dies erfordert aber *zweitens* eine Politik, die Grundinteressen der anderen europäischen Staaten aufgreift, also zur Stärkung *Europas* als globaler Player beiträgt – das ist das *besondere* Interesse des Hegemons. »Deutschland«, so das SWP-GMF-Papier, »wird künftig öfter und entschiedener führen müssen [...] mit anderen und mit Rücksicht auf andere.« Nicht etwa »gegen andere«. Allerdings ist dazu eine Einbindung der wesentlichen Akteure in Europa Bedingung. Eine vom Auswärtigen Amt auf der Webseite *Review 2014* lancierte PR-Debatte über außenpolitische Fragen bilanziert: »Nur wenn die Mitgliedstaaten integrations- und außenpolitisch an einem Strang ziehen, bringt Europa das politische Gewicht auf die Waage, das Deutschland zur Realisierung seiner Interessen braucht.« Die zentrale Zielstellung dieser Interessen heißt: »Mehr deutsche Führung in und durch Europa.« (Bendiek 2014, 60ff).

Die Politik des Hegemons ist also janusköpfig: Sie geht über die *soft power* der Märkte, das heißt über Konkurrenzverhältnisse, die den Akteuren in anderen Ländern der EU Anpassung und Unterwerfung aufzwingen. Sie funktioniert über Dominanz, indem sie durch Austeritätspolitik diszipliniert, nationale Souveränität und Demokratie abbaut, große Staaten bevorzugt, intergouvernementale Lösungen und informelle Führungszirkel präferiert (Hellmann 2010, 5).

Verlangt sind partnerschaftliche Führung *und* Troika-Autoritarismus, Disziplinierung *und* Konsens. Sie funktioniert über eine klassisch-imperialistische Außen-Innen-Dialektik: Spaltung und Ungleichheitspolitik nach außen wie nach innen. Deutschland wird so nach außen zur Triebkraft eines autoritären Kapitalismus. Akzeptanz und Konsens hängen davon ab, ob der Hegemon imstande ist, das Projekt *The Making of European Capitalism* voranzutreiben und zu repräsentieren. Dies ist deswegen so entscheidend, weil eine doppelte Austeritätspolitik nach innen wie nach außen nicht nur ökologische, sondern vor allem auch ökonomische Schranken hat: Ihr gehen immer wieder die Kunden verloren – innen wie außen.

Endlich sind *drittens* gerade das Export- und Finanzkapital auf globale Produktionsketten und Handelsströme orientiert. Der Hinweis auf die ›Globalisierung‹ spielt in dem erwähnten SWP-GMF-Papier folgerichtig eine zentrale Rolle. Da Deutschland von ihr profitiert, wird deutsche Außenpolitik zwangsläufig vor die Aufgabe gestellt, das Funktionieren dieser globalisierten Ordnung zu gewährleisten: »Die Bewahrung und Fortentwicklung dieser Ordnung ist deshalb Deutschlands überragendes strategisches Ziel – schon aus eigenem Interesse« (SWP/GMF 2013,12). Die dritte *globale* Aufgabe eines Hegemons besteht, wie es Leo Panitch und Sam Gindin (2012) formulieren, darin, diesen Expansionsprozess der Wirtschaft »zu machen«, denn er ist keine gesetzmäßig-blinde Entwicklung der Ökonomie.

Er war und ist ›ein Projekt‹. Das ›Projekt, den Kapitalismus global zu machen‹, stand

seit den 1940er Jahren auf der Agenda der US-Politik. Eine hegemoniale Führungsrolle der Bundesrepublik in Europa verlangt, erfolgreich die imperialen Qualitäten Europas zu entwickeln – nicht zuletzt *gegen* die anhaltende Dynamik zu einer ›Welt mit weniger Westen‹, also auch *für* die von Europa seit Jahrzehnten betriebene Absicherung eines American Empire, als dessen Knoten (›Juniorpartnerschaft‹) es funktioniert *und* zugleich mit dem Ziel einer eigenen Souveränität und weitgehenden Autonomie. Hier ist die Frage, wie es um den Beitrag der Bundesrepublik zu dieser Kür der Hegemonialkonkurrenz steht?

CHAMPIONS LEAGUE

Ein europäischer Hegemon muss drei Karten ausspielen, will er erfolgreich sein. Habermas sprach jüngst von der halb-hegemonialen Stellung Deutschlands und bezog sich dabei wohl auf die großen destabilisierenden Effekte der deutschen Krisenpolitik. Damit hat die Bundesregierung zwar die erste Karte der eigenen Interessen an Machtmaximierung bedient. Der Preis war jedoch eine Dauerkrise im europäischen Umfeld. Die zweite europäische Karte im Hegemoniespiel sticht also nicht wirklich. Mehr noch: Die erste Trumpfkarte könnte wertlos werden, denn die weiter zunehmende innenpolitische und binnenwirtschaftliche Instabilität in vielen Ländern bedroht nicht nur den Zusammenhalt der EU, sondern auch die führende Rolle Deutschlands darin.

Der Kontinent driftet auseinander, die zentrifugalen Prozesse breiten sich aus (Lehndorff 2014; Deppe 2014). Ein erneuter Einbruch durch eine Finanz- und Wirtschaftskrise würde diese Prozesse beschleunigen. Das *Making of European Capitalism* stagniert. Und wie steht es mit der dritten Karte, dem *Making of Global Capitalism*? Hier treffen wir die eingangs erwähnte Figur wieder: den politischen Riesen. Hat dieser Riese eigentlich einen Namen? Als es nach 9/11 um die veränderte Rolle der USA ging, schlug der *Guardian* (19.8.2002) vor, auf den »Gorilla unter den geopolitischen Bezeichnungen« zurückzugreifen: das American *Empire*, das Imperium. Imperien haben im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu dem, was ›Welt‹ ist. Es geht um Weltordnung: »Empires are in the business of producing world order.« (Maier 2002)

Zur Bestimmung des Imperialen gehört zwingend die wirkliche Fähigkeit zur Weltordnung, also auch zu einem Anspruch, der auf eine neue Geografie des Globalen zielt. *Die neue Weltordnung, von der gegenwärtig so viel gesprochen wird, ist eine neue Ordnung der imperialen Welt.* Die Akteure der Konkurrenz um den Umbau des Weltsystems und die Aneignung seiner zentralen Orte der Kapitalakkumulation und politischen Machtkonzentration sind Imperien. Die Rede von der »interimperialen Konkurrenz« (Laura Doyle) und die Ausbreitung der Georhetorik zeigt an, dass in diese Konkurrenz Bewegung gekommen ist (Doyle 2014; Rilling 2008 u. 2013; Bieling 2013 u. 2014).

Der Blick bloß auf die Staatenwelt, in der die genannten Interessen vermittelt werden, greift daher zu kurz. Imperien sind Allianzbildungen aus Staats-, Unternehmens- und Zivilmachtorganisationen. Sie bündeln materielle, ideelle, administrative und militärische Kapazitäten. Geopolitik, also Raumerwerb



MKG »Fette Beute«, beide Fotos: © Lamia Maria Abillama, aus der Serie *Ladies of Rio,* 2006–2007

und -hoheit, ist ein Mittel, um zusätzliche Ressourcen in neuen räumlichen Anordnungen des transnationalen Kapitalismus aufzuhäufen. Gegenwärtig sind die USA, die europäische Staatenkonfiguration und China die einzigen politischen Entitäten, die in diesem Sinne ein imperiales Projekt verfolgen können, das also auf Weltordnung nach ihrem Maß zielt.

Die Frage nach den Spezifika des Kapitalistischen, die sich in deren Projekten zusammenfassen und in neuen Entwicklungsvarianten des Kapitalismus bündeln, ist bislang allerdings in der politischen Realität wie in deren theoretischer Reflexion unzureichend beantwortet. Und Deutschland? Deutschland ist kein Imperium und wird auch keines werden. Aber am Aufbau eines imperialen Europa mitzuarbeiten, um eine oder die Führungsposition zu erreichen und zu halten – das scheint der aktuell absehbare Königsweg des deutschen Realismus zu sein. Die Kunst einer *Politics of Hegemony in the Making* besteht darin, die ständig neu gemischten Karten klug auf diesem langen Weg ins Spiel zu bringen.

ZUM KÖNIGSWEG

Wer in Europa eine Hegemonialrolle beansprucht, muss sich – so das zitierte SWP-GMF-Papier – darauf einstellen, in einer Welt mit neu aufsteigenden Mächten und einem relativen Machtverlust der USA in der westlichen Welt ein geopolitisches ›Machtvakuum‹ auszufüllen. Ein solcher Akteur muss die Absicht und wirkliche Fähigkeit zeigen, in die Ordnung des globalen Kapitalismus nachhaltig und mit globalem Gestaltungsanspruch zu intervenieren. Er muss die ökonomische Logik der Kapitalakkumulation auf der Ebene des Weltmarktes und die politische Logik der Machterweiterungen in globalen Konflikten verbinden. Die Bundesrepublik freilich gilt gerade mal als das mächtigste mittelgroße Land der Welt – mehr nicht.

Betrachten wir jedoch den Tabellenstand der globalen Champions League der Vermögensbesitzer, also der Milliardäre, dann ist die bundesdeutsche Mannschaft seit Anfang des Jahrhunderts leichtfüßig in die Spitzengruppe vorgestoßen und hat der deutschen Republik nebenbei weltmeisterliche Ungleichheitsquoten verpasst. Und im Fall Ukraine zeigt sich noch etwas anders: die Bereitschaft, diese Politik nicht bloß diplomatisch, sondern auch mit den Mitteln militärischer Gewalt und ›robuster Machtprojektion‹ durchzusetzen. Das gehört zum Instrumentenkasten eines globalen Player. Immerhin gelang es, hierzulande die Militärausgaben trotz der Finanzmarkt- und Schuldenkrise stabil zu halten. Wenn Frau von der Leyen als Kriegsministerin mit stahlblaugrauem Blick posiert, geht es im Unterschied zur Reichtumsfrage und zur Politik der Ungleichheit noch um ›Normalisierung‹, nicht um Dominanz. Die europäische Militärfunktion liegt fast ausschließlich bei der NATO, den europäischen Sicherheitsapparaten sowie bei Frankreich und Großbritannien.

Zu keiner Zeit war der EU-Block in eine solche Fülle von gewalttätigen Konflikten verwickelt wie gegenwärtig im Süden und Osten Europas und in seinen ›nachbarschaftlichen‹ Grenzzonen. Diese Politisierung des Außenverhältnisses der EU reflektiert ihr Agieren als Imperialmacht im Kampf, die Einflusszone des herrschenden europäischen Blocks auszuweiten: Imperien sind nicht, sie werden.

Expansion ist ihre Logik. Imperiale Aktivitätsschübe dieser Qualität verankern auf lange Zeit politisierte Denk- und Verhaltensmuster.

›Normalisierung‹ der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik heißt daher, in einem »Empire by Invitation« (Geir Lundestad) vorzuführen, dass es an seinen Rändern die Zähne zeigen, abstoßen oder ausschließen kann. Als Führungsmacht in einer imperialen Allianz zu fungieren, fordert von der BRD, stärker in das klassische Modell eines ›liberalen Internationalismus‹ einzuschwenken, der kosmopolitisch verbrämte Diplomatie und Dialogpolitik mit einer starken militärischen Hand verknüpft. Im Zentrum dieses Modells imperialer Expansion steht aber weiterhin die Unterscheidung zwischen einem zivilisierten Kern, einer armen Peripherie und einem entwicklungsbedürftigen, unterlegenen Umfeld, das über Framework Participation Agreements (FPA) und Assoziierungsabkommen, über Bewährung als Nachbar, Freund, Partner und Kandidat stückweise assimiliert wird, um endlich das finale *upgrade* zum Mitglied des Imperiums zu erhalten.

Wenn Deutschland seine dritte Karte spielen will, dann kann dies nur über transatlantische Allianzen und in der EU realisiert werden. Die Europapolitik der Bundesregierung folgt daher einer doppelten Zielsetzung: zu verhindern, dass die Stagnation zu einer Erosion und letztlich zu einer existenziellen Krise wird, die eine irreversible Schwächung des vorwiegend transatlantischen, kapitalistischen Zentrums bedeuten würde. Zugleich muss sie die Perspektive eines *Global Player Europa* sichern und stärken, also dafür sorgen, dass Europa im imperialen Business der Produktion von Weltordnung weiter erfolgreich mitspielen kann. Europa ist schon längst nicht mehr bloß ein *Empire in the Making*. Es kommt für die herrschenden Klassen in Europa jedoch darauf an, ein Projekt zu entwickeln, das global einen attraktiven Unterschied macht *und* auf einem gewinnträchtigen Akkumulationsmodell basiert. Im Moment ist hier Baisse. Es ist nicht leicht, ein Riese zu werden.

LITERATUR

Bendiek, Annegret, 2014: Abschied von der Juniorpartnerschaft. Für mehr deutsche Führung in und durch Europa, in: *Internationale Politik* 5/2014, 60–66

Bieling, Hans-Jürgen, 2013: Die krisenkonstitutionalistische Transformation des EU-Imperiums: zwischen autoritärer Neugründung und innerem Zerfall, in: *Das Argument* 301, 34–46

Ders., 2014: *Cooperative Imperialism? The Global Political Economy of Contemporary Germany*, unveröff. Manuskript

Bundesministerium der Finanzen, 2014: *Monatsbericht September*, Berlin

Deppe, Frank, 2014: *Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in »neuer Verantwortung«*, Hamburg

Doyle, Laura, 2014: Inter-Imperiality, Interventions, in: *International Journal of Postcolonial Studies*, 2/2014, 159–196

Gindin, Sam und Leo Panitch, 2012: *The Making of Global Capitalism: The Political Economy of American Empire*, London

Heinrich, Mathis, 2014: Das transnationale Kapital und die Bearbeitung der Krise(n) in der Europäischen Union, in: *Prokla* 175, 2/2014, 237–254

Hellmann, Gunther, 2010: Normativ nachrüsten. Deutschlands neue Rolle in der Welt und wie sie zu gestalten wäre, in: *Internationale Politik* 10/2010, 1–6

Kindleberger, Charles P., 1973: *Die Weltwirtschaftskrise. 1929–1939*, München

Lehndorff, Steffen (Hg.), 2014: *Spaltende Integration*, Hamburg

Maier, Charles S., 2002: An American Empire? In: *Harvard Magazine* 6/2002, http://harvardmagazine.com/2002/11/an-american-empire.html

Rilling, Rainer, 2008: *Risse im Empire*, Berlin

Ders., 2013: Was ist Geopolitik? Ein Streifzug, in: *Wissenschaft & Frieden* 1/2013, 6–10

Statistisches Bundesamt, 2014: *Statistisches Jahrbuch*, Wiesbaden

Szabo, Stephen F., 2014: Germany's Commercial Realism and the Russia Problem, in: *Survival: Global Politics and Strategy* 5/2014, 117–128

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF) (Hg.), 2013: *Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch*, Berlin

AMERICAN DECLINE?

HANDELSABKOMMEN UND NEUE KRIEGE

INGAR SOLTY

Seit der globale Kapitalismus ins Austeritätszeitalter eingetreten ist, konkurrieren nationale Wettbewerbsstaaten um Verwertungsbedingungen: eine Wachstumsstrategie, die letztlich darauf hinausläuft, die eigenen sozialen und ökonomischen Kosten den Nachbarstaaten aufzubürden. Im Fall der USA führt dieser Übergang zu einer Strategie der inneren und äußeren Abwertung (von [Lohn-]Kosten und Wechselkursen) zu einer Verstärkung der aggressiven Tendenzen in der US-Außen- und Geopolitik. Angesichts der zunehmenden Kriegsmüdigkeit in den USA bedeutet dies einen Entdemokratisierungsschub im Inneren: eine Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen im Amt des Präsidenten, gerade in Bezug auf die Außenpolitik.

REORGANISATION STATT DECLINE

Eine seit über 40 Jahren beispielsweise von Weltsystemtheoretikern wie Immanuel Wallerstein und Giovanni Arrighi vertretene These besagt, die USA befände sich auf dem

weltpolitischen Rückzug und im generellen Niedergang. Nach den Kriegsdesastern von Irak bis Afghanistan sei Obama im Kern ein *Decline*-Manager. Gerade im medialen und politischen Dauerfeuer rund um eine wachsende deutsche Macht und ›Verantwortung‹ wird dies gern so dargestellt. Wieso also von einer neuen aggressiven US-Geopolitik sprechen?

1 | Zweifellos fordern die USA von Deutschland und der EU ›mehr Verantwortung‹ für das Management des globalen Kapitalismus und seiner Widersprüche ein. Dabei geht es allerdings um eine neue Verteilung von Aufgaben *innerhalb* des Empire, dessen Teil Deutschland und die EU nun einmal sind. Die strategische Neuausrichtung der US-Außenpolitik sollte nicht mit Rückzug verwechselt werden. Dies wäre auch possierlich angesichts der Tatsache, dass unter der Obama-Regierung (Drohnen-)Kriege in acht Ländern geführt wurden – Irak, Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia, Mali – und verdeckte Operationen in unzähligen weiteren.

2 | In der auf die Entwicklung und Integration des globalen Kapitalismus zielenden Politik des Empire gibt es eine *Kontinuität* der Ziele bei relativer *Diskontinuität* der Mittel. Nach dem Scheitern der neokonservativen Bodentruppen-Nation-Building-Strategie unter George W. Bush führt die Neuausrichtung der Mittel zurück zu einer klassischen Außenpolitik im Stil von Mahan und Brzezinski.[1] Die imperiale Integration des globalen Kapitalismus soll wieder mithilfe einer Kontrolle der Weltmeere durch eine US-Militär- und Handelsflotte sowie Brückenköpfe gesichert werden; und zwar mittels kapitalistischer Durchdringung durch Handelsverträge sowie Militärbündnisse und -basen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Dominanz der eurasischen Landmasse.

3 | Die Innen-Außen-Dialektik der USA und des American Empire, was nicht das Gleiche ist, heißt aber auch: Voraussetzung für nationale Wachstums- und Wettbewerbsstrategien ist die Verbesserung der Exportmöglichkeiten über Freihandelsabkommen. Diese sind mit dem Scheitern der Doha-Runde zur Welthandelsliberalisierung dem gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens FTAA sowie den Problemen der asiatisch-pazifischen Freihandelszone jedoch ins Kriseln geraten. An die Stelle einer multilateralen Vorgehensweise wurden bilaterale Pakte gesetzt, doch auch diese wackeln, weil weltweit der Widerstand wächst. Unter Obama kamen lediglich bilaterale Verträge mit Kolumbien, Panama und mit Südkorea zustande. Vor diesem Hintergrund drängt Obama in Fragen der *Trans-Pacific Partnership* (TPP) und TTIP auf autoritäre Maßnahmen und eine Rückkehr zur *Trade Promotion Authority* Bushs. Diese erlaubte es dem Präsidenten, Handelsverträge ohne Konsultation des Kongresses abzuschließen.

INGAR SOLTY ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter im Forschungsprojekt *The Question of Europe in an Era of Economic and Political Crises* an der York University in Toronto, Kanada. Er forscht, lehrt und schreibt u.a. zu Fragen Internationaler Politischer Ökonomie und Politischer Theorie. Außerdem ist er Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Das Argument.*

Nicht nur fehlt die Grundlage für die von Obama avisierte Verdopplung der US-Exporte bis 2017, die USA sehen sich außerdem mit einer zunehmenden regionalen Integration sowohl in Lateinamerika (ALBA als linkes Gegenmodell zur FTAA, Mercosur, SUCRE als Mittel gegen schuldenimperialistische IWF- und Weltbank-Praktiken, UNASUR als Baustein für eine gemeinsame Außenpolitik) als auch in Ostasien (*Shanghai Cooperation Organization, Asia Cooperation Dialogue, Chiang-Mai-Pakt*) konfrontiert.

EMPIRE-AUSSEN

Die regionale Integration in Asien könnte für die USA und die mit ihnen verbündeten kernkapitalistischen Staaten zum Problem werden: Zentrale geostrategische Herausforderung ist die subordinierte Einbindung Chinas in die neoliberale Weltwirtschaftsordnung. Die Selbsterklärung zur »pazifischen Macht« unter Obama ist in diesem Kontext zu betrachten. China ist als Teil von »Chimerika« (Niall Ferguson) weiterhin in einer abhängigen Position von den USA (und umgekehrt); wie es sich zukünftig ausrichten wird, ist allerdings offen. Deng Xiaopings Reformen ab 1978 und Chinas WTO-Beitritt 2001 als lineare Entwicklung hin zur Marktöffnung zu begreifen, geht an den Tatsachen vorbei. Kapitalistische Durchdringung und imperiale Unterordnung grenzen an zwei verbliebene Bastionen des ›Sozialismus chinesischer Prägung‹: erstens die vom Westen vehement eingeforderte Liberalisierung des binnenchinesischen Finanzmarktes und zweitens die nicht weniger vehement geforderte Privatisierung des kollektiven Landbesitzes. Trotz Willensbekundungen von chinesischer Seite hat sich hier bislang wenig getan.

Für die imperiale Einbindung Chinas gibt es keine historischen Vorbilder. Mit Deutschland und Japan integrierten die USA nach 1945 zwar ökonomisch zentrale, aber vergleichsweise kleine Staaten. Die Bevölkerung Chinas ist dagegen mehr als viermal so groß als die eigene. Deutschland und Japan waren außerdem militärisch besiegt und von den USA besetzt, ihre herrschenden Klassen befürchteten eine wirtschaftliche Entmachtung. China dagegen ist ein souveräner Staat, und obwohl bis vor Kurzem noch ›Entwicklungsland‹, kehrt es nicht zuletzt durch eine kluge Außenwirtschaftsdiplomatie wieder zu alter Stärke zurück. Schließlich wurden Deutschland und Japan unter den Bedingungen der Bipolarität in das Empire integriert, zu einem Zeitpunkt, als die USA über die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) verfügten. Inzwischen kommen sie auf weniger als ein Viertel des globalen BIP, womit die Integrationskapazitäten ausgerechnet zu einem Zeitpunkt schrumpfen, da sie angesichts der Multipolarität nach dem Ende des Kalten Krieges dringend vonnöten wären.

INTEGRATION DURCH CONTAINMENT

Die China-Politik der USA nimmt immer mehr die Form einer Strategie der Einbindung durch Eindämmung an. Die USA machen sich erfolgreich Spannungen um Territorien im Südchinesischen Meer zunutze, um als regionale Ordnungsmacht auftreten zu können. Unter Obama wurden zahlreiche bilaterale Militärbündnisse mit Australien, den Philippinen, Japan, sogar mit Vietnam

und Indien aus- und aufgebaut. Die Konflikte vor Ort werden genutzt, um regionale Integrationsbemühungen zu hintertreiben und die Festigung konkurrierender Blöcke außerhalb des American Empire zu verhindern. Um beispielsweise abzuwenden, dass China mithilfe des Chiang-Mai-Abkommens, einem ostasiatischen Währungssystems jenseits des Dollars, die US-Finanzhegemonie herausfordert, wird ein klassischer, geopolitischer Hebel genutzt: die Drohung mit einer maritimen Kontinentalsperre. Die außenpolitischen Eliten der USA vertrauen darauf, dass Chinas Staatsführung keine Konfrontation sucht, denn fast 80 Prozent des chinesischen Außenhandels und der überlebenswichtigen Rohstoffimporte werden über das von den USA kontrollierte Südchinesische Meer abgewickelt. Sie können also im Grunde damit drohen, soziale Revolten in China auszulösen, denn aus Gründen der innenpolitischen Stabilität ist die chinesische Regierung auf anhaltend hohe Wachstumsraten von um die 7 bis 9 Prozent angewiesen, um die rund 250 Millionen Wanderarbeiter sozial integrieren zu können. Sinkendes Wachstum bliebe nicht ohne Folgen für den Machtanspruch der Kommunistischen Partei.

Nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber Lateinamerika verfolgen die USA immer deutlicher eine Politik des *containment*. Die Pazifik-Allianz soll nach dem Scheitern der FTAA die starken regionalen Integrationsprozesse im linksgewendeten Lateinamerika hintertreiben. Die dritte Eindämmungsstrategie bezieht sich auf Russland. Die Anzeichen verdichten sich, dass die USA gegen Russlands subimperiale Eurasienpläne (*Shanghai Cooperation Organization*, Eurasische Wirtschaftsunion) mittlerweile auf Eindämmung durch Konflikt drängen. Diese Strategie wird dabei unmittelbar in Beziehung gesetzt zur Kennan'schen Außenpolitik nach 1947 und als »Containment 2.0« diskutiert.[2] Ökonomisch sind die USA – im Gegensatz zur EU – kaum mit Russland verflochten. Insofern können sie innenpolitische und regionale Konflikte um die Ukraine nutzen und als Ordnungsmacht auftreten. Mit dieser Politik durchkreuzen sie Strategien des deutschen und europäischen, von russischen Energieimporten abhängigen Kapitals (Deutsch-russische Auslandshandelskammer, *Geneva Ukraine Initiative*), die auf ›Wandel durch Handel‹ zielen. Der *European Council on Foreign Relations* propagiert einen Spagat: »Soft Containment«, militärisch-politische Konfrontation Russlands bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ökonomischer Integration. Dagegen könnte eine Einhegung, die auf Rückentwicklung ökonomischer Verflechtung zwischen Russland und der EU hinausläuft, im Rahmen der neuen US-Wachstumsstrategie zugleich Europa als Markt für US-Energie- und besonders Fracking-Technologieexporte erschließen (vgl. Daniljuk in diesem Heft). Das American Empire zieht seine Stärke dabei auch aus sinkenden Energiepreisen. Diese schwächen die Ausgangspositionen sowohl Russlands als auch der auf Ausbeutung von Rohstoffen angewiesenen lateinamerikanischen Staaten.

GEWALT 1: NICHT-KRIEG

Das Hauptziel der Politik der kapitalistischen Kernstaaten ist ein neoliberaler globaler

Kapitalismus. Mittel zu diesem Zweck sind Wirtschafts- und Handelsverträge. Sie gewährleisten die Durchdringung nationaler Gesellschaftsformationen und schützen die transnationalen Konzerne vor den Auswirkungen der Demokratie. Die Politik der »Penetration« (Peter Gowan) geschieht in den seltensten Fällen auf dem Kriegsweg.

Die nichtmilitärische Gewalt des Schuldenimperialismus besteht darin, dass eine Marktöffnung zu den Bedingungen der kapitalistischen Kernstaaten erzwungen wird, und zwar auf dem Wege der Staatsverschuldung und der entsprechenden Auflagen, die vermittels IWF und Weltbank an westliche Kredite geknüpft sind. Eine Ausnahme bilden jene Länder, die aufgrund ihrer geringen Außenhandels- und Staatsschulden nicht auf diesem Weg zur Integration in die neoliberale Weltwirtschaft gezwungen werden können. Dies gilt insbesondere für die ölexportierenden Länder – historisch wurden sie teilweise durch direkte militärische Gewalt aufgebrochen.

Dass der neue Imperialismus seine ökonomischen Ziele meist auf einem nichtkriegerischen Weg erreicht, macht ihn nicht weniger gewaltförmig. Die Kunst besteht darin, wie Bertolt Brecht in *Me-ti. Buch der Wendungen* anmerkt, die »Gewalt zu erkennen«; diese nimmt im Kapitalismus im Normalfall die Form der indirekten, strukturellen Gewalt an. Dies gilt sowohl im Innern für den Markt als Zwang (zum Verkauf der Ware Arbeitskraft) als auch nach außen für die Wirksamkeit der Herrschaft über ungleiche Entwicklung und Tauschverhältnisse, die schuldenimperialistische Praktiken ermöglichen.

GEWALT 2: KRIEG

Warum dann überhaupt Kriege? Physische Gewalt ist trotz allem nicht verschwunden, im Gegenteil, seit den 1980er Jahren nehmen zivilgesellschaftliche und staatliche Gewalt zu. Unter Obama änderte sich entsprechend auch die strategische Ausrichtung des Militärs: Kapazitäten werden geschaffen, um zwei oder mehrere Kriege gleichzeitig führen zu können.

Die Ursache für viele der neuen Kriege des ›Westens‹ sind die selbst produzierten Widersprüche des globalen Kapitalismus: Der Freihandelsimperialismus hat mit jedem neuen Abkommen im Interesse hochsubventionierter US- und EU-Agrarkonzerne ganze Länder und ihre Bevölkerungen umgepflügt, Hunderte Millionen früherer Subsistenzbauern enteignet und ein riesiges neues globales Proletariat geschaffen (vgl. Wulf in diesem Heft). In einer neuen Welle weltweiter Massenmigration sammelt es sich in den Megametropolen des globalen Südens wie Lagos oder Dhaka. Kapitalistische Normalarbeitsverhältnisse finden sich hier kaum.

Zugleich hat die strukturelle Macht des Kapitals, das heißt seine Mobilität, im Zuge dieser Politik zu einem verheerenden Standortkrieg einer wachsenden Zahl an Nationalstaaten geführt. Faktisch konkurrieren sogar Regionen und Kommunen mit niedrigen Steuersätzen und Subventionen um (ausländische Direkt-)Investitionen. Die Nationalstaaten geraten unter Druck, und die schwächsten unter ihnen zerbrechen. Teile der repressiven Staatsapparate machen sich selbständig; die Durchsetzung des Gewaltmonopols wird zunehmend schwieriger, weil lokale Milizen

die militärische Okkupation und den Ausverkauf von nationalen Ressourcen (Ölfelder, Gold-, Silber- und Diamantenminen etc.) in die eigene Hand nehmen oder innerstaatliche Verteilungskämpfe, Entsolidarisierung und Sezessionstendenzen reicherer Regionen befördern, die oft in (ethnisch, religiös und anders überformte) Bürgerkriege ausarten. Die Folge von knapp 40 Jahren neoliberaler Freihandelspolitik, daraus resultierendem Staatszerfall und ›neuen Kriegen‹ ist, dass sich die globale Migration nicht nur in Land-Stadt-Richtung, sondern auch in Süd-Nord-Richtung vollzieht. Historisch vergleichsweise kleinere Konflikte haben heute ungleich dramatischere Auswirkungen im Hinblick auf Landvertreibung und Migration (vgl. Georgi in diesem Heft).

In der Krise hat sich diese Dynamik verschärft. Sie vernichtete weltweit 50 Millionen Arbeitsplätze. Nach Schätzungen des früheren IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn müssten allein in Nordafrika und im Nahen Osten 80 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um die soziale Konfliktlage, die zur Arabellion führte, zu entschärfen. Gruppen wie der Islamische Staat (IS) machen sich dies zunutze. Während sie aus dem Westen vor allem Teile der arabischstämmigen Arbeiterklassejugend anziehen, die sich angesichts ihrer Perspektivlosigkeit dem Salafismus zugewandt haben, ist der IS für ägyptische Ingenieure und andere regionale Professionals eher ›Arbeitgeber‹. Er bietet ökonomische Perspektiven ähnlich der Drogenkartelle in Mexiko und Zentralamerika (die sich seit den Freihandelsabkommen NAFTA 1994 und CAFTA 2005 rapide verbreiteten).

Ein zentraler Aspekt des neuen Imperialismus sind deshalb Kriege der westlichen Staaten, die auf den Bumerang der eigenen freihandelsimperialistischen Politik und das durch vorherige Kriege (vom Irak bis Libyen) selbstproduzierte Chaos reagieren. Die USA – begriffen als »Prototyp eines Globalstaates« (Leo Panitch) – bearbeitet diese Widersprüche auf Weltebene. Dabei sind sie zunehmend auf die anderen Staaten des American Empire angewiesen, weil die zentripetale Wirkung des bipolaren Systems nicht mehr vorhanden, zugleich aber seine ökonomische Macht als Grundlage der politisch-militärischen Machtkapazitäten seit den späten 1960er Jahren zurückgegangen ist. Dagegen hat das Ausmaß der kapitalistischen Verheerungen fürchterlich zugenommen. Entsprechend wachsen die Herausforderungen für das Empire in einem Augenblick, in dem seine Ressourcen im Umgang mit den Widersprüchen schwinden. Die dreifache Eindämmungspolitik ist somit auch ein Ausdruck der Schwäche. Schwäche mit Rückzug zu verwechseln wäre jedoch fatal.

---

1 Marineoffizier A.T. Mahan war einer der ersten, der Ende des 19. Jahrhunderts geopolitische Ziele für die USA als Seemacht formulierte. Zbigniew Brzeziński ist einflussreicher Vertreter der ›realistischen Schule‹ der Außenpolitik und war Berater der US-Präsidenten Lyndon B. Johnson und Jimmy Carter. Nach dem Ende der Sowjetunion schlug er vor, die verbliebene Weltmacht solle den eurasischen Kontinent unter ihrer Kontrolle behalten und alle Bestrebungen klein halten, die deren Machtstellung gefährden könnten.

2 George Kennan war ein US-amerikanischer Historiker und Diplomat. Sein Name ist verbunden mit dem Marshallplan sowie der Containment-Politik in der Zeit des Kalten Krieges.

FRACKING, FREEDOM, FREIHANDEL

USA: TREIBENDE KRAFT EINER NEUEN WELTENERGIEORDNUNG?

MALTE DANILJUK

In den vergangenen Jahren veränderte sich das Umfeld der Europäischen Union radikal. Auf die wirtschaftlichen Krisen folgte eine aggressive Neuformulierung transatlantischer Identität, die sich vor allem gegen Russland richtet. In den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie in strategischen Regionen Afrikas breiten sich Bürgerkriege aus. Für eine systematische Einordnung der aktuellen Umbrüche lohnt sich ein Rückblick auf einen Eckpunkt internationaler Beziehungen: die Energiepolitik. Die aktuellen Krisen und Kriege lassen sich zwar nicht darauf reduzieren, aber sie lassen sich nur richtig einordnen, wenn man sie als Teil einer umkämpften und sich stark verändernden Weltenergieordnung versteht (vgl. Klare 2014).

Rückblickend stellt der Amtsantritt von Barack Obama einen relevanten Paradigmenwechsel in der US-Energiepolitik dar. In seiner Antrittsrede im Januar 2009 verwies er darauf, dass »die Art, wie wir Energie verbrauchen, unsere Gegner stärkt« (zit. nach Deutsche Welle, 20.1.2009). Für einen

außenpolitischen Richtungswechsel bedurfte es eines neuen energiepolitischen Konzepts. Bereits im Wahlkampf hatten Obama und Joe Biden (2008) mit *New Energy for America* ein solches vorgestellt. Sie bezeichnen darin die Abhängigkeit von Erdölimporten als eine der größten Herausforderungen für die USA und als eine »Bedrohung für unsere nationale Sicherheit«. Mittelfristig sollte die heimische Öl- und Gasproduktion mithilfe neuer Technologien erhöht werden. Die Lösung heißt »Getting More from our Existing Oil Fields«. Dabei werden tiefliegende, bisher unzugängliche geologische Schichten und Ölsande effektiver ausgebeutet, und zwar mit einer Technik, mit der US-amerikanische Unternehmen schon seit den 1960er Jahren experimentieren: Hydraulic Fracturing oder kurz Fracking.

NEUE ENERGIE FÜR NORDAMERIKA

Was in den USA heute als Fracking-Boom diskutiert wird, erweist sich als ein echter *game changer* für die weltweite Energieversorgung. Die USA scheinen sich zu einer »Energie-Supermacht« (Blackwill/O'Sullivan 2014) zu entwickeln. Nur fünf Jahre nach dem Start der öffentlichen Förderung für neue Technologien zur ›alternativen Energiegewinnung‹ befindet sich die Öl- und Gasproduktion in den USA und Kanada auf dem höchsten Stand seit drei Jahrzehnten.[1] Allein auf dem Territorium der USA wurde die Ölförderung von 5 auf 8 Millionen Barrel Erdöl gesteigert und deckt inzwischen 80 Prozent des Bedarfs. Nordamerika hat sich von einem der größten Importeure von Kohlenwasserstoffen zu einem Netto-Exporteur entwickelt. Nach Einschätzung der nordamerikanischen Energiekonzerne lassen sich die aktuellen Förderquoten bei Erdöl noch verdreifachen. Dieses Niveau könnte man nach der aktuellen Datenlage für etwa 20 Jahre halten.

Die tägliche Fördermenge an Erdgas erhöhte sich zwischen 2005 und 2011 um das Siebenfache auf fast 700 Millionen Kubikmeter. Damit fiel der Gaspreis von 13 auf 4 US-Dollar für je 26,4 Kubikmeter Gas. Große Teile der Industrie und der Stromerzeugung stellten ihre Verfahren auf Erdgas um und senkten ihre Produktionskosten damit erheblich. Die gesellschaftlichen Kosten dieser Fördertechniken sind jedoch enorm. Fracking verbraucht gigantische Mengen an Wasser, das mit Chemikalien versetzt in den Boden gepresst wird und danach wieder entsorgt werden muss. Bei der Schwerölgewinnung durch Fracking bleiben riesige Bassins mit ölhaltiger chemischer Brühe zurück. Zudem verursacht der Eingriff in die tieferen Erdschichten, insbesondere das Aufbrechen von Schiefergesteinschichten, unkalkulierbare geologische Risiken. Die beteiligten Unternehmen, darunter auch Total, Shell und BP, schaffen gegenwärtig die Voraussetzungen für Öl- und Gasexporte nach Europa und Asien. Angesichts der extrem hohen Investitionen in die Entwicklung und in den Ausbau der neuen Fördertechnologien müssen die transnationalen Unternehmen schnell und aggressiv

MALTE DANILJUK ist Kommunikationswissenschaftler, Publizist und Redakteur dieser Zeitschrift. Von 2011 bis 2012 arbeitete er als Referent für internationale Politik für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Als Redakteur des Nachrichtenportals *Amerika 21* leitet er das Ressort Hintergrund & Analyse.

neue Absatzmärkte erschließen. Allein in die umweltschädliche Ölsandförderung in der Provinz Alberta in Kanada – auch hier kommt Fracking zum Einsatz – investierten sie bisher 100 Milliarden US-Dollar, weitere 364 Milliarden sollen folgen.

Veränderungen auf dem Binnenmarkt der USA zeichnen sich bereits ab. Die Importe aus den bisherigen Exportländern, vor allem aus den OPEC-Staaten, gehen schnell zurück. Die sinkenden Einfuhren sowie die durch die niedrigeren Energiekosten deutlich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt tragen wesentlich dazu bei, dass sich die US-Wirtschaft von den Folgen der Krise erholen konnte. Auf dieses ›Konjunkturwunder‹ hoffen nun auch andere Regionen. In Europa befinden sich die neuerdings förderbaren Ressourcen vor allem in Frankreich, Deutschland, in den Niederlanden, in der Ukraine, in Litauen und Rumänien. Wenn die transatlantischen Energieriesen ihren Technologievorsprung global vermarkten, hat das weltweit Auswirkungen auf die regionalen politischen Beziehungen.

UKRAINE: ERSTE PROJEKTE IN ÜBERSEE

In der Ukraine befinden sich vermutlich die größten derzeit durch Fracking zu erschließenden Gasvorkommen in Europa. Diese Gasfelder liegen sowohl im Westen des Landes, in der Region um Lwow, als auch im äußersten Osten, im Jusifska-Feld rund um Charkow sowie im Schwarzen Meer, an der Küste vor der Krim. Im vergangenen Sommer, unmittelbar vor dem Ausbruch der Ukraine-Krise, tat sich der ukrainische Energy Strategies Fund mit der optimistischen Einschätzung hervor, dass die Vorkommen ausreichen werden, um das Land für etwa 60 Jahre mit Gas zu versorgen.[2] Diese Schätzung basiert auf Probebohrungen, welche die alte Regierung unter Victor Janukowitsch bereits in der ersten Jahrshälfte 2013 von Exxon, Chevron und Shell hatte durchführen lassen (Bauerova 2013). In der Folge erhielten alle drei Unternehmen Förderverträge über jeweils mindestens 10 Milliarden US-Dollar (Balmforth/Zhdannikov 2013). Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs blieb davon nur ein einziges Projekt übrig. Im Westen der Ukraine bereitet Chevron gegenwärtig die Förderung vor. Die Lizenzen von Shell liegen in der Region Donezk, die inzwischen von Aufständischen kontrolliert wird. Das Unternehmen stellte seine Gasförderung in der Ukraine komplett ein. Auch die von Exxon geleiteten Offshore-Fracking-Projekte auf der Krim wurden vorläufig gestoppt.

Da es sich um die einzigen größeren Wirtschaftsprojekte in der Ukraine handelt, an denen US-Unternehmen beteiligt sind – selbst der wirtschaftliche Austausch mit Russland macht nur ein Prozent in der US-Außenhandelsbilanz aus –, ist davon auszugehen, dass *big oil* dringend auf ein Assoziierungsabkommen angewiesen war. Einerseits ging es darum, den eigenen Technologievorsprung gegen politische Entscheidungen abzusichern. Andererseits planten Exxon, Chevron und Shell, mit der ukrainischen Gasförderung verschiedene Staaten der EU mit Gas zu versorgen. Das wäre im Rahmen eines Assoziierungsabkommens einfacher umzusetzen gewesen. Eine öffentliche Stellungnahme der beteiligten Energieunternehmen zum Sturz ihrer damaligen Verhandlungspartner lässt sich selbstverständlich nicht finden. Als Journalisten im März 2014 in Washington recherchierten, wer die hartnäckigsten Lobby-

Gruppen in Sachen Ukraine-Konflikt sind, stellten sie jedoch fest, dass Vertreter von Exxon, Shell und Chevron besonders häufig in den Terminkalendern von US-Politikern zu finden waren (Talev/Allen 2013).

EUROPA: ENERGIE FÜR DEN FREIHANDEL

Der Umstand, dass Russland infolge des Ukraine-Konflikts aus der selbsternannten ›internationalen Gemeinschaft‹ quasi ausgestoßen wurde, kommt den transnationalen Energieunternehmen auch an anderer Stelle entgegen. Die gesamte nordamerikanische Infrastruktur wird gegenwärtig auf Export umgestellt. Der zukünftige transatlantische Wirtschaftsraum soll mit nordamerikanischer Energie versorgt werden. Dafür müssen die etablierten Anbieter verdrängt werden. Im Bundeskanzleramt in Berlin fiel die Entscheidung, russische Gasimporte mittelfristig durch Lieferungen aus Nordamerika zu ersetzen, sehr schnell. So unterstützt Angela Merkel ein geheimes EU-Positionspapier vom 28. März 2014 für die Freihandelsverträge CETA und TTIP, das zukünftige Gas- und Ölimporte aus Kanada und den USA zum wichtigsten Thema bei den Freihandelsgesprächen macht (Plusminus, 3.9.2014). »TTIP wird dazu beitragen, die Sicherheit der Energieversorgung in der EU zu stärken«, heißt es darin mit Blick auf die Krise in der Ukraine.

Die Frage der Freihandelsverträge bestimmt auch die energiepolitische Debatte in den USA. »Wo immer es möglich ist, sollten die USA den Freihandel und Investitionen fördern, die nicht an politische Bedingungen gebunden sind«, forderten etwa Amy Myers Jaffe und Edward L. Morse (2013) in *Foreign Affairs* im Zusammenhang mit bevorstehenden Flüssiggasexporten. In Europa sehen die US-amerikanischen Unternehmen solch unzumutbare Bedingungen etwa in der geplanten Kraftstoffqualitätsrichtlinie der EU, die niedrige CO_2-Emmissionswerte für Energieimporte festlegt. Die Werte des mithilfe von Fracking-Technologien geförderten Schweröls aus Kanada und den USA überschreiten die vorgesehenen Richtwerte um ein Vielfaches. Zudem ermöglichen es die in CETA und TTIP vorgesehenen Schiedsgerichte, gegen politische Einschränkungen von Fracking vorzugehen, wie sie etwa Frankreich und Deutschland beschlossen haben.

Die Freihandelsabkommen zielen auch auf bestehende Restriktionen für Energieexporte aus den USA, die aus den Zeiten der knappen Ölreserve stammen. Diese Anforderungen könnten ausgehebelt werden, wenn mit den europäischen und asiatischen Ländern die TTIP- und TPP-Verträge erst einmal abgeschlossen sind (Sergie 2014). Exporte in Länder, mit denen Freihandelsabkommen bestehen, benötigen keinerlei Sondergenehmigungen. Gegenwärtig liegen der US-amerikanischen Energieagentur 30 Anträge für den Export von Öl und Gas vor. Wissenschaftler des Thinktanks Brookings Institution prognostizieren, dass das Bruttoinlandsprodukt der USA durch die Energieexporte von 600 Milliarden auf 1,8 Billionen US-Dollar zunehmen wird (Ebinger/Greenley 2014). Je früher die Freihandelsverträge und die Genehmigungen vorliegen, desto höher fallen die Gewinne aus. Deswegen entfalten die Multis gegenwärtig enormen politischen Druck, um den Energieexport bereits 2015 starten zu können.



MKG »Fette Beute«, »Vadim on his Rooftop«
Rechts: »Jacob shooting at Ballerinas«, beide Fotos: Serie Little Adults, 2008–2010, Moskau 2009, © Anna Skladmann

DIE ENTMACHTUNG DER OPEC

Schon im November 2012 thematisierte David L. Goldwyn, Berater des Atlantic Council für Energiefragen, die Veränderungen, die sich aufgrund der neuen Situation in der Energieversorgung der USA abzeichnen. Dies werde »den USA erlauben, sich stärker nach innen zu orientieren und internationalen Angelegenheiten weniger Interesse entgegenzubringen«, argumentierte Goldwyn (2012) und verwies auf bevorstehende Umbrüche in den Energie produzierenden Staaten im Mittleren Osten und in Afrika. Ein wichtiger Grund für die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung der Region liege darin, dass die USA ihre Investitionen dort schützen.

Im Juni 2014 gab Nigerias Ministerin für Ölressourcen bekannt, dass die USA die gesamte Einfuhr von nigerianischem Rohöl gestoppt haben. Das OPEC-Mitglied Nigeria muss sich dringend nach anderen Abnehmern umschauen, sonst droht dem ohnehin fragilen Staat nach 50 Jahren Ölexport die ökonomische Basis wegzubrechen. Eine ähnliche Entwicklung steht Angola, Libyen und Algerien bevor. Auch aus dem Südsudan, wo die USA über zehn Jahre eine aggressive Kampagne zur Spaltung des Landes unterstützten, zogen sich Exxon und Co. in diesem Jahr vollständig zurück. Ausgenommen von dieser Entwicklung sind nur die engsten politischen Verbündeten. Die Ölimporte der USA aus Saudi-Arabien und Kuwait haben sich gegenüber 2013 sogar erhöht. Saudi-Arabien senkte im Oktober gar seine Preise. Es scheint gelungen zu sein, die OPEC als preisbeeinflussende Gruppe zu entmachten (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.2014). Die Förderung des unkonventionellen Öls konnte die krisenbedingten Ausfälle in Iran, Libyen, Südsudan und Syrien mehr als ausgleichen.

Mittlerweile lassen die USA und Saudi-Arabien keinen Zweifel mehr daran, welche

Bedeutung einer ›Supermacht‹ im Energiebereich zukommt. Vor dem OPEC-Treffen im November kündigte das Feudalregime an, man könne mit einem Preisband um die 80 US-Dollar pro Barrel Rohöl für die kommenden zwei Jahre gut leben. Die Leidtragenden sind diejenigen Großexporteure, die sich langfristig auf steigende Gewinne aus Energieexporten eingerichtet haben, etwa Russland, Venezuela und Iran, während die großen Verbraucherländer von niedrigen Energiepreisen profitieren.



CHINAS BRENNENDE ÖLQUELLEN

Die größte Gefahr geht von den neuen Krisen im Mittleren Osten und in Afrika für China aus. Der asiatische Wachstumsmotor deckt 60 Prozent seines Bedarfs an Energie durch Ölimporte. Im Jahr 2013 überholte China die USA als weltgrößter Netto-Importeur. In zahlreichen Ländern schloss die chinesische Regierung Verträge, um zu Vorzugspreisen Öl abnehmen zu können. Im Gegenzug bauten chinesische Techniker Pipelines und Raffinerien und sorgten für den Transfer von Know-how an einheimisches Personal.

Aktuell bedroht der Bürgerkrieg im Irak diesen privilegierten Zugang zu Erdöl. Chinesische Unternehmen haben damit begonnen, Teile ihres Personals aus dem Irak abzuziehen. Das Staatsunternehmen CNPC betreibt drei Felder im Süden des Landes, aus denen 1,4 Millionen Barrel pro Tag fließen. Das ist die Hälfte der gesamten irakischen Ölproduktion. An den von der Maliki-Regierung vergebenen Förderlizenzen hält China den größten Anteil.

Im Südsudan und in Mali stationierte China nun erstmals Soldaten im Rahmen von UN-Friedenstruppen. Das Militär soll Techniker und Ölförderanlagen schützen. Von der sudanesischen Gesamtproduktion gingen jährlich bis zu 80 Prozent nach China. Nun befinden sich die Förderanlagen und die 10 000 Kilometer lange Pipeline mitten in einem Bürgerkriegsgebiet, in dem seit

Dezember 2013 bereits 10 000 Menschen getötet und 1,5 Millionen vertrieben wurden. Auch hier musste China sein Leitungspersonal evakuieren.

Dass der ›freundliche Riese‹ erstmals in der jüngeren Geschichte damit beginnt, seine Investitionen im Ausland militärisch abzusichern, hat wesentlich mit der libyschen Katastrophe zu tun. Hier hatte China die dramatischsten Verluste zu verzeichnen. Nach der Palastrevolte vom 17. Februar 2011 gegen Mummar al-Gaddafi starben mehrere Hundert Chinesen, mehr als 35 000 mussten evakuiert werden. Viele von ihnen arbeiteten in der Ölindustrie. Insgesamt hatte China knapp 20 Milliarden US-Dollar in dem kleinen nordafrikanischen Land investiert. Die letzten 80 Chinesen verließen Tripolis Anfang August 2014, nachdem die Kämpfe zwischen verfeindeten Milizen das Land endgültig an den Rand des Abgrunds gebracht hatten.

GEOPOLITISCHE NEUAUFSTELLUNG

Aus einer energiepolitischen Perspektive zeichnen sich die Eckpunkte einer neuen weltpolitischen Etappe deutlich ab. In seiner Analyse zur Vorbereitung der transatlantischen Freihandelsabkommen beschreibt Tim Schumacher die aktuelle Strategie der Eliten diesseits und jenseits des Atlantiks. Bereits seit mehreren Jahren werde weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit eine engere transatlantische Partnerschaft vorbereitet, die einen »westlichen Machtblock gegen Rivalen wie China oder Russland« (Schumacher 2014, 2) stärken und neu formieren soll. Zum einen bestehe die Absicht darin, mithilfe der Freihandelsabkommen das eigene Ordnungsmodell weltweit gegen einen angeblichen Staatskapitalismus in Stellung zu bringen. Zudem mache die transatlantische Energiekooperation den Weg frei für eine konfrontativere Außenpolitik. Ihr komme schon aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts und der Handlungsfähigkeit der transnationalen Energiekonzerne eine Schlüsselfunktion für eine transatlantische Neuformierung zu.

Barack Obama ist es gelungen, mithilfe technischer Innovationen im Energiebereich eine neue wirtschaftliche und politische Konjunktur vorzubereiten, die die Europäische Union langfristig wieder enger an die USA binden wird. Für Europa als Juniorpartner in einer imaginierten ›werteorientierten Gemeinschaft‹ bestehen jedoch deutliche Risiken. Die Verhältnisse zu den unmittelbaren Nachbarn werden stärker von kriegerischen Konflikten bestimmt. Während die Beziehungen mit Russland absichtsvoll torpediert werden, stürzten der Irak, Libyen und Syrien nach militärischen Interventionen in chaotische Verhältnisse. Hier überlassen die USA ihren Verbündeten in Saudi-Arabien, den Golfstaaten, Ägypten und der Türkei die Hauptverantwortung für die Neugestaltung der Region. Aufgrund unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen unter diesen Regionalmächten wird der Prozess der gewalttätigen Neustrukturierung möglicherweise Jahrzehnte andauern.

Diese neue Konjunktur basiert zudem auf einem technologischen Sprung in der Förderung fossiler Brennstoffe, der mit neuen, extrem zerstörerischen Formen der Umweltbelastung verbunden ist. Die aggressive Inwertsetzung bisher unzugänglicher Ressourcen durch Fracking

und Ölsandausbeutung bedeutet einen weiteren Sprung hin zu einer globalen Klimakatastrophe. Zudem führt der transatlantische Transport von Flüssiggas und Erdöl zu höheren Kosten und Umweltrisiken. Die lokalen Verwüstungen und unkalkulierbaren geologischen Risiken bergen weitere gesellschaftliche Kosten, die am Ende nicht die beteiligten Unternehmen begleichen werden.

Die Energiepolitik wirft lange Schatten auf die aktuellen geopolitischen Krisen. Den USA ist es über Fracking gelungen, ihre Kosten für Energie zu senken und weniger abhängig vom Export anderer Staaten zu sein. Dies ermöglicht ihnen, ihre Außenpolitik neu ausrichten. Die bestehende Weltenergieordnung wird durch Fracking durcheinandergewirbelt, aber auch andere geopolitische Konfliktlinien haben sich verschoben. Mit den Freihandelsverträgen CETA und TTIP soll die energiepolitische Neuaufstellung vertraglich abgesichert und politisch forciert werden. Mit ihnen verbindet sich eine radikale Aushöhlung parlamentarischer und legislativer Macht zugunsten von Konzerninteressen. Mithilfe von Schiedsgerichten und Klauseln für den Investitionsschutz werden die transnationalen Unternehmen aggressiv gegen demokratische Entscheidungen vorgehen. Im Energiebereich wird dies zuerst die Fracking-Verbote in Frankreich und Deutschland betreffen. Bereits jetzt hat die EU-Kommission unter dem Druck der CETA-Verhandlungen die geplanten Vorgaben der Kraftstoffqualitätsrichtlinie gesenkt. Insgesamt will man mit den Abkommen die Investitionsbedingungen auf dem größten Binnenmarkt der Welt flexibilisieren – das heißt, Rechte von Beschäftigten und KonsumentInnen schleifen – und so die aufsteigenden Wirtschaftsmächte wie China und Russland auf Distanz halten.

LITERATUR

Balmforth, Richard und Dmitri Zhdannikov, 2013: Ukraine signs landmark $10 billion shale gas deal with Shell, Reuters, 24.1.2013, http://uk.reuters.com/article/2013/01/24/uk-shale-ukraine-idUKBRE90N11S20130124

Bauerova, Ladka, 2013: Chevron Draws Europe Toward Natural Gas Independence: Energy, www.bloomberg.com/news/2013-07-23/chevron-anticipates-europeans-prefer-fracking-to-putin-energy.html

Blackwill, Robert D. und Meghan L. O'Sullivan, 2014: America's Energy Edge. The Geopolitical Consequences of the Shale Revolution, in: *Foreign Affairs*, März/April 2014, www.foreignaffairs.com/articles/140750/robert-d-blackwill-and-meghan-l-osullivan/americas-energy-edge

Ebinger, Charles K. und Heather Greenle,y 2014: 8 Facts About U.S. Crude Oil Exports, www.brookings.edu/research/reports/2014/09/09-8-facts-about-us-crude-oil-production

Jaffe, Amy Myers und Edward L. Morse, 2013: Liquefied Natural Profits. The United States and the Remaking of the Global Energy Economy, in: *Foreign Affairs* Online, 16.9.2013, http://www.foreignaffairs.com/articles/139932/amy-myers-jaffe-and-edward-l-morse/liquefied-natural-profits

Klare, Michael T., 2014: Der US-Energieboom und seine außenpolitschen Folgen, in: *LuXemburg Online*, www.zeitschrift-luxemburg.de/der-us-energieboom-und-seine-aussenpolitischen-folgen

Obama, Barack und Joe Biden, 2008: New Energy for America, http://energy.gov/sites/prod/files/edg/media/Obama_New_Energy_0804.pdf

Sergie, Mohammed Aly, 2014: U.S. Energy Exports, in: *Foreign Affairs* Online, 2.10.2014, www.cfr.org/energy-and-environment/us-energy-exports/p33532

Goldwyn, David L., 2012: Making an Energy Boom Work for the U.S., in: *New York Times*, 12.12.2012

Schumacher, Tim, 2014: Geopolitischer Sprengstoff: *Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP*, Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen

Talev, Margaret und Jonathan Allen, 2013: Ukraine Crisis Drives a Quiet Lobbying Boom in U.S., www.bloomberg.com/news/2014-05-23/ukraine-crisis-drives-a-quiet-lobbying-boomlet-in-u-s-.html

1 Die hier zitierten Zahlen sind Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA). Vgl. www.iea.org.

2 Die Prognosen für förderbare Ressourcen sind mit Vorsicht zu behandeln, auch weil Investoren und Politik strategische Interessen mit ihrer Veröffentlichung verbinden.

BRICS: AUFSTIEG DES SÜDENS ODER NEUORDNUNG DER ELITEN?

ACHIN VANAIK

Der Zusammenbruch des Ostblocks und die wirtschaftspolitische Wende Chinas haben erstmals zu einer genuinen kapitalistischen Weltordnung geführt. Die wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten Chinas und der ASEAN-Staaten haben zur Folge, dass sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft verlagert hat beziehungsweise in Kürze verlagern wird: weg von den beiden Seiten des Atlantiks, wo er annähernd 500 Jahre zu verorten war, und hin zum Pazifik. Lässt man Ostasien einmal beiseite und betrachtet nur Indien, dann zeigt sich, dass dort seit den 1980er Jahren eine ansehnliche jährliche Wachstumsrate von fünf bis sechs Prozent verzeichnet wurde; nach 2003 ist diese auf etwa acht Prozent angestiegen, um dann aufgrund der ›Großen Rezession‹ von 2008 bis 2011/12 wieder zurückzugehen. Die Erdölökonomien Westasiens haben sich gut geschlagen, und gemessen am globalen Durchschnitt schneiden auch Südafrika und Brasilien gut ab. Den 2008 einsetzenden Abschwung, bei dem es sich um

die erste wirklich globale Rezession handelte, haben die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) deutlich besser gemeistert als die großen Wirtschaften der NATO-Länder und Japans.

Der Süden gewinnt also für den globalen Kapitalismus zunehmend an Bedeutung. Im Norden ansässige transnationale Konzerne, die Regierungen, die sie unterstützen, und jene Eliten, die mittlerweile einsehen, dass die Wahrung ihres Wohlstands die kapitalistische Globalisierung voraussetzt, brauchen die sich ausweitenden Märkte, die eine wachsende ›globale Mittelschicht‹ bereitstellt. Mit der teilweisen Ausnahme der USA, Kanadas und Australiens, bei denen es sich immer noch um Einwandergesellschaften handelt, ist es nun der globale Süden, der den Staffelstab der Mittelschichtsexpansion übernimmt.

Gleichzeitig zählen Südafrika und Brasilien zu den ungleichsten Gesellschaften der Welt. Chinas Gini-Koeffizient ist beständig angestiegen, wie auch der Russlands. Und das indische Wirtschaftswachstum ist zumindest während der letzten fünf Jahrzehnte von zunehmender Einkommens- und Wohlstandsungleichheit geprägt gewesen. Ein Trend, der sich seit den neoliberalen Reformen von 1991 noch verstärkt hat. Es überrascht daher kaum, dass die Zahl der Dollar-Millionäre und -Milliardäre im Süden rapide steigt. Doch damit nicht genug: Brasilien, Indien und China sind auch wesentlich für das *land grabbing* in Afrika mitverantwortlich. Und Südafrika dient eher als Anlaufhafen für ausländisches Kapital, das dem Kontinent seine Rohstoffe zu entziehen sucht, denn als Bollwerk gegen solche Beutezüge. Tatsächlich beteiligt sich das Land auch selbst an solchen Aktivitäten. So viel also zur Vorstellung, die BRICS-Staaten seien die ›Vorhut‹ des Kampfes gegen die Ausbeutung Afrikas durch den Norden.

Darüber hinaus gibt es gute Gründe, an der zukünftigen Wirtschaftsleistung der aufstrebenden Staaten zu zweifeln. Zurzeit liegen dort die Pro-Kopf-Einkommen weit hinter denen der OECD-Staaten. Nur Südkorea ist in den OECD-Klub aufgenommen worden. Tatsächlich ist es aufgrund des erforderlichen Ressourcen- und Energieverbrauchs weder ökologisch noch materiell möglich, das Pro-Kopf-Einkommen der BRICS-Staaten und anderer ›Aufsteiger‹ auch nur annähernd dem der wohlhabendsten OECD-Staaten anzugleichen.

ACHIN VANAIK ist Fellow des *Transnational Institute* (TNI), Professor emeritus für internationale Beziehungen und globale Politik an der Universität von Delhi sowie aktives Mitglied der indischen Koalition für atomare Abrüstung und Frieden.

Das bedeutet, dass das vergleichsweise niedrige Einkommensniveau der aufstrebenden Staaten auch in Zukunft massenhaft Verelendung und Unmut hervorbringen wird. Das ist heute umso mehr der Fall, da es die Revolutionierung der Kommunikationstechnologie den Armen ermöglicht zu erkennen, wie entbehrungsreich sie im Vergleich zu den Wohlhabenden ihrer jeweiligen Gesellschaft leben. Es war die relative Unzufriedenheit, die das sowjetische System auf verhängnisvolle Weise unterminierte, und nicht etwa absoluter wirtschaftlicher Mangel. Im Süden werden aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl relative Benachteiligung



»On the building site of the Imboulou dam«, Republik Kongo
Rechts: »Mr. Wood«, Lagos, Nigeria, beide Bilder
aus der Serie Chinafrica, 2007, © Paolo Woods/INSTITUTE,
MKG »Fette Beute«

als auch absolute Verelendung weit verbreitet bleiben. Beides wird Nährboden sein für jene Wut auf die Eliten, die sich in jüngerer Zeit etwa im ›arabischen Frühling‹ Bahn gebrochen hat.

In Westeuropa war mit der kapitalistischen Modernisierung die Entstehung einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse verbunden gewesen. Es ist unwahrscheinlich, dass die BRICS-Staaten oder gar andere Staaten des globalen Südens auch nur den vergleichsweise niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad Nordamerikas und Japans erreichen werden. So werden die objektiven Bedingungen für eskalierende Arbeiterunruhen im globalen Süden geschaffen. An Bedeutung gewinnen werden basisdemokratische Organisationen in den Slums und lokalen Communities, und nicht etwa nur an den Arbeitsplätzen. Um in sich differenzierte Formen einheitlichen Handels zu ermöglichen, wird es dringend nötig sein, sich einer Vielzahl von Problemen zu stellen, die mit Ethnizität, Gender und Qualifikationsgefällen verbunden sind. Urbane Kämpfe um das Recht auf Stadt werden zunehmen. Angesichts des Fortbestands der Bauernschaft in weiten Teilen des Südens werden aber auch die Land- und ›Agrarfrage‹ Schlüsselprobleme bleiben.

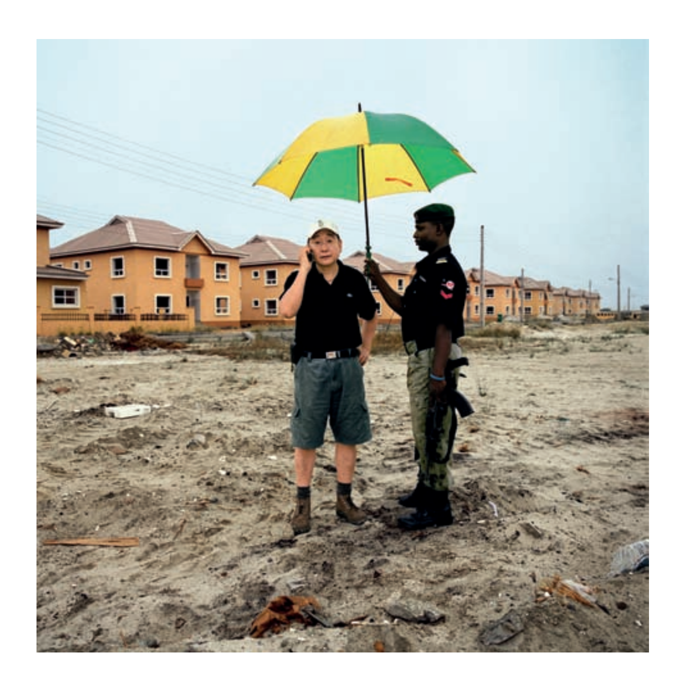
DAS QUINTETT UND DIE ROLLE DER USA

Der Aufstieg einzelner Staaten der Südens, der wirtschaftliche Aufschwung in Ost- und Südostasien sowie die Entstehung von BRICS, IBSA[1], BASIC[2] und den G 20 haben keine ernstzunehmende Verschiebung der weltweiten Machtverhältnisse nach sich gezogen. Es bildet sich eher ein informelles Kollektiv heraus. Vermutlich wird dies ein Quintett sein, bestehend aus jenen Mächten, denen aufgrund ihrer demografischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung die Hauptverantwortung für die Stabilisierung der kapitalistischen Weltordnung zukommen wird: die USA, die EU, Russland, China und Indien.

Allen Behauptungen zum Trotz, der Aufstieg des Südens kündige eine dramatische globale Machtverschiebung an, ist die Entstehung dieses Quintetts das wahrscheinlichste Szenario. Trotz ihres relativen (nicht etwa absoluten) Niedergangs werden die USA darin die wichtigste koordinierende und vermittelnde Kraft bleiben. Die peripheren Großmächte mögen zwar bestrebt sein, sich aufeinander zuzubewegen und Bündnisse zu schließen, von denen die USA ausgeschlossen sind. Erste Priorität hat für sie jedoch ihr jeweiliges bilaterales Verhältnis zu den USA. Letztere ziehen aus diesem Arrangement beträchtlichen Nutzen, und sie werden alles tun, damit dies so lange wie möglich so bleibt.

Es wird keinen kollektiven Hegemon und auch keine einzelne Macht geben, die die Rolle der USA übernimmt: Die Behauptungen, China sei der neue Hegemon oder Indien eine nahezu gleichrangige Macht, sind nicht haltbar. Die lockeren Bündnisse der BRICS-Staaten bieten auch keine wirksame Alternative oder Ergänzung zum Quintett. Aus dem Kontext weltweit eskalierender wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ökologischer Probleme folgt, dass das Quintett seiner Aufgabe, als stabilisierende Kraft zu wirken, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gerecht werden wird. Eine barbarischere Weltordnung zeichnet sich ab, was die Überwindung des Kapitalismus umso dringlicher macht. Dies wird zu einem Problem, mit dem sich selbst fortschrittlich denkende Menschen (noch) ernsthafter beschäftigen müssen als bisher.

Gemessen an der Zahl von Konzernen, die zu den kapitalstärksten 500 gehören, liegt China vor allen anderen Staaten des Südens, gleichzeitig aber auch immer noch weit hinter den USA. Brasilien und Indien hatten Mitte 2013 jeweils acht Konzerne in der Liste der obersten 500, China 89. Die entsprechenden Zahlen für Japan, Deutschland und die USA lauten 62, 30 und 132. Südafrikanische Konzerne tauchen in der Aufstellung überhaupt nicht auf. Es ist außerdem wichtig, das Ausmaß der in einem Land getätigten internationalen Investitionen zu berücksichtigen, um dessen finanzwirtschaftliche Verwundbarkeit einschätzen zu können. Die entsprechenden Zahlen legen den Schluss nahe, dass sich die USA im Vergleich zu China in einer extrem anfälligen Lage befinden. Sicherlich liegt hier langfristig eine Schwäche der USA. Kurz- und mittelfristig ausschlaggebend



ist jedoch nicht das Ausmaß der Schulden oder Überschussreserven, sondern die Währung, in der diese notiert sind. China hält seine Reserven in Form von US-Staatsanleihen, deren Zinsen viel niedriger sind als die für Kredite, die zur Begleichung von Auslandsschulden aufgenommen werden. Der Euro, der Yen und vor allem der US-Dollar sind die Weltwährungen und werden es auf absehbare Zeit bleiben. Und es sind die USA, die mehr als jedes andere Land Einfluss auf die Währungsverhältnisse und Zinssätze ausüben, wodurch sie in der Lage sind, die Ausgleichung ihres anhaltenden Zahlungsbilanzdefizits zu vermeiden.

Dennoch lässt sich mit einiger Sicherheit sagen, dass China die einzige Wirtschaftsmacht des globalen Südens ist, die darauf hoffen kann, ein ernstzunehmender wirtschaftlicher Rivale der USA zu werden. In militärischer und kultureller Hinsicht ist China den USA jedoch unterlegen. Um Hegemonie auszuüben, muss man die Fähigkeit zur Gewaltanwendung mit der Herstellung von Zustimmung verbinden. Letztere setzt voraus, dass man über eine

gewisse Anziehungskraft verfügt, also über eine Gesellschaft und über Werte, die andere Länder und Bevölkerungen, ob zu Recht oder zu Unrecht, nachahmen wollen. Doch wie viele Staaten mit ihren herrschenden und Mittelschichten wären gern Russland, China oder Indien ähnlicher anstatt den USA?

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

An welchen Punkten des globalen Systems können fortschrittlich denkende Menschen nun ansetzen? Zunächst einmal sollten wir uns keine Illusionen darüber erlauben, dass die aufstrebenden Länder des globalen Südens den erhofften Ausgangspunkt von Widerstand darstellen werden. BRICS, IBSA und BASIC sind Bündnisse, die danach streben, ihren Mitgliedsstaaten günstigere Positionen innerhalb der bestehenden globalen Herrschaftsinstitutionen zu sichern. Käme es aber zu einer ernsthaften Schwächung der US-amerikanischen Vormachtstellung, wäre es möglich, dass die Staaten des Südens einen größeren Gewinn als bisher darin erkennen würden, stärker miteinander zu kooperieren und fortschrittlichere Wirtschaftsmodelle zu erkunden.

Die Region, die sich nicht nur durch den massivsten Widerstand gegen neoliberale Entwicklungsmodelle auszeichnet, sondern auch bereits alternative Wege geht (wie zaghaft und unsicher auch immer), ist Lateinamerika. Allen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten zum Trotz, mit denen die Bolivarianische Allianz für Amerika (ALBA), die Bank des Südens (Banco de Sur), die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), Mercosur, Telesur und die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) zu kämpfen haben: Sie stehen doch für eine fortschrittlichere Orientierung als die vom Norden dominierten, neoliberalen Institutionen globaler und regionaler Herrschaft.

Was Asien angeht, so gilt es zwei Vorhaben weiterzuverfolgen, die einen wichtigen Beitrag zur Veränderung der geopolitischen und geowirtschaftlichen Verhältnisse leisten können. Erstens ist festzuhalten, dass wir zwar die Entwicklung erneuerbarer Energien in den nächsten Jahrzehnten vorantreiben müssen, dabei aber weiterhin von Öl und Erdgas abhängig sein werden. In dieser Hinsicht ist die Zeit reif für das Projekt eines kollektiven asiatischen Versorgungsnetzes zur Wahrung der Energiesicherheit, mit Öl- und Erdgaspipelines, deren Ost-West-Achse durch Asien verläuft (vom Iran über Zentralasien, Russland und Sibirien bis zur Ostküste Chinas), während die Nord-Süd-Achse bis zu den Ländern Süd- und Südostasiens hinabreicht. Das bestehende Pipelinenetz, das von Ostsibirien zum Pazifik verläuft und dem Export russischen Rohöls nach China, Japan und Korea dient, ließe sich bequem in ein solches umfassenderes Infrastrukturnetz integrieren. Es würde die Geopolitik der Region ebenso verändern wie die Beziehungen zu Europa und Japan, die beide einen hohen Verbrauch an Öl und Erdgas haben. Den USA würde es den Einfluss entziehen, den sie gegenwärtig auf Indien, die südostasiatischen Länder, China, Japan und selbst Europa ausüben, indem sie den Mittleren Osten und die wichtigsten Seerouten für Öltanker kontrollieren.

Der ehemalige indische Erdölminister Mani Shankar Aiyar richtete im November 2005 einen ›Runden Tisch‹ der Minister ein, um diese Pläne mit Vertretern der wichtigsten

nord- und zentralasiatischen Produzenten (darunter Russland) sowie der wichtigsten asiatischen Konsumenten (darunter China und Japan) zu besprechen. Dieses weitblickende Vorhaben wurde aufgegeben, als Aiyar vom indischen Kongress aus dem Erdölministerium geschasst und auf einen niedrigrangigeren Kabinettsposten versetzt wurde. Sehr zur Freude der USA, denn Aiyar war der führende Kritiker sowohl der neoliberalen wirtschaftspolitischen Wandels Indiens als auch der außenpolitischen Wende hin zu den USA.

Zweitens ist es an der Zeit, auf einen asiatischen Währungsfonds hinzuarbeiten, der von den Regierungen seiner Mitgliedsstaaten auf viel demokratischere Weise zu verwalten wäre als in solchen Institutionen bislang üblich. Er würde ermöglichen, die Bedeutung des US-Dollars sowie der gegenwärtigen neoliberalen Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank) einzuschränken. Die Idee ist nicht neu, sondern geht zurück auf einen Vorschlag, den Japan bereits 1997 auf dem Höhepunkt der Asienkrise formulierte. Spätere, ähnlich gelagerte Vorstöße sind im Sande verlaufen, vor allem aufgrund der mangelnden Bereitschaft Japans und anderer US-Verbündeter, mit dem Weltbank-IWF-Komplex und dessen Kontrolle durch das US-Schatzamt zu brechen.

Wenn der Neoliberalismus in Lateinamerika am stärksten infrage gestellt worden ist, dann liegt das auch daran, dass die USA sich in Westasien und Nordafrika festgefahren haben. Diese Region bleibt die große politische Achillesferse des imperialen Projekts, denn hier ist es möglich, den USA eine politische Niederlage zuzufügen (wenn auch keine militärische). Die geowirtschaftlichen und geopolitischen Konsequenzen wären erheblich und würden Asien weitaus hoffnungsvollere Aussichten verschaffen, fortschrittliche Veränderungen weltweit durchzusetzen. Die Schlüsselprobleme, die nach weltweiter Solidarität verlangen, sind in diesem Zusammenhang: (a) Widerstand gegen die illegalen Besetzungen Afghanistans, Iraks und Palästinas sowie gegen die Einrichtung von Marionettenregierungen und Führungen, die imperialen Interessen dienen. (b) Widerstand gegen die versuchte Isolation des Iran aufgrund seiner Entwicklung von Kapazitäten zum Bau einer Atombombe. Das Hauptziel muss vielmehr darin bestehen, eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten (Middle East Weapons of Mass Destruction Free Zone/MEWMDFZ) zu etablieren, zu der auch Israel gehört, (c) Gerechtigkeit für das kurdische Volk sowie (d) die Beseitigung antidemokratischer monarchischer, theokratischer sowie faktischer Militärherrschaft in der Region.

Aus dem Englischen von Max Henninger

Der Beitrag ist entnommen aus dem TNI Working Paper »Shifting Power. Critical Perspectives on Emerging Economies«, das im September dieses Jahres erschien. Die deutsche Langfassung ist zu finden unter www.zeitschrift-luxemburg.de.

1 Das IBSA-Dialogforum ist ein Gremium der drei Staaten Indien, Brasilien und Südafrika, das 2003 in Abgrenzung zu China in Brasilia gegründet wurde, um die politische, ökonomische und militärische Zusammenarbeit zu koordinieren und ihr Gewicht im UN-Sicherheitsrat und der WTO zu stärken.
2 Als BASIC-Staaten wird die geopolitische Allianz der vier großen Schwellenländer – Brasilien, Südafrika, Indien und China – bezeichnet, die 2009 zur Koodinierung klimapolitischer Ziele und Interessen von China initiiert wurde.

INTERVIEW

»… ALS GEHE ES UM DIE WAHL ZWISCHEN ZWEI ZIVILISATIONEN«

GESPRÄCH ÜBER BRÜCHE UND PERSPEKTIVEN IN DER UKRAINE

VLADIMIR ISCHCHENKO

Gut ein Jahr liegt der Beginn der Proteste auf dem Maidan zurück. Sie bildeten den Ausgangspunkt für den Sturz Janukowitschs. Seitdem hat sich die politische Krise in der Ukraine verschärft, ein Ende des Bürgerkrieges mit seinen globalen Auswirkungen ist nicht in Sicht. Vladimir Ischchenko spricht über die Hintergründe des Konflikts.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die politische Landschaft in der Ukraine im Vergleich zu den anderen postsowjetischen Staaten eine viel offenere, umkämpftere. Warum ist das so?

Die Ukraine hat ein eher wettbewerbsorientiertes, autoritäres Regime. Das politische System, das in diesem Land entstanden ist, war von Beginn an pluralistischer als etwa in Russland, Kasachstan oder Weißrussland. Einer der Hauptgründe dafür ist die kulturelle Vielfalt: Es gab sehr bedeutende regionale Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen, und das hat sich seit den 1990er Jahren auch in den Wahlergebnissen gezeigt. Egal, welcher Kandidat die Präsidentschaftswahlen gewann, er wurde von fast der Hälfte der Bevölkerung als illegitim angesehen.

Wie würdest du die ersten postsowjetischen Regierungen der Ukraine beschreiben?

Keine von ihnen war richtiggehend autoritär, die Ukraine war jedenfalls keine Diktatur. Das Hauptproblem für die Meinungsfreiheit war immer, dass Fernsehen, Radio und Presse überwiegend in privater Hand sind. Insofern hat es eher so funktioniert wie im Westen. Was die Wirtschaft angeht, könnte man sagen, dass der Staat unter Kutschma und später unter Janukowitsch für das ukrainische Kapital protektionistisch gewirkt hat. Mithilfe des Staates haben Gestalten wie Achmetow, Kolomojskyj und Pintschuk frühere sowjetische Industrieanlagen zu Spottpreisen erworben. Anschließend haben sie ein Vermögen verdient. Sie haben nicht etwa in die Anlagen investiert oder Modernisierungen vorgenommen, sondern sie haben die Betriebe benutzt, um schnell Geld zu verdienen, und dann haben sie ihr Kapital nach Zypern oder in andere Steueroasen verschoben.

VLADIMIR ISCHCHENKO ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Sozial- und Arbeitsforschung in Kiew, Redakteur der *Commons*: *Zeitschrift für Sozialkritik* und des Web-Magazins *LeftEast*.

Warum fiel der wirtschaftliche Einbruch der 1990er Jahre in der Ukraine so viel verheerender aus als anderswo?

Einer der wichtigsten Faktoren war, dass Russland über Bodenschätze – Öl und Erdgas – verfügt, was die Ukraine nicht tut. Deswegen konnte der Lebensstandard in Russland zumindest ein wenig besser gehalten werden. Die Ukraine hatte eine Menge Industrieanlagen, die für Hightech-Sektoren produzierten – Luftfahrt, Kybernetik, Raumfahrt –, und die hatten unter dem Zusammenbruch der Sowjetunion besonders zu leiden. Auch weite Teile der ukrainischen Maschinenbauindustrie und des Ingenieurswesens brachen zusammen, als sie ihre Verbindung zu den ehemaligen Sowjetrepubliken verloren. Was überlebte, war gegenüber Westeuropa nicht sonderlich wettbewerbsfähig. Die 1990er Jahre waren in der Ukraine eine Phase weitreichenden industriellen Niedergangs. Dennoch bedeutete der Anstieg der Güterpreise in den 2000er Jahren, dass sich die Wirtschaft ein Stück weit erholte, vor allem im Osten und dort vor allem im Hüttenwesen.

Wie würdest du die Präsidentschaft von Janukowitsch bis zu den Protesten Ende 2013 zusammenfassen?

Mit eine der ersten Amtshandlungen bestand darin, die Befugnisse des Präsidenten erneut auszuweiten. Janukowitsch hat aber nicht nur versucht, die politische Macht zu monopolisieren, sondern auch die finanzielle und wirtschaftliche Macht bei seinen Leuten zu konzentrieren, vor allem in seiner Familie. Das Ergebnis war ein ungeheures Ausmaß an persönlicher Korruption. Auf der wirtschaftlichen Ebene war die Ukraine, als er das Präsidentenamt übernahm, aufgrund der globalen Krise bereits schwer angeschlagen. 2010 begann Janukowitsch Austeritätsmaßnahmen einzuführen, die natürlich schnell auf Ablehnung stießen.

Wie schätzt du das Assoziierungsabkommen mit der EU ein?

Ich würde sagen, dass Janukowitsch tatsächlich die richtige Entscheidung getroffen hat, indem er die Verhandlungen darüber aussetzte. Die Freihandelsklauseln wären nur für wenige Sektoren der ukrainischen Industrie vorteilhaft gewesen; insgesamt hätten sie vor allem verschärfte Konkurrenz und den Verlust vieler Jobs bedeutet. Umfragen vom November 2013 zufolge befürworteten 40 Prozent der Bevölkerung die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens; weitere 40 Prozent sprachen sich für ein Abkommen mit der von Russland dominierten Eurasischen Zollunion aus. Als die Proteste begannen, handelte es sich also eindeutig nicht um einen landesweiten Volksaufstand.

Wie würdest du die Anfangsphase der Proteste auf dem Maidan beschreiben?

Anfangs bestand die Bewegung vor allem aus Angehörigen der Kiewer Mittelschicht und aus StudentInnen, die vor allem vom ›europäischen Traum‹ motiviert waren. Es gab auch eine starke antirussische, nationalistische Komponente.

Die Protestbewegung stellte das Assoziierungsabkommen mit der EU und die Eurasische Zollunion von Anfang an in einen sehr starren Gegensatz zueinander, fast so, als gehe es um die Wahl zwischen zwei Zivilisationen.

Die ersten Versammlungen waren keineswegs klein: Am 24. November 2013, einem Sonntag, versammelten sich in Kiew etwa 50 000 bis 60 000 Menschen – eine der größten Kundgebungen seit Jahren. Die Parteien, die sich daran beteiligten, gehörten der parlamentarischen Opposition an. Die einzige von ihnen, die als basisdemokratische Kraft mit starken Ortsgruppen angesehen werden kann, ist Swoboda. Der ›zivilgesellschaftliche‹ Teil der Maidan-Proteste war neoliberal und nationalistisch orientiert.

Welche Auswirkungen hatte der Befehl, die BesetzerInnen des Maidan-Platzes anzugreifen?

Der Angriff und die Berichterstattung darüber trugen erheblich dazu bei, weitere Personen zu mobilisieren. Die Proteste, die in Kiew am 1. Dezember abgehalten wurden, waren riesig. Die Bewegung breitete sich auch geografisch aus: In fast jeder Stadt gab es jetzt einen Maidan.

Wie würdest du die Rolle der extremen Rechten in der Maidan-Bewegung einschätzen, quantitativ und ideologisch?

Nur eine kleine Minderheit der KundgebungsteilnehmerInnen gehörte der extremen Rechten an. Aber in dem Zeltcamp auf dem Unabhängigkeitsplatz waren sie keine so kleine Gruppe. Sie hatten aber die Stoßkraft einer organisierten Minderheit: Sie hatten eine klare Ideologie, sie arbeiteten effizient, gründeten ihre eigenen ›Hundertschaften‹ innerhalb der Selbstverteidigungsstrukturen. Darüber hinaus gelang es ihnen, ihre Parolen im Mainstream zu etablieren. Vor dem Euromaidan wurden diese nur in der nationalistischen Szene verwendet. Jetzt wurden sie überall geläufig. Daran zeigt sich, wem es im Zuge der Ereignisse wirklich gelungen ist, hegemonial zu werden.

Welche Rolle spielte die ukrainische Elite in den Protesten?

Sie waren eher während der Anfangsphase bedeutsam als später, also während der Phase des Euromaidan, bevor eine wirkliche Massenbewegung entstand. Liberale und fortschrittlich eingestellte Personen neigten dazu, die Maidan-Proteste zu unterstützen, ihre rhetorische Strategie bestand dabei darin, die Rolle der Rechten herunterzuspielen und zu behaupten, es handle sich um Übertreibungen der russischen Propaganda. Sie unternahmen aber nie etwas, um die Maidan-Bewegung von diesen Gruppen abzusetzen. Das war ein schwerwiegender Fehler.

Hat es denn Versuche gegeben, eine alternative, linke Version der Proteste zu entwickeln?

Der ukrainische Nationalismus hat heute vor allem diese rechten Konnotationen. Als er aber Ende des 19. Jahrhunderts entstand, handelte es sich um eine überwiegend linke und sogar sozialistische Bewegung. Die Forderung nach einem unabhängigen ukrainischen Staat wurde erstmals von einem Marxisten aufgestellt, Julian Bachinsky, der 1895 ein Buch mit dem Titel *Ukraina Irredenta* schrieb. Und es gab noch viele andere, die diese Forderung Anfang

des 20. Jahrhunderts aufgrund marxistischer Positionen formulierten. Die heutigen Versuche, innerhalb des ukrainischen Nationalismus sozialistische Ideen wiederzubeleben, sind jedoch sehr marginal.

Auf dem Maidan-Platz hat die extreme Rechte eine Gruppe von Anarchisten vertrieben, die versucht hatten, innerhalb der Selbstverteidigungsstrukturen ihre eigene ›Hundertschaft‹ aufzubauen. Die Rechten haben auch Linke und GewerkschafterInnen körperlich angegriffen.

Hat sich die soziale und regionale Zusammensetzung der Maidan-Proteste von einer Phase zur anderen verändert?

Nachdem am 19. Januar die Gewalt einsetzte, waren die Menschen auf dem Maidan weniger wohlhabend und gebildet als in der Frühphase. Sie kamen seltener aus Kiew, eher aus Kleinstädten der Zentral- und Westukraine, einem viel ländlicheren Teil des Landes. Diese Regionen sind überwiegend arm, und sie befürworten natürlich stark die europäische Integration. Man könnte sagen, dass diese Maidan-Bewegung ein Stück weit eine Bewegung enteigneter ArbeiterInnen war.

Wie würdest du die Übergangsregierung beschreiben, die dann an die Macht kam?

Die extreme Rechte war in der neuen Regierung auf jeden Fall gut vertreten: Der Übergangspräsident, der Premierminister und mehrere andere Minister kamen aus Tymoschenkos Partei, aber auch vier Swoboda-Mitglieder waren im Kabinett vertreten. Es gab außerdem mehrere Personen, die zwar nicht Swoboda angehörten, aber ebenfalls aus der extremen Rechten kamen. Die Regierung ist jedoch eher als neoliberal zu beschreiben denn als rechtsextrem. Ihr Wirtschaftsprogramm bestand im Wesentlichen aus Austeritätsmaßnahmen. Es war ein Programm, das die Armen die Last der Wirtschaftskrise schultern lassen sollte.

Gleichzeitig begann die Ukraine, sich rasch zu polarisieren. Ab Ende 2013 gab es im Osten des Landen ›Anti-Maidan-Kundgebungen‹, die allerdings vor allem von Janukowitsch und der herrschenden Partei der Regionen orchestriert wurden. Nach dem Sturz von Janukowitsch nahmen die Proteste im Osten des Landes einen dezentraleren, eher von der Basis ausgehenden Charakter an, und sie wurden heftiger.

Was unterscheidet die Provinzen Donezk und Luhansk von den anderen, überwiegend russischsprachigen Gebieten der Ost- und Südukraine?

Es handelt sich um das am stärksten industrialisierte Gebiet der Ukraine und um das am stärksten verstädterte. Außerdem ist es die bevölkerungsreichste Region des Landes: Dort leben über sechs Millionen Menschen, mehr als 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Wirtschaft in Donezk und Luhansk beruht vor allem auf ehemaligen sowjetischen Betrieben: Kohlebergbau, Hüttenwesen. Die Oligarchen haben dem Staat diese Fabriken während der wilden Privatisierungen der 1990er Jahre mehr oder weniger gestohlen. Es handelt sich nach wie vor um sehr große Konzerne. Zum Beispiel beschäftigt der Oligarch Achmetow über seine Beteiligungsgesellschaft System Capital Management etwa 300 000 Menschen.

Viele dieser Industrieanlagen verkaufen den Großteil dessen, was sie produzieren, in Russland. Die Verbindung dorthin ist vielleicht auch ein Grund, weshalb die prorussischen Mobilisierungen in diesen Gebieten größer waren als etwa in Dnipropetrowsk oder Odessa, wo die Lokalwirtschaft viel weniger eng mit Russland verflochten ist.

Eine weitere Besonderheit des Donezbeckens besteht darin, dass die ethnische Identität dort historisch eine viel geringere Rolle gespielt hat als die regionale und die Berufsidentität. Die Menschen haben sich immer in erster Linie als Menschen aus dem Donezbecken oder als Bergarbeiter verstanden. Ausschlaggebend für die Mobilisierung der Ostukraine war auch, dass sich Teile der Maidan-Bewegung offen zeigten für den Kult der extremen Rechten rund um den Faschisten Stepan Bandera.

Inwiefern handelte es sich bei der Unterstützung der Bewegung durch russische Freiwillige um eine von der Putin-Regierung angestoßene Initiative?

Man kann nicht sagen, dass diese Menschen nur von außen gesteuert wurden. Die DemonstrantInnen waren eine sehr heterogene Gruppe: Manche forderten die Abspaltung der Ost-Ukraine oder die Vereinigung mit Russland, aber viele andere wären bereits mit Bürgerentscheiden über die Autonomie der Ostukraine und die Föderalisierung des Landes zufrieden gewesen. Und diese Leute hatten auch Angst vor dem Rechten Sektor. Die Demonstrationen waren ziemlich groß: In Donezk zogen Anfang März Zehntausende Menschen auf die Straße. Zu einem Wendepunkt kam es allerdings Anfang April, als die russischen Freiwilligen eintrafen. Sie waren sehr gut ausgerüstet und haben die bewaffnete Übernahme von Slowjansk organisiert. Viele von ihnen sind rechtsextreme russische Nationalisten mit sehr konservativen Ansichten, deren Begehrlichkeiten noch weit über das Donezbecken hinausreichen: Sie betrachten Kiew als die Mutter aller russischen Städte, und sie glauben, dass ein viel größerer Teil der Ukraine annektiert werden sollte als nur der Osten.

Die Verklärung der Sowjetvergangenheit durch die Separatisten beruhte vor allem auf der imperialen Vorstellung von einem großen Land, das der amerikanischen Supermacht die Stirn bieten konnte. Die sozialistischen Elemente dieser Vergangenheit spielten kaum eine Rolle.

Am 25. Mai wurde in der Ukraine eine Präsidentschaftswahl abgehalten, aus der Petro Poroschenko als Gewinner hervorging. Was kannst du uns über Poroschenkos Person sagen?

Er ist Milliardär, laut Forbes die sechsreichste Person der Ukraine. Poroschenko ist Eigentümer des Süßwarenkonzerns Roshen, daher auch sein Spitzname »Schokoladenkönig«. Er besitzt aber auch andere Firmen, etwa den Fernsehsender Kanal 5. Politisch ist er für alles zu haben, er ist ein Opportunist: Ende der 1990er Jahre war er Mitglied einer Pro-Kutschma-Partei, dann Mitbegründer der Partei der Regionen. Anschließend hat er seine eigene Partei gegründet, die Solidaritätspartei. 2004 hat er Viktor Juschtschenko unterstützt. Später wurde er Außenminister, unter Janukowitsch dann Handelsminister. Der Hauptgrund für seine gegenwärtige Beliebtheit ist aber wohl, dass er die Maidan-Bewegung unterstützt hat.

Die offiziellen Wahlergebnisse schienen auf einen Erdrutschsieg hinzuweisen. Aber vermutlich gab es hinter der scheinbaren Einmütigkeit erhebliche regionale Unterschiede.
Das ist richtig. Aber frappierend ist zunächst einmal die Wahlbeteiligung – die niedrigste bei einer Präsidentschaftswahl seit der ukrainischen Unabhängigkeit. Eine Umfrage in Donezk und Luhansk ergab, dass zwei Drittel der Befragten nicht vorhatten, sich an der Wahl zu beteiligen. Von diesen erklärten wiederum 50 Prozent, ihre Entscheidung habe politische Gründe: Sie sahen das Donezbecken nicht mehr als Teil der Ukraine an und vertrauten den KandidatInnen nicht. In der Westukraine und in Galizien war die Wahlbeteiligung viel höher, und Poroschenko schnitt sehr gut ab. In den meisten Teilen des Landes und selbst in Kiew wählten jedoch weniger Menschen als noch vor vier Jahren. Das bedeutet, dass Poroschenko nicht die einheitstiftende nationale Führungsfigur ist, die sich viele Menschen erhofft haben. Er ist der Präsident der West- und Zentralukraine. Es gibt auch ein gewisses Ressentiment gegen die Oligarchen: In den sozialen Netzwerken zirkulieren jetzt Bilder, auf denen das Gesicht von Janukowitsch mit dem von Poroschenko verschmilzt, wie um zu sagen, dass wir einen Oligarchen mit kantigem Gesicht gegen einen anderen ausgetauscht haben – war das wirklich ein Sieg für die Maidan-Bewegung?

Wie offen unterstützen die Menschen in der Ukraine die extreme Rechte?
Ich würde sagen, der Rechtsruck des politischen Mainstreams ist viel gefährlicher als die Unterstützung rechtsextremer Parteien durch die Bevölkerung, unabhängig davon, wie viele AnhängerInnen diese Parteien genau haben. Eine sehr verstörende Entwicklung ist die Verbreitung menschenfeindliche Rhetorik in der Ostukraine. Dort haben die Leute das schwarz-orangene Sankt-Georgs-Band als ihr Symbol gewählt; es erinnert an den Sieg über die Nazis während des von den Sowjets sogenannten Großen Vaterländischen Krieges.

Welche Auswirkungen hat der ›Anti-Terror-Einsatz‹ gehabt?
Ich vertraue weder der ukrainischen noch der russischen Berichterstattung – es sind so viele Falschmeldungen in Umlauf, und die Schilderungen der Ereignisse widersprechen sich. Es ist ein Informationskrieg. Was die Gefechte selbst angeht, so verteidigt die Armee meistens die Außengrenzen eines bestimmten Gebietes, aber ein Großteil der Kampfhandlungen wird von Sondereinsatzgruppen und Freiwilligenbataillonen übernommen, die formell dem Innenministerium unterstehen. Manche sind im Grunde die Privatarmeen von Oligarchen. Dann gibt es noch das Bataillon Asow, dem eine Menge Kämpfer der extremen Rechten angehören: Es gab Bilder von ihnen, wie sie sich unter ihrer gelben Fahne mit der Wolfsangel aufstellen.

Aus dem Englischen von Max Henninger

Gekürzte Fassung des Interviews Ukraine's Fractures, erschienen in der New Left Review 87 (6/2014)

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Philipp Kreutzer: Ukraine: Geschichte einer forcierten Spaltung

DER NAME DER ZEIT

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

BIG DATA – KLASSENKÄMPFE IM NEOFEUDALEN KAPITALISMUS

Kapitalismus wird als System für Kapitalisten immer unattraktiver. Die Klügsten unter ihnen suchen nach Alternativen, um ihre Privilegien abzusichern. (Immanuel Wallerstein)

Die extremen Unterschiede in der globalen Vermögensverteilung sind inzwischen Thema von Mainstream-Diskussionen. Ein wachsender Datenstrom macht ›Ungleichheit‹ und ›Ungerechtigkeit‹ sichtbar, die Mittelschichten schwinden. Bücher wie *Plutocrats: The Rise of the New Global Super-Rich and the Fall of Everyone Else* (2012) von Chrystia Freeland und *Capital in the Twenty-First Century* (2013) von Thomas Piketty haben weitere Akzente gesetzt (vgl. Rilling in *LuXemburg* 2/2014).[1]

Pikettys Sicht auf die Statistik einer 200-jährigen Reichtumsakkumulation erinnert daran, dass Ökonomie politisch und Politik ökonomisch ist. Trotz Insider-Informationen wie etwa denen von Freeland hapert es beim Wissen um die Handlungsweisen derjenigen, die das Geschick an die Spitze der Reichtumspyramide gespült hat. Sie ›sind‹ wie wir, und sind es nicht. Wie bewegt sich diese zusammengewürfelte ›globale Klasse‹, welche Möglichkeiten stehen ihr offen?

Im Hintergrund geht es um die historische Entfaltung des privaten Eigentums an diesem Planeten, der doch uns allen gehört. Und es geht um *big history*, um die Grundstrukturen der Menschheits- und Naturgeschichte. Das führt zu der Einsicht, dass es noch tausendfacher Forschungsanstrengungen bedarf, um unserer Epoche jene Transparenz zu verschaffen, die sein muss, damit eines Tages Verhältnisse entstehen, in denen »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Kommunistisches Manifest, 1848). Der Superreichtum einiger weniger ist der exakte historische Gegenpol zu dieser Utopie.

Immer häufiger ist von Oligarchen die Rede. Piketty spricht vom *drift towards oligarchy* weltweit. Paul Krugman kämpft in der *New York Times* gegen die »Herrschaft der Oligarchen« im eigenen Land. Mit solchen Akzentverschiebungen in Richtung ›Plutokratie‹ geht auch eine Krise der geopolitischen Routinen einher. Auf der Weltbühne agieren neben den traditionellen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen

auf einmal die seltsamsten Figuren: geldmächtige Individuen, milliardenschwere Technikgurus und ›Philanthropen‹, verselbständigte Geheimdienste, Warlords mit Krawatte, Gotteskrieger mit Schweizer Bankkonten.

Alle diese Typen gehören zu den wenigen Tausenden Privatpersonen (samt deren Hunderttausenden HelferInnen, von der Vermögensverwalterin bis zum Bodyguard), deren Privatvermögen zwischen einer und 60 Milliarden US-Dollar liegt. Es ist ein Netzwerk der Mikronetzwerke globaler Geldmacht. Für all das ist *Privatisierung* das Schlüsselwort – von Krieg bis Kunst. Vor den schönsten Flecken unseres Planeten stehen Schilder »Privat – Betreten verboten«. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, geht über in einen Transkapitalismus mit neofeudalen Strukturen.

Privateigentum dieser Größenordnung kann durch keine Rechtsordnung mehr eingebunden werden. Bei allen konstruktiven Möglichkeiten, die es birgt, wirkt diese Form privatisierter gesellschaftlicher Macht, global gesehen, destruktiv. Denn in der ›planetarischen‹ Welt der Milliardäre und Oligarchen gibt es Gegensätze und Feindschaften, die tendenziell mit allen Mitteln ausgetragen werden: neofeudale Strukturen eben. Diese Konflikte – *low level warfare* – erzeugen das eigentliche Milieu des unbeschränkten Privateigentums: das ökonomische und politische Chaos. Die Chaotisierung aber signalisiert zugleich das Ende des Privateigentums, wie wir es kannten: Transkapitalismus eben.

Die alten Formeln »Expropriiert die Expropriateure!« oder auch »Eignet Euch die Aneigner an!« müssen mit neuem Leben gefüllt werden. Dabei geht es nicht nur um den Besitz von Geld, sondern auch um den Besitz von Wissen – jenem Gut, das sich als einziges durch Gebrauch vermehrt. Und zwar um wissenschaftlich-technisches Wissen. Solches aber verlangt unter anderem, dass das Fortschrittliche am Privateigentum (das es ja gibt) in neuen Formen des Gemeineigentums aufgehoben wird. »Wir haben eine wissenschaftlich-technische Gesellschaft geschaffen, in der niemand wirklich etwas von Wissenschaft und Technik versteht. Dieses Gemisch aus Ignoranz und Macht wird uns irgendwann ins Gesicht explodieren. Ich frage mich, wer über Wissenschaft und Technik in einer Demokratie bestimmt, wenn das Volk keine Ahnung von diesen Dingen hat.«[2] *Es geht somit darum, alles wissenschaftlich-technische Wissen,* das sich heute der Machtausübung und Rendite wegen in privaten Denkfabriken und Planungsstäben des großen Geldes sammelt, öffentlich zugänglich zu machen – es zu ›enteignen‹. Big Data ist im neofeudalen Transkapitalismus das Feld kommender Klassenkämpfe.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI hat sich durch die Friedensforschung, die Wissenschaftssoziologie und die Reichtumsforschung gezappt, ist den *0,1 Prozent – Das Imperium der Milliardäre* (2012) nachgegangen und letztlich zu futuristischen Märchenbiographien übergewechselt: Seine *Letzte Reise des Karl Marx* ist eben erschienen. Er ist Mitglied des Vereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

---

1 Vgl. auch: Krysmanski, Hans Jürgen, 2013: Die globale Elite und die Revolution von oben, in: *Telepolis*, 24.9.2013, http://www.heise.de/tp/artikel/39/39961/1.html.

2 Carl Sagan (1996) in seinem letzten Interview, www.youtube.com/watch?v=jod7v-m573k (Übers. d. A.).

MIT SICHERHEIT MEHR VERANTWORTUNG?

DIE VERTRACKTE GESCHICHTE ZWEIER DISKURSE

CORINNA HAUSWEDELL

Noch bevor der Terror des Islamischen Staats (IS) Schlagzeilen machte und der Westen in der Ukraine-Krise gegen Russland in Stellung ging, war die Diskussion über eine neue deutsche Außenpolitik eng mit dem Begriff ›Verantwortung‹ verbunden. Wobei mehr Verantwortung zu übernehmen, allzu häufig mit verstärktem militärischen Engagement konnotiert wurde. Eine beachtliche Anzahl von Beiträgen auf einer Webseite des Auswärtigen Amtes *Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken* beschäftigt sich inzwischen mit den Ambivalenzen dieses Diskurses. Dennoch: Wenn moralische Argumente für eine Neuordnung politischer Konzepte allzu vehement bemüht werden, ist meistens etwas faul im Staate.

Droht das Paradigma der sogenannten erweiterten oder vernetzten Sicherheit, das nun seit fast zehn Jahren die Einsatzmaxime der Bundeswehr darstellt, zur allgemeinen Richtlinie deutscher Außenpolitik zu werden? Und was bedeutete dies für unser Verständnis von ziviler Machtausübung und Friedensförderung?

NACH DEM KALTEN KRIEG: KEIN ABSCHIED VOM ALTEN SICHERHEITSDENKEN

Die Charta von Paris legte 1990 den Ost-West-Konflikt bei und formulierte Prinzipien wie Menschenrechts- und Minderheitenschutz, territoriale Integrität ebenso wie eine Fortsetzung der 1986/87 begonnenen Abrüstung. Zugleich befestigte sie aber den Siegeszug der westlichen liberalen Marktwirtschaft – vor allem in Gestalt der EU-Osterweiterung – und ließ die NATO als einzig überlebendes Militärbündnis sukzessive bis an die Grenzen Russlands vorrücken. Das »Gemeinsame Haus Europa« blieb eine schöne, aber folgenlose Metapher des gescheiterten sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow. Eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die nach dem »Wandel durch Annäherung« auch eine neue europäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands hätte bedeuten können, fand nicht statt; die 1995 aus ihr hervorgegangene Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) konnte sich diese Insignien nur sehr begrenzt zuschreiben.

Brigadegeneral a. D. Klaus Wittmann schrieb im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise: »Das Nullsummen-Denken, nach dem eine Seite immer nur auf Kosten der anderen gewinnen kann, ist eins der größten Übel der heutigen Welt. [...] und auch der westlichen Seite nicht fremd.« (Süddeutsche Zeitung, 7.5.2014) Er führte die Missachtung der russischen KSZE-Initiativen, den Umgang mit der Raketenabwehr, aber auch die Kosovo-Politik des Westens als Belege dafür an, dass man »die russische politische Psychologie [...] nur mangelhaft verstanden« (ebd.) habe. Die USA wollten sich nach dem Kalten Krieg nicht vom alten Sicherheitsverständnis der Blockkonfrontation und der Abschreckung verabschieden, und die Europäer konnten sich aus verschiedenen Gründen davon nicht emanzipieren. Hier liegt eine wesentliche Ursache für den späteren Siegeszug der Konzeption der sogenannten erweiterten Sicherheit, die ab Mitte der 2000er Jahre in Form eines *comprehensive approach* militärisch-ziviler Kooperationen umgesetzt wurde.

1991 BIS 2001: ZWEI SICHERHEITSDISKURSE BEGEGNEN SICH

Mit der Post-Cold-War-Ära gingen zunächst zwischenstaatliche Gewaltkonflikte zurück, während innergesellschaftliche Gewaltprozesse in überwiegend strukturell schwachen Staaten zunahmen beziehungsweise offen zutage traten. Militär oder paramilitärische Strukturen stellten vielfach eine ernsthafte Bedrohung für das zivile Leben der betroffenen Bevölkerungen dar. Wesentlicher Erklärungshintergrund für diese auf den umstrittenen Begriff der »neuen Kriege« (vgl. u.a. Kaldor 1999; Münkler 2004) gebrachten Konflikte besonders in Afrika, Teilen Asiens und Lateinamerikas waren die großen politischen und ökonomischen Machtasymmetrien der globalisierten, nun nicht mehr bipolaren Welt. Zu ihren Phänomenen zählen, dass militärische Gewalt von sogenannte Warlords

CORINNA HAUSWEDELL ist Historikerin und Friedensforscherin und leitet das Institut *Conflict Analysis and Dialogue* (CoAD) in Bonn. Seit April 2014 ist sie außerdem wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt) in Heidelberg.



Alle folgenden Bilder (außer S. 80) aus der Serie von Birgit Haubner, fotografiert in Rojava, Syrien, sowie den kurdischen Gebieten Iraks und der Türkei, Oktober 2014.

Habib Ayub berichtet in Erbil im Nordirak, dass seine 30-jährige Tochter Rita am 4. August 2014 vom IS aus Karakosh verschleppt wurde. Seitdem fehlt jede Spur von ihr.

oder Söldnergruppen privatisiert und kommerzialisiert wurde, um den Zugang zu Ressourcen zu sichern und sich zu bereichern. Große Teile der Zivilbevölkerung wurden in den betreffenden Konfliktregionen in Geiselhaft genommen, vertrieben oder ermordet. Darüber hinaus wurden immer mehr Kindersoldaten rekrutiert. Zur Beendigung der Gewalt waren fortan nicht mehr klassische Friedensschlüsse, sondern länger währende Prozesse eines oft ›Kalten Friedens‹ typisch: Vielgestaltige, auch mit niedriger Intensität verübte Gewaltformen bleiben auf der Tagesordnung, die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verschwimmen zusehends.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in Somalia in den frühen 1990er Jahren und des Völkermordes in Ruanda 1994 (vgl. Leidecker in diesem Heft) sowie der ethno-politischen Gewaltausbrüche im zerfallenden Jugoslawien entstanden zwei Stränge eines neuen Sicherheitsdiskurses. Zum einen hatten das Ende des Kalten Krieges und die neue Weltunordnung den Startschuss gegeben, die bisherige Legitimation des Militärs einer Revision zu unterziehen. Strategische Thinktanks und die Gipfeltreffen der NATO in den 1990er Jahren beschäftigten sich mit einer Erweiterung der Aufgaben der Streitkräfte, also der klassischen militärischen Sicherheitsinstrumente. In der EU markierten der Vertrag von Maastricht (1991) und die Petersberger Erklärung (1992) den Beginn einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in der ›humanitäre Aktionen‹, ›Evakuierungsmaßnahmen‹, ›friedenserhaltende Maßnahmen‹ und ›friedenserzwingende Einsätze‹ in einem Aufgabenkatalog zusammengedacht und -gefasst wurden. Die Strukturreform der Bundeswehr zielte in der Folge darauf ab, den Sektor der Landesverteidigung deutlich zurückzunehmen und die Interventionskapazitäten im Sinne der genannten Aufgaben zu erweitern. Das umstrittene Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994 ermöglicht seither auch Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Gebietes (*out of area*).

Aber auch der zweite Strang – geprägt durch zivile internationale Debatten, einschließlich der deutschen Friedens- und Konfliktforschung – kreiste um einen neuen ›weiten‹ Sicherheitsbegriff (vgl. u.a. Calließ/Moltmann



Flüchtlinge in Rohbau. Erbil, Nordirak

1992), teils in Analogie zu Diskussionen über ›weiten‹ und ›engen‹, ›positiven‹ und ›negativen‹ Frieden. Unter Stichworten wie Weltinnenpolitik (Ernst-Otto Czempiel) und Global Governance wurden zivile Konzepte und Instrumente eines friedensfördernden ›Eingreifens‹ entworfen. Diese Debatten fanden ihren Niederschlag in der UNO, dort vor allem in deren Entwicklungsprogramm (UNDP). Der Human Development Report von 1994 verwendet erstmals den Begriff der menschlichen Sicherheit. In weitgehender verbaler Übereinstimmung mit der Politik des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton, der sich »human security« ebenfalls auf die Fahnen geschrieben hatte, bezeichnete es der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali als einen »konzeptionellen Durchbruch«, dass Sicherheit »zuhause bei den Menschen, an ihrem Arbeitsplatz und in ihren Gemeinwesen zu beginnen habe« (*International Herald Tribune*, 10.2.1995).

Die Perspektive verlagerte sich nicht nur vom Staat auf das Individuum, sondern zielte auch darauf, Ressourcen international neu zu verteilen: weg von den immensen Rüstungskosten hin zu entwicklungspolitischen Aufwendungen für Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Insofern konnte der freundliche Begriff der menschlichen Sicherheit auch als Gegenbild zu den Diskursen über *security* im durchsetzungsfähigeren Hardware-Sektor des Militärs verstanden werden.

Die 1990er Jahre waren also durchaus ambivalent: Einerseits gab es Hoffnungen und reale Chancen für Abrüstung und Friedensdividenden; andererseits manifestierten sich neue globalisierte Interessenkonflikte. Im Rückblick wird heute deutlicher, dass die vertikale Erweiterung der Sicherheit in Richtung Subjektebene von anderen Motiven und Intentionen geleitet war als die horizontale Erweiterung der sicherheitsrelevanten Themen und Handlungsfelder um Topoi wie Klima- und Energiesicherheit oder Ressourcen-, Armuts- und Migrationsteuerung. Letztere wurden weiterhin vor allem von den klassischen Akteuren Staat und Militär definiert (Hauswedell 2006). Schnittstellen beider Diskurslinien gab es zwar nach dem Desaster in Somalia und dem Völkermord in Ruanda, die als Versagen beziehungsweise friedens- und sicherheitspolitische Unterlassungssünden in das kollektive normative Gedächtnis der Völkergemeinschaft eingegangen sind. Aber bereits bei der Luftkriegsintervention der NATO 1999 im Kosovo, die sich auf Menschenrechtssicherung berief, mehr noch bei der Enduring-Freedom-Mission in Afghanistan und vollends angesichts des völkerrechtswidrigen Irak-Feldzuges der USA 2003 liefen diese beiden Linien auseinander.

Gestützt auf den Besitz des *big stick*, hatten die mächtigen Staaten des Westen auf der Linie der ›erweiterten Sicherheit‹ staatliche Souveränitäten erster und zweiter Klasse geschaffen – eine höchst fragwürdige Botschaft angesichts der sehr vielfältigen Ursachen für schwache Staatlichkeit oder schlechte Regierungsführung in vielen Regionen der Welt. Das Verständnis von Souveränität oszillierte plötzlich zwischen erhaltenswert, wenn mit Macht ausgestattet, oder ›defekt‹, weil schwach und deshalb reparaturbedürftig. Sicherheit wurde auf diesem Wege zu einem Gut, für das bestimmte externe Akteure meinten, besser sorgen zu können als die in den Konflikt- oder Krisenprozessen befindlichen gesellschaftlichen oder institutionellen Subjekte. Kollektive Schutzstrategien, die der Ansatz menschlicher Sicherheit anbot, wurden diskutiert, stießen sich aber am Machtpoker der Großen.

Die Vereinten Nationen bemühten sich auf ihrem Reformgipfel 2005, dem Dilemma zu entkommen, und schrieben erstmals und unter Berufung auf die Studie »Responsibility to Protect« – kurz R2P (ICISS 2001)[1] – Kriterien fest, die im Falle schwerer Menschrechtsverletzungen (Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) die Staatengemeinschaft zur zivilen und/oder militärischen Intervention aufrufen. Noch hat sich R2P allerdings international nicht als neue politisch-ethische Maßgabe, geschweige denn als Völkerrechtsnorm etablieren können, welche die Schutzverantwortung und Friedenspflicht der UN-Charta in Übereinstimmung bringen und die Verhältnismäßigkeit der (Sicherheits-)Mittel neu justieren könnte. Das liegt nicht zuletzt an der mangelnden moralischen Selbstbindung des Westens in der Dekade des Interventionismus. Libyen war 2011 der vorerst letzte – untaugliche – Versuch, gestützt auf R2P militärisch einzugreifen und dabei mehr als den Sturz einer unliebsamen Herrschaft zu bewirken.

Die normative Diskursstruktur der ›menschlichen Sicherheit‹ ist mit ihren wenig abgegrenzten Kriterien zur Friedensförderung – so argwöhnten Kritiker – nicht ganz

unschuldig an dem Dilemma, dass es hierbei an Trennschärfe zwischen Risiken, Gefahren und Bedrohungen mangelt. Deshalb plädierte der Friedens- und Konfliktforscher Lothar Brock schon 2005 »für einen engen Sicherheitsbegriff, nämlich Sicherheit als Schutz vor rechtloser Gewalt« (2005, 21). Es gehe nicht um das gute Leben an sich, sondern darum, die Menschen soweit wie möglich zu befähigen, Konflikte ohne Gewaltanwendung auszutragen und die dafür relevanten Gebote friedlicher Streitbeilegung und kollektiver Friedenssicherung anzuwenden. Den Sicherheitsbegriff auf den Schutz vor rechtloser Gewalt einzugrenzen, würde aber in der Konsequenz bedeuten, dass die staatlichen Akteure und ihre Streitkräfte ihre Linie der Erweiterung sicherheitspolitischer Kompetenzen der letzten 15 Jahre hinterfragen und gegebenenfalls zurücknehmen müssten. Aus heutiger Perspektive sind hierzu auch die völkerrechtlich nicht gedeckten Waffeneinsätze mit Kampfdrohnen und Cyber-Technik (vgl. Schepers in diesem Heft) zu rechnen.

Der terroristische Vormarsch der IS-Truppen im Mittleren Osten, der neben seinem menschenverachtenden Agieren vor allem eine konzertierte Provokation der westlichen Führungsmacht darstellt, hat Platz gegriffen in einer Situation, in der die Interventionseuphorie der letzten beiden Jahrzehnte einer Ernüchterung gewichen war hinsichtlich der Fähigkeit, auf diesem Wege Demokratie zu verbreiten. Die ersten seriösen Bilanzen der in Afghanistan praktizierten militärisch-zivilen Kooperationen zeigen, in welchem Ausmaß der co*mprehensive approach* mit Blick auf Friedensförderung kontraproduktive Resultate gezeitigt hat (vgl. Schetter 2014). Dies alles könnte nun obsolet sein, da ein erneuter – und unter Umständen potenzierter – 9/11-Effekt zu befürchten ist.

POST-9/11: ERWEITERUNG DER SICHERHEIT ALS ENTGRENZUNG

Nach dem 11. September 2001 drohte eine zentrale, ja fast triviale Erkenntnis der Human-Security-Diskussion der 1990er Jahre verloren zu gehen: nämlich dass die wenigsten globalen Probleme oder Risiken durch militärische Maßnahmen zu bewältigen oder auch nur im Zaum zu halten sind. Der militärisch dominierte Antiterrorkampf verdrängte oder überlagerte zivile Bedrohungen und Risiken, verfälschte die Sicherheitsanalysen und absorbierte in erheblichem Maße potenzielle Ressourcen für zivile Sicherheitsvorsorge.

Die Anpassung der auch als Bush-Doktrin bezeichneten National Security Strategy (NSS) vom September 2002 manifestierte am deutlichsten den normativen Wandel. ›Präventivkriege‹ auf fremden Territorien gegen den internationalen Terrorismus wurden für legitim erklärt, ebenso die Entwicklung der dafür notwendigen Rüstungsvorhaben und -strategien. Es fand ein »Paradigmenwechsel« statt, so Ernst-Otto Cezempiel (2003, 166), »von der Sicherheit gewährleistenden kooperativen Rüstungskontrolle hin zur Beherrschung ermöglichenden Fähigkeit, ein gewünschtes Verhalten mit Gewalt zu erzwingen«. Deutlicher als am Begriff Prävention, der im Diskurs um *human security* als Vorbeugung gegen Gewalt durch Entwicklungsprogramme verstanden wird, lässt sich das Auseinanderlaufen der beiden beschriebenen Sicherheitsdiskurse kaum beschreiben.

Die im Dezember 2003 unter Javier Solana verabschiedete European Security Strategy (ESS) war ein – wenn auch widersprüchlicher – Reflex der EU auf die Anforderung aus Washington, sich in der Post-9/11-Welt auch militärisch zu engagieren. Der Versuch, eine Teilnahme am Krieg gegen den Terror mit dem (verblassenden) Zivilmachtanspruch der Europäer zu versöhnen, führte mitten ins Dilemma: Mit der Bedrohungsanalyse der ESS wurden so unterschiedliche Probleme, Risiken oder Gefahren der globalisierten Welt wie Armut, Klimawandel, Ressourcenknappheit und Terrorismus in einer Weise in eins gesetzt, dass die Trennschärfe verloren ging, mit der zwischen zivilen und militärischen Mitteln eines Umgangs mit diesen Problemen zu unterscheiden wäre. Es entstand das auch intellektuell zunächst attraktive, rückblickend jedoch höchst ambivalente Mantra der ›erweiterten Sicherheit‹. In seiner operationalisierten Form als ›vernetzte Sicherheit‹ oder *comprehensive approach* ging militärisch-zivile Kooperation als Regel in zentrale deutsche außen- und sicherheitspolitische Regierungsdokumente wie das Weißbuch 2006 und die Verteidigungspolitischen Richtlinien ein. Ihr folgten fortan die Planungen für die ›Armee im Einsatz‹ – vor allem in Afghanistan.

COMPREHENSIVE APPROACH…

Alle relevanten internationalen Dokumente der Sicherheitspolitik sprechen im Zusammenhang mit Krisenmanagement inzwischen vom *comprehensive approach* (CA). Das neue strategische Konzept der NATO, das auf dem Lissabonner Gipfel 2010 angenommen wurde, baut im Sinne einer Rückversicherung beim zivilen Sektor darauf auf.[2] In der EU finden sich die jüngsten entsprechenden Festlegungen zum CA in einem Dokument vom Dezember 2013.[3] Eine vorsichtig kritische Analyse des CA führte beim Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze zu der Erkenntnis, »dass eine Engführung des vernetzten Ansatzes auf Sicherheit alleine nicht zielführend ist. Sicherheit ist ein notwendiges, aber keine hinreichendes Ziel des internationalen Konfliktmanagements« (ZIF 2012).

Mit dem sogenannten Krieg gegen den Terror ging eine ›Versicherheitlichung‹ (*securitization*) der internationalen und innergesellschaftlichen Diskurse einher, in deren Folge das Zivile auf fatale Weise vereinnahmt und Konfliktbearbeitung und Krisenprävention mit nichtmilitärischen Mitteln marginalisiert wurden. Das Auswärtige Amt hat sich im Rahmen der selbst auferlegten »Review 2014« de facto den Auftrag erteilt, seine Vorstellungen von Verantwortung beziehungsweise von der Wahrnehmung deutscher Interessen in der Außenpolitik zu präzisieren. Das wird nicht ohne eine kritische Evaluierung der Konzeption der ›vernetzten Sicherheit‹ und seiner Folgen gehen (Hauswedell 2013, 71ff). Die genannten Dilemmata der ›Schutzverantwortung‹ sind angesichts der terroristischen Provokationen im Mittleren Osten nicht geringer geworden. Aber gerade das Zusammentreffen der sehr unterschiedlichen Krisen(ursachen) des Jahres 2014 verbietet einfache Analogien. Es fordert vielmehr dazu heraus, Sicherheits- und Schutzparadigmen, die auf Verfeindung beruhen beziehungsweise von dieser ausgehen, durch solche zu ersetzen, die letztlich nur im Miteinander der Konfliktparteien entwickelt werden können.

… ODER ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG?

Dabei sind zentrale Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung und die gewonnenen Erfahrungen ziviler Konfliktbearbeitung (vgl. Schweitzer in LuXemburg-Online) in den Blick zu nehmen: beispielsweise die negativen Dynamiken, die in Gewaltkonflikten ausgelöst werden, wenn es nicht gelingt, die zugrunde liegenden sozialen und politischen Konfliktursachen zu adressieren. Die Ernüchterung, die der Interventionseuphorie der letzten zwei Jahrzehnte hinsichtlich des Aufbaus von Demokratie und Gerechtigkeit folgte, betrifft zuvorderst den Einsatz und die Weiterverbreitung von Waffen als – untaugliche – Gegen-Gewaltmittel. Deshalb gehören neue deutsche Initiativen für die ins Stocken geratenen internationalen Abrüstungsforen, inklusive der Debatte um die Ächtung von Kampfdrohnen, weit nach oben auf die außenpolitische Agenda. Die ›Delegitimierung von Gewalt‹ gilt als ›elementare Norm‹ ziviler Konfliktarbeit. Nur mit dieser Zielvorgabe ist die notwendige Akzeptanz zu schaffen »für die Kommunikation über Interessen, Wahrnehmungen und Bedürfnisse der Konfliktparteien« (Heinemann-Grüder/Bauer 2013, 239).

Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland findet aber bis heute konzeptionell und praktisch vorwiegend in einer Art Parallelwelt statt.[4] Anders als in der Schweiz oder in Norwegen ist sie als Teil eines außenpolitischen Primats jedenfalls nicht erkennbar. Noch sehen sich auch die Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung zu wenig selbstbewusst als Teil einer neuen Außenpolitik, die Formen von *public diplomacy* sowohl bei den entsendenden Staaten als auch bei den Aushandlungsprozessen innerhalb der Konfliktgesellschaften dringend benötigt.

Dieser Text basiert in Teilen auf einem Vortrag, gehalten beim wissenschaftlichen Symposium anlässlich des 65. Geburtstages von Prof. Dr. August Pradetto am 2./3. Juni 2014 in Hamburg.

LITERATUR

Brock, Lothar, 2005: Neue Sicherheitsdiskurse. Vom erweiterten Sicherheitsbegriff zur globalen Konfliktintervention, in: *Wissenschaft und Frieden* 4/2005, 18–21

Calließ, Jörg und Bernhard Moltmann (Hg.), 1992: *Weltsystem und Weltpolitik jenseits der Bipolarität*, Rehburg-Loccum

Czempiel, Ernst-Otto, 2003: *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München

Hauswedell, Corinna, 2006: Das große Versprechen: »Erweiterte Sicherheit«, in: Mutz, Reinhard et al. (Hg.), *Friedensgutachten 2006*, Berlin u.a., 63–72

Dies., 2013: Frieden ohne Primat. Der Irrweg deutscher Außenpolitik, in: *Blätter für deutsche und Internationale Politik* 7/2013, 71–81

Heinemann-Grüder, Andreas und Isabella Bauer (Hg.), 2013: *Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit*, Opladen

International Commission on Intervention und State Sovereignty (ICISS), 2001: *The Responsibility to Protect*, International Development Research Center, Ottawa

Kaldor, Mary, 1999: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, Stanford

Münkler, Herfried, 2004: *Die neuen Kriege*, Reinbek

Schetter Conrad, 2014: Afghanistan: von der Bürgerkriegs- zur Interventionsruine, in: Werkner, Ines-Jacqueline et al. (Hg.), *Friedensgutachten 2014*, Berlin u.a., 310–322

ZIF, 2012: *Vernetztes Handeln | Comprehensive Approach*, Berlin, www.zif-berlin.org/de/schwerpunkte/vernetztes-handeln-comprehensive-approach.html

---

1 Dort wurden als Prinzipien für militärisches Eingreifen formuliert: «Just cause, right intentions, last resort, proportional means, reasonable prospects, right authorisation.« Zu einer Kritik an R2P vgl. Obenland in diesem Heft.

2 Vgl. www.nato.int/cps/en/natolive/topics_51633.htm.

3 Vgl. http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/?fuseaction=list&coteId=10101&year=2013&language=de.

4 Der Zivile Friedensdienst (ZFD) oder die Gruppe FriENT, die 2004 durch den Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht wurden, sind bisher leider Ausnahmen.

RESPONSIBILITY TO PROTECT

WOLFGANG OBENLAND | JAN VAN AKEN

EIN KRITISCHER BLICK AUF DIE SCHUTZVERANTWORTUNG

WOLFGANG OBENLAND

Die Reaktionen der sogenannten internationalen Gemeinschaft auf die militärischen Erfolge der IS-Milizen in Syrien und im Irak, die mit schwersten Menschenrechtsverletzungen einhergingen, haben ein regelmäßig wiederkehrendes Problem zurück ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht: Unter welchen Umständen darf, sollte, oder muss man sich gar – auch militärisch – in Konflikte und humanitäre Katastrophen einmischen? Diese Fragestellung ist natürlich nicht neu. Bereits während der Konflikte in Somalia, Ruanda, Bosnien oder im Kosovo hatte die ›internationale Gemeinschaft‹ entweder mit Mandaten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen interveniert, ohne ein solches Mandat eingegriffen oder gar nicht reagiert und damit Diskussionen über die Notwendigkeit und Legitimität solcher Interventionen ausgelöst. Angesichts dieser gemischten Bilanz begann eine Reihe von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, sich für eine neue Doktrin internationaler Verantwortung einzusetzen. Sie sollte Interventionen in souveräne Staaten durch die UN oder andere Staatengruppen rechtfertigen und kodifizieren.

Eine auf Anregung Kofi Annans von der kanadischen Regierung eingerichtete Kommission legte zu dieser Problemstellung das zentrale Dokument vor. Die Internationale Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS) führte in ihrem Abschlussbericht von 2001 das Konzept der Schutzverantwortung – der *Responsibility to Protect* (R2P) – ein. Es beinhaltet im Wesentlichen drei Elemente:

1 | Einen Wandel im Verständnis von Souveränität weg vom Recht der Staaten auf territoriale Unversehrtheit und politischer Unabhängigkeit hin zu einer Verpflichtung, die eigene Bevölkerung zu schützen.

2 | Die Verantwortung der Staatengemeinschaft, dort zu intervenieren, wo Regierungen nicht willens oder in der Lage sind, diesen Schutz bereitzustellen.
3 | Die multilaterale Ausgestaltung dieser Pflicht: Nicht einzelne Staaten, sondern nur Bündnisse sollen diese Verantwortung wahrnehmen können.

Diese Anliegen wurden im Bericht der ICISS in drei Konzepte heruntergebrochen: die Verantwortung zur Vorsorge (*Responsibility to Prevent*), die Verantwortung zur Reaktion (*Responsibility to React*) sowie die Verantwortung zum Wiederaufbau (*Responsibility to Rebuild*). Obwohl die ICISS betonte, dass Schutzverantwortung auch eine Verantwortung zur Prävention und zum Wiederaufbau beinhaltet, liegt der Fokus doch deutlich auf der Reaktionskomponente und deren militärischer Ausgestaltung. Es werden insgesamt sechs Kriterien vorgeschlagen, die erfüllt sein sollen, um militärische Interventionen legitim durchführen zu können: die richtige Autorisierung, ein gerechtfertigter Grund, die rechte Absicht, militärische Intervention als Ultima Ratio, die Proportionalität des Vorgehens und vernünftige Erfolgsaussichten. Die ICISS schließt dabei die Möglichkeit nicht aus, dass regionale Organisationen abseits des UN-Sicherheitsrats intervenieren. Als Fälle, in denen die Verantwortung der Staatengemeinschaft greifen soll, werden schwerste Verbrechen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesehen, aber auch Situationen, in denen Regierungen bei Naturkatastrophen nicht willens oder in der Lage sind zu helfen.

Nach der Veröffentlichung des ICISS-Berichts und dank umfangreicher Bemühungen seiner UnterstützerInnen nahm R2P schnell seinen Weg durch die Instanzen der UN. Das Abschlussdokument des Weltgipfels von 2005 nahm das Konzept in drei knappen Paragraphen auf – allerdings in stark eingeschränkter und modifizierter Form.

So wurde aus der Verpflichtung zur Intervention eine Bereitschaft, die Autorität des Sicherheitsrats wurde nicht angetastet, und Situationen, in denen Interventionen gerechtfertigt werden, wurden auf die völkerrechtlich klarer gefassten Fälle von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begrenzt.

Seither nimmt R2P einen wichtigen Platz in den Diskussionen bei der UN und darüber hinaus ein. Auch in den gegenwärtigen Krisen und Konflikten wie zum Beispiel in der Ukraine, in Syrien und im Irak, aber auch in Libyen und in diversen Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent wird mit der Schutzverantwortung argumentiert.

Doch bietet R2P wirklich neue und effektive Antworten auf massenhaftes Töten? Kann

WOLFGANG OBENLAND ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Programmkoordinator beim *Global Policy Forum* in Bonn. Zusammen mit Lou Pingeot hat er Anfang 2014 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Studie *In whose name? A critical view on the Responsibility to Protect* verfasst.

JAN VAN AKEN ist Außenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag und dort im Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv. Zur Ächtung von Biowaffen hat er 1999 die Organisation *Sunshine Project* ins Leben gerufen. Von 2004 bis 2006 war er als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen tätig.

sie missbraucht werden, um die Interessen der Intervenierenden durchzusetzen, statt Menschenrechte zu schützen?

POSITIVE ASPEKTE VON R2P

Es wäre falsch zu behaupten, das Konzept der Schutzverantwortung enthalte keine begrüßenswerten Momente. So erinnert es an bestehende Pflichten auf internationaler und nationaler Ebene. Auch widersetzt sich R2P richtigerweise dem in sich widersprüchlichen Begriffspaar ›humanitäre Intervention‹. Obwohl sich R2P nicht völlig von diesem Konzept freimachen kann, stellt es doch seine politischen Implikationen infrage, beispielsweise die Militarisierung ziviler humanitärer Hilfe. Erwähnenswert ist auch, dass wichtige Prinzipien des Menschenrechtssystems aufgriffen werden und damit betont wird, dass Staaten Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern haben. Mit R2P wird außerdem hervorgehoben, dass der internationalen Gemeinschaft eine Rolle dabei zukommt, einzelne Staaten bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen zu unterstützen, insbesondere durch ökonomische, soziale und politische Maßnahmen.

DIE FALLSTRICKE VON R2P

Diese positiven Ansätze werden allerdings nicht konsequent zu Ende gedacht. Das Konzept, das sich – je nach Standpunkt – mittlerweile zu einer Doktrin gewandelt hat, hilft nicht dabei, Konflikte zu verstehen oder zu lösen, sondern kann sogar kontraproduktiv wirken. Es legt den Fokus auf die falschen Instrumente und öffnet der politischen Manipulation Tür und Tor.

R2P ist voller Widersprüche. Über die genaue Ausrichtung von R2P, über die Rolle militärischer Intervention, darüber, in welchen konkreten Fällen R2P bislang überhaupt angewandt worden ist, gibt es viel Disput – auch zwischen den UnterstützerInnen. Dies verweist auf die vielen Unklarheiten des Konzepts. Während einige R2P und ›humanitäre Intervention‹ synonym gebrauchen, behaupten andere, beides habe nichts miteinander zu tun. Einen weiteren Anlass für Meinungsverschiedenheiten bietet der Stellenwert, der militärischer Intervention in der Doktrin zukommt. Einige argumentieren, militärische Gewalt sei lediglich *eine* von mehreren Komponenten und habe nie im Mittelpunkt gestanden, andere sehen sie sehr wohl als Kern von R2P. Wie zentral die Bedeutung ist, die militärische Intervention in der Doktrin spielt, wird offensichtlich, wenn man berücksichtigt, dass fast alle ihre nichtmilitärischen Elemente bereits in Form anderer Instrumente existieren. Tatsächlich bedeutet allein die gleichberechtigte Bereitstellung des Instruments militärischer Intervention eine Gewichtung. Es neben anderen Möglichkeiten der Konfliktprävention und der Unterstützung friedenschaffender Maßnahmen einzubeziehen, verschiebt den Fokus auf diese Option: Schon die bloße Möglichkeit des Eingreifens einer fremden Macht kann zur präventiven Aufrüstung gegen als technologisch weit überlegen wahrgenommene Kräfte beitragen oder im Konfliktfall zur Eskalation führen. Scheinbar einfache Lösungen können langfristige, auf Kompromissen basierende und damit stabile Konfliktlösungen verhindern und vor allem eindeutige VerliererInnen hervorbringen, die sich dazu gezwungen sehen könnten, solange wie möglich Gewalt auszuüben.



Sewi Rasho Ali, Jesidin, floh Anfang August mit ihrem Ehemann und sechs Kindern vor dem IS aus der Region Shingal im Nordirak. Nachdem sie vergeblich auf Hilfe der Peshmerga gewartet hatten, trafen sie auf kurdische YPG-Einheiten, die sie ins Flüchtlingscamp Newroz in Nordsyrien brachten.

R2P basiert auf einer Reihe problematischer Grundannahmen. So operiert die Doktrin mit dem Konzept einer ›internationalen Gemeinschaft‹, das nicht gut zu bestimmen ist. Auch suggeriert sie, dass in Fällen eines »massenhaften Verlusts von Menschenleben« oder in »das Gewissen erschütternden Situationen« alle Fakten klar auf dem Tisch lägen und die Täter klar zu identifizieren seien. Gerade in solchen Situationen ist es aber besonders schwierig festzustellen, wer eigentlich was tut und in welchem Ausmaß für welche Taten verantwortlich gemacht werden kann. Der Einsatz chemischer Kampfstoffe im syrischen Bürgerkrieg hat dies zuletzt wieder gezeigt. Wer diese eingesetzt hat, ist in der ›internationalen Gemeinschaft‹ bis heute umstritten.[1]

R2P folgt einer binären Weltsicht, ist offen für plumpen Moralismus. Die Diskussionen rund um die Doktrin sind hochgradig moralisch aufgeladen, werden häufig zu Fragen von ›richtig‹ und ›falsch‹ (vgl. Rudolf 2013). Die Tendenz zu solchen Wertungen verhindert ein klares Verständnis von Konflikten und Gewalt. Im R2P-Diskurs werden die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und Tötungen als unersättliche und psychopatische Killer gebrandmarkt. Tatsächlich dürften Akteure jedoch meist von politischen oder anderen rationalen Motiven angetrieben sein. Wird die

Anwendung von Gewalt als Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen wahrgenommen, schafft das den nötigen Spielraum für Verhandlungen und den Einsatz diplomatischer Mittel. Fasst man einen Konflikt dagegen in Kategorien von ›gut‹ und ›böse‹ und versteht die Täter als irrationale Massenmörder, werden diese Optionen hinfällig.

R2P ist politisch bequem. Auch wenn R2P das Potenzial hat, zu einer universellen Doktrin zu werden, ist sie letztlich nicht universell anwendbar. Es wird niemals im Einflussgebiet der Großmächte zu Interventionen unter dem Banner von R2P kommen, gleichzeitig sind es genau diese Großmächte, die über die Fähigkeiten verfügen, solche Interventionen glaubhaft vorzubringen. R2P umgeht die Frage, wer diejenigen zur Rechenschaft zieht, die zum Schutz von Bevölkerungen in anderen Ländern antreten. Durch R2P wird kein einklagbares Recht auf Schutz durch die internationale Gemeinschaft geschaffen. Wer stellt Verstöße fest? Wie können Regierungen dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sie sich nicht an den vorgesehenen Kriterien orientieren?

R2P impliziert ein selektives Geschichtsbild. Zur argumentativen Untermauerung der Doktrin werden in der Regel der Holocaust und die Massenmorde in Kambodscha, Ruanda und Srebrenica angeführt. Während diese Beispiele wichtig und dramatisch sind, ist eine Beschränkung darauf doch tendenziös und führt zu Missverständnissen. Konflikte, in denen westliche Regierungen nicht nur nicht eingegriffen haben, sondern teilweise aktiv an schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt waren, werden in den Debatten um R2P nur selten erwähnt. Der Völkermord in Guatemala und die Rolle der US-Regierung oder die Rolle der USA und Australiens im Timor-Leste-Konflikt spielen in den Diskussionen um R2P nur eine untergeordnete Rolle. Diese Beispiele werden selten angeführt, weil sie nicht in das Freund-Feind-Schema von R2P passen. Obwohl manchmal auf Konstellationen verwiesen wird, in denen Großmächte sich – aus politischen oder ökonomischen Gründen – auf die Seite mordender Regime geschlagen haben, wird der Fokus doch auf den vermeintlich unmoralischen ›Beobachter‹ gelenkt, der es unterlässt, zu handeln oder Verbrechen anderer zu verhindern.

Nach der ICISS-Version von R2P spielen Großmächte zwar gelegentlich auch eine Rolle in den Konfliktursachen, im Wesentlichen scheinen diese aber in armen Ländern zu liegen, mit ethnischen oder religiösen Konflikten, ererbten Feindseligkeiten und diktatorischen Regimen. Die vielfachen Querverbindungen dieser Regierungen zu westlichen Staaten werden konsequent ignoriert.

R2P postuliert ein Entweder-oder von Souveränität und Intervention und ignoriert dabei, dass Souveränität noch nie Interventionen verhindert hat, wenn diese im Interesse der Großmächte lagen. Die fehlende Bereitschaft zur Intervention in der Vergangenheit hat ihre Ursache häufig im mangelnden Interesse der Großmächte beziehungsweise im Interesse, Krisen bewusst fortbestehen zu lassen, und nicht im überbordenden Respekt vor der Souveränität eines Landes.

ALTERNATIVEN

Statt ein Prinzip der internationalen Beziehungen gegen ein anderes auszuspielen – Souverä-

nität und Nichtintervention gegen Menschenrechte – und statt militärische Interventionen als (wenn auch letztes) Mittel der Politik zu stärken, ist es dringend notwendig, mehr Aufmerksamkeit und Kapazitäten darauf zu verwenden, dass Situationen, in denen dieses zum Einsatz kommen könnte, gar nicht erst entstehen. Es sollte daran gearbeitet werden, vielversprechende Ansätze zur Verhütung von Krisen im internationalen System zu stärken. Angesichts knapper internationaler Ressourcen schließen sich die Fähigkeiten zum Aufbau sowohl von Präventions- als auch von militärischen Reaktionsfähigkeiten oftmals wechselseitig aus. Mit der Formulierung einer Verantwortung der ›internationalen Gemeinschaft‹ (die internationale Organisationen einschließt) werden Institutionen und Akteure, die zuvor als Vermittler und neutrale Instanzen bereitstanden, tendenziell in die Rolle von Konfliktparteien gedrängt.

Es erscheint darum wenig zielführend, sich der einzelnen Mängel des Konzepts und seiner praktischen Anwendung Schritt für Schritt anzunehmen – beispielsweise indem höhere Hürden für militärische Interventionen formuliert werden. Stattdessen sollten die vorhandenen knappen Ressourcen verwandt werden, um zivile Mittel der Konfliktprävention und -lösung auszubauen.

Es ist unbedingt notwendig, mehr Kapazitäten für strukturelle Veränderungen bereitzustellen, die die Ursachen von Konflikten beseitigen könnten. Bereiche, in denen Reformen, wenn nicht gar grundlegender Wandel dringend angezeigt sind, sind beispielsweise: eine menschenrechtsbasierte Flüchtlings- und Migrationspolitik (vgl. Georgi in diesem Heft); die verbindliche Regulierung transnationaler Konzerne hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten, aber auch ihrer menschenrechtlichen Verantwortung; die extraterritorialen Pflichten von Staaten in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte; internationale Kooperation, die die strukturellen Ursachen von Armut tatsächlich beseitigt; die krisenanfälligen und strukturelle Ungleichheit befördernden Finanz- und Handelssysteme (vgl. Passadakis in LuXemburg-Online); die Beseitigung illegitimer Finanzflüsse aus Steuervermeidung und -hinterziehung; Ernährungssouveränität; Klima- und Umweltpolitik; Kontrolle des Waffenhandels und eine Reform hin zu einem tatsächlich multilateralen und funktionalen internationalen System unter dem Dach der Vereinten Nationen. Diese Instrumente gilt es zu entwickeln, sonst bleibt die militärische Option weiterhin die naheliegende.

Dieser Text basiert auf der Studie »In whose name? A critical view on the Responsibility to Protect« von Lou Pingeot und Wolfgang Obenland, herausgegeben im Mai 2014 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung New York und dem Global Policy Forum.

LITERATUR

Rudolf, Peter, 2013: *Schutzverantwortung und humanitäre Intervention: eine ethische Bewertung der »Responsibility to Protect« im Lichte des Libyen-Einsatzes*, Stiftung Wissenschaft und Politik/Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Hersh, Seymour M., 2013: Whose Sarin?, in: *London Review of Books* 35/24, 9–12

Ders., 2014: The Red Line and the Rat Line, in: *London Review of Books* 36/8, 21–24

1 Vgl. zur Komplexität der Situation Hersh 2013 und 2014.

ZUM WEITERLESEN:

www.rosalux-nyc.org/in-whose-name/

PRINZIP UND WIRKLICHKEIT DER SCHUTZVERANTWORTUNG

JAN VAN AKEN

Auslandseinsätze der Bundeswehr werden auch in Zukunft damit gerechtfertig werden, dass es Menschenrechte zu schützen gilt. Vor diesem Hintergrund lohnt ein kritischer Blick auf die Bedeutung von *Responsibility to Protect* (R2P) im parlamentarischen Betrieb.Seit das Prinzip der ›Schutzverantwortung‹ 2001 vorgestellt wurde, wird darüber gestritten. BefürworterInnen sehen es als eine Aufwertung von individuellen Menschenrechten gegenüber Staatenrechten. Andere – und zu denen gehöre ich – befürchten eine weitere Aufweichung des Interventions- und Gewaltverbotes. Militärischen Eingriffen wäre unter dem Vorwand des Menschenrechtsschutzes Tür und Tor geöffnet.

Festzuhalten ist, dass die Schutzverantwortung kein neues Recht setzt, wie manche behaupten, aber sicherlich dazu beiträgt, das bestehende *Recht auf* Intervention als *Pflicht zur* Intervention zu interpretieren.

SCHUTZVERANTWORTUNG IN DER POLITISCHEN DEBATTE

Das Prinzip der Schutzverantwortung wird in parlamentarischen Debatten gern auf eine schlichte Formel reduziert: militärisch intervenieren oder nichts tun. Differenzierte Auseinandersetzungen um vermeintlich widerstreitende Ansprüche zwischen der Souveränität von Staaten, einer Garantie der Menschenrechte und dem Gewaltverbot, wie sie im akademisch-intellektuellen Raum geführt werden, finden hier nicht statt.

In jeder Bundestagsdebatte zu einem Auslandseinsatz der Bundeswehr heißt es, militärisches Eingreifen sei unvermeidbar. Dabei betonen VertreterInnen aller anderen Parteien, dass sie zivilen Konfliktlösungen immer den Vorrang gäben und militärisches Eingreifen politische Lösungen nicht ersetzen könne. Hier und jetzt sei es dennoch geboten, militärisch einzugreifen, um einer unmittelbaren Bedrohung von Menschenleben zu begegnen und der Schutzverantwortung gerecht zu werden. Wer sich diesem ›Töten, um zu Retten‹ verweigert, wird kurzerhand beschuldigt, Tod und Leid unzähliger Menschen billigend in Kauf zu nehmen. Die Militärintervention wird zur Pflicht erhoben und mit dem Versprechen auf Lebensrettung verbunden. Wer kann da schon Nein sagen? Unterschlagen wird dabei, dass Militärinterventionen keinesfalls das Ende von Gewalt darstellen. Im Gegenteil: Durch militärische Gewalt werden menschliches Leid und zivile Opfer verursacht sowie neue Konflikte erst geschaffen. Auch gehen Militäreinsätze regelmäßig mit schweren Menschenrechtsverletzungen einher, die zudem in aller Regel straffrei bleiben. Nicht zu vergessen sind die mittel- und langfristigen gesellschaftlichen, sozialen, menschenrechtlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Kosten. Afghanistan, Irak, und Libyen haben dies gezeigt. So unterschiedlich diese Länder und ihre Konfliktgeschichten sind, so sehr ähneln sich die Schwierigkeiten, nach den Verwüstungen einer militärischen Intervention zu einem halbwegs funktionierenden Staatswesen zurückzufinden, geschweige denn zum Frieden.

BefürworterInnen einer militärischen ›Verantwortungsübernahme‹ setzen Men-

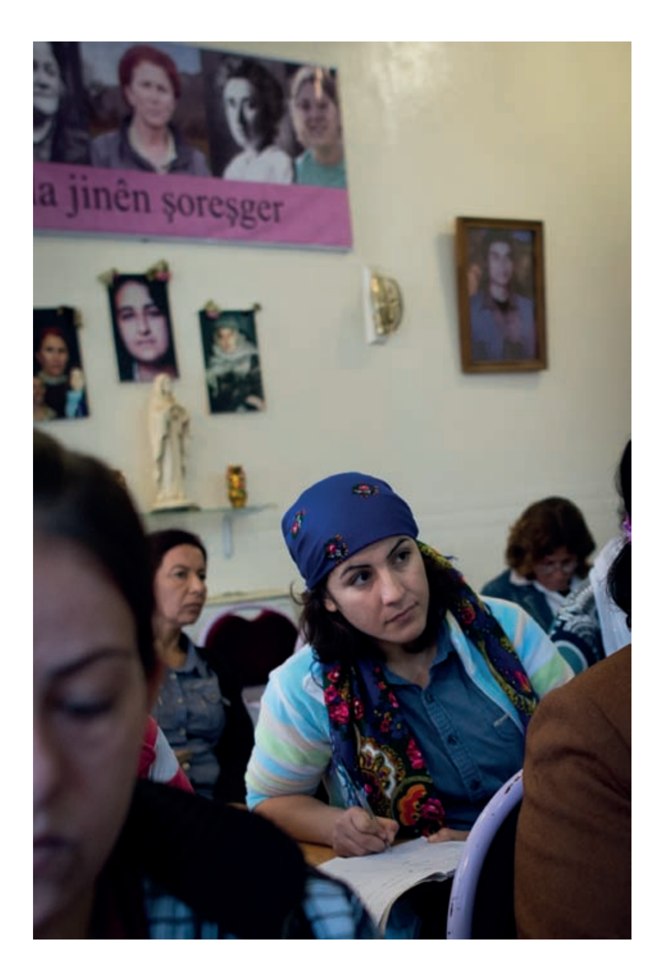
schenrechtsschutz und Lebensrettung gleich. Damit reduzieren sie unausgesprochen – wenn auch nicht notwendigerweise gewollt – Menschenrechte auf das nackte (Über-) Leben. Wenn massenhafter Mord und Tod zu erwarten ist, soll eingegriffen werden – und zwar militärisch. Dieser Akt wird dann als ›internationale Verantwortung‹ definiert. Was damit aus dem Blick gerät, ist die Tatsache, dass Gewaltkonflikte Ursachen haben, dass ihnen vielfältige Entwicklung vorausgeht. Kein Konflikt ist plötzlich einfach da und beginnt mit massiver Gewalt. Was ist mit der Verantwortung für eine ungerechte Handelspolitik, für die Stärkung repressiver Regime durch Waffenlieferungen, für die von Industrienationen verursachte Umweltzerstörung und mit der Verantwortung für alle anderen Eingriffe, die ihren Teil zur Konfliktentwicklung beigetragen haben? Hiervon wird die ›internationale Gemeinschaft‹ in dieser Logik freigesprochen.

Militärinterventionen werden stets aufs Neue mit dem Hinweis begründet, dass es ein zweites Ruanda niemals geben dürfe. Das internationale Versagen hatte allerdings auch in diesem Fall lange vor den ungeheuerlichen Massakern begonnen und bestand vor allem darin, alle Anzeichen ignoriert und schlichtweg zugesehen zu haben, wie sich der Konflikt immer weiter zuspitzte (vgl. Leidecker in diesem Heft). Die Lehre aus Ruanda ist deshalb nicht, zukünftig früher und ›robuster‹ einzugreifen, sondern internationale Verantwortung dort zu übernehmen, wo es um Konfliktprävention geht: also rechtzeitig mit friedlichen Mitteln Konflikte zu entschärfen und gewaltfrei zu bearbeiten.

AUS LINKER ABWEHRHALTUNG IN DIE OFFENSIVE

Die Vorstellung, es gäbe keine Alternative zum Militär, haben auch manche in unserer Partei so weit verinnerlicht, dass sie darauf drängen, das ›Nein‹ zu Militäreinsätzen zu relativieren. Eine Debatte über die zunehmende Militarisierung des außenpolitischen Denkens müssen wir deshalb nicht nur in der breiten Öffentlichkeit führen, sondern auch in unseren eigenen Reihen.

Bisher haben wir vor allem einen Abwehrkampf dagegen geführt, Militäreinsätze mit dem Schutz von Menschenrechten zu rechtfertigen. Nur hilft es nicht, eine generelle Unverträglichkeit von R2P mit dem Völkerrecht oder der UN-Charta zu behaupten. Es reicht auch nicht, die so gern bemühten geostrategischen und imperialen Interessen zu beklagen, zu deren Durchsetzung sich die Akteure der Menschenrechte missbräuchlich bedienen. Wir können uns nicht als Völkerrechtspartei bezeichnen und gleichzeitig so tun, als sei das völkerrechtliche Gewaltverbot absolut und der Verweis aufs Völkerrecht Begründung genug gegen den Einsatz von Gewalt. Wir müssen anerkennen, dass die UN-Charta Ausnahmen vom Gewaltverbot macht, wenn der Weltfrieden bedroht ist, und dann – als letztes Mittel – auch militärische Interventionen zulässt. Das heißt natürlich noch lange nicht, dass wir deshalb Militäreinsätzen zustimmen müssen, wie manche in unserer Partei behaupten. Aus meiner Sicht müssen wir aber, statt Elemente der UN-Charta zu ignorieren, uns aktiv dafür einsetzen, dass dieses letzte Mittel niemals Anwendung finden muss. Die UN-Charta gibt uns dabei sowohl den normativen Rahmen als auch Argumente



Die Frauenakademie Nuri Dersimi bietet in Rojava mehrwöchige Weiterbildungskurse für Frauen zu Frauenbefreiung, Geschichte, Politik und kurdischer Sprache.

an die Hand, von denen aus zivile Alternativen gedacht werden müssen: das grundsätzliche völkerrechtliche Gewaltverbot, das Gebot der friedlichen Streitbeilegung und das Prinzip der territorialen Souveränität.

Auch gilt es mit dem ideologisch motivierten Unsinn aufräumen, nach dem die westlichen Mächte, angeführt von den USA, die vehementesten Befürworter von R2P seien. Den USA sind die Menschenrechte im Zweifelsfall so egal wie allen anderen Großmächten. Sie wollen ihre Interessen durchsetzen und dies im Zweifel auch mit militärischen Mitteln. Würde sich das Prinzip der Schutzverantwortung völkerrechtlich etablieren, entstünde ein von ihnen unerwünschter Handlungs- und Erklärungsdruck. Vieles spricht dafür, dass auch die anderen ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder Großbritannien, Frankreich, Russland und China (also nicht nur der Westen) der Schutzverantwortung als verbindlichem Prinzip eher ablehnend gegenüberstehen, weil sie sich in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht einengen lassen wollen. Dient es im konkreten Fall ihren Interessen, wie im Fall Libyen, werden sie sich auf die Schutzverantwortung beziehen. Doch weder ›brauchen‹ sie die Schutzverantwortung, um Militärinterventionen zu legitimieren – siehe die Piraterie vor Somalia –, noch werden sie intervenieren, wenn ihr Eigeninteresse dem entgegensteht. Dies stimmt auch, wenn Menschenrechte in großem Maßstab verletzt und Menschen getötet werden.

Nun zu den Menschenrechten. Es kann und darf nicht sein, das wir als LINKE die Existenz oder Schwere von Menschenrechtsverletzungen infrage stellen oder relativieren, um unsere Argumente gegen Militäreinsätze zu untermauern, oder weil es ideologisch bequemer ist. Menschenrechte sind unteilbar. Das Fahrverbot für Frauen in Saudi-Arabien verletzt diese ebenso wie die systematische Unterdrückung von Pressefreiheit und die staatliche Verfolgung von Homosexuellen in Russland. Beides müssen wir öffentlich kritisieren.

Wenn wir friedenspolitisch überzeugen wollen, müssen wir uns aus unserer engen Abwehrhaltung befreien. Sie kann auf Dauer nicht verbergen, dass es uns an friedenspolitischen Konzepten mangelt, um der vermeintlichen Alternativlosigkeit des Militärischen mehr entgegenzusetzen als ihr eigenes Grauen



Trauerfeier für den 19-jährigen YPG-Kämpfer Tofan Dêrik, der am 15. Oktober 2014 bei Kämpfen gegen den IS ums Leben kam.

und die Interessensgeleitetheit der Akteure. Wir müssen uns von dem moralischen Druck lösen, eine vermeintlich gleichwertige Alternative zur schnellen Lösung von Konflikten vorweisen zu können, sondern uns immer wieder vor Augen führen, dass Militär eben keine schnelle Lösung ist. Wir müssen begreifen, dass gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf Vorbeugung setzt, sich aber nicht auf sie beschränken muss. Auch inmitten von Gewaltkonflikten kann gewaltfrei interveniert werden – mit humanitärer Hilfe, mit Diplomatie, mit gewaltfreiem Schutz, mit dem Öffnen von Fluchtwegen und dem Schließen von Nachschubrouten für Waffen und Geld. Wir müssen gewaltfreie Möglichkeiten aufzeigen. Und wir müssen sie selbst ernst nehmen, statt sie – wie in den aktuellen Polemiken nach denen Yogamatten oder Protestbriefe den Islamischen Staat nicht aufhalten können – ungewollt selbst zu diskreditieren.

Solange globales Handeln von Kapital- und Herrschaftsinteressen geleitet ist, werden Menschenrechte in großem Umfang verletzt, ohne dass wir es unmittelbar verhindern oder eindämmen können – weder mit militärischen noch mit gewaltfreien Mitteln. Die Frage einer nichtmilitärischen Außenpolitik kann deshalb nur Teil eines größeren Projekts sein: alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen Menschen unterdrückt und ihrer Rechte braubt werden.

DROHNENKRIEGE

WARUM BIG DATA TÖDLICH SEIN KANN

NORBERT SCHEPERS

Kampfdrohnen sind zu einem vielbeachteten Phänomen geworden. Ihr kriegerischer Einsatz reicht bis zum Ersten Weltkrieg zurück, als unbemannte Doppeldecker mit tödlicher Bombenfracht (*Kettering Bug*) zum Einsatz kamen. Ihren Durchbruch erlebten die Drohnen, als nach den Debakeln der Weltmächte in Vietnam und in Afghanistan asymmetrische Konflikte zunahmen und der Fortschritt in der Informationstechnik die Steuerung und Datenauswertung nahezu in Echtzeit ermöglichte. Mit dem ›globalen Krieg gegen den Terrorismus‹ nach 9/11 verlor die Drohnentechnologie endgültig ihr Nischendasein. Der Einsatz ferngesteuerter und unbemannter Fluggeräte veränderte das Gesicht der modernen Kriegsführung. Ein neues Wettrüsten ist in Gang gesetzt, in dem relativ unabhängig agierende Killerroboter entwickelt werden. Internationale Institutionen und Normen sowie humanitäre Rechtsordnungen erodieren beschleunigt unter dem Druck der automatisierten Kriegsführung.

JAGD AUF TERRORISTEN

Für ›gezielte Tötungen‹ vermeintlicher Mitglieder terroristischer Gruppen wurden insbesondere US-amerikanische Drohnen der Typen *Predator* und *Reaper* bekannt, die mit *Hellfire*-Raketen Bodenziele beschießen. Solche Einsätze – derzeit vor allem in Afghanistan, Pakistan, Somalia und Jemen – sind zu einem Mittel des weltweiten ›Antiterrorkrieges‹ der USA und ihrer Verbündeten geworden. Diese ›Jagd auf Terroristen‹ ist alles andere als präzise. Bei den Explosionen sterben immer wieder Unbeteiligte und Zivilisten. Wer dabei stirbt, wird meist geheim gehalten. Es geht um Tötungen auf Verdachtsgrundlage in einem verdeckten, weltweiten ›schmutzigen‹ Krieg. Das Londoner *Bureau of Investigative Journalism* zählt allein für Pakistan von 2004 bis 2014 mindestens 400 Drohnenschläge, davon 349 unter der Regierung Obama.[1] Dabei wurden – je nach Schätzung – zwischen 2 379 und 3 851 Menschen getötet. Zwischen 416 und 957 davon waren Zivilisten, darunter sechs bis neun Kinder. Weitere 78 bis 196 Menschen wurden verletzt. Gerade einmal vier Prozent der Getöteten konnten aufgrund verfügbarer Quellen als Mitglieder von Al-Qaida identifiziert werden.[2] Die Behauptung, es würden mit nahezu absoluter Sicherheit identifizierte, hochrangige Mitglieder des Al-Qaida-Netzwerkes getroffen, ist falsch.

GLOBALE TOTALÜBERWACHUNG

Bei vielen Drohnenschlägen beispielweise in den Stammesgebieten im Nordwesten von Pakistan (FATA) ist die Identität der Zielpersonen nicht bekannt. Sogenannte *signature strikes* sind eine Art von Rasterfahndung mit optionaler Vor-Ort-Hinrichtung via Raketenbeschuss. Sehr allgemeine Verhaltensmuster und Gruppenmerkmale (»*all military-age males in a strike zone*«) gelten als Verdachtsmomente, auf denen eine Tötungsentscheidung durch Geheimdienste oder Militärs basieren kann (vgl. Zenko 2012). Zur Zielbestimmung für *signature strikes* durch Drohnen werden auch anlasslos gesammelte Metadaten aus den globalen Überwachungsprogrammen der Geheimdienste genutzt. Als ›relevant‹ kann hier bereits der Besitz eines Telefons mit einer bestimmten IMEI-Nummer oder der Gebrauch einer bestimmten SIM-Karte gelten. Die Identität einer potenziellen Zielperson wird dabei nicht zwingend bestimmt, sondern ihr Gefährdungspotenzial auf der Grundlage der qua Datenanalyse verfügbaren Informationen eingeschätzt. »We kill people based on metadata«, konstatierte General Michael Hayden, ehemaliger Direktor der Nationalen Sicherheitsagentur (NSA) und der CIA, am 1. April 2014 (zit. nach Cole 2014).

Die Frage nach dem Sinn weltweiter Totalüberwachung ist mit Blick auf solche Tötungsprogramme neu beantwortet. Sie ermöglicht eine nahezu beliebige Identifikation, Lokalisierung und Liquidierung unliebsamer Personen ohne nennenswerte externe oder demokratische Kontrolle. Trotz erfolgreicher

NORBERT SCHEPERS ist Politikwissenschaftler und Leiter des Bremer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ihn interessieren die Zusammenhänge von Technik und Gesellschaft – auch deshalb hält er regelmäßig Vorträge zum Thema Drohnenkrieg und Sicherheitspolitik.



Predator Drohne, KAZ Vorpal/flickr

Klagen ist die juristische Argumentation, mit der gezielte Tötungen gerechtfertigt werden, überwiegend Geheimsache der US-Regierung nach dem nationalen Sicherheitsprivileg. Diese stützt sich auf präsidiale Autoritäten aus dem Jahr 2001: Drei Tage nach 9/11 verabschiedete der Kongress die »Authorization for Use of Military Force« – eine Kriegserklärung gegen die für die Anschläge verantwortlichen Personen und Gruppen, insbesondere Al-Qaida. Sie kam einem Freibrief für weltweite Militäreinsätze gegen den ›internationalen Terrorismus‹ gleich.

Die Verstrickung Deutschlands in Überwachungen und Verbrechen der Geheimdienste, in die weltweiten Drohnenkriege sowie in den ›globalen Krieg gegen den Terrorismus‹ hat eine sicherheitspolitische Dimension, die von der hiesigen Bürgerrechtsbewegung weitgehend unbeachtet bleibt. Wer ein Ende oder eine strikte Eindämmung von Datensammlung und Massenüberwachung will, der muss sich für ein Ende des Antiterrorkriegs einsetzen.

DIE NÄCHSTE PHASE DER DROHNENKRIEGE

Obama hat die von Bush begonnenen Drohnenprogramme ausgeweitet, den Antiterrorkrieg faktisch intensiviert und wesentlich auf Drohnenschläge verlagert.[3] Allein 2013 wurden US-Spezialkräfte in 134 Ländern eingesetzt, unter Bush waren es noch 60. Die ganze Welt ist ein Schlachtfeld geworden, der Einsatz von Kampfdrohnen kann als etabliertes militärisches Mittel gelten. Weltweit werden sie nachgerüstet, neu entwickelt und verbreitet. Auch Hamas und Hisbollah setzten sie bereits ein. Mindestens 50 Staaten betreiben inzwischen eigene Beschaffungsprogramme für künftige Aufklärungs- und Überwachungsflugzeuge



oder Kampfdrohnen (vgl. Horgan 2013). Bundeswehr und Bundespolizei wollen eigene Drohnen anschaffen, um nicht weiter auf die Luftunterstützung anderer Staaten angewiesen zu sein. Eingebunden ist diese Beschaffungsabsicht in die Grenzüberwachungsaktivitäten von EUROSUR und in Pläne für eine europäische Drohne, offiziell primär zur Flüchtlingsbeobachtung über dem Mittelmeer gedacht.[4] Die USA stellten 2011 einen Flugroboter als Stealth-Bomber vor, welcher bereits autonom auf einem Flugzeugträger starten und landen kann. In Europa gibt es zwei dazu parallele Entwicklungsprojekt: *Neuron* (F) und *Taranis* (UK). Auch diese Ergebnisse werden voraussichtlich in die europäische Drohnenentwicklung einfließen.

Inzwischen werden außerdem autonome Vehikel für den Land- und Wassereinsatz entwickelt, die in der Lage sind, mehr Informationen selbst zu verarbeiten, statt sie an das Kontrollzentrum weiterzuleiten. Neben größerer Rechenkapazität und ›klügeren‹ Algorithmen orientieren die Forschungsschwerpunkte der Zukunft darauf, dass eine große Anzahl von Robotern koordiniert und ohne zentrale Instanz ›autonom‹ operieren kann.[6]

DROHNENÖKONOMIE

Drohnen sind nur die bekannteste Form ferngesteuerter und automatisierter Techniken. Darüber hinaus sind viele weitgehend autonom agierende Systeme, also Roboter, in Entwicklung.[5] Der Markt lebt von seinen Aussichten auf zivile Nutzung. Die militärische Sparte ist den großen Investoren wie beispielsweise Google kein ausreichender Anreiz. Die Problemlagen hier sind andere: ein neuer Angriff auf die Privatsphäre, Ausdehnung von Überwachung oder Gefährdung des zivilen Luftverkehrs.
Die großen Player des Marktes für militärische Drohnen sind Rüstungskonzerne, die schon jetzt Hightech-Waffensysteme für den Luftkampf liefern: Boeing, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon, Israel Aerospace Industries oder BAE. Die militärisch orientierten Investoren haben sich als starke Triebkraft für die militärische wie zivile Entwicklung von Robotertechnologie herausgestellt. Die Forschungsbehörde der US-Militärs DARPA spielt hier eine Schlüsselrolle. Seit den 1990er Jahren standen ›autonome Vehikel‹ auf den Wunschlisten der Militärplaner; heute sehen wir YouTube-Videos von ausgereiften Prototypen für selbständige, voll geländegängige Vierbeiner, die den Soldaten Gepäck und Nachschub durch unwegsames Gelände tragen. Der Bedarf auf den aktuellen Schlachtfeldern und die Entwicklung asymmetrischer Konflikte sind Faktoren, welche die Entwicklung von Dual-Use-Technologie vorantreiben. Im besetzten Irak 2003 wurden die US-Streitkräfte von den Aufständischen massenhaft mit improvisierten Sprengfallen konfrontiert. Bis zu zwei Drittel der Gefallenen gingen auf das Konto solcher Anschläge. Abhilfe kam von der kleinen Firma iRobot, eher bekannt für Staubsaugerroboter, die in der Lage war, schnell eine große Anzahl von kleinen, ferngesteuerten Bodenfahrzeugen zur Gefechtsfeldaufklärung und zur Kampfmittelbeseitigung zu produzieren. Auch dabei spielte Fördergeld der DARPA eine Rolle. Wir sehen hier ein

erfolgreiches Konzept der Wirtschaftssteuerung, das mit öffentlichen Mitteln militärische und Dual-Use-Forschung privater Unternehmen subventioniert. Beide Seiten des Drohnenmarktes sind so stark verwoben, dass Strategien zur Delegitimierung der Technologie ein eher hoffnungsloses Unterfangen sein dürften. Wer den Drohnenkriegen politisch begegnen will, muss auf Regulierung setzen. Gleiches gilt für die zivile Ebene.

ROBOTERKRIEGE DER ZUKUNFT

Die Option, Kriege von Drohnen führen zu lassen, trägt zu deren ›Entgrenzung‹ bei – geografisch wie zeitlich. Und die Spezifik dieser Art der Kriegsführung – ferngesteuert und unbemannt – hat die Hemmschwelle der Verantwortlichen gesenkt. Krieg wird damit nicht unbedingt grausamer, aber er wird leichter zu führen. Die Brutalisierung ist jenseits der Kriegsschauplätze kaum noch wahrnehmbar. Hohe Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung sind nicht für sich genommen eine Besonderheit der Drohnenkriege. Eher schon, dass diese Kriege in hohem Maß politisch durchhaltbar scheinen, solange eigene Verluste gegen null gehen. Denn bei den Drohnenkriegen sterben immer die anderen.

›Zeitgemäße Kriegsführung‹ heißt: *mehr Maschine, weniger Mensch*. Es geht nicht um vollständig autonome Kampfroboter, die dem Menschen die Tötungsentscheidung abnehmen, aber doch um weitgehende Autonomie der Killermaschinen. Ein Grund dafür sind die riesigen Datenmengen, die zum Computer des Kontrollzentrums übertragen und dort verarbeitet werden müssen, und die damit verbundenen Reaktionszeiten. Verarbeitung und Auswertung des Bildmaterials werden zunehmend durch bordeigene Computer erledigt. Ergebnis dieser Entwicklung wäre, dass der Roboter eine Entscheidung vorbereitet, die dann auf Grundlage eines so entstandenen Lagebilds vom Menschen binnen Sekunden getroffen werden muss: feuern oder abbrechen. »Wir stehen am Beginn eines Wettrüstens im Bereich der Algorithmen für letale Autonomie«, schreibt Frank Rieger (2012) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über den künftigen Roboterkrieg.

Auch die Studie *Losing Humanity* vom November 2012 von *Human Rights Watch* und der *International Human Rights Clinic* an der *Harvard Law School* warnt vor der Entwicklung und Verbreitung von vollautonomen »Killer-Robotern« in den kommenden 20 bis 30 Jahren. »Menschliche Kontrolle der robotischen Kriegsführung ist für eine Minimierung ziviler Toter und Verwundeter unerlässlich«, sagt Steve Goose, der Sprecher von *Human Rights Watch*.[7] Beide Menschenrechtsorganisationen fordern einen internationalen Vertrag zum Verbot der Entwicklung, Herstellung und Nutzung von vollautonomen Roboterwaffen. Zusammen mit einer breiten Koalition zivilgesellschaftlicher Akteure haben sie 2013 die *Campaign to Stop Killer Robots* ins Leben gerufen und ihre Forderungen in die zuständigen UN-Gremien eingebracht, mit beachtlicher Resonanz.[8]

SICHERHEITSPOLITIK VON LINKS

Die weltweite ›Antiterrorkriegsführung‹ der letzten Jahre hat in mehrfacher Hinsicht eine Relativierung der Menschenrechte gebracht. Die extralegale Hinrichtung von Verdächtigen mithilfe von Drohnen untergräbt außerdem

die Unschuldsvermutung. Automatisierte Kriegsführung treibt die Erosion internationaler Normen und Institutionen weiter voran. Sollten irgendwann Killerroboter selbständig Tötungsentscheidungen treffen, werden zentrale Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt: Es gibt keine zurechenbare Verantwortlichkeit mehr. Der technologische und waffentechnische Fortschritt gebietet, sowohl für unbemannte und ferngesteuerte Systeme als auch für automatisierte Roboterwaffen neue Regulierungsrahmen auf internationaler Ebene zu schaffen. Hier ist die globale Linke – und mit ihr die Linkspartei – gefordert.

Eckpunkte sollten dabei sein:

- Strafverfolgung von Terrorverdächtigen, die außergerichtliche Hinrichtungen einschließt, ist zurückzuweisen.
- Der Einsatz von ferngesteuerten unbemannten Luftfahrzeugen (Drohnen) – ob bewaffnet oder nicht – muss unter strenge, internationale Vorschriften gestellt werden.
- Autonome, bewaffnete Roboter müssen weltweit verboten werden.
- Die Grundzüge der Drohnen- und Überwachungsprogramme müssen in den beteiligten und unterstützenden Staaten den jeweiligen Parlamenten zur Information und Beschlussfassung vorgelegt werden. Dies schließt rechtliche Begründungen, Auswertungen und Berichte zur bisherigen Tätigkeit ein.
- Die Grundzüge der ›Antiterrorpolitik‹ sollten auch in den politischen Gremien der NATO Gegenstand einer grundsätzlichen Bestandsaufnahme und Revision sein.
- Die neue Kriegsführungsdynamik schwächt institutionelle und völkerrechtliche Kontrollen. Notwendig ist die Entwicklung einer übergreifenden friedens- und sicherheitspolitischen Konzeption, die diese Dynamik einhegt und beseitigt.

Kriege verändern sich radikal. Noch ist die Antikriegspolitik nicht auf der Höhe der Zeit.

LITERATUR

Cole, David, 2014: »We Kill People Based on Metadata«, in: *The New York Review of Books*, 10.4.2014, www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2014/may/10/we-kill-people-based-metadata/

Gubrud, Mark und Jürgen Altmann, 2013: *Compliance Measures for an Autonomous Weapons Convention*, International Committee for Robot Arms Control, Working Paper No. 2, http://icrac.net/wp-content/uploads/2013/05/Gubrud-Altmann_Compliance-Measures-AWC_ICRAC-WP2.pdf

Horgan, John, 2013: The Drones Come Home, in: *National Geographic*, März 2013, http://ngm.nationalgeographic.com/2013/03/unmanned-flight/horgan-text

Rieger, Frank, 2012: Das Gesicht unserer Gegner von morgen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.9.2012

Zenko, Micha, 2012: Targeted Killings and Signature Strikes, in: *Council on Foreign Relations Blog*, 16.7.2012, http://blogs.cfr.org/zenko/2012/07/16/targeted-killings-and-signature-strikes/

---

1 Vgl. http://www.thebureauinvestigates.com/category/projects/drones/drones-graphs/.

2 Vgl. http://www.thebureauinvestigates.com/namingthedead/only-4-of-drone-victims-in-pakistan-named-as-al-qaeda-members/?langen.

3 Vgl. die Studie *Drone Wars Pakistan: Analysis*, http://securitydata.newamerica.net/drones/pakistan/analysis.

4 Vgl. http://www.euractiv.de/soziales-europa/artikel/big-brother-an-der-grenze-eurosur-gestartet-008317.

5 Vgl. z.B. die militärische Planung in den USA für unbemannte Systeme *Unmanned Systems Integrated Roadmap 2013–2038*, www.defense.gov/pubs/DOD-USRM-2013.pdf.

6 Im militärtechnischen und -strategischen Diskurs verweist der Begriff Autonomie auf die Entwicklung von Waffensystemen, die mit hochkomplexer künstlicher Intelligenz ausgestattet, unabhängig von unmittelbarer menschlicher Kontrolle funktionieren, also Ziele ausmachen, verfolgen und angreifen: sogenannte vollautonome Kampfdrohnen oder auch Killerroboter. Bei derlei autonomen Tötungsrobotern endet die menschliche Intervention mit der Programmierung. Momentan fliegen Drohnen zwar ›automatisch‹, agieren aber (noch) nicht ›autonom‹, insofern der eigentliche Angriff durch Menschen entschieden und ferngesteuert wird. Vgl. zu Kritik und Vorschlägen zur Kontrolle dieser Entwicklung Gubrud/Altmann 2013.

7 Vgl. http://www.hrw.org/reports/2012/11/19/losing-humanity-0.

8 Vgl. www.stopkillerrobots.org.

POESIE EINES KURZEN LEBENS
XU LIZHI 1990–2014

Seit 2010 wird vermehrt über Selbstmorde von Foxconn-ArbeiterInnen berichtet. Sie stürzen sich wegen der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen aus dem Fenster. Der Konzern reagiert auf die Suizide, indem er Netze an den Fassaden anbringen lässt. Foxconn ist einer der weltweit größten Fertigungsbetriebe für elektronische Geräte wie Smartphones und Laptops mit Fabriken in China, Brasilien, Tschechien und der Türkei. Hier wird auch für die großen Namen der Branche, Apple, Sony, Nintendo, Microsoft oder Intel, produziert.

Diese Gedichte schrieb Xu Lizhi, der sich am 30. September 2014 in Shenzhen das Leben nahm. 2010 hatte er wie Hunderte von Millionen WanderarbeiterInnen in China sein Heimatdorf verlassen und begann bei Foxconn zu arbeiten. Sein Traum war es, einen Job in einer Buchhandlung zu finden. Als ihm dies nicht gelang, sah er keinen anderen Ausweg, als wieder an das Foxconn-Fließband zurückzukehren. Einen Tag später beging er Selbstmord.

Das Kollektiv *Nao Project* (www.libcom.org) hat die Gedichte zusammengestellt und aus dem Chinesischen ins Englische übersetzt. Für Hinweise zur deutschen Übersetzung danken wir Daniel Fuchs.

《冲突》

Conflict

Konflikt

他们都说
They all say
Alle sagen

我是个话很少的孩子
I'm a child of few words
Ich sei ein schweigsamer Mensch

对此我并不否认
This I don't deny
Das bestreite ich nicht

实际上
But actually
Aber ehrlich gesagt

我说与不说
Whether I speak or not
Ob ich spreche oder nicht

都会跟这个社会
With this society I'll still
Mit dieser Gesellschaft bleibe ich im

发生冲突
Conflict
Konflikt

7.Juni 2013

《一颗螺丝掉在地上》

A Screw Fell to the Ground

Eine Schraube fällt zu Boden

一颗螺丝掉在地上
A screw fell to the ground
Eine Schraube fällt zu Boden

在这个加班的夜晚
In this dark night of overtime
In dieser dunklen Nacht aus Überstunden

垂直降落，轻轻一响
Plunging vertically, lightly clinking
Sie fällt senkrecht, macht ein leise klirrendes Geräusch

不会引起任何人的注意
It won't attract anyone's attention
Ich tue so, als wäre nichts

就像在此之前
Just like last time
Wie beim letzten Mal

某个相同的夜晚
On a night like this
In einer Nacht wie dieser

有个人掉在地上
When someone plunged to the ground
Als jemand zu Boden ging

9.Januar 2014

20 JAHRE VÖLKERMORD IN RUANDA

KONSEQUENZEN FÜR DIE ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG

JÖRN JAN LEIDECKER

Am 6. April 1994 wurde das Flugzeug des ruandischen Präsidenten Juvénal Habyarimana im Landeanflug auf den Flughafen Kigali von bis heute unbekannten Tätern mit einer Rakete abgeschossen. Daraufhin begannen Armeeeinheiten und Milizen aus der Bevölkerungsmehrheit der Hutu damit, Angehörige der Bevölkerungsminderheit der Tutsi sowie oppositionelle Hutus umzubringen. In den folgenden 100 Tagen wurden schätzungsweise 800 000 Menschen ermordet.

Zum 20. Jahrestag wurde vielerorts nicht nur des Genozids gedacht, sondern – so auch in der Gedenkstunde des deutschen Bundestags – die Frage nach einer »Responsibility zu Protect« (vgl. Obenland in diesem Heft) aufgeworfen – also die Frage nach Militärinterventionen in Situationen humanitärer Krisen. Diese Legitimationskette ist keinesfalls neu: Schon in den 1990er Jahren hatte die Bundeswehr den Umstand, dass deutsche Entwicklungshelfer und Botschaftspersonal von belgischen Spezialeinheiten aus Ruanda

evakuiert werden mussten, als Begründung genutzt, um das Kommando Spezialkräfte (KSK) einzurichten. Mit Verweis auf den Völkermord, so scheint es, steht die militärische Eingriffsoption immer weit oben auf der Agenda denkbarer Handlungsoptionen. Zivile Alternativen, aber vor allem Mechanismen, die eine solche Eskalation von Gewalt bereits lange im Voraus verhindern könnten, geraten aus dem Blick.

Ein genauerer Blick auf Ruanda offenbart eine komplexe Ursachen- und Verantwortungskette, die den Mordkampagnen vorausging und vor deren Hintergrund der Abschuss des ruandischen Präsidentenflugzeugs wenig mehr war als ein Startsignal. Der ruandische Menschenrechtler und Friedensaktivist André Sibomana hat die ruandische Geschichte mit einer Schachpartie verglichen, bei der man die Züge zum Anfang zurückverfolgen müsse, um die heutige Lage angemessen einordnen zu können. Nicht erst ganz am Ende, sondern an zahlreichen Wegmarken hätte es Handlungsalternativen gegeben, um den Konflikt auf eine zivile Art zu entschärfen.

VORGESCHICHTE DES KONFLIKTS

In einer international unternommenen Anstrengung, die Ereignisse im Rückblick zu analysieren, lieferte die *Joint Evaluation of Emergency Assistance to Rwanda* (JEEAR) einen umfassenden Bericht, in dem auch die Rolle internationaler Akteure in der Zeit vor und während des Völkermordes untersucht wurde. Die AutorInnen betonen die Bedeutung der ruandischen Geschichte in deren Verlauf – nicht zuletzt durch Eingriffe von außen – bestehende soziale Hierarchien zu vermeintlich klar ethnisch definierten Gruppierungen wurden: Hutu und Tutsi.

Zusammenfassend benennt die JEEAR folgende wesentliche Faktoren: vorkoloniale Machtkonflikte und die Konsolidierung der Tutsi-Monarchie, die deutsche und belgische Kolonialzeit und die auch in Ruanda angewandte Strategie der *indirect rule*, Belgiens Politikwechsel von einer Unterstützung der Tutsi-Monarchie zu einer Unterstützung der Hutu Ende der 1950er Jahre, der hohe staatliche Organisationsgrad und die starke zentrale politische Kontrolle, die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Hutus, die seit 1959 virulente Flüchtlingskrise, in deren Verlauf Zehntausende vor Verfolgungen in Nachbarstaaten flüchteten, die historische Erfahrung, dass ethnische Verfolgungen nicht bestraft werden (*impunity*), die ökonomische Krise der 1980er Jahre und eine Kultur der Angst.

JÖRN JAN LEIDECKER ist Historiker und arbeitet als Referent im Zentrum für internationalen Dialog in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er hat zur postkolonialen Geschichte des südlichen und östlichen Afrikas gearbeitet, unter anderem zum UN-Tribunal für Ruanda in Arusha.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Die Entwicklung der ruandischen ›Ethnizitäten‹ ist ohne den kolonialen Einfluss nicht zu verstehen. Deutschland als ehemalige Kolonialmacht spielte hier eine oft unterschätzte Rolle. Die deutschen – und später auch belgischen – Kolonialherren trafen in Ruanda

auf eine zentralistisch geführte Monarchie mit mehreren Hierarchien und einer hohen Bevölkerungsdichte. Dies forderte die kolonialen Akteure in mehrerer Hinsicht heraus: Zum einen mussten sie die Existenz einer solchen komplexen Organisationsform auf einem angeblich geschichtslosen Kontinent erklären, zum zweiten mussten sie Mittel und Wege finden, die Strukturen in ihre Kolonialherrschaft zu integrieren. Eine folgenschwere Erklärung, die koloniale Beamte, Offiziere und Missionare für die Existenz des Königreichs Ruanda fanden, war die sogenannte Hamiten-Theorie.

Diese besagt, dass nichts, was in Afrika an europäische Verhältnisse erinnerte, dort entstanden sein konnte, sondern hineingetragen wurde – und zwar von den ›Hamiten‹. Als Zweig der ›kaukasischen Rasse‹ seien sie mit den Angelsachsen und Germanen verwandt. Diese groteske Theorie wurde auf verschiedene afrikanische Kulturen angewandt. Auf Ruanda bezogen hieß es, bei den Tutsi handle es sich um eine mit den Europäern verwandte ›Rasse‹, die den Hutu qua Herkunft überlegen sei. Tatsächlich waren die Tutsi jedoch eine vergleichsweise kleine Bevölkerungsgruppe, die über eine andere soziale Gruppe politische Macht ausübte. Die Kolonisatoren leiteten eine Serie institutioneller Maßnahmen ein, um deren Sonderstellung und politisch sowie soziale Dominanz zu wahren. Dies hatte für die Entwicklung vermeintlicher Ethnizität in Ruanda schwere Konsequenzen.

Einen nachhaltigen Beitrag zur weiteren Zentralisation politischer Macht lieferten die deutschen Schutztruppen, als sie 1910 den ruandischen Herrscher bei der Unterwerfung der im Norden liegenden unabhängigen Gebiete unterstützten. Die dort lebenden Hutus vertraten in der Folge eine deutlich radikalere Position gegenüber den Tutsi. Dieser politische Unterschied zu den Hutus im Süden des Landes behielt seine Relevanz bis 1994, als es vor allem Hutu-Eliten im Norden waren, die den Genozid planten und durchführten, während der Süden zu Beginn noch nicht von den Mordkampagnen erfasst wurde.

BELGIEN ÜBERNIMMT

Nachdem belgische Truppen das Land während des Ersten Weltkrieges besetzt hatten, setzten deren Kolonialherren die von Deutschland begonnene Politik fort. Mit der Einführung von Personalausweisen legten sie teils willkürlich fest, wer als Hutu (etwa 85 Prozent der Bevölkerung) und wer als Tutsi gelten sollte. Durch die Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen der Tutsi-Elite wurde der antikoloniale Widerstand in Ruanda auch zu einer Auseinandersetzung zwischen Hutu und Tutsi. 1959 wurden Hunderte Tutsi ermordet, 10 000 flohen ins benachbarte Uganda. Die Unabhängigkeit war gleichbedeutend mit der Machtübernahme der Hutu und dem Ausschluss der Tutsi von politischer Macht in Ruanda. In den folgenden Jahren kam es regelmäßig zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Tutsis und zu einem stetig ansteigenden Strom von Flüchtlingen in die umliegenden Staaten. Ein Teil dieser Flüchtlinge organisierte sich paramilitärisch und griff nach der Unabhängigkeit des Landes 1962 immer wieder von Uganda aus an. Die Gruppen bezeichneten sich selbstironisch als

Inyenzi (Kinyawaranda für Kakerlaken), um darauf zu verweisen, dass sie jederzeit überall auftauchen konnten. Diese Selbstbezeichnung wurde von den radikalen Hutus dann in einen Begriff zur sprachlichen Deklassierung der Tutsi gewendet.

Nach einem Angriff im Dezember 1963 kam es zu einer Welle von tödlichen Angriffen, die sich gegen die im Land verbliebenen Tutsis richteten. Die genaue Zahl der Opfer ist in der historischen Forschung umstritten. Neuere nach dem Völkermord getroffene Schätzungen gehen von 10 000 bis 20 000 Toten aus, davon 5 000 bis 8 000 in der Präfektur Gikongoro – also bis zu 20 Prozent der gesamten Tutsi-Bevölkerung in dieser Region. Diese Pogrome waren zentral organisiert und wurden von staatlichen Verantwortungsträgern geleitet. 1964 hatten 336 000 Ruander das Land verlassen.

NACH DER UNABHÄNGIGKEIT

In diesem Kontext aus Gewalt, Flucht und Vertreibung nahm die Bundesrepublik Beziehungen zu Ruanda auf. Ruanda positionierte sich in der Zeit des Kalten Krieges als prowestliches katholisches Land und entwickelte sich zu einer klassischen Ein-Parteien-Diktatur der Hutu-Partei Parmehutu. Für die Bundesrepublik war es kein zentrales Land, aber ein besonderes: Es galt von Anfang an als Musterschüler unter den Entwicklungsländern. Zwar flossen nach Ruanda nur zwei Prozent der deutschen Entwicklungshilfegelder für Afrika, doch war die Bundesrepublik nach Belgien das zweitgrößte Geberland. In den 1980er Jahren wurde Ruanda Partnerland von Rheinland-Pfalz. Die Konrad-Adenauer-Stiftung betrieb seit den 1960er Jahren ein Ausbildungszentrum für die Kader der Staatspartei – bis 1994.

Ein für die Bundesrepublik strategisch wichtiger Aspekt der deutsch-ruandischen Beziehungen bestand darin, dass die Deutsche Welle in Kigali ihre Relaisstation für die südliche Hemisphäre betrieb. Als Nebenprodukt des Sendebetriebes entstand Radio Rwanda als erstes ruandisches Radio und zentrales Kommunikations- und Mobilisierungsinstrument des neuen Regimes. Auch war die Deutsche Welle ein nicht unwichtiger Wirtschaftsfaktor – sie konsumierte über 20 Prozent des im Land produzierten Stroms.

Der Konflikt zwischen Hutu und Tutsi wurde in all den Kooperationen ausgeblendet, unterschätzt oder rassistisch in die Kategorie traditionelle afrikanische Stammesauseinandersetzungen verbannt. Obwohl seit 1962 im Land, übernahm die deutsche Botschaft bei allen Gewaltmaßnahmen immer wieder die Position des Regimes. Warnende Einschätzungen von EntwicklungshelferInnen oder JournalistInnen wurden in der Regel ignoriert. Dies führte immer wieder zu Fehleinschätzungen: »Stammesgegensätze bedrohen die Einheit Ruandas nicht.« So beginnt der zweite Halbjahresbericht des deutschen Botschafter Fröwis im Jahr 1972. In Ruanda herrsche, so Fröwis, eine »vorbildliche politische Stabilität«. Auch sei die Gesellschaftsstruktur gesund; was den Ruandern fehle, sei allerdings »Initiative, Tatkraft und unternehmerische Fähigkeiten«. In den folgenden sechs Monaten zettelte die ruandische Regierung eine Kampagne gegen die Tutsis an, an deren Ende ein Putsch des Militärs stand, der aber

nur eine scheinbare Befriedung brachte. Die systematische Ausgrenzung setzte sich fort.

LEHREN?

Für Friedenspolitik liegt eine Konsequenz aus den Erfahrungen in Ruanda darin, ethnisch-soziale Konflikte, die das Potenzial für gewalttätige Eskalationen haben, frühzeitig zu identifizieren. Obwohl alle notwendigen Informationen vorhanden waren, wurden sie nie unter der Fragestellung interpretiert, ob die Propaganda zur Auslöschung der Tutsi womöglich in reale Politik umgesetzt werden würde. Diese Form der Verdrängung und die dauernde Relativierung der Konflikte haben eine aktive Prävention in den letzten Jahren vor dem Völkermord verhindert.

Andere Faktoren haben die Konstellation in Ruanda noch verschärft. Das Ende des Weltkaffeepreisabkommens, das eine Liberalisierung der Preispolitik bedeutete, zerstörte die ökonomische Grundlage der ruandischen Landwirtschaft genau zu dem Zeitpunkt, als die Bevölkerungszahl einen kritischen Punkt erreichte. In einem Land ohne Primogenitur reichte die unter den männlichen Nachkommen geteilte Hoffläche ökonomisch nicht mehr aus, um eine Familie zu gründen. Dies schuf Zehntausende unzufriedene junge Männer. Eine linke Kritik von Handelspolitik sollte daher auch thematisieren, inwieweit die Zerstörung von wirtschaftlichen Grundlagen Gewaltsysteme begünstigt.

Nachdem 1990 von Tutsi dominierte bewaffnete Einheiten von Exil-Ruandern – die Ruandische Patriotische Front (RPF) – versuchten, ins Land einzumarschieren, und es zu militärischen Auseinandersetzungen kam, die das Hutu-Regime nur mit französischer Unterstützung beilegen konnte, begann eine scheinbare politische Liberalisierung. Ruanda wurde ein Mehr-Parteien-Staat, mit einer formal garantierten Meinungsfreiheit und freien Medien. Die Entwicklung hatte jedoch ein Janusgesicht: Auf der einen Seite bildeten sich mehrere politische Parteien, und mit Agathe Uwilingiyimana wurde erstmals in einem afrikanischen Land eine Frau zur Regierungschefin gewählt. Andererseits bildeten sich sogenannte Power-Fraktionen, die eine Machtteilung mit den Tutsi und den Vertretern der RPF ablehnten und stattdessen deren Auslöschung durch die Bildung von Milizen, den Interahamwe, vorbereiteten. Es gründeten sich viele neue Zeitungen, doch Magazine wie *Kangura* und der erfolgreiche Radiosender RTLM verbanden ihren kommerziellen Erfolg mit der Verbreitung von Hassbotschaften gegen Tutsi.

Hier ergibt sich eine weitere Konsequenz: Eine Begleitung der Inhalte der Demokratisierung wäre genauso wichtig gewesen wie die der Form. Unter dem Deckmantel demokratischer Verhältnisse konnte die Mobilisierung zum Völkermord ihre volle Wirkung entfalten. Hier fehlen auch heute noch an vielen Orten Instrumente für ein frühzeitiges Monitoring. Die Entwicklung einer demokratischen und zivilen Medienstruktur gehört zu den Grundinstrumenten in der Krisenprävention.

GEWALT UND GEWALT

Schwieriger ist es bei der Frage der Waffen und der Gewalt selbst. Der Völkermord in Ruanda wurde mit Macheten begangen, deren

Kauf gefördert wurde, um den Bananenanbau zu unterstützen. Eine grausame Variante des *dual-use*. Sie zeigt, dass nicht nur klassisch Waffensysteme, sondern auch andere Gewaltformen berücksichtigt werden müssen – dazu gehört auch Gewalt gegen Frauen (vgl. Saroor in diesem Heft). Der internationale Strafgerichtshof für Ruanda hat die extreme Gewalt gegen Frauen zu einem eigenen Straftatbestand in der Genoziddefinition erhoben. Die Ministerpräsidentin wurde als eine der ersten Frauen gleich Anfang April 1994 ermordet. Häufig richten sich Massenverbrechen zunächst gegen Frauen – von der Propaganda gegen kommunistische Frauen über die nationale Rechte zu Zeiten der Freikorps über Ruanda bis zum IS: Frauen werden zum Objekt männlicher Macht- und Gewaltfantasien, werden vergewaltigt und ermordet. Im Sinne ziviler Konfliktbearbeitung gilt es daher, in regionalen Kontexten Gruppen und Positionen zu stärken, die sich solchen dysfunktionalen Männlichkeitskonstruktionen widersetzen. Aus Ruanda lernen heißt, der Konfliktprävention eine starke feministische Orientierung zu geben.

Natürlich stellt sich am Beispiel Ruandas auch die Frage der militärischen Intervention. Viel interessanter als der Umstand, dass die Bundeswehr die vielen europäischen Experten samt ihrer Familien nicht evakuieren konnte, ist zu überlegen, warum diese überhaupt noch im Land waren. Welche Mechanismen braucht es, damit frühzeitige Warnungen, die es zwischen 1990 und 1994 durchaus gegeben hat, ernst genommen werden? In dieser Zeit fand ein von der UN und regionalen Akteuren wie Tansania moderierter Friedensprozess statt, der eine bewaffnete UN-Mission in Ruanda vorsah. UNAMIR war 1994 im Land und hatte ein klares Mandat, ethnische Gewalt zu unterbinden. Der Genozid in Ruanda fand also in Begleitung einer UN-Mission statt, die mit Waffen und einem Mandat des UN-Sicherheitsrates ausgestattet war, also mit allem, was sich Befürworter von militärischen Interventionen in der Regel wünschen. Trotzdem hat sie nichts unternommen, um das Morden zu unterbinden. Der UN-Sicherheitsrat war im Gegenteil lange Zeit bemüht, die Verwendung des Worts Genozid zu vermeiden. Stattdessen wurde von jahrhundertealter Stammesgewalt gesprochen. Solange lediglich Afrikaner Afrikaner umbrachten, schien es keinen Anlass zu geben einzugreifen. Dabei hätte Frankreich, von dem die ruandische Führung abhängig war, viel früher Mittel und Wege finden können, die Eskalation hin zu einem Völkermord zu verhindern. Ruanda ist insofern kein eindeutiges Szenario für eine militärische Intervention, als die gleichen Interessengegensätze und Fehlanalysen, die eine zivile Konfliktprävention verhindert haben, auch eine militärische verhindern konnten.

Die Gewalt in Ruanda wurde auch deshalb nicht ernst genommen, weil sie in einem entfernten afrikanischen Land stattfand. Linke Außenpolitik muss daher auch die bestehenden Relevanzkonstruktionen in der Wahrnehmung von regionalen und lokalen Konflikten durchbrechen und frühzeitig zivile Mittel zu deren ökonomischer, sozialer und kultureller Entschärfung bereitstellen. Durch solch präventives Handeln würde man auch der Erinnerung an den Genozid gerecht.

OHNMÄCHTIGE OSZE

TERRAIN FÜR EINE ANDERE AUSSENPOLITIK

NADJA DOUGLAS

Die gegenwärtige Krisensituation in der Ukraine und die verhärteten Fronten zwischen Russland und dem Westen haben die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) wieder ins Blickfeld der internationalen Politik gerückt. 40 Jahre nach Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte ist sie nach wie vor das einzige inklusive Forum für Sicherheits- und Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West, wenn man von dem häufig blockierten NATO-Russland-Rat absieht. Nach Ende des Kalten Krieges leistete die OSZE insbesondere durch die Beförderung der konventionellen Rüstungskontrolle einen bedeutenden Beitrag zur europäischen Sicherheit. Doch die Organisation wurde in den letzten Jahrzehnten zunehmend von der NATO und EU in den Hintergrund gedrängt. Das Schlüsselvertragswerk zur Rüstungskontrolle in Europa, der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag),[1] ist mittlerweile außer Kraft. Die Ukraine-Krise hat verdeutlicht, dass das Wegfallen dieses Vertrages mit Blick auf die

Transparenz militärischer Aktivitäten und die Berechenbarkeit der Streitkräfteentwicklung in der Konfliktregion ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellt. Die noch verbleibenden Mechanismen der Sicherheits- und Vertrauensbildung sowie der militärischen Transparenz in Europa, das Wiener Dokument (WD) und der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag), bedürfen einer grundlegenden Modernisierung.

ENDE DES KSE-VERTRAGS – WAS FOLGT DARAUS?

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben seit dem Beginn der Ukraine-Krise einen Tiefpunkt erreicht. Obwohl heute viel davon die Rede ist, dass die strategische Partnerschaft ausschließlich durch das Verhalten Russlands auf der Krim und in der Ostukraine erschüttert wurde, ist dies eine einseitige Sichtweise. Diese Krise kam nicht von ungefähr, sondern ist die Folge eines sich sukzessiv verschlechternden Verhältnisses zwischen Ost und West, das anhand der Entwicklung von Sicherheits- und Rüstungskontrollvereinbarungen sehr gut nachgezeichnet werden kann. Während es in den 1990er Jahren im Rahmen der OSZE und des KSE-Vertrags einen funktionierenden Sicherheitsdialog und strategische Zurückhaltung auf beiden Seiten gab, wurde der Konsens in Rüstungskontrollfragen mit der Zeit immer brüchiger. Hinzu kam, dass die Gefahr großangelegter Kriege und direkter zwischenstaatlicher Aggression in Europa nicht mehr als real angesehen wurde. Es folgte eine Reihe unilateraler Schritte der NATO beziehungsweise der USA sowie der EU, die von Russland als Einschränkung seiner eigenen Sicherheit wahrgenommen wurden: NATO-Osterweiterung bis vor die Grenzen Russlands, Stationierung von US-Kampftruppen in Rumänien und Bulgarien, Raketenabwehrschirm in Europa sowie wiederholte NATO-Beitrittsangebote an die Ukraine und Georgien sowie kürzlich der Abschluss von EU-Assoziierungsabkommen mit diesen beiden Ländern. Proteste vonseiten der russischen Regierung blieben ungehört und zeigen die fundamentale Fehleinschätzung russischer Sicherheitsinteressen.

Eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur stand lange Zeit für Russland ganz oben auf der Agenda. Vorschläge in diese Richtung wurden insbesondere von den neuen NATO-Staaten abgelehnt und schließlich auch von den USA sowie den westeuropäischen Staaten als zweitrangig erachtet. Verhandlungen über Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verlagerten sich nach 2002 von der OSZE zunehmend in den NATO-Russland-Rat. Russland wartete jedoch lange Zeit vergeblich auf eine Aufwertung des Rates zu einem beschlussfähigen Organ. Nachdem die NATO im August 2008 infolge der Georgien-Krise die Arbeit des Rates aussetzte und dies auch in der derzeitigen Ukraine-Krise androhte, erwartet Russland nichts mehr von dieser Form der Zusammenarbeit. Seit 15 Jahren sind die Fronten nun verhärtet zwischen den teilnehmenden

NADJA DOUGLAS ist Politikwissenschaftlerin und lehrt unter anderem zum Thema zivile Kontrolle von Streitkräften am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin.

Staaten des KSE-Regimes. Die Relevanz des Vertragswerks, das einst als Eckstein der europäischen Sicherheitsarchitektur galt, sowie die politische Bedeutung des Themenkomplexes konventionelle Rüstungskontrolle haben rapide abgenommen. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts dürfte den verbleibenden Mechanismen der europäischen Rüstungskontrolle trotz ihres bisherigen Versagens nun mehr Beachtung geschenkt werden.

VERBLEIBENDE MECHANISMEN – WIENER DOKUMENT UND VERTRAG ÜBER DEN OFFENEN HIMMEL

Das Wiener Dokument von 1990, das für alle 57 OSZE-Mitgliedsstaaten gilt, rückte während des Ukraine-Konflikts erstmals wieder in das Bewusstsein der beteiligten Akteure. Die OSZE-Mitgliedsstaaten verpflichten sich in diesem Rahmen, einmal pro Jahr ausführliche Informationen über ihre Streitkräfte und Hauptwaffensysteme, ihren Militärhaushalt, ihre Verteidigungs- und Streitkräfteplanung sowie anstehende Manöver auszutauschen. Wenn ungewöhnliche militärische Aktivitäten auf dem Gebiet eines Mitgliedstaates Besorgnis erregen, können Erklärungen gefordert und Konsultationen des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates der OSZE in Wien einberufen werden. Dies ist seit dem 28. Februar 2014 auf Antrag der Ukraine, der USA, Kanadas und Russlands mehrfach geschehen (vgl. Richter 2014).

In der Baku-Erklärung der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE 2014 wird die Wichtigkeit des Wiener Dokuments (WD) nicht mehr nur floskelhaft aufgeführt, sondern wiederholt unterstrichen. Des Weiteren wird an die Notwendigkeit erinnert, bei dessen Aktualisierung die mehr als 20 WD-Plus-Vorschläge (fortlaufende Beschlüsse des Forums für Sicherheitskooperation zur Aktualisierung und Weiterentwicklung des WD) zu berücksichtigen. Russland tauscht im Rahmen des Wiener Dokuments weiterhin Informationen aus und erlaubt Inspektionen beziehungsweise führt selbst solche durch. Das Gleiche gilt für die Durchführung von Kontrollflügen im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel. Der Vertrag von 2002 ergänzt und erweitert die Vor-Ort-Inspektionen des Wiener Dokuments und des KSE-Vertrags, indem er Beobachtungsflüge mit zertifizierten Flugzeugen und Beobachtungssensoren in den 34 Mitgliedsstaaten vorsieht.

Doch beide Regime bedürfen einer Erneuerung und Anpassung. Um das Wiener Dokument[2] krisenfester zu machen, schlagen Experten eine Reihe von Maßnahmen vor. Zum einen sollten die Schwellenwerte zur Beobachtung ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten gesenkt werden und die Quoten für Gebietsinspektionen (abhängig von der Größe des zu inspizierenden Landes und des Umfangs seiner Streitkräfte) und die Zahl der Inspektoren (bislang nur drei bis vier Inspektoren) erhöht sowie die Inspektionszeiten (bislang 12 bis 48 Stunden) verlängert werden. Zum anderen sollten die Informationspflichten und Verifikationsrechte auch schnelle Reaktionsverbände, Spezialkräfte, Führungs- und Logistiktruppen sowie Truppen für innere Sicherheit, Milizen und paramilitärische Verbände einschließen. Gerade während der Ukraine-Krise wirkten Unklarheiten über Anzahl und Absichten von diversen Spezial-

und Milizverbänden (Regierungsgegner in der Ostukraine und russische Militärhilfe) sowie paramilitärischen Einheiten und der Nationalgarde (der ukrainischen Regierung zugeordnet) konfliktverschärfend (vgl. ebd.).

AUFRÜSTUNG STATT ABRÜSTUNG

Derzeit wird jegliche Form von Abrüstungsbemühungen jedoch vor allem dadurch zunichte gemacht, dass auf allen Seiten wieder aufgerüstet wird. Russland führt seit 2008 eine umfassende Militärreform durch mit dem Ziel, ein Großteil der Waffensysteme bis 2020 zu modernisieren und etwa 60 Prozent der Militärausgaben in Beschaffungsmaßnahmen zu investieren. Der jüngste NATO-Gipfel in Wales hat vor dem Hintergrund der angespannten Sicherheitslage noch einmal alle Mitgliedsländer angehalten, die Rüstungsetats auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts aufzustocken und mindestens 20 Prozent des Verteidigungsbudgets für die Erneuerung von Waffensystemen bereitzustellen.

ESKALATION STATT DEESKALATION

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim sowie die Unterstützung militärischer Aktivitäten der Separatisten in der Ostukraine durch Russland haben zur Eskalation der Lage beigetragen. Die NATO wiederum reagierte mit sogenannten Rückversicherungsmaßnahmen. Sie betont zwar immer wieder den defensiven Charakter dieser Maßnahmen, doch die zahlreichen militärischen Übungen und Manöver in der östlichen Flankenregion wirken keineswegs deeskalierend. Dazu gehören Luftraumpatrouillen (*air policing*) im Baltikum,[3] AWACS-Überwachungsflüge in Mittel- und Osteuropa sowie der Einsatz von Marineverbänden in der Ostsee und im östlichen Mittelmeer, die mittlerweile intensiviert worden sind.



Nähkooperative in Qamishli, Rojava

Darüber hinaus wurde in Wales beschlossen, die Reaktionsfähigkeit der schnellen Eingreifkräfte der NATO zu steigern. Die sogenannte *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF) mit Boden-, Luft- und Marineeinheiten sowie Spezialkräften wird eigens dafür aufgestellt, um innerhalb weniger Tage an der Peripherie der Allianz einsatzfähig zu sein. Diesem Ziel dient auch die personelle Aufstockung des Hauptquartiers des multinationalen Korps Nordost in Stettin sowie die Erhöhung seiner Einsatzbereitschaft. Russland wiederum

provoziert mit Manövern seiner Kampfjets im internationalen Luftraum über Europa, was die NATO wiederholt in Alarmbereitschaft versetzt hat. Die Bundesregierung geht bislang davon aus, dass auf die permanente Stationierung substanzieller Kampftruppen im östlichen Bündnisgebiet im Einklang mit den Selbstbeschränkungen der NATO-Russland-Grundakte verzichtet werden kann.[4] Doch die schnelle Verlegung militärischer Großverbände, die durch entsprechende Übungen und Notfallpläne im Bedarfsfall mittlerweile möglich ist, dient der gleichen strategischen Ausrichtung.

HELSINKI+40-PROZESS – EIN NEUANFANG?

Im Hinblick auf den sogenannten Helsinki+40-Prozess (2015) wird innerhalb der OSZE an einer Neuausrichtung der Organisation gearbeitet. 2015 gilt als Chance, den künftigen Kurs abzustecken. Als Folge der Ukraine-Krise stehen militärische Transparenz und eine Wiederbelebung sowie eine Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle an erster Stelle. Überlegt wird, dass vor allem Institutionen innerhalb der OSZE, wie das Forum für Sicherheitskooperation, sowie Rüstungskontrollmechanismen vor Ort zu einem verbesserten Krisenmanagement beitragen könnten. Die Inklusivität der OSZE, die konsensbasierten Entscheidungsmechanismen sowie das fortbestehende Bekenntnis zum Konzept der »umfassenden, kooperativen, gleichberechtigten und unteilbaren Sicherheit« gelten immer noch als ihre wesentlichen Stärken. Dass jedoch die OSZE nun die erneut in sie gesetzten Hoffnungen wird erfüllen können, ist unwahrscheinlich, nach den vielen im Sande verlaufenen Anläufen in der Vergangenheit. Zwar bekräftigen die maßgeblichen Vertragsstaaten in regelmäßigen Abständen, dass sie sich für einen Neuanfang in der gesamteuropäischen Rüstungskontrolle einsetzen, doch blieb es bisher bei Lippenbekenntnissen.

RÜSTUNGSKONTROLLE NEU DEFINIEREN

Der Begriff der Rüstungskontrolle muss heute weiter gefasst und verstanden werden. Es geht dabei nicht mehr nur darum, strategische Gleichgewichte herzustellen und so zwischenstaatlichen Konflikten vorzubeugen. Das Beispiel Ukraine zeigt, dass zusätzliche Mechanismen nötig sind zur Prävention innerstaatlicher Konflikte und Krisen. Neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen erfordern eine Ergänzung und Anpassung der vom KSE-Vertrag begrenzten Waffenkategorien. Hier seien insbesondere Kampfdrohnen sowie fortgeschrittene konventionelle Waffen (FKW) als neue relevante Waffenkategorien genannt. Darunter fallen neue operative Kapazitäten im Sinne der informationszentrierten Kriegsführung, wie etwa Marschflugkörper, weitreichende Präzisionswaffen, Systeme für die erweiterte Luftabwehr, aber auch gelenkte Mörser- und Artilleriegranaten oder Lenkraketen zur Panzer- und Luftabwehr, die von kleinen Gruppen autonom eingesetzt werden können. In Russland wird befürchtet, dass weitreichende Präzisionswaffen in Kombination mit der Raketenabwehr schließlich auch die nukleare Abschreckung infrage stellen könnten (vgl. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik 146 [2013]).

Zudem zeichnen sich Streitkräfte heute nicht mehr nur durch die Quantität ihrer Truppen und Waffensysteme aus, sondern auch durch qualitative Aspekte, wie zum Beispiel

bestimmte militärische Fähigkeiten. Dabei ist auch relevant, inwieweit Streitkräfte in der Lage sind, schnell Truppen zu verlegen und zu stationieren und konventionelle Schlagkraft zu konzentrieren. Diese Fähigkeiten, wie sie die NATO für die Verteidigung östlicher Bündnispartner vorhält, sowie der strategische Lufttransport repräsentieren Fähigkeiten, die ebenfalls in Verifikationsprozesse einbezogen werden müssten (vgl. Schmidt 2014). Zur Erfassung der qualitativen Aspekte müssten darüber hinaus Beobachtungen von militärischen Trainings und Übungen durchgeführt werden. Angesichts der reduzierten Anzahl von Dienstposten im Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr[5] ist es fraglich, ob die Bundesrepublik diesen Aufgaben gerecht werden könnte oder ob Verifikation und vertrauensbildende Maßnahmen nicht eher nachrangige Ziele der Regierungspolitik sind.

Neben einem größeren Spektrum an zu kontrollierenden Rüstungs- und Waffenkategorien müssten auch weitere Akteure angesprochen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Rüstungskontrolle heute nicht mehr allein von Regierungen verhandelt wird, sondern auch Akteure der Zivilgesellschaft (NGOs, Thinktanks, Wissenschaft) mit einbezogen werden müssen. Welche Rolle die OSZE künftig in Rüstungskontrollfragen einnehmen wird, ist derzeit unklar und hängt letztlich vom politischen Willen der Mitgliedsstaaten ab. Aus friedenspolitischer Sicht wäre es wünschenswert, die OSZE als nichtmilitärisches Verhandlungsforum und Alternative zur NATO verstärkt in Anspruch zu nehmen und zu stärken. Realpolitisch gesehen ist dies aber eher unwahrscheinlich. Die OSZE befindet sich (wieder einmal) in einem Prozess der Neuorientierung und bedarf neuer Weichenstellungen. Von der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft »von Vancouver bis Wladiwostok« hat sie sich weit entfernt. Der Dissens in Rüstungskontrollfragen hat dazu in entscheidendem Maße beigetragen.

LITERATUR

CSS Analysen zur Sicherheitspolitik 146, 2013: Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, www.css.ethz.ch/publications/pdfs/CSS-Analysen-146-DE.pdf

Richter, Wolfgang, 2014: *Rüstungskontrolle und militärische Transparenz im Ukraine-Konflikt*, SWP-Aktuell 59/September 2014, Berlin

Schmidt, Hans-Joachim, 2014: Verifiable transparency, in: *Security Community* (OSCE Magazine) 1/2014, 10–11

Wiegold, Thomas, 2014: Deutsche Kampfjets im Baltikum: Bewaffnet an der russischen Grenze. http://augengeradeaus.net/2014/09/deutsche-kampfjets-im-baltikum-bewaffnet-an-der-russischen-grenze

---

1 Der ursprüngliche KSE-Vertrag wurde 1990 von den beiden Staatenblöcken NATO und Warschauer Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. Im Zuge der Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO-Erweiterung wurde 1999 ein Anpassungsübereinkommen (A-KSE) unterzeichnet, das erstmals den Blockansatz aufhob. Es ist bis heute nicht in Kraft, da die NATO-Mitgliedstaaten eine Ratifizierung nach wie vor abhängig machen vom Abzug russischer Truppen aus den sogenannten Flankenregionen Moldawien und Georgien. Russland erkannte diese Bedingungen nicht als Teil des Vertrags an und reagierte auf die ausbleibende Ratifizierung vonseiten der NATO mit einer Suspendierung des KSE-Vertrags von 2007. Nachdem im Mai 2011 die Gespräche im Format »36« (30-KSE-Vertragsstaaten zuzüglich sechs NATO-Beitrittsstaaten) abgebrochen wurden und Ende 2011 die überwiegende Mehrheit der NATO-Staaten ihrerseits die Vertragsverpflichtungen gegenüber Russland ausgesetzt hatten, führte auch eine Überprüfungskonferenz zu keinem Ergebnis. Bis auf Weiteres wird aber der jährliche Informationsaustausch unter den Vertragsstaaten fortgeführt.

2 Am Wiener Dokument wurden lediglich einige formale Änderungen vorgenommen, die unter dem Titel »WD 11« vom OSZE-Ministerrat in Vilnius im Dezember 2011 verabschiedet wurden.

3 Seit September 2014 ist Deutschland mit bis zu sechs Eurofightern beteiligt, die zum Teil auch bewaffnet über dem Baltikum patrouillieren (vgl. Wiegold 2014).

4 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.7.2014, BT-Drs.-Nr. 18/2198.

5 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, 30.11.2011, BT-Drs.-Nr. 17/8034.

INTERVIEW

AUFARBEITUNG – FEHLANZEIGE

GESPRÄCH ÜBER DIE ALLGEGENWÄRTIGE GEWALT GEGEN FRAUEN IN SRI LANKA

SHREEN ABDUL SAROOR

Du hast einen Sammelband »Unsere Kämpfe – unsere Geschichten« herausgegeben, der Geschichten von Frauenrechtsaktivistinnen im tamilischen Teil Sri Lankas zusammenträgt. Kannst du die Auswirkungen des langen Bürgerkrieges auf die Situation von Frauen beschreiben?

Der 30 Jahre dauernde Krieg in Sri Lanka hat dazu geführt, dass Frauen viele Aufgaben jenseits traditioneller Rollenzuschreibungen übernommen haben. Sie waren Teil der Befreiungsbewegung, schlossen sich den tamilischen Rebellen, den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) an, waren Frontkämpferinnen. Sie gingen an die Öffentlichkeit, um Gerechtigkeit für die vom Staat oder von den Rebellen begangenen Grausamkeiten zu fordern. Sie spielten eine Rolle als Aktivistinnen, als Beraterinnen und als Freiwillige in Hilfsprojekten. Sie kümmerten sich um verletzte ZivilistInnen, Alte und versorgten ihre Familien, während die Männer kämpften. Als viele gefallen waren, wurden sie Alleinernährerinnen der Familie. Es waren auch Frauen, die das Rückgrat der Wirtschaft bildeten – und zwar nicht nur im Norden und Osten, sondern letztlich im ganzen Land. Die drei Hauptdeviseneinkünfte stammen aus Wirtschaftszweigen, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind: als Hausangestellte in Ländern des Nahen Ostens, in der Tee- und in der Textilindustrie. Das hat einerseits mit der Öffnung neuer Märkte zu tun, lag aber auch daran, dass der Krieg es ihnen abverlangte, das Leben irgendwie aufrechtzuerhalten.

Aber Frauen waren auch besonderer Gewalt ausgesetzt.

Ja, sowohl das sri-lankische Militär als auch die LTTE haben weibliche Körper zum Schlachtfeld gemacht. Die LTTE hat Frauen benutzt, um staatliche Militärs zu töten – wie beispielsweise den ehemaligen indischen Premierminister, der von einer sri-lankischen Selbstmordattentäterin ermordet wurde. Im Süden haben tamilische Frauen sich in die Luft gesprengt, dabei staatliche Infrastrukturen zerstört und Singhalesen getötet. Das sri-lankische Militär hatte andere Praxen: Frauen wurden

verschleppt, vergewaltigt und gefoltert. Sie wurden auch in ihren Häusern vergewaltigt – angeblich weil sie Kader waren oder vorhatten, sich im Süden in die Luft zu sprengen.

Auch jetzt, wo der Krieg offiziell vorbei ist, die *Tamil Tigers* 2009 ausgelöscht wurden und das sri-lankische Militär die Gebiete im Norden zurückerobert hat, sind tamilische Frauen massiv gefährdet. Die Regierung sagt, sie hätte den Terrorismus besiegt, die Terrorismusgesetze wurden aber verschärft und dienen heute als Legitimation für neue, häufig sexuelle Gewalt gegen Frauen. Die Kultur der Straflosigkeit geht so weit, dass sich diese Form militärischer Gewalt bis in den Süden ausdehnt. Es ist normal geworden, eine Frau zu vergewaltigen.

SHREEN ABDUL SAROOR ist feministische Friedensaktivistin und Mitbegründerin der Organisation *Mannar Women for Human Rights and Democracy* in Sri Lanka. In den Jahren 1983 bis 2009 tobte in Sri Lanka ein brutaler – vermeintlich ethnischer – Bürgerkrieg der singhalesischsprachigen, buddhistischen Mehrheitsbevölkerung gegen die tamilischsprachige, überwiegend hinduistische Minderheit. Als Angehörige einer kleinen Minderheit von Tamilen muslimischen Glaubens wurde sie und ihre Familie von der Rebellengruppe *Tamil Tigers* aus dem Norden des Landes vertrieben. Während des Bürgerkrieges kämpfte Shreen Saroor für die Rechte von Frauen und gegen vielfältige Formen sexueller Gewalt. Für ihre Arbeit erhielt sie mehrere internationale Friedenspreise. Im Oktober 2014 war sie auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Warum ihre Arbeit seit dem offiziellen Friedensschluss in Sri Lanka nicht einfacher geworden ist, schildert sie in diesem Gespräch.

Und ökonomisch?

Das Militär kontrolliert im Norden und Osten Land, Wasser und andere natürliche Ressourcen, von denen Frauen in ländlichen Gegenden abhängig sind. Tamilische Frauen in dieser Region leben hauptsächlich von der Landwirtschaft, durch den Verkauf von Brennholz oder vom Fischfang. All das ist nun schwierig geworden. Die von Krieg betroffenen Gebiete werden zwar physisch wieder aufgebaut, dieser Prozess ist aber von uniformierten Männern dominiert. Sie mischen sich in zivile Belange ein und missbrauchen ihre Macht: Um Zugang zu Hilfe, Wiedergutmachung oder Unterstützung beim Wiederaufbau zu bekommen, werden die Frauen zu sexuellen Handlungen gezwungen. Frauen, die eine Familie haben und deren Ressourcen enteignet wurden, haben kaum eine andere Wahl, als ihre Körper herzugeben. Die Militarisierung der Gesellschaft und eine Entwicklungsplanung, die an der Bevölkerung vorbei geschieht, verschärfen diese Situation.

Aber die Frauen wehren sich auch.

Ja, viele Frauen in Sri Lanka ringen bis heute um Wahrheit und Gerechtigkeit. Aber die Regierung versucht – nicht zuletzt wegen Reparationsfragen –, alles zu vertuschen, was passiert ist: Massenmorde, Vergewaltigungen, Verschleppungen, obwohl die Fakten durch eigene Untersuchungen bestätigt wurden. Aber die Frauen sind unerbittlich: »Sagt uns die Wahrheit!« »Ihr habt meinen Sohn genommen, sagt mir ob er tot ist oder nicht. Hat er eine letzte Mahlzeit gegessen? Wo habt ihr seinen Körper begraben? Habt ihr ihn gefoltert? Was waren seine letzten Worte?« Sie brauchen Antworten auf all diese Fragen, darum geraten sie in Konflikt mit der Regie-

rung, mit einer sehr machtvollen, militarisierten Struktur, die brutal auf jede Form von Widerspruch reagiert. Aber darin finden auch Prozesse der Selbstermächtigung statt.

Haben feministische Gruppen aus dem globalen Norden in dieser Situation eine Rolle gespielt?

Wir hatten nicht viel Unterstützung von feministischen Gruppen außerhalb Sri Lankas; weder aus dem globalen Süden noch aus dem Norden. Gegen Ende des Krieges, als täglich 200 bis 300 Menschen starben, habe ich immer wieder an Frauengruppen geschrieben, am häufigsten an die geografisch nächsten im Nachbarland Indien. Keine wollte ihre Stimme erheben gegen das Sterben der Zivilbevölkerung. Der Krieg in Sri Lanka wurde unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit geführt. Viele von uns konfrontierten die Regierung und schickten alle Informationen, derer wir habhaft werden konnten, nach außen, um das Blutbad zu beenden: 40 000 Menschen sind gestorben. Keine Gruppe außerhalb Sri Lankas hat aktiv versucht, das Sterben zu verhindern. Heute gibt es mehr internationale Aufmerksamkeit. Warum wird jetzt auf Gewalttaten reagiert, wo es doch darum gegangen wäre, proaktiv zu sein? Vielleicht haben wir uns nicht gut genug artikuliert oder Sri Lanka stand nicht auf der Agenda der globalen feministischen Foren, obwohl einige unserer Kämpferinnen große Menschenrechtsaktivistinnen waren und immer wieder an die Türen des UN-Menschenrechtskomitees und des UN-Sicherheitsrates geklopft haben. Letztlich waren es Menschenrechtsgruppen wie *Human Rights Watch, Amnesty International* oder auch das *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) sowie medizinische Hilfsorganisationen wie *medico international*, die sich für Sri Lanka eingesetzt haben.

Direkt nach Ende des Krieges kamen dann verschiedene Frauengruppen aus dem globalen Norden mit dem Anliegen, wir sollten uns an der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit beteiligen.[1] Ich persönlich würde unter den gegebenen Bedingungen daran niemals mitarbeiten, es sei denn, die UN entwickelt einen Mechanismus, der die Frauen konkret schützt, die sich bereit erklären, im Nachkriegskontext mit einer gefährlichen Regierung oder paramilitärischen Gruppen zu verhandeln. Im Kontext der Diskussionen um die Resolution wurde Sri Lanka immer wieder als *post-conflict country* bezeichnet, wir sind aber ein *post-war country*. Die Frage der Verantwortung für die Kriegsgräuel ist nicht geklärt, was ein riesiges Problem darstellt. Die aktuelle Regierung ist die gefährlichste, die ich in meinem Leben gesehen habe, und ich würde niemanden darum bitten, direkt mit ihnen zusammenzuarbeiten, wie es die Anhängerinnen der Resolution 1325 tun. Ich frage mich, wie sich jemand ohne vorherige Entwaffnung und Entmilitarisierung für Friedensförderung und Versöhnungen einsetzen kann. Wir brauchen zunächst Gerechtigkeit und eine Klärung der Verantwortung für die Verbrechen.

Der Präsident von Sri Lanka, Mahinda Rajapaksa, hat 2010 eine Kommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsvergehen vonseiten des sri-lankischen Militärs und von KämpferInnen der LTTE eingesetzt. Sind Frauenrechtsgruppen da involviert?



Fany, Jesidin, floh mit ihren vier Kindern vor dem IS aus ihrem Dorf, südlich des Shingal-Gebirges. Ihr Mann blieb zurück, um sich den *Shingal Resistance Units* (YBŞ) anzuschließen.

Zunächst ist wichtig, dass diese *Lessons Learnt and Reconciliation Commission* (LLRC) ins Leben gerufen wurde, um dem von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon beauftragten Darusman-Bericht etwas entgegenzusetzen. Dieser wurde mit der Begründung zurückgewiesen, das Beweismaterial käme von außen, es handele sich um Lügen und westliche Propaganda. Entsprechend war die Reaktion der Bevölkerung auf die neue Kommission eindeutig. Niemand wollte an einer solchen scheinheiligen Aufarbeitung beteiligt sein. Sri Lanka hat eine 30-jährige Geschichte voll verschwundener Menschen. Wieder und wieder wurden Kommissionen eingesetzt, um diese Gewalt zu untersuchen, aber nie ist den Angehörigen Gerechtigkeit widerfahren.

Dann haben wir erfahren, dass 15 bis 20 Frauen doch aussagen wollten. Die erste Anhörung sollte im Norden stattfinden, in Kilinochchi, das vor dem Krieg komplett von der LTTE kontrolliert wurde. Wir hatten kaum Kontakt zu den Frauen und machten uns Sorgen, dass sie sich durch ihre Aussagen gefährden würden, denn die Kommission hat kein Zeugen- oder Opferschutzprogramm. Es gibt kein derartiges Gesetz in Sri Lanka, und auch die internationale Gemeinschaft hat in dieser Hinsicht immer versagt. Die UN kann in Sri Lanka niemanden schützen, und ausländische Botschaften schließen inzwischen ihre Türen,

wenn es um Visa oder andere Formen von Hilfe geht.

Wir mussten also eigene Schutzmechanismen entwickeln. Es gelang uns, an jenem Tag mit mehr als 250 Frauen vor der Kommission aufzutauchen. Niemand hatte mit einem solchen Ansturm gerechnet – im Gegenteil, die Kommission ging davon aus, das entsprechende ›Beweismaterial‹ durch bestochene Zeugen zu fingieren. Doch das wurde vereitelt. Wo auch immer die Kommission eine Anhörung ansetzte, kamen Frauen in großer Zahl und sagten aus. Wenn wir die Frauen fragten, was sie in diesem Prozess erreicht hätten, antworteten sie: »Wir haben verhindert dass die Regierung Beweismaterial allein gegen die LTTE fabriziert, und wir konnten einmal die Wahrheit sagen. Wir konnten die Regierung, die all diese Gräueltaten begangen hat, anprangern.« Das war eine machtvolle Erfahrung für die Frauen. Die Kommission reagierte tatsächlich und forderte den Präsidenten auf, beispielsweise die Frage der Vermissten schnell zu untersuchen.

Spielte sexuelle Gewalt bei den Anhörungen eine Rolle?

Das war anfangs kaum ein Thema wegen der Schamkultur in unserer Gesellschaft. Wenn jemand sexuelle Gewalt anzeigt, ist es extrem schwierig für diese Person, wieder in ihre Community zurückzukehren, da sie als ›unrein‹ betrachtet wird und dort nicht weiterleben kann. Das betrifft nicht nur sie, sondern ihre gesamte Familie. Wir hatten deshalb Sorge, dass nur wenige Frauen über Fälle sexueller Gewalt aussagen würden. Das wiederum hätte es der Regierung leicht gemacht, diese Personen ausfindig zu machen, zu verschleppen oder auf andere Art bezahlen zu lassen. Es ist eine extrem riskante Situation.

Aber dennoch haben viele Frauen die Erfahrung gemacht, handeln zu können?

Ja, viele Frauen haben im Laufe dieses Prozesses, der sich vom Norden in den Osten und auch in den Süden ausbreitete, an Stärke gewonnen. Sie haben sich organisiert und beispielsweise begonnen, das Recht der Verhafteten auf unmittelbare gerichtliche Haftprüfung kollektiv einzuklagen – denn die Verschleppungen dauern ja an. Hier sind nun über 130 Fälle anhängig. Aber auch die Rolle der LLRC hat sich im Laufe dieses Prozesses verändert, insbesondere was die direkte Zusammenarbeit mit der Regierung angeht. Der Zwischenbericht enthielt beispielsweise konkrete Forderungen der Frauen: Zugang zu ihren Angehörigen, die Veröffentlichung von Namenslisten der Verschwundenen, ein Ende von Straflosigkeit und Aufbau juristischer Verfahren. All das wurde dann allerdings im Abschlussbericht und erst recht in dem staatlichen Aktionsplan, der aus den Ergebnissen der LLRC hervorging, verwässert.

Im Endeffekt hat die LLRC aber bei der Organisierung von Frauen geholfen. Die Mütter, Schwestern und Ehefrauen, die kollektiv die Forderung nach Informationen über den Verbleib ihrer vermissten oder verschleppten Familienangehörigen erheben, sind nach wie vor auf der Straße und fordern Gerechtigkeit.

Navanethem Pillay, die ehemalige Hohe Kommissarin der UN für Menschenrechte, wurde

mit der Untersuchung der »mutmaßlichen schweren Menschenrechtsverletzungen und damit zusammenhängender Vergehen durch beide Konfliktparteien« beauftragt. Im März 2015 übernimmt Deutschland den Vorsitz des UN-Menschenrechtsrates. Wird sich dadurch in der Frage der Aufarbeitung sexueller Gewalt etwas ändern?

Die Untersuchung zu Sri Lanka wird eine der wichtigsten Herausforderung für den Vorsitz des UN-Menschenrechtsrates sein. Während des Krieges und unmittelbar danach gab es in Deutschland relativ viele AktivistInnen, die Unterstützungsarbeit geleistet haben. Die GRÜNEN brachten eine Resolution vor das EU-Parlament, die Hoffnungen waren groß, dass ein echter Aufarbeitungsprozess stattfinden würde. Die Resolution wurde jedoch 2009 abgelehnt, weil es der Regierung von Sri Lanka gelungen war, ihr Handeln als Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus darzustellen.

Nach und nach wurde deutlich, dass Deutschland und die EU sich einfach zurückzogen aus dieser ganzen Sri-Lanka-Frage. Während des Krieges und während des Friedensprozesses arbeiteten viele NGOs mit der Bevölkerung und ermutigten uns, uns für Menschenrechte, juristische Aufarbeitung und Friedenssicherung einzusetzen. Norwegen führte Friedensverhandlungen mit der LTTE und der Regierung. Viele der Gespräche fanden in EU-Ländern statt. Und jetzt ist das Ganze plötzlich ein Projekt der USA. Die EU hat sich komplett zurückgezogen. Es ist sehr schwierig gerade in islamischen Staaten für eine Resolution zu werben, die von den USA initiiert wurde.

Ich bin nicht naiv, aber es gibt einiges, was auch mit geringem Aufwand getan werden könnte. Viele Menschen in Sri Lanka würden gern bei der UN-Untersuchung mitwirken – ihr Schutz ist aber nicht gewährleistet. Eine der wichtigsten Aktivistinnen, die dafür kämpft, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, ist seit sieben Monaten in Haft. Sollten ZeugInnen wegen ihrer Aussagen angegriffen werden, müssten die EU und Deutschland sich einschalten und versuchen, glaubwürdige Informationen zu beschaffen. Das gilt besonders für sexuelle Gewalt und andere Formen von Misshandlungen tamilischer Frauen. Sonst haben wir keine Chance, die Untersuchung der UN mit einer ausreichenden Anzahl von Aussagen glaubwürdig zu machen.

Aufgrund seines Vorsitzes im UN-Menschenrechtsrat könnte Deutschland außerdem helfen, die regionalen Abstimmungsblöcke in dem Gremium zusammenzubringen, den ASEAN-Block, den afrikanischen Block und auch die Organisation der Islamischen Konferenz. Dies würde deutlich machen, dass es bei diesem Prozess nicht um westlichen Imperialismus geht, sondern um eine kollektive Anstrengung von Ländern, die von der Regierung Sri Lankas Rechenschaft verlangen. Damit wäre ein kleiner Schritt getan.

Das Gespräch führte Anna von Gall. Sie ist Juristin und Referentin beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin und aktiv im Frauensicherheitsrat.

1 Mit der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats sind Konfliktparteien in Kriegssituationen dazu aufgerufen, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einzubeziehen.

EBOLA ALS BRENNGLAS

SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS LÖSUNG

ANDREAS WULF

ÜBER DIE STRUKTURELLEN URSACHEN DER VIRUSEPIDEMIE IN WESTAFRIKA

Der aktuelle Ebola-Ausbruch in Westafrika ist die größte Epidemie seit der Entdeckung des Virus im Jahr 1976. Ebola war lange Zeit eine exotische, selten und begrenzt auftretende Erkrankung in wenigen ländlichen Gebieten im tropischen Afrika. Nun ist daraus eine dramatische Krise geworden, von der vor allem drei Länder besonders stark betroffen sind: Guinea, Liberia und Sierra Leone. Wer wissen will, wie das passieren konnte, kommt um einen Blick auf den gesellschaftlichen Kontext nicht herum: In der aktuellen Krise verdichten sich wie in einem Brennglas die Fragen globalisierter Ökonomie und struktureller Machtverhältnisse, humanitär begründeter Sicherheitsdiskurse und internationaler Solidarität. Nur wenn man die strukturellen Ursachen solcher Epidemien in Rechnung stellt, lässt es sich vermeiden, die Verantwortung allein bei bösartigen Killerviren und den direkt betroffenen Gesellschaften und Menschen zu suchen. Nur so werden

längerfristige Handlungsoptionen denkbar, die nachhaltig etwas verändern, statt immer nur auf die nächste Katastrophe zu reagieren.

RISIKO GLOBALISIERUNG

Der gesellschaftliche Kontext spielt bereits bei den unmittelbaren Infektionsursachen eine Rolle. So leben in Guinea, Sierra Leone und Liberia viele Menschen von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Ihre Lebensgrundlage wurde durch *land grabbing* – den Ankauf von Land für großflächige Agrarrohstoffproduktion wie Palmölplantagen – und Ressourcenausbeutung von Diamanten, Rutil, Bauxit und anderen Rohstoffen massiv eingeschränkt. Durch solche Verdrängungsprozesse weichen die Menschen in zuvor unbesiedelte Waldgebiete aus und kommen dort stärker mit den potenziellen Überträgern des Virus, etwa Affen oder Fledermäusen, in Kontakt. Das Virus wird schneller vom Tierwirt auf den Menschenwirt übertragen (vgl. Farmingpathogens 2014).

Solche ökonomischen Entwicklungen sind keine isolierten lokalen Dynamiken, sondern eng verbunden mit einer globalisierten Welt, in der Gewinne und Verluste massiv ungleich verteilt sind. Bereits mit der kolonialen Eroberung und Durchdringung der westafrikanischen Küstenregionen wurde eine Plantagenwirtschaft etabliert, die auf die Bedürfnisse der Kolonialmächte und nicht auf eine lokale Nahrungsmittelsicherheit ausgerichtet war. Die damit geschaffenen Probleme wurden durch die millionenfachen Zwangsverschleppungen von Sklaven noch verstärkt. In den 1990er Jahren fand diese Ausbeutungsökonomie einen erneuten grausamen Höhepunkt, als eine Reihe von Bürgerkriegen in den aktuell von Ebola betroffenen Ländern ausbrach. Da es um Diamantenvorkommen und -ausbeutung ging, waren die entsprechenden internationalen Akteure ebenfalls in die Konflikte verstrickt (medico international 2014a).

ARMUT TÖTET

Die Übertragung der Erreger von Mensch zu Mensch wiederum ist Teil einer ›Ökonomie des Risikos‹, die Arme in beengten Wohn- und Lebensverhältnissen höheren Infektionsrisiken aussetzt. Während Wohlhabende es sich leisten können, in großzügigen Häusern zu leben und eigene Fahrzeugen zu haben, wohnen in den Armenvierteln teils ganze Familien in winzigen Hütten und fahren in übervollen Sammelbussen. Auch sind Arme in stärkerem Maße auf innerfamiliäre Solidarität im Krankheitsfall angewiesen, da ein großer Teil der funktionierenden Gesundheitseinrichtungen längst privatisiert wurde. In der aktuellen Krise wird der Ebola-Virus besonders häufig durch die Pflege von erkrankten Angehörigen übertragen, sodass häufig ganze Familien nacheinander erkranken und sterben.

Im Extremfall eskaliert ein solches ›Risiko Armut‹ in massiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Der militärisch durchgesetzte *cordon sanitaire* um den größten Slum Westafrikas, den Stadtteil Westpoint in

ANDREAS WULF ist Arzt und arbeitet seit 1998 als Projektkoordinator bei der sozialmedizinischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation *medico international* in Frankfurt am Main.

Liberias Hauptstadt Monrovia, ist hierfür ein offenkundiges Beispiel. Andere Restriktionen der Mobilität sind weniger medial sichtbar, haben aber zum Teil dramatische ökonomische Folgen: So kamen während der aktuellen Krise große Teile des Güterverkehrs in den drei Ländern zum Erliegen, was die Versorgung der Städte mit Nahrungsmitteln aus den ländlichen Regionen gefährdet.

SICHERHEIT FÜR WEN?

Die restliche Welt nahm die – sich bereits seit Ende 2013 ausbreitende – Epidemie erst zur Kenntnis, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den aktuellen Ausbruch von Ebola am 8. August 2014 zum »Gesundheitsnotstand von internationaler Besorgnis« erklärte. Die Einschätzung des UN-Sicherheitsrates vom 15. Oktober desselben Jahres, die Epidemie gefährde die »globale Sicherheit« (UN 2014), befeuerte die Berichterstattung. Eine ähnlich weitreichende Aussage hatte der Sicherheitsrat zuletzt im Jahr 2000 zur damaligen Situation von HIV/AIDS getroffen.

Diese Art von Sicherheitsdiskurs stellt ein äußerst zweischneidiges Instrument internationaler Politik dar. Einerseits mobilisiert er potenziell Aufmerksamkeit, Ressourcen und Unterstützung für die betroffenen Menschen und Länder: Im aktuellen Fall wird nun über den Einsatz von US-Soldaten, über kubanischen Ärzte-Teams sowie über mögliche Logistikbrücken der deutschen Bundeswehr nach Westafrika gesprochen. Gleichzeitig befördert er jedoch einen humanitär begründeten Interventionismus, der wie im Fall von Naturkatastrophen den lokalen Behörden und Gesellschaften rasch das Heft des Handelns aus der Hand nehmen kann (vgl. *medico international* 2013).

In welchem Ausmaß Quarantänemaßnahmen für konkrete Ebola-Verdachtsfälle sinnvoll sind, wird bei der WHO und in einschlägigen Fachgremien kontrovers diskutiert. Dass ziemlich schnell der überwiegende Teil der Flugverbindungen in die betroffenen Länder eingestellt wurde, geschah jedoch *gegen* die ausdrückliche Empfehlung der WHO-Experten. Wie die Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung hat auch dies die wirtschaftliche Lage in betroffenen Ländern weiter verschärft.

Innerhalb des Sicherheitsdiskurses spielen potenziell ›zu uns‹ kommende infizierte Menschen eine große Rolle. Diese Fokussierung führt zu einer fast panischen Abwehrhaltung gegenüber Fremden, etwa afrikanischen Flüchtlingen und MigrantInnen, ganz gleich ob sie schon jahrelang in Deutschland leben oder wo sie genau herkommen. Hinzu kommt eine Übertechnisierung der eigenen Sicherheitsbedürfnisse: Im Rahmen der aktuell geplanten Freiwilligeneinsätze von Deutschen wird ein kompletter Airbus umgebaut, um infizierte Helfer unter Hochsicherheitsbedingungen nach Deutschland evakuieren zu können. Zugleich fehlt es dem Gesundheitspersonal vor Ort immer noch an Grundsätzlichem wie ausreichender Schutzkleidung, häufig sind noch nicht einmal Handschuhe und Mundschutz vorhanden.

Antworten auf die vor Ort viel dringlicheren ›sicherheitsrelevanten‹ Fragen werden durch die hiesige Debatte verstellt. Wie ist ein menschenwürdiger Abschied von Sterbenden und Toten möglich, wenn die Angehörigen sie

nicht mehr berühren und wichtige Rituale der Vorbereitung auf die Beerdigung nicht mehr durchführen dürfen? Einen Umgang mit solchen Alltagsproblemen zu finden, ist aber wesentlich für eine erfolgreiche Bekämpfung der Epidemie. Im hiesigen Diskurs spielt dies kaum eine Rolle.

VERTRAUEN ALS RESSOURCE

In der Situation einer Epidemie ist es essenziell, über Infektionsrisiken aufzuklären und zu begründen, warum bestimmte Maßnahmen notwendig sind, um Infektionsketten zu unterbrechen und Ansteckungsrisiken zu vermeiden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn in der Bevölkerung ein Mindestmaß an Vertrauen in die guten Absichten der eigenen Regierung, Behörden und gegebenenfalls ausländischen Helfer vorhanden ist. Und wenn die Menschen konkrete positive Erfahrungen machen, den Eindruck gewinnen, dass ihnen in Gesundheitsstationen und Krankenhäusern geholfen wird.

Das Vertrauen in staatliche Autoritäten ist nach einem jahrelangen Bürgerkrieg mit nur wenigen verurteilten Kriegsverbrechern jedoch weitgehend zerstört. Zu einer desolaten öffentlichen Infrastruktur kommen Eliten, die sich in erster Linie um ihr eigenes, statt um das Gemeinwohl sorgen. Wer den Staat noch nie in einer fürsorglichen Rolle erlebt hat, ist ihm gegenüber begründet misstrauisch. In einer solchen Konstellation sind Gerüchte darüber, dass die Desinfektionsteams, die öffentliche Marktplätze und die Umgebung von Krankenhäusern reinigen, in Wirklichkeit die Krankheit erst verbreiten, weniger irrational, als sie auf den ersten Blick scheinen mögen. So berichtete Paul Bangura, einer der Partner von *medico international* in Sierra Leone, dass viele Menschen nicht einmal die Nahrungsmittel der Regierung annehmen. Sie vermuten, dass mit ihnen etwas nicht stimme. Bereits zu Beginn der Epidemie machte das Gerücht die Runde, die Regierung würde sich extra viel Zeit lassen, auf die Krise zu reagieren, weil der Distrikt, in dem die ersten Ebola-Fälle auftraten, bei den letzten Wahlen mehrheitlich die Opposition unterstützt hatte (medico international 2014b).



Flüchtlingscamp Newroz nahe Dêrik, Rojava

ZERSTÖRUNG SOZIALER UND ÖKONOMISCHER INFRASTRUKTUREN

Soziale Infrastrukturen in der Region wurden jahrzehntelang vernachlässigt, weil die

Gewinne aus dem staatlich organisierten Abbau reicher Bodenschätze vorwiegend in die Taschen der lokalen Eliten flossen. Gleichzeitig geht die desolate Situation öffentlicher Daseinsvorsorge auf das Konto des neoliberalen Washingtoner Konsensus und der daraus resultierenden internationalen Politik. Die Länder des Südens wurden seit den 1980er Jahren gezwungen, ihre exportorientierten Ökonomien möglichst niedrig zu besteuern, freie Kapitalflüsse zu ermöglichen und ihre Haushalte durch niedrige öffentliche Investitionen zu sanieren. Nun sind die dramatischen Folgen dieser Politik zu beobachten: Vernachlässigte Gesundheitseinrichtungen wurden zu Infektionszentren. Sie waren materiell nicht in der Lage, auch nur die Mindestregeln einer hygienischen Krankenversorgung einzuhalten. In Sierra Leone kommt auf 30 000 Patienten ein Arzt – das entspricht etwa einem Prozent der Ärztedichte in Deutschland. Das Ausmaß der Epidemie überfordert die schwachen Strukturen und schwächt sie zusätzlich durch die vielen Erkrankungen und den Tod Hunderter GesundheitsarbeiterInnen, die sich bei der Pflege der Kranken infiziert haben.

AUFGABEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die hauptsächlich betroffenen Länder brauchen dringend kurzfristige Unterstützung bei der Krankenversorgung, Aufklärung und Vermeidung von Neuinfektionen. Gleichzeitig müssen die Lebensgrundlagen derjenigen gesichert werden, die besonders unter den Quarantänemaßnahmen leiden – etwa all jene, deren ökonomische Basis von Mobilität und täglichen Kleinsteinkommen abhängt und die keine Reserven zum Ausgleich von Einkommensausfällen haben. Insbesondere lokalen Organisationen in den Krisenländern verfügen hier über Erfahrungen, die es zu würdigen gilt. Viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich in den letzten Jahren in diesen Ländern um die Einhaltung der Menschenrechte, die Rechte von Flüchtlingen oder den Zugang von armen und marginalisierten Menschen zur Gerichtsbarkeit gekümmert haben, sind aktuell in der Ebola-Aufklärung aktiv. Sie versuchen, die strukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Epidemie erfolgreich eingedämmt werden kann. Sie gilt es noch viel stärker in die Planungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Krise einzubinden. Indem ihre Arbeit gestärkt wird, könnte man das aktuelle Modewort von der ›Good Governance‹ mit Leben füllen und einen Politikwandel hin zu mehr Transparenz und Verantwortlichkeit der lokalen Behörden und politischen Systeme einleiten.

Zugleich sollten wir die langfristigen Perspektiven nicht aus dem Auge verlieren. Für einen nachhaltigen Aufbau funktionierender und patientenzentrierter Gesundheitsdienste müssen auch international verlässliche Strukturen geschaffen werden. Statt einer kurzfristigen Programmfinanzierung, die einzelne Gesundheitsaufgaben übernimmt, müsste es eine dauerhafte Finanzierungssicherheit für jene Länder geben, die eine solche soziale Infrastruktur nicht aus eigenen Mitteln aufbauen können. Die Idee einer verbindlichen und nicht mehr nur auf freiwilligen karitativen Zuschüssen beruhenden Gesundheitsfinanzierung bringt *medico international* zusammen mit anderen seit etlichen Jahren in die internationale Debatte ein (vgl. Gostin et al. 2011).

Ein Großteil der medizinischen Forschung beruht auf den finanziellen Gewinnanreizen eines auf Patenten basierenden Vergütungssystems. Forschungsfinanzierung müsste von Profitinteressen entkoppelt werden. Über einen Weg dahin wird bei der WHO und anderswo seit vielen Jahren gestritten. Echte Reformvorschläge werden jedoch von interessierter Seite ausgebremst – zum Beispiel der Versuch, ein Abkommen zu verabschieden, dass die Staaten verpflichten würde, feste Beiträge für eine öffentlichen Forschung bereitzustellen und damit gezielt die Entwicklung von Lösungen für vernachlässigte Krankheiten anzugehen. Hier agieren viele ›Erste-Welt‹-Staaten als fürsorgliche Beschützer ›ihrer‹ privaten Pharmaunternehmen.

Auch auf der Ebene der globalen Gesundheitspolitik macht Ebola akuten Handlungsbedarf deutlich: Die WHO ist die internationale Institution, die den Auftrag hat, in internationalen Gesundheitskrisen koordinierend tätig zu werden. Durch jahrelange Mittelknappheit gerade in ihrer Katastrophenabteilung ist sie jedoch stark geschwächt. Die finanzstarken Mitgliedsländer haben schon lange überwiegend auf einzelne Projekt- und Programmfinanzierung umgestellt, um mehr Einfluss auf die WHO zu nehmen. Auch hier ist weiterhin Druck von außen nötig, um in den aktuell laufenden Reformprozessen eine größere Unabhängigkeit gegenüber ihren eigenen Gebern zu erreichen. Zugleich sollte die Einflussnahme von korporativen Interessen (etwa der Pharma- und Nahrungsmittelindustrie oder anderer Akteure wie der Gates-Stiftung) auf die Urteile und Arbeitsebenen der WHO minimiert und öffentlich kritisiert werden.

Solchen Druck aufzubauen, kann nur gelingen, wenn die Menschen vor Ort gegenüber ihren eigenen Behörden und Verantwortlichen gestärkt werden, so wie es aktuell das *Network Movement for Justice and Development* in Sierra Leone macht. Die Aufklärungsarbeit zu Ebola verbinden sie mit einer Mobilisierung der Gemeinden für eine bessere gesundheitliche Infrastruktur. Aus solchen lokalen Initiativen könnten im besten Fall auch regionale und internationale Bewegungen entstehen. Das *People‘s Health Movement* beispielsweise versucht den Kampf der Akteure vor Ort zu unterstützen und ihre Stimme auf der Ebene der internationalen Debatten und Entscheidungen hörbar zu machen. Dieser Bewegung und ihren Verbündeten geht es darum, dem ›Menschenrecht auf Gesundheit‹ auf verschiedenen Ebenen zur Durchsetzung zu verhelfen.

ZUM WEITERLESEN:

Unter www.medico.de/ebola findet sich ein umfangreiches Dossier zum Thema, mit Berichten von Partnern aus Sierra Leone und Analysen des *People's Health Movement*.

LITERATUR

Farmingpathogens, 2014: Farming pathogens. Disease in a world of our making. http://farmingpathogens.wordpress.com/2014/10/20/the-palm-oil-sector/

Gostin, Lawrence O. et al., 2011: The Joint Action and Learning Institute: Towards a Global Agreement on National and Global Responsibilities for Health, in: *PloSMed* 8(5): e1001031. www.medico.de/en/media/the-joint-action-and-learning-initiative-towards-a.pdf

medico international, 2013: *Hilfe, die nicht hilft*. www.medico.de/themen/nothilfe/dokumente/hilfe-die-nicht-hilft-/4479/

medico international, 2014a: *Reichtum ohne Wohlstand*. www.medico.de/themen/menschenrechte/rohstoffe/dokumente/reichtum-ohne-wohlstand/4197/

medico international, 2014b: *Gefangen von Ebola*. www.medico.de/themen/gesundheit/dokumente/gefangen-von-ebola/4715/

UN, 2014: Pressemitteilung des Sicherheitsrates vom 15.10.2014. www.un.org/press/en/2014/sc11602.doc.htm

WAS IST LINKE MIGRATIONSPOLITIK?

WARUM GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT NICHT NUR ETHISCH GEBOTEN, SONDERN STRATEGISCH NOTWENDIG IST

FABIAN GEORGI

Die Eskalation ökonomischer Konflikte und sozialer Krisen zu Kriegen, die oft eigenen ethnisierten und religiösen Logiken folgen, erscheint unter kapitalistischen Bedingungen als systemische Notwendigkeit.[1] Ebenso notwendig erscheint es, dass Menschen sich entscheiden, auf die verflochtenen Folgen von Krisen und Krieg mit einer ›eigensinnigen‹ Mobilität zu reagieren: mit Flucht und Auswanderung, mit Praktiken der Migration, die eine wirkliche soziale Bewegung hervorbringen. Sie heben den jetzigen Zustand nicht auf, sondern versuchen, sich seinen Folgen zu entziehen und dem eigenen Wunsch auf ein besseres Leben zu folgen.

Die europäischen Staaten reagieren auf diese Bewegungen seit den 1980er Jahren zunehmend repressiv. Die Europäisierung der Migrationspolitik dient als Katalysator und Medium ständiger Verschärfungen: Dublin III hebelt das Asylrecht weiter aus, Frontex perfektioniert die Grenzabschottung, und dystopische Großtechnologien wie das

biometrische Entry-Exit-System intensivieren den herrschaftlichen Zugriff auf die subalterne Mobilität. Seit den frühen 1980er Jahren wehren sich migrantische Bewegungen und linke AktivistInnen gegen solche Politiken. Mit Slogans wie ›Kein Mensch ist illegal‹ und ›No Border! No Nation!‹ haben sie die Idee globaler Bewegungsfreiheit auf die Agenda sozialer Bewegungen gesetzt. Sie beschreiben die Idee, dass sich alle Menschen frei auf der Erde bewegen können, dass sie leben und sich niederlassen können, wo sie möchten, und dabei gleiche Rechte genießen, ungeachtet ihrer ›Nationalität‹, ihrer ›Staatsbürgerschaft‹ oder anderer Kriterien. Selbstorganisierte *sans-papiers* und *refugees* sowie die NoBorder-Bewegung haben globale Bewegungsfreiheit als ein gegenhegemoniales Projekt konstituiert, als ein politisches Vorhaben, das die ›tiefe Hegemonie von Grenzen‹ radikal infrage stellt.

Dieses Projekt wird vielfach kritisiert. Globale Bewegungsfreiheit löse keine Probleme, sagen manche. Zwar müsste niemand mehr im Mittelmeer ertrinken aber worum es doch eigentlich gehe, sei die Möglichkeit, nicht weggehen zu müssen. »It must be a viable option to stay in one's country«, so die Europäische Union. »Vom Recht zu gehen – und zu bleiben« spricht deshalb *medico international*. Die Forderung nach offenen Grenzen scheint schlimmstenfalls eine moralistische Position zu sein, die jene politökonomischen Strukturdynamiken aus den Augen verliert und verewigt, die Migration aus dem globalen Süden und Chauvinismus im globalen Norden ständig neu hervorbringen. Ein erster Schritt, um in diesem Dickicht der Widersprüche Klarheit zu gewinnen, ist Analyse.

ANALYSE: TIEFE HEGEMONIE DER GRENZE

Migrationskontrollen sind ein grundlegendes und nicht beliebig aufhebbares Strukturmerkmal bürgerlich-kapitalistischer Staaten (vgl. Georgi 2013). Die Europäisierung (und Internationalisierung) eines ›Migrationsmanagements‹ definiert dessen historisch jüngste Phase. Seine ständige Umgestaltung wird zentral durch zwei Konflikte vorangetrieben.

Der erste besteht zwischen verschiedenen Fraktionen der ›Weltarbeiterklasse‹. Auf der einen Seite steht eine subalterne Mobilität: Menschen aus peripheren Räumen versuchen, durch Migration (in die nächste Stadt, in regionale Metropolen oder in den globalen Norden) Schutz, Arbeit und ein besseres Leben zu finden. Zu einem wesentlichen Teil ist diese Mobilität eine eigensinnige Reaktion auf die dramatischen Folgen neoliberaler Globalisierung, der jüngsten kapitalistischen Expansionsphase. Auf der anderen Seite reagieren große Teile der Bevölkerungen des globalen Nordens restriktiv auf diese Mobilität. Angesichts von Sozialabbau und wachsender Prekarität versuchen sie, in einer rassistisch geprägten Dynamik die Privilegien ihrer ›imperialen Lebensweise‹ und den Mehrwert ihrer ›national-sozialen‹ Bürgerrechte auch durch repressiv ausgebaute Migrationskontrollen abzusichern.

FABIAN GEORGI ist Politologe, forscht zu Migrationregimen und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg. Er ist aktiv im Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung und Gründungsmitglied von *reflect! Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung.*

Der zweite Konflikt ist eine ›arbeitskraftpolitische‹ Auseinandersetzung. Hier geht es darum, wie die EU-Staaten die für den kapitalistischen (Re-)Produktionsprozess nötigen Arbeitskräfte mobilisieren. Wie frühere Arbeitskraftstrategien zielt das heutige ›Migrationsmanagement‹ darauf, die Mobilität der Weltarbeiterklasse zu regulieren und sie abgestuft zu entrechten, dieses Mal durch ihre ›Migrantisierung‹ als Effekt von Ausländerrecht und rassistischen Diskursen.

Was staats- und kapitalnahe ExpertInnen heute fordern, ist nichts anderes als ein System ›globaler Apartheid‹: Die überwiegende Mehrheit subalterner Bevölkerungen soll in ihren ›Homelands‹ räumlich fixiert werden, während die Mobilität nützlicher Gruppen durch Pässe, Visa und Grenzen selektiv inwertgesetzt, also profitabel gemacht wird. Der gewollte Effekt ist, dass die meisten Menschen im globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. ›Migrationsmanagement‹ zielt darauf zu verhindern, dass scheiternde und ungleiche Akkumulation und damit verbundene soziale Krisen und Kriege aus peripheren Räumen in den globalen Norden ›überschwappen‹. Erst eine solch selektive Blockade ermöglicht es den Eliten und Bevölkerungen im Norden, ihre ›imperiale Lebensweise‹ zu genießen, die notwendigerweise darauf beruht, deren soziale, ökologische und ökonomische Kosten zu externalisieren und die so im globalen Süden erzeugten Lebensbedingungen zu ignorieren. Aus diesem Zusammenhang speist sich die ›tiefe Hegemonie von Grenzen‹. Migrationskontrollen sind Teil des Staatsfetischs. Wie der Staat insgesamt erscheinen sie dem Alltagsbewusstsein der Menschen im globalen Norden als selbstverständliche und unhintergehbare Voraussetzung der eigenen Existenz.

Migrationskontrollen haben also den Effekt, periphere Bevölkerungen zu entmachten, ihre Stellung in den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen massiv zu schwächen – und so ihren subalternen Status zu verewigen. Gelänge es, ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit durchzusetzen, würde sich die Machtstellung der subalternen Fraktionen der Weltarbeiterklasse dramatisch verbessern. Globale Bewegungsfreiheit ist deshalb nicht nur ethisch geboten, sondern strategisch notwendig, um globale Kräfteverhältnisse im emanzipatorischen Sinne zu verschieben. Dies wiederum ist eine Bedingung dafür, die Ursachen kapitalistischer Krisen und Kriege endlich aufzuheben.

RECHTFERTIGUNG: ES GEHT UM ABOLITIONISMUS

Auf Basis einer solch grundlegenden Analyse ist es schwierig, eine linke Migrationspolitik zu entwerfen. Das Projekt globaler Bewegungsfreiheit knüpft an frühere Kämpfe an, die auf die vollständige ›Abschaffung‹ grundlegender Unrechtssysteme zielten. Wenn alle Menschen frei und gleich an Würde und an Rechten geboren sind, dann müssen alle Privilegien, die auf zufälligen oder ethisch irrelevanten Eigenschaften basieren, abgeschafft werden. Die großen Emanzipationskämpfe gegen Feudalismus und Sklaverei wurden auf dieser Grundlage geführt, ähnlich die Kämpfe gegen Kastensysteme, patriarchale Unterdrückung, rassistische Entrechtungen und die heteronormative Diskriminierung von LGBTI.

In der Vergangenheit dachten vor allem Weiße Menschen, dass Schwarze Menschen *natürlich* nicht die gleichen Rechte haben können wie sie. Männer dachten, dass Frauen ihnen *natürlich* untergeordnet seien. Und heute denken die StaatsbürgerInnen des globalen Nordens, dass die Menschen des globalen Südens *selbstverständlich* an Grenzen gestoppt und abgeschoben werden dürfen. Hier setzt das Projekt globaler Bewegungsfreiheit an. Es entlarvt die scheinbare Selbstverständlichkeit von Migrationskontrollen als eine weitere, willkürliche und nicht zu rechtfertigende Hierarchisierung von Menschen. Es zielt nicht auf eine ›linke Migrationspolitik‹, nicht auf ›humane‹ und ›faire‹ Kontrollen. Es zielt auf deren Abschaffung.

RICHTUNGSFORDERUNGEN UND TRANSFORMATIONSPROJEKTE

Dennoch können Richtungsforderungen sinnvoll sein, radikalreformistische Transformationsprojekte, die in der Logik einer revolutionären Realpolitik das Terrain bereiten (Räume, Netzwerke, Diskurse, Institutionen), auf dem um die Abschaffung von Kontrollen gekämpft werden kann. Im Folgenden skizziere ich sechs solcher strategischen Projekte.

Projekt I: Einen Offensiven Diskurs entwickeln. Linke und linksliberale KritikerInnen der europäischen Migrationspolitik sehen sich mit nur schwer auflösbaren Widersprüchen konfrontiert. Verzweifelt verteidigen sie die Überreste des ›Flüchtlingsschutzes‹ – und affirmieren so die Abschottung gegenüber Migration aus ökonomischen und anderen Gründen. Sie empfinden gewaltsame Abschiebungen als zutiefst unmenschlich und wissen, dass Frontex-Patrouillen die (eigene) privilegierte Lebensweise absichern. Doch sie schrecken davor zurück, die Konsequenzen aus ihrer ethischen Sensibilität zu ziehen: keine Abschiebungen, ein globales Recht auf Migration, gleiche Rechte für alle.

Für dieses Zögern gibt es Gründe: die Taktik pragmatischer Realpolitik, die Sorge, offene Grenzen untergrüben die Fundamente des europäischen Sozialmodells. Globale Bewegungsfreiheit scheint ethisch geboten – und zugleich unmöglich. Viele Linke sind sich dieses Dilemmas nur zu bewusst. Es wird meist ignoriert. Weil sich die Linke nicht mit den Widersprüchen der eigenen Position konfrontiert, gerät sie in die Defensive: Sie ist darauf verwiesen, die Einhaltung von Menschenrechten anzumahnen und die Nützlichkeit von MigrantInnen zu beschwören. Um in die Offensive zu gelangen, müsste sie die Widersprüche linker Migrationspolitik intensiv reflektieren und daraus eine neue Ethik entwickeln, einen offensiven Diskurs, der Nord-Süd-Verhältnisse und Arbeitskraft als die ›eigentlichen‹ Probleme benennt, utilitaristische Erwägungen zurückweist und das Recht auf globale Bewegungsfreiheit selbstbewusst zum Maßstab des eigenen politischen Handelns erklärt.

Projekt II: Progressives Rollback. Als Minimalprogramm, als ›Haltelinien‹, müsste eine progressive Migrationspolitik die in den letzten Jahrzehnten eingeführten asylpolitischen Verschärfungen zurücknehmen. Sie müsste das Dublin-III-Regime ebenso abschaffen wie die im ›Asylkompromiss‹ von 1993 eingeführten Rechtskategorien der ›sicheren Herkunfts- und Drittstaaten‹. Das Gleiche gilt

für Residenzpflicht, Lager, Abschiebegefängnisse, Arbeitsverbote und das Asylbewerberleistungsgesetz. Zudem muss sie die Rechte von Illegalisierten verteidigen und juristisch verankern, genauso ihren Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und Rechtsschutz gegen Gewalt und Ausbeutung. Sie muss die Kooperation von Kitas, Schulen, ÄrztInnen oder kommunalen Einrichtungen mit den Ausländerbehörden beenden. Vorbild könnten die ›Sanctuary Cities‹ in Nordamerika sein, darunter Toronto, Los Angeles und New York (vgl. dazu Mogilyanskaya in diesem Heft).

Projekt III: Akteure stärken. Eine radikalreformistische Migrationspolitik muss die eigene soziale und politische Basis stärken. Dies hieße vor allem, es den von Rassismus und Entrechtung Betroffenen zu ermöglichen, sich zu verteidigen und zu organisieren, etwa durch Gewerkschaftsrechte, Rechtsschutz, großzügige Prozesskostenhilfe in Asylverfahren und die Finanzierung sozialer und politischer Vereinigungen (beispielsweise über unabhängige Stiftungen). Weitere Ansatzpunkte gäbe es in der Wissenschaftspolitik und bei der Stärkung migrationspolitischer NGOs.

Projekt IV: Massenlegalisierung. »Aquí estamos y no nos vamos!« rufen migrantische AktivistInnen in den USA seit den Massenprotesten von 2006. »Wir sind hier, und wir gehen nicht weg!« Ähnlich wie in den USA und in vielen EU-Staaten bereits geschehen, müsste es eine radikalreformistische Migrationspolitik in Deutschland zu ihrem Projekt machen, die bereits hier lebenden Menschen zu legalisieren. Bleiberecht für alle! Perspektivisch wären politische und soziale Bürgerrechte an den *Aufenthalt* in der EU zu knüpfen.

Projekt V: Soziale Rechte durchsetzen. Im Kapitalismus sind Migrationsregime immer auch Arbeitskraftregime. Deshalb muss sich eine linke Migrationspolitik direkt gegen eine neoliberale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik richten, für die die Entrechtung qua Ausländerrecht nur ein Mechanismus von vielen ist, um Löhne zu senken und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es müsste darum gehen, gleiche soziale Rechte für alle ArbeiterInnen auszubauen und durchzusetzen, dass Lohnbestimmungen und Arbeitsstandards eingehalten werden.

Projekt VI: Visaregime abrüsten. Eine radikalreformistische Migrationspolitik müsste schließlich die globale Apartheid im EU-Visaregime durchbrechen. Ohne Visazwang könnten die Menschen, die derzeit im Mittelmeer ertrinken, gefahrlos mit Fähren und Flugzeugen in die EU gelangen. Meint man es ernst damit, das Sterben an den Grenzen zu beenden, bleibt keine Wahl, als Visavorgaben abzuschaffen oder radikal zu liberalisieren. Eine Möglichkeit wären ›Asylvisa‹, die dazu berechtigen würden, in die EU einzureisen, um dort einen Asylantrag zu stellen. Menschen werden auch weiterhin versuchen, in der EU Schutz und Arbeit zu finden. Linke Migrationspolitik muss ihnen ermöglichen, dies gefahrlos zu tun.

GEGENHEGEMONIALE STRATEGIEN

Um die skizzierten Projekte durchzusetzen, müsste man unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte beziehungsweise »Hegemonieprojekte« (Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ 2014) strategisch einbinden, neutralisieren und ausschließen. Ein Ausgangspunkt wäre,

sie im Milieu des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts zu verankern (NGOs, linke Parteien, soziale Bewegungen, kritische Wissenschaft). Wie beschrieben (Projekt I), bedarf es dazu einer intensiven Reflexion der Widersprüche linker Migrationspolitik und eines offensiven Diskurses.

In einem zweiten Schritt müssten Gewerkschaften, Sozialverbände und deren soziale Basen eingebunden werden. Sie sind zentrale ProtagonistInnen national-sozialer Hegemonieprojekte. Große Teile dieser Akteure lehnen eine liberalere Migrationspolitik ab und fürchten verschärfte Konkurrenz um Löhne, Arbeitsplätze und Sozialleistungen. Teils ist ihre Furcht das Resultat rechter Propaganda. Dagegen muss die Linke erklären, wie restriktive Migrationspolitik die Entrechtung aller ArbeiterInnen vorantreibt. Doch ihre Skepsis hat einen rationalen Kern. ›Einheimische‹ ArbeiterInnen werden durch den ausgrenzenden Charakter der europäischen Wohlfahrtsstaaten real privilegiert. Eine Einbindung dieser Kräfte könnte dennoch gelingen, würde linke Migrationspolitik deren national-soziale Logik durchbrechen. Sie müsste gleiche soziale Rechte für alle ausbauen und die Einhaltung von Lohnbestimmungen und Arbeitsstandards radikal durchsetzen (Projekt V). Das Problem verschärfter Konkurrenz unter den Lohnabhängigen wäre damit nicht aufgehoben, aber relativiert.

In einem dritten Schritt müssten Akteure des neoliberalen Hegemonieprojekts (Unternehmen, Arbeitgeberverbände) dazu gebracht werden, eine radikalreformistische Migrationspolitik nicht zu torpedieren. Die Chancen dafür stehen so schlecht nicht. Kapitalakteure fordern ständig eine Liberalisierung des Einwanderungsregimes. Eine radikalreformistische Migrationspolitik würde jedoch die Entrechtung migrantischer Lohnabhängiger abschaffen und arbeitsrechtliche Normen radikal durchsetzen. Das würde den Widerstand neoliberaler Akteure provozieren. Deshalb ließe sich wohl höchstens eine passive Akzeptanz durch diese Kräfte erreichen.

Viertens werden die Projekte einer linken Migrationspolitik am ehesten am Widerstand autoritär-kleinbürgerlicher Milieus, konservativer Eliten und Rechtsradikaler scheitern, die eine solche Politik erbittert bekämpfen würden. Sie und ihre VertreterInnen im erweiterten Staat wird man nicht integrieren können. Sie müssen hegemoniestrategisch ausgeschlossen werden. Ansatzpunkt dafür könnte ein offensiver Diskurs sein, der nationalistischen Widerstand durch die Berufung auf humanistische Ideale strategisch delegitimiert.

Schließlich wird jede linke oder progressive Migrationspolitik in dem Widerspruch gefangen bleiben, dass sie nie human und gerecht sein kann, dass Migrationspolitik in einem kapitalistischen und rassistischen Weltsystem immer gewaltvoll ist und dass sie selbst Teil des Problems ist, das abgeschafft gehört.

LITERATUR

Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ (Hg.), 2014: *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie. Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld

Georgi, Fabian, 2013: Notizen zu einer Kritik der Migrationspolitik, in: *Kurswechsel* 1/2013, 41–50

Institut Solidarische Moderne – ISM, 2013: *Solidarisches EUropa. Mosaiklinke Perspektive*, Hamburg

1 Eine frühere Version dieses Textes erschien in ISM (2013, 179–185).

»...SICH NICHT ZU BETEILIGEN!«

ZIVILKLAUSELN IN DER WISSENSCHAFT

NICOLE GOHLKE

Der neoliberale Umbau der Hochschulen und ihre chronische Unterfinanzierung rufen immer mehr private Forschungsförderung auf den Plan – dies gilt auch für Rüstungskonzerne. Durch Auftragsforschung, von Unternehmen gestiftete Lehrstühle und gemeinsame Institutionen wird eine akademische Unterstützung militärischer Aufrüstung organisiert und letztlich Kriegsführung befördert. Wie Recherchen des Norddeutschen Rundfunks und der *Süddeutschen Zeitung* bekannt machten, hat das Pentagon seit Jahren militärisch motivierte Forschungsprojekte an öffentlichen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik finanziert. Etwa zehn Millionen Euro sind seit 2013 geflossen, beispielsweise 500 000 US-Dollar an die Ludwigs-Maximilian-Universität in München für die Erforschung von Sprengstoffen.[1]

Informationen zu diesem Themenkomplex bleiben jedoch rar. Auf parlamentarischer Ebene versucht die Linksfraktion, militärische und wehrtechnische Forschung an staatlichen

Hochschulen und an öffentlich geförderten außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen aufzudecken.[2] Verschiedene Kleine Anfragen an die Bundesregierung belegen, dass hier sowohl im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums geforscht wurde (Bundestagsdrucksache/BT-Drs. 18/241) als auch im Rahmen sogenannter Ressortforschungsaufträge für das deutsche Bundesministerium der Verteidigung (BT-Drs. 18/851). Diese Projekte sind allerdings – wie die Aufträge seitens der Rüstungsindustrie – unter Geheimhaltung gestellt (BT-Drs. 17/3337, 18/851, Schriftliche Einzelfragen 6/204 und 6/205). Wettbewerbsrecht und ›nationale Sicherheitsinteressen‹ stehen über Transparenz und einer öffentlichen Debatte – so die Haltung der Regierung.

TRADITIONSLINIEN

Die Indienstnahme von Wissenschaft für Kriegszwecke hat eine lange und unrühmliche Tradition. Ohne die Beteiligung von WissenschaftlerInnen an militärischen Projekten wären der Erste und Zweite Weltkrieg so nicht möglich gewesen. Panzer, U-Boote, Kampfflugzeuge und chemische Waffen wurden in Kooperation entwickelt. Ein bekanntes Beispiel ist die Arbeit des deutschen Chemikers Fritz Haber, dessen ›patriotischer‹ Einsatz die Verwendung von Giftgas im Ersten Weltkrieg ermöglichte und Tausenden Menschen das Leben kostete. Zwischen 1933 und 1945 erfasste die Militarisierung einen Großteil der Wissenschaft in Deutschland, weshalb nach 1945 an einigen Hochschulen bereits eine sogenannte Zivilklausel eingeführt wurde, die militärtaugliche Forschung untersagt. Eine Indienstnahme der Wissenschaft für militärische Zwecke setzte sich jedoch im Wettrüsten des Kalten Krieges fort. Als in Deutschland Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß 1957 eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen anstrebten, stellten sich die »Göttinger 18«, 18 renommierte Atomforscher, dagegen. Sie unterzeichneten eine Verpflichtungserklärung, sich nicht »an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen« zu beteiligen. Am Atomforschungszentrum in Karlsruhe wurde ebenfalls eine Zivilklausel eingeführt, um die Entwicklung von Kernwaffen zu verhindern. Die Verpflichtung zu einer rein zivilen Forschung erfuhr bis zu den 1980er Jahren immer wieder auch international Zuspruch. Mitten im atomaren Wettrüsten beriefen sich 130 WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen auf die Zivilcourage der »Göttinger 18« und unterzeichneten 1984 die »Darmstädter Verweigerungsformel«. Dutzende von Demonstrationen, Kongressen, Ringvorlesungen und Publikationen an Wissenschaftseinrichtungen aus unterschiedlichsten Disziplinen bezogen zu Zeiten der Friedensbewegung gegen militärische Forschung Stellung.

NICOLE GOHLKE ist Kommunikationswissenschaftlerin sowie hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE im Bundestag.

BUNDESWEHR 2.0 UND DUAL USE

Der Kalte Krieg ist Geschichte – von einer Zivilisierung der Außenpolitik und mit ihr der Wissenschaft sind wir aber weit entfernt. Gerade in der Bundesrepublik erleben wir seit



Friedhof der Märtyrer, Qamishli, Rojava

1990 eine neue Stufe der Militarisierung von Außenpolitik: Der Umbau der Bundeswehr zur global einsetzbaren Hightech-Armee ist proklamiertes Ziel. Der Beschaffungsetat für Ausrüstung, Transport und Kriegsmaschinerie steigt. Die vergangene Dekade kann als ›goldenes Jahrzehnt‹ der Rüstungsindustrie bezeichnet werden, die führenden deutschen Rüstungsunternehmen steigerten ihre Verkaufsumsätze seit 2001 von vier auf knapp sieben Milliarden US-Dollar.[3] Die in der Bundesrepublik entwickelten und produzierten Waffen sind weltweit im Einsatz, und auch der relativ neue Markt der Sicherheitstechnologie lockt mit hohen Wachstums- und Profitraten.[4]

Vor diesem Hintergrund nimmt auch die Forschung und Entwicklung im wehrtechnischen Bereich weiter zu: Im Vergleich zum Zeitraum 2000 bis 2010 stiegen allein in den letzten vier Jahren die Auftragsvolumina des Bundesverteidigungsministeriums für Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen um 150 Prozent und an außeruniversitären Forschungseinrichtungen um 70 Prozent (BT-Drs. 17/3337, 18/851). Details sind auch hier der Öffentlichkeit nicht zugänglich – wegen vermeintlicher »Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland«. Politisch legitimiert werden soll diese Entwicklung durch einen neuen Sicherheitsbegriff, der äußere und innere Sicherheit argumentativ miteinander verknüpft (vgl. Hauswedell in diesem Heft). Klassische Kriege zwischen Staaten treten in den Hintergrund, vielmehr wird der »globale Terrorismus« als neuer Feind ausgemacht. Auch Kämpfe um Ressourcen und Transportwege oder Flüchtlingsbewegungen werden als Bedrohung der Sicherheit eingestuft.

Seit den 1990er Jahren wird die Umstrukturierung der Forschungslandschaft politisch vorangetrieben: Zivile und militärische Forschung werden unter dem Stichwort *dual use* gezielt verzahnt, und damit wird der militärischen Forschung von der Politik die Tür zur zivilen Forschungslandschaft geöffnet.[5] Wissenschaftsethisch relevante und gesellschaftlich umstrittene Fragen, wie beispielsweise ob im Rahmen der Werkstoffforschung zu Sicherheitsglas ein direkter Nutzen für Militärfahrzeuge entstehen könnte oder ob im Rahmen der Entwicklung optischer Bauelemente auch an der Verbesserung von Drohnen und »präzisionsgelenkter Munition«

gearbeitet wird, werden mit Verweisen auf *dual use* schlicht umgangen.

WIDERSTAND HEUTE: OFFENLEGUNG UND ZIVILKLAUSELN JETZT!

Durch diese Verschränkung von ziviler und militärischer Forschung sowie durch die Geheimhaltungspraxen lässt sich oft nur schwer gegen die militärische Nutzung von Forschungsergebnissen an öffentlichen Einrichtungen vorgehen. Seit 2009 wächst jedoch eine Bewegung von kritischen WissenschaftlerInnen, Studierenden und Gewerkschaften, die für eine Verankerung von Zivilklauseln an Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen streitet. Gefordert wird eine Selbstverpflichtung, ausschließlich zivile und friedliche Forschung zu betreiben, auch gegen die politische motivierte Argumentation der Gegenseite, Zivilklauseln würden die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit einschränken.

Als die LINKE 2012 die Bundesregierung dazu aufforderte, gemeinsam mit den Bundesländern Verantwortung für Forschungsfolgen zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, Zivilklauseln in den Statuten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in den jeweiligen Landeshochschulgesetzen zu verankern und ihre eigene Auftragsvergabe nach rein zivilen Kriterien zu gestalten (BT-Drs. 17/9979), wies sie dieses Anliegen zurück. Inzwischen jedoch gibt es bundesweit 20 Hochschulen an denen Zivilklauseln entweder »ausschließlich zivile Forschung und Lehre« ermöglichen oder aber – freier interpretierbar – Forschung und Lehre für »friedliche Ziele« fordern. Da die Bundeswehr ihrem Selbstverständnis nach im Ausland auch auf »Friedensmissionen« ist, bietet die weichere Formulierung Möglichkeiten, die Selbstverpflichtung auf zivile Forschung zu umgehen. Leider werden aber auch klarer formulierte Zivilklauseln regelmäßig unterlaufen (BT-Drs. 18/241, 18/851).

Mit der Festschreibung von Zivilklauseln in den Statuten der Hochschulen wird es also nicht getan sein. Vielmehr muss sich um deren Einhaltung vor Ort aktiv gekümmert werden. Dafür braucht es wache und engagierte WissenschaftlerInnen sowie funktionstüchtige demokratische Hochschulgremien, die über Geldgeber und Ziele der jeweiligen Forschungsprojekte gut informiert sind. Hier spielen entsprechende Anfragen der Linksfraktionen eine große Rolle. Ein positives Beispiel setzt momentan die Technische Universität Darmstadt mit einer vorbildlich eingebetteten Zivilklausel in transparente Entscheidungsprozesse. Mittlerweile hat sich hierzulande eine Art Zivilklausel-Community herausgebildet, die an zahlreichen Hochschulen präsent ist – auch ein Beispiel für eine alternative Außen- und Sicherheitspolitik.

1 Vgl. www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg247.html.

2 Dazu gehören die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die Leibniz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft.

3 Vgl. www.sipri.org/research/armaments/production/recent-trends-in-arms-industry/AP%20Top%20100%202002-2012.xls/view.

4 Vgl. www.canalys.com/static/press_release/2010/r2010072.pdf, www.vdivde-it.de/publikationen/studien/marktpotenzial-von-sicherheitstechnologien-und-sicherheitsdienstleistungen.

5 Im »Zukunftskonzept Informationstechnik« der Bundesregierung von 1989 heißt es: »In Zukunft wird auch verstärkt darauf hinzuwirken sein, sogenannte Dual-Use-Technologien intensiver zu nutzen, d.h. zu versuchen, militärische Forderungen bei zivilen Entwicklungen frühzeitig mitberücksichtigen zu lassen, beziehungsweise auf derartige Dual-Use-Technologien in Form von Add-On-Programmen aufzusetzen, um den militärischen Bedarf zu decken.« Vgl. hierzu www.imi-online.de/2010/02/16/ruestung-durch-die-h.

VOM LANGEN ENDE DER FRIEDENSFORSCHUNG

… UND WIE IHR GESELLSCHAFTSKRITIK ABHANDEN KAM

WERNER RUF

Debatten über Krieg und Frieden sind nicht allein von geopolitischen Interessenkonstellationen und Konfliktlagen beeinflusst, sondern ebenso von der gesellschaftlich organisierten Wissensproduktion zu diesen Fragen – in erster Linie an Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten. Aus dieser Einsicht gründeten eine Reihe kritischer WissenschaftlerInnen 1968 die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) mit dem Ziel, die Friedensforschung als eigenständige akademische Disziplin zu etablieren. Das Ziel wurde erreicht, der Inhalt jedoch über die Jahre radikal verändert: Statt um Gesellschaftskritik geht es heute um Konfliktmanagement.

FRIEDENSFORSCHUNG ALS GESELLSCHAFTSKRITIK

In ihren Anfängen war die AFK stark beeinflusst von dem norwegischen Friedensforscher Johan Galtung, der wegen seiner Arbeiten zu »struktureller Gewalt« von Konservativen in

die Nähe der Rote-Armee-Fraktion gerückt wurde. Mehrheitlich ging es den Mitgliedern um eine gesellschaftskritische Ausrichtung ihrer Disziplin. ›Kritische Friedensforschung‹ verstanden sie in Anlehnung an die Frankfurter Schule als eine Disziplin, die die Ursachen von Gewalt in den Gesellschaften selbst verortet und untersucht. In Abgrenzung zur traditionellen ›Befriedungsforschung‹ verstanden sich die kritischen FriedensforscherInnen als »wissenschaftliche Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen (d.h. durch strukturelle Gewalt) betroffen sind: von Ausgebeuteten, von sozial Diskriminierten und von unmittelbar in ihrer physischen Existenz Bedrohten« (Wachsmuth 1998, 177). Ihr Friedensbegriff ging über das klassische Verständnis der Untersuchung eines (zwischenstaatlichen) Verhältnisses von Krieg und Frieden hinaus, und eine enge Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung war selbstverständlicher Teil der eigenen wissenschaflich-politischen Praxis. In diesem Sinne bezogen die AFK und ihr Vorstand auch politisch Position und gaben Erklärungen zu aktuellen Konflikten ab. Der zu Ende gehende Vietnam-Krieg, die Ostpolitik der Regierung Brandt, aber auch der NATO-Nachrüstungsbeschluss zu Beginn der 1980er Jahre stärkten den ›kritischen‹ Flügel innerhalb der AFK.

LOBBYISMUS FÜR DEN FRIEDEN

Eine gewisse Unterstützung erfuhr die AFK zu Beginn ihres Wirkens auch im politischen Betrieb – ausschlaggebend waren hier die politischen Umbrüche des Jahres 1968. Nach der Bundestagswahl im September 1969 bildete Willy Brandt gemeinsam mit der FDP die erste sozialdemokratisch geführte Regierung der Nachkriegszeit. Am 5. März desselben Jahres war Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt worden. *Der Spiegel* porträtierte ihn folgendermaßen: »Im Bonner Bundestag stellte sich ein Lobbyist vor. Bundespräsident Gustav Heinemann warb in seiner Antrittsrede am 1. Juli um Unterstützung für eine neue Wissenschaft: die Friedensforschung.« Kurz darauf wurde die Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Friedensforschung gegründet, um eine unabhängige Finanzierung jenseits

WERNER RUF ist Politologe und Friedensforscher und war bis zu seiner Emeritierung 2003 Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Seit Jahren engagiert er sich im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

des etablierten Systems der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sicherzustellen – damals auch eine zentrale Forderung der AFK. Die DFG und ihr Gutachtersystem waren von den alten Ordinarien besetzt, die Friedensforschung mehrheitlich ablehnten oder gar bekämpften.[1] Außerdem entstanden im Laufe der 1970er Jahre eine Reihe von Instituten für Friedensforschung: das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebens- und Umweltbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, die Forschungsgemeinschaft der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg (FEST), die Hessische Stiftung für Friedens-

und Konfliktforschung (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH) und das *Bonn International Center for Conversion* (BICC).[2] Auch an Universitäten wurde die Friedensforschung verankert, so vor allem an der Freien Universität Berlin, aber auch in Tübingen, Kassel und an anderen Hochschulen.

Die Disziplin blieb aber politisch umkämpft. Nachdem Bayern bereits aus der DGFK-Finanzierung ausgestiegen war, wurde diese 1983 von der damaligen CDU-FDP-Koalition komplett aufgelöst und die Förderung wieder der DFG zugewiesen. Unter Rot-Grün wurde mit der Deutschen Stiftung Friedensforschung zwar erneut eine DFG-unabhängige Forschungsförderung eingerichtet. Ihre Aufgabe steht dem ursprünglichen Ansatz und Selbstverständnis der kritischen Friedensforschung jedoch klar entgegen. Zweck der Stiftung ist es laut Satzung, »die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen«. Damit wurde eine Engführung finanzierungswürdiger Vorhaben auf die klassische Frage nach Krieg und Frieden festgeschrieben.

VON AKADEMISIERUNG UND DRITTMITTELN

Die Mehrheit der WissenschaftlerInnen versteht die Friedens- und Konfliktforschung heute als technizistische Disziplin. Die Friedensforschung zieht sich in den Elfenbeinturm zurück (Strutynski 2002) und kommt dort an, wo ihre KritikerInnen im wissenschaftlichen Establishment sie seit in ihrer Gründungsphase haben wollten. Die Besetzung von Professuren erfolgt nach den Kriterien der (inzwischen wieder) etablierten scheinbar unpolitischen Wissenschaft, kritische Wissenschaft wird als normativ disqualifiziert (Ruf 2009).

Neben der Akademisierung waren und sind für diese Entwicklung auch deren spezifische Finanzierungsbedingungen verantwortlich, um die anfangs gestritten worden war. Wissenschaft ist seit den 1990er Jahren fest im Griff des stummen Zwangs der Drittmittelfinanzierung. Die Friedensforschungsinstitute der 1970er Jahre waren überwiegend als sogenannte An-Institute entstanden. Universitäten zugeordnet, waren sie von diesen finanziell unabhängig und auf externe Förderung angewiesen, das heißt an Forschungsprojekte gebundene Gelder, die von sehr wenigen privaten, meist aber staatliche Einrichtungen vergeben werden. Wichtige Akteure sind heute Ministerien, die mit Fragen der Konfliktbearbeitung befasst sind: das Bundesministerium für Verteidigung, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Leiter der Institute, meist bestallte UniversitätsprofessorInnen, stehen gegenüber ihren MitarbeiterInnen, die in der Regel auf befristeten Projektstellen sitzen, in der sozialen Pflicht und versuchen, deren materielle Existenz durch Anschlussprojekte zu sichern. Hier ergibt sich ein Teufelskreis, der auch das Bewusstsein der Beteiligten prägt: Dies reicht von der Übernahme der Begrifflichkeiten (*peace keeping, peace enforcement* usw.), die in geradezu fataler Weise jene ›Petersberg-Prinzipien‹[3] reproduzieren und in der postbipolaren Welt dem Interventions-

willen der EU- und NATO-Staaten Tür und Tor öffneten, bis zur Einwerbung von Projekten, die mit dem Ansatz der kritischen Friedensforschung nichts mehr zu tun haben.

Eine weitere Folge der so eingeleiteten Entpolitisierung der Friedensforschung ist das Auseinanderdriften von Friedenswissenschaft und Friedensbewegung: Während die Friedensforschung sich in den 1970er und 1980er Jahren als Mit- und Vordenker der Friedensbewegung verstand und von dieser gefordert wurde, hat der Rückzug in den Elfenbeinturm die fruchtbare Interaktion zwischen beiden beendet. Mit den Produkten der etablierten Friedensforschung weiß die Friedensbewegung nichts mehr anzufangen – und die Friedensforschung bedarf der Friedensbewegung nicht mehr, kommt diese doch als ›Drittmittelgeber‹ nicht infrage.

Jedoch scheinen sich jüngst neue Perspektiven zu eröffnen: Die Auseinandersetzungen im wissenschaftlichen Feld, der Kampf gegen die ›Verschlankung‹ der Hochschulen bis hin zur Schließung ganzer Einrichtungen, die Besetzungen von Hochschulen, der Bildungsstreik und der Kampf um Lehrstühle für kritische Wissenschaft oder kritische Tutorien lassen neue Verbindungen zwischen bildungspolitischen und friedenspolitischen Aktivitäten aufscheinen. Etwa wenn es um den Kampf für Zivilklauseln an den Universitäten (vgl. Gohlke in diesem Heft) oder um das Bündnis gegen die Präsenz der Bundeswehr in Schulen geht.

Festzustellen ist: Die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in Forschung und Lehre hat die Bedingungen der Wissensproduktion nachhaltig verändert: Forschung muss sich über die Einwerbung von Drittmitteln auf dem Markt bewähren. Scheinbar unbemerkt wird so ein neuer Typus von WissenschaftlerIn produziert, die/der sich und ihre/seine Qualität selbst am Erreichten misst: Sitz in Kommissionen und Beratungsgremien, Zahl der Drittmittelprojekte und der dort (auf Zeit) beschäftigten MitarbeiterInnen. Politischer Einfluss auf die – schon immer nur vermeintlich unpolitische – Wissenschaft wird unmittelbarer. Für die Friedensforschung heißt dies, dass sie in ihrer Mehrheit eine Legitimation jener Strukturen betreibt, die zu kritisieren und zu bekämpfen die kritische Friedensforschung einmal angetreten war. Dies mündet geradlinig in den Neusprech von »mehr deutscher Verantwortung«. Dennoch mehren sich die Anzeichen (s. o.), dass der Widerstand gegen die neoliberale Formierung der Wissenschaft wächst und dass gerade die außen- und sicherheitspolitische Wende der deutschen Politik auch der kritischen Friedensforschung wieder Auftrieb gibt.

LITERATUR

Strutynski, Peter, 2002: Friedens- und Konfliktforschung politisieren, in: *Wissenschaft und Frieden* 2/2002, 52–56
Wasmuht, Ulrike C., 1998: *Geschichte der deutschen Friedensforschung*, Münster

1 Heinemann attestierte den Kritikern, »dass sie Friedensforschung nicht mit streng wissenschaftlicher Arbeit in Verbindung bringen, sondern mit Propaganda für den Frieden. Andere halten sie gar für ein von Kommunisten erdachtes Tarnmanöver, mit dem die westliche Welt in Sicherheit gewiegt werden soll« (zit. n. Wasmuht 1998, 207).

2 Die vier letztgenannten Institute geben das seit 1987 jährlich erscheinende *Friedensgutachten* heraus.

3 Diese 1992 beschlossenen Einsatzformen für die Streitkräfte der EU-Staaten beinhalten: 1) humanitäre Aufgaben, 2) Rettungseinsätze, 3) friedenserhaltende Aufgaben sowie 4) Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedenschaffender Maßnahmen.

»AUSSENPOLITISCH NICHT MEHR VERTRETBAR«

WARUM DAS PKK-VERBOT ABGESCHAFFT GEHÖRT

ULLA JELPKE

Am 26. November 1993 verhängte der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) ein Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) sowie für Dutzende Kulturvereine, eine Nachrichtenagentur und einen Verlag. Unmittelbarer Anlass war, dass – in Reaktion auf die Bombardierung der kurdischen Kleinstadt Lice durch die türkische Armee – europaweit türkische Einrichtungen angegriffen worden waren, und dies der PKK angelastet wurde. Tatsächlich war das Verbot in enger Zusammenarbeit zwischen der deutschen und türkischen Regierung von langer Hand vorbereitet worden. Als die PKK im Sommer 1984 unter der Militärdiktatur in der Türkei den bewaffneten Kampf aufnahm, sah die NATO ihre südöstliche Flanke an der Grenze zur Sowjetunion gefährdet. Das nun begonnene Aufstandsbekämpfungsprogramm setzte einerseits darauf, die türkische Armee aufzurüsten, um die kurdische Rebellion militärisch zu bekämpfen – vor allem mit

Waffen aus deutschen Beständen. Andererseits wurde versucht, die PKK in Europa zu kriminalisieren. Bereits 1989 standen rund 20 kurdische Politiker in einer Art Schauprozess wegen Terrorismus in Düsseldorf vor Gericht. Sie wurden größtenteils freigesprochen oder zu Bewährungsstrafen verurteilt.

EIN WICHTIGER BÜNDNISPARTNER

Das PKK-Verbot zielte darauf, die Unterstützung der – im Zuge des Bürgerkrieges rapide angewachsenen – kurdischen Diaspora in Deutschland zu brechen. In der Verbotsverfügung hieß es, die Arbeit der PKK verstoße gegen Strafgesetze, richte sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährde die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. »Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisation hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht.« Dann werden die »sonstigen Belange« näher ausgeführt: »Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europapartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben.« Mit keinem Wort ging der 53-seitige Bescheid darauf ein, dass seit Gründung des türkischen Nationalstaates Anfang der 1920er Jahre gegenüber den Kurden und anderen Minderheiten eine Zwangsassimilationspolitik betrieben wurde, die den Genozid an Zehntausenden Menschen und die Vertreibung von Hunderttausenden einschloss. Elementare Bürger- und Menschenrechte wurden verweigert, die kurdische Sprache wurde verboten, Hunderte Dörfer wurden durch die Armee zerstört und kurdische Zivilisten systematisch gefoltert und ermordet.

Die mediale Kampagne gegen »Terror-Kurden« war Teil der damaligen rassistischen Stimmungsmache im Kontext der weitgehenden Einschränkung des Asylrechts. Durch das PKK-Verbot wurden Menschen kurdischer Abstammung in Deutschland unter Generalverdacht gestellt, und eine der größten migrantischen Communities in Deutschland wurde durch das Verbot ihrer wichtigsten Organisation mit einem faktischen Betätigungsverbot belegt. Eine Vielzahl Demonstrationen, Feste, selbst Fußballspiele und Hochzeiten wurden verboten, Kulturvereine und Privatwohnungen von der Polizei durchsucht. Am 1. Juli 1994 erschoss in Hannover ein Zivilpolizist den 16-jährigen Halim Dener beim Kleben von ERNK-Plakaten von hinten. Auf das Verbot von Feierlichkeiten und Demonstrationen zum kurdischen Neujahr (Newroz)

ULLA JELPKE ist innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion die LINKE und Obfrau im Innenausschuss, wo sie mit Fragen der öffentlichen Sicherheit und Repression gegen soziale Bewegungen befasst ist. Seit mehr als 20 Jahren arbeitet sie zu Kurdistan und bereist regelmäßig die kurdischen Gebiete der Türkei, Syriens und des Irak – zuletzt im Sommer dieses Jahres.

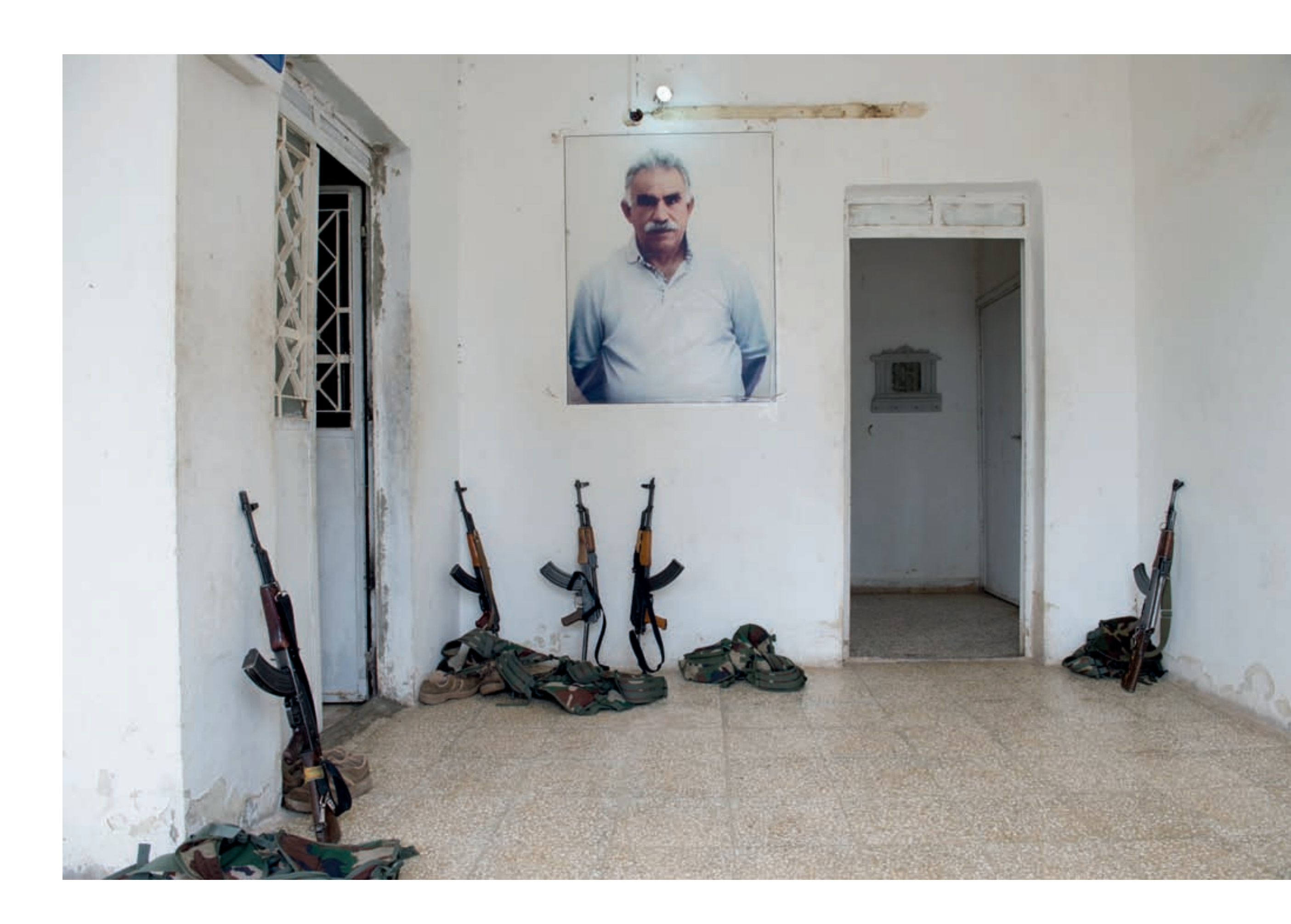


Beide Bilder: Trainingsakademie der Frauenselbstverteidigungseinheiten (YPJ) im Kanton Cizîrê

reagierten AktivistInnen mit Autobahnblockaden. 1996 sprach sich PKK-Chef Abdullah Öcalan öffentlich für einen Gewaltverzicht in der Bundesrepublik aus. Dies führte zu einer gewissen Entspannung, doch die Verfolgung von AnhängerInnen der PKK ging weiter. 2007 verbot das Bundesinnenministerium den Fernsehsender Roj TV, und im Oktober 2010 entschied der Bundesgerichtshof, die PKK künftig als ausländische terroristische Vereinigung nach Paragraph 129b StGB zu verfolgen. PKK-Kader, die in Deutschland Demonstrationen und Kulturveranstaltungen organisiert hatten, wurden nun für bewaffnete Aktionen der Guerilla in Kurdistan in Haftung genommen, an denen sie nicht beteiligt gewesen waren. Bislang vergeblich fordern die Verteidiger in diesen Prozessen Sachverständige anzuhören, denen zufolge der Widerstand der PKK gegen anhaltendes Unrecht, Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, Polizei- und Militärgewalt aufgrund kolonialer Unterdrückung der Kurden nach dem Völkerrecht legitim und eben kein Terrorismus ist.

DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG

Bereits im Frühjahr 1993 hatte sich die PKK von ihrem ursprünglichen Ziel eines unabhängigen und sozialistischen Staates zugunsten einer föderativen Lösung in der Türkei verabschiedet. Heute kämpft sie für eine Demokratisierung der Türkei und der anderen Länder des Nahen Ostens, in denen KurdInnen leben, und erteilt nationalstaatlichen Lösungen eine Absage. Sie vertritt einen ›demokratischen Konföderalismus‹: kommunale, weitgehend basisdemokratische Selbstverwaltungsstrukturen, ohne Veränderung der bestehenden Staatsgrenzen. Das vorgeschlagene laizistische und demokratische Modell, in dem Frauen auf allen Ebenen gleichberechtigt teilhaben, garantiert die Partizipation und Anerkennung aller Bevölkerungsgruppen und Glaubensgemeinschaften. In zahlreichen Kommunen der Osttürkei sowie im selbstverwalteten Rojava im Norden Syriens wird dies bereits in die Praxis umgesetzt. Führende politische Kraft in Rojava ist die Partei der Demokratischen Union (PYD), die erklärtermaßen die weltanschaulichen Grundlagen der PKK teilt. Die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ leisten dort seit mehr als zwei Jahren erfolgreich Widerstand gegen



die zu Al-Qaida gehörende Al-Nusra-Front sowie den Islamischen Staat (IS). YPG- und PKK-KämpferInnen schufen im August nach dem Angriff des IS auf die nordirakische Region Sengal einen Fluchtkorridor für Zehntausende JesidInnen. Inzwischen agieren PKK, YPG und Peschmerga der irakisch-kurdischen Regionalregierung an mehreren Fronten im Nordirak sowie in der nordsyrischen Stadt Kobanê gemeinsam gegen den IS. Das PKK-Verbot in Deutschland und die Nennung der PKK auf der EU-Terrorliste verhindern dabei eine legale Unterstützung dieser Gruppen im Kampf gegen den IS.

Seit Ende 2012 finden direkte Friedensgespräche der türkischen Regierung mit Öcalan statt, die die PKK mit Waffenstillstand und einem Teilrückzug bewaffneter Kräfte aus der Türkei unterstützt. Bislang folgten jedoch kaum praktische Schritte vonseiten der türkischen Regierung. Wesentliche Forderungen, wie die Einführung muttersprachlichen Schulunterrichts, eine Senkung der Zehn-Prozent-Hürde bei Parlamentswahlen, kommunale Selbstverwaltungsrechte sowie eine Amnestie für mehrere Tausend AktivistInnen, die aufgrund gewaltfreier politischer Aktivitäten des Terrorismus bezichtigt werden, bleiben unerfüllt. Nicht nur nutzt die Regierung die Friedensphase, um Militärstützpunkte in den kurdischen Landesteilen auszubauen, sie unterstützt außerdem Angriffe dschihadistischer Gruppierungen wie des IS auf das kurdische Selbstverwaltungsgebiet Rojava in Nordsyrien

mit Logistik und Waffenlieferungen, um so die kurdische Befreiungsbewegung zu schwächen. Für einen Fortschritt des Friedensprozesses wären externe Beobachter und Mediatoren zentral. Die Nennung der PKK auf der Terrorliste der EU verhindert allerdings, dass europäische Staaten hier eine aktivere Rolle spielen können.

DIE ZEIT IST REIF

Während Öcalan zum Verhandlungspartner der türkischen Regierung avanciert, die USA über Kobanê Munition für PKK-nahe Milizen abwerfen, *die tageszeitung* und *Der Tagesspiegel* für eine Aufhebung des PKK-Verbots plädieren und selbst der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU) laut über Waffenlieferungen an die PKK zur Bekämpfung des IS nachdenkt, werden in Deutschland weiterhin DemonstrantInnen festgenommen. Zuletzt wurde Anfang November die Immunität der LINKEN Bundestagsabgeordneten Nicole Gohlke aufgehoben, weil sie in München auf einer Kundgebung gegen den IS-Terror eine PKK-Fahne gezeigt hatte. Allein in den letzten zehn Jahren zählt die Bundesregierung mehr als 4500 Strafverfahren mit PKK-Bezug. Dabei handelt es sich überwiegend um Verstöße gegen das Vereinsgesetz, also um das Zeigen verbotener Symbole oder Bilder von Öcalan, die in der Türkei mittlerweile geduldet werden.In Folge des PKK-Verbots werden Zehntausende vor allem kurdischstämmige BürgerInnen in ihrem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Pressefreiheit beschnitten. In Verbindung mit einer einseitigen Medienberichterstattung trägt dies dazu bei, dass viele der rund 800000 KurdInnen in Deutschland mit Ausgrenzung und Misstrauen konfrontiert sind und im Alltagsleben Diskriminierungen erleiden müssen. In der BRD aufgewachsene kurdische Jugendliche werden nicht eingebürgert, weil sie sich in Vereinen engagieren, die als PKK-nah eingestuft werden, oder deren Kulturveranstaltungen besuchen. In der Konsequenz wirkt das PKK-Verbot so als Integrationshindernis.

Dessen Aufhebung sowie die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste würden eine emanzipatorische Kraft im Nahen Osten stärken, die gegen dschihadistische Gruppierungen steht und sich zu Laizismus wie demokratischen Werten bekennt. Dies würde den stockenden Friedensprozess in der Türkei vorantreiben, da so der Druck auf die AKP-Regierung erhöht würde und beide Seiten auf Augenhöhe miteinander reden könnten.

Die LINKE hat daher beschlossen, die derzeitige günstige Medienberichterstattung und das veränderte öffentliche Klima zu nutzen, um gemeinsam mit kurdischen Verbänden und Bürgerrechtsvereinigungen eine bundesweite Kampagne gegen das PKK-Verbot zu führen, sich an entsprechenden Demonstrationen, Veranstaltungen und Petitionen zu beteiligen und im Bundestag die Aufhebung dieses Verbots und die Streichung der PKK von der Terrorliste zu beantragen. Anfang November fasste auch die Europäische Linkspartei den Beschluss, europaweit gegen das PKK-Verbot aktiv zu werden.

Oben: Vater, Töchter und Angehörige am Grab von Beşir Remezan. Am 9. Oktober 2014 wurde der Zwölfjährige bei Protesten in der Grenzregion Qamishli/Nusaybin vom türkischen Militär erschossen. Unten: Sandi, 13 Jahre alt, am Grab ihres Bruders

EINE PERSPEKTIVE DER SUBALTERNEN

DIE LINKE UND DIE AUSSENPOLTIK

RAUL ZELIK

Als es im Oktober so aussah, als könnte Kobanê innerhalb weniger Stunden vom Islamischen Staat (IS) überrannt und könnten Tausende KurdInnen von religiösen Ultrarechten massakriert werden, präsentierte sich die LINKE von ihrer traurigsten Seite. Statt in einem Augenblick großer Verunsicherung Solidarität zu organisieren und dem Emanzipationsprojekt der syrischen KurdInnen in Deutschland eine Stimme zu verleihen, schien die Partei mit sich selbst beschäftigt. 14 ParlamentarierInnen forderten eine militärische Intervention mit UN-Mandat, obwohl weder die VerteidigerInnen Kobanês noch die Mitgliedsstaaten im UN-Sicherheitsrat dies befürworteten. Dass die Initiative trotzdem medienwirksam platziert wurde, hat nur eine vernünftige Erklärung: Es ging darum, jene Teile des Parteiprogramms zu diskreditieren, mit denen sich die LINKE den Großmachtambitionen Deutschlands verweigert und die in den Medien gemeinhin als Haupthindernis für eine Koalition auf Bundesebene gelten.

Aber auch auf der anderen Seite der Partei verstellten interne Erwägungen den Blick auf die Wirklichkeit. Während man im Internet in Echtzeit verfolgen konnte, wie die US-Luftangriffe bei Kobanê von den VerteidigerInnen der Stadt bejubelt wurden, forderte eine Abgeordnete den Stopp der Bombardierungen. Nicht die Lage in Rojava stand im Vordergrund, sondern die parteipolitische Frage, wie eine Aufweichung der Statuten verhindert werden könne.

Mit dieser Skizze geht es nicht darum, den Abgeordneten ihr Engagement abzusprechen: PolitikerInnen der LINKEN waren an der türkisch-syrischen Grenze, haben Flüchtlinge unterstützt, kurdische Organisationen getroffen und gegen das PKK-Verbot mobilisiert. Nicht unerwähnt bleiben sollte auch, dass Abgeordnete der LINKEN – strömungsübergreifend – zu den wenigen Deutschen gehörten, die an Solidaritätskundgebungen für die bedrohten KurdInnen teilnahmen.

UNFÄHIG ZUM OFFENKUNDIG RICHTIGEN

Warum aber gelang es trotz individueller Solidarität nicht, als Partei klar Position zu beziehen? Warum tat man sich so schwer, sich auf das offenkundig Richtige zu konzentrieren: die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) und die Flüchtlinge unterstützen, mit einer prominent besetzten Delegation vor Ort gegen die Abriegelung Rojavas durch die Türkei protestieren und gleichzeitig anerkennen, dass die US-Luftangriffe in diesem Fall eben keine ›Verbrechen gegen die Menschlichkeit‹ waren, sondern ein Hoffnungsschimmer für eine eingekesselte Stadt?

Es war nicht das erste Mal, dass die LINKE anlässlich eines internationalen Konflikts parteitaktisch motivierte Strömungskämpfe austrug. Vor einem halben Jahr wurde die Partei vor die falsche Alternative gestellt, die EU oder die Nationalstaaten zu verteidigen. Mitglieder der Bundestagsfraktion entfachten eine Phantomdebatte: auf der einen Seite die in den Medien hegemoniale, sich selbst als realpolitisch begreifende, letztlich aber wirklichkeitsferne Erzählung, wonach die EU den Menschen in Europa eine solidarische Perspektive eröffne; auf der anderen Seite das auch wahltaktisch motivierte Bemühen, den keynesianischen Verfassungsstaat zu verteidigen, um so den verbreiteten Unmut gegenüber der EU für sich nutzen zu können und der AfD das Wasser abzugraben.

Die Einwände lagen auch hier sofort auf der Hand: Die EU ist keine internationalistische Einrichtung zur Völkerverständigung, sondern ein entstehender Proto-Nationalstaat mit erweitertem Binnenmarkt, fusioniertem Finanzkapital, militärischer Interventionsmacht und tödlichem Grenzregime. Aber auch die alten europäischen Nationalstaaten sind als Bollwerke gegen Konzernmacht, Militarismus oder eine unmenschliche Migrationspolitik gänzlich ungeeignet. Eine linke Position konnte nur lauten, dass weder die EU noch

RAUL ZELIK ist Politikwissenschaftler, Romanautor und derzeit Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er war jahrzehntelang in sozialen Bewegungen aktiv und ist im Sommer 2012 zusammen mit anderen Bewegungslinken in die Partei die LINKE eingetreten.

die Nationalstaaten der geeignete Rahmen für ein emanzipatorisches Projekt sind. Wer ein solidarisches, demokratisches und offenes Europa nicht nur für Eliten will, muss es gegen die Institutionen der EU neu gründen – und zwar als grenzüberschreitende Bewegung. Eine Herausforderung, aber angesichts der Situation eben auch der einzige realpolitische Ansatz.

PROBLEME DER AUSSENPOLITIK DER LINKEN

Zugespitzt würde ich behaupten, dass die internationale Politik der LINKEN vor allem mit drei Problemen zu kämpfen hat:

1 | Der sogenannte Reformerflügel blendet – zumindest in seiner Praxis – aus, dass die Politik des ›Westens‹ nicht hehren Prinzipien, sondern ökonomischen und geopolitischen Interessen verpflichtet ist. Gegen jede historische Erfahrung wird so getan, als ob westliche Militärmacht im Ernst zur Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie eingesetzt werden könne. Die Perspektive potenzieller Regierungsbeteiligung ist so dominant, dass Regierungshandeln zur zentralen oder gar einzigen Option wird. Man glaubt, die Unterstützung einer basisdemokratischen Bewegung wie der in Rojava tatsächlich an die Bundeswehr oder die US Army delegieren zu können.

Ähnliches gilt auch für die Europa-Frage: Die europäische Neugründung erscheint in dieser Perspektive als ein Projekt, das von den entsprechenden Mehrheiten in den EU-Gremien ausgehandelt werden könnte. Aber genau das ist falsch. Soziale und demokratische Emanzipation muss – auch wenn sie als Reform etabliert wird – gesellschaftlich gegen Regierungen, Wirtschaftsunternehmen und Medienkonsortien erzwungen werden.

2 | Die sogenannte Parteilinke mag eine kritischere Haltung gegenüber den USA und Brüssel einnehmen, argumentiert aber häufig nicht weniger staatsfixiert. Die Crux des linken Antiimperialismus besteht – wie man auch an der Bündnispolitik lateinamerikanischer Linksregierungen beobachten kann – darin, dass oft noch die letzte Despotie als Verbündeter in der Konfrontation mit Washington betrachtet wird. Doch selbst unter denjenigen, die verstehen, dass die USA zwar die zentrale Führungsmacht des globalisierten Kapitalismus sind, aber deswegen noch lange nicht jeder Imperialismus US-amerikanisch ist, gibt es eine starke Tendenz, Konflikte als Auseinandersetzung zwischen Staaten zu verstehen. Internationale Politik wird auf die Komplexität eines Risikospiels reduziert: die USA gegen China, Israel gegen Palästina, Venezuela mit dem Iran gegen Washington. Unter den Tisch fällt, was linke Politik einmal begründet hat: die Erkenntnis, dass Gesellschaften von sozialen Widersprüchen durchzogen sind – vor allem von Klassen, Geschlechterverhältnissen, Rassismus – und dass die Situation in einem Land nie nur von geopolitischen Ränkespielen, sondern immer auch von inneren Konflikten bestimmt ist.

Sprich: Die eigene Position zu einem Konflikt darf nicht davon abhängen, was Washington oder Brüssel in ihm für Interessen verfolgen, sondern davon, was es für Emanzipationsbewegungen vor Ort gibt und welche Forderungen diese artikulieren. Die LINKE muss sich den Blick der Subalternen zu eigen machen – und nicht den von Staatseliten oder solchen, die es werden wollen.

3 | Dass es der LINKEN so schwer fällt, diese Perspektive einzunehmen, hat auch damit zu

tun, dass sie – zumindest bislang – eben keine gesellschaftliche Partei ist. Fraktionen, Abgeordnete und deren MitarbeiterInnen bestimmen das Bild. Und diese folgen – was erstaunlich selten thematisiert wird, wenn von ›politischen Sachzwängen‹ die Rede ist – eigenen Logiken. BerufspolitikerInnen müssen sich als Einzelne profilieren, wollen sie von Medien und Parteigremien beachtet werden. Diese Selbstinszenierung hat einen hohen Preis: Sie trägt dazu bei, dass die LINKE nicht den vorhandenen Konsens zur Grundlage ihrer Politik macht, sondern innerfraktionelle oder individuelle Kalküle.

EINE GESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

In Spanien ist die Linkspartei *Izquierda Unida* (IU) in den vergangenen Monaten von einem wahren Tsunami hinweggefegt worden. Mit *Podemos* ist eine neue Linkspartei entstanden, die zwar viele Positionen der IU teilt, sich aber kompromisslos gegen sie positioniert hat. Der wohl wichtigste Grund dafür ist, dass die AktivistInnen der neuen Protestbewegungen von den taktischen Manövern der IU abgestoßen waren. Sie wurde als Teil des Politikbetriebs wahrgenommen: an Regierungskoalitionen beteiligt, mit Fraktionskämpfen beschäftigt, gesellschaftlich kaum präsent, eine berufspolitische Gremien- und Parlamentspartei.

In Deutschland ist keine Bewegung in Sicht, die eine vergleichbare Entwicklung in Gang setzen könnte. Aber die Probleme der LINKEN sind denen der IU durchaus ähnlich. Der Vorschlag der Parteivorsitzenden, die LINKE in eine in soziale Konflikte intervenierende Organisation zu transformieren, würde einen Ausweg weisen. KritikerInnen haben eingewandt, dass es in der Mitgliedschaft keine aktivistische Kultur gibt. Das ist ein erstaunlich statisches Argument: Es ändert sich nichts, weil sich nichts ändert. Was ihre außenpolitische Positionierung angeht, wäre die LINKE auf jeden Fall gut beraten, an die Erfahrungen jener Bewegungen anzuknüpfen, die in den 1970er und 1980er Jahren Internationalismus als gesellschaftliches Anliegen verstanden und damit auch die Verhältnisse hier veränderten. Zehntausende waren in Nicaragua und El Salvador, um die Revolutionen zu unterstützen. In Guatemala, Mexiko, Kolumbien, Indonesien, Nepal haben Freiwillige (und eben nicht Bundeswehrmissionen) Gemeinden, BauernführerInnen und GewerkschafterInnen vor Massakern geschützt. Sicherlich mit begrenztem Erfolg – aber wie erfolgreich war die milliardenteure Afghanistan-Mission? Und weil sooft auf das Massaker von Srebrenica als Erbsünde europäischer Politik verwiesen wird: War eine frühere Intervention wirklich die einzige Alternative? Was wäre geschehen, wenn die europäische Linke – statt sich für oder gegen das nationalistische Regime in Serbien zu positionieren – multiethnische Gemeinschaften unterstützt hätte? Es war eine kleine anarchosyndikalistische Gruppierung, die damals Solidaritätskonvois in die belagerte nordbosnische Bergarbeiterstadt Tuzla organisierte. Was wäre geschehen, wenn es diese Solidarität an vielen Orten Ex-Jugoslawiens gegeben hätte und sie von größeren Organisationen getragen worden wäre?

Die Geschichte der Linken beginnt historisch damit, dass konsequent die Perspektive von unten eingenommen wird. Wenn sich die LINKE heute darauf besinnen könnte, wären wir alle einen großen Schritt weiter.

DIE WELT VERÄNDERN, DAS LEBEN ÄNDERN

KURZER LEHRGANG ZU EINER GESCHICHTE SOZIALER KÄMPFE, DIE ES ZU ENTDECKEN UND FORTZULEBEN GILT

THOMAS SEIBERT

Wenn wir das richtige Leben im falschen zur Sache von Kämpfen um Lebensweisen machen, dann mag das in der aktuellen Transformationsdebatte neu sein: Solche Kämpfe selbst sind alles andere als neu. So kann die letzte große Epoche sozialer Kämpfe, die des Mai 68, als die Epoche verstanden werden, in der die verschiedenen sozialen Kämpfe erstmals ausdrücklich unter der Führung von Kämpfen um Lebensweisen standen. Anlass genug, ein paar Geschichten aus ihrer Geschichte zu erzählen: Geschichten, die in einem ersten Schritt in die Zeit unmittelbar vor dem Mai 68, in einem zweiten zu den kulturrevolutionären Avantgarden des frühen 20. Jahrhunderts und dann zurück in die Epoche der Romantik führen. Im ersten Schritt geht es um das, was Luc Boltanski und Ève Chiapello die polare Ausspannung der Kapitalismuskritik in eine Sozial- und eine Künstlerkritik genannt haben. Im zweiten geht es um die Radikalisierung der Kapitalismuskritik zu einer Totalkritik der Wirklichkeit als Wirklichkeit und im dritten Schritt um den subjektiven Faktor der Kritik in den romantischen Anfängen des »dichterischen Lebens« Benjamins in der »Ästhetik der Existenz«.

> »Der einzige Kampf, der das Vergnügen lohnt, ist der Kampf der Individuen für die Konstruktion ihres Alltagslebens.«
> Raoul Vaneigem, Situationistische Internationale

SOZIAL- UND KÜNSTLERKRITIK

Der Mai 68 war ein globaler Transformationsprozess, der sich ab den späten 1950er Jahren abzeichnete und Ende der 1970er Jahre abbrach. Die Fokussierung auf den Mai erinnert das Geschehen in Paris beziehungsweise in Frankreich, wo die Protestbewegung der jungen Generationen in einem Generalstreik von zehn Millionen Menschen gipfelte. Gekämpft wurde damals überall auf der Welt, im ›freien Westen‹

wie im ›sozialistischen Osten‹, in den bereits unabhängig gewordenen wie in den noch kolonialisierten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Gekämpft haben ArbeiterInnen, gekämpft haben ausnahmslos alle *people of colour*, gekämpft haben die Frauen, die Schwulen und Lesben, die in Gefängnissen oder Heimen Internierten sowie all diejenigen, die mit den autoritären Bildungsanstalten unzufrieden waren. Gekämpft haben ganz verschiedene Subjekte, die sich in einem einig waren: alltäglich hier und jetzt anders leben zu wollen, in radikal veränderten Selbst- und Weltverhältnissen, in neuen sozialen Beziehungen und Weisen des Zusammenwohnens, Zusammenarbeitens und Zusammenlebens wie Kommunen, Wohngemeinschaften und alternativen Produktionsstätten, in neuen kulturellen Ausdrucksformen, mit neuen Sitten und Tugenden.

THOMAS SEIBERT ist Aktivist, Philosoph und Autor. Er arbeitet als Südasien-Referent für *medico international*, ist im Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und seit vielen Jahren in der Interventionistischen Linken politisch aktiv.

Begrifflich markiert wird die ab jetzt von den Auseinandersetzungen um Lebensweisen bestimmte Neuausrichtung aller sozialen Kämpfe durch die Unterscheidung, die seither zwischen der Arbeiterbewegung als alte soziale Bewegung und den neuen sozialen Bewegungen gezogen wird. Von ihr aus hat Michel Foucault vorgeschlagen, das Eigentümliche dieser Zeit im Begriff der Reformation zu fassen: Wie im 15. und 16. Jahrhundert sei es auch in den 60er, 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts eher um eine Umwälzung der alltäglichen Lebensweisen und ihre Subjektivierung im je eigenen wie im gemeinsam gelebten Leben als um eine Umwälzung der Staatsapparate gegangen. Dabei bleibt die Reformation der Lebensweisen und Selbstverhältnisse trotzdem auf das politische Spiel von Reform und Revolution und beiden voraus auf eine Alltäglichkeit der Revolte angewiesen, in der jede und jeder mit sich selbst den Anfang macht, ohne darin allein bleiben zu wollen. Boltanski und Chiapello schließen hier mit ihrer Unterscheidung von Sozial- und Künstlerkritik an: die eine in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die andere in der Geschichte der Boheme und der künstlerischen Avantgarden begründet. Geht es beiden um eine Kritik des Kapitalismus, erfolgt sie in der Sozialkritik primär als Kritik an Armut, Ausbeutung und Ungerechtigkeit, in der Künstlerkritik primär als Kritik an Unterdrückung, an der fehlenden Authentizität oder Uneigentlichkeit des Lebens und an der »Entzauberung« der Welt zur verdinglichten Warenwelt.

Im Blick vom Mai 68 auf die Gegenwart verweisen Boltanski und Chiapello allerdings auf den Umstand, dass die damals erreichte Durchmischung von Sozial- und Künstlerkritik spätestens in den 1980er Jahren einer passiven Revolution zum Opfer fiel. Mit ihr wurden die Errungenschaften der Reformation der alltäglichen

Lebensweisen in das verkehrt, was wir heute als die neoliberale und biopolitische Modernisierung des Kapitalismus bekämpfen, in der die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital zur reellen Subsumtion des Lebens und letztlich der ganzen Welt unter das Kapital entgrenzt wurde, bis in die letzte Minute des Tages und den letzten Winkel der Welt hinein.

Wie in anderen großen historisch Umbrüchen resultiert das Scheitern des Aufbruchs gerade aus seinem Erfolg: aus der Bewegung, in der das rebellische Begehren von Minderheiten von einer großen und deshalb relevanten Zahl von Menschen aufgegriffen wurde. Auf dem Weg seiner gesellschaftlichen Verallgemeinerung abgeschwächt, wurde das Neue zuerst Verhandlungssache eines historischen Kompromisses und zuletzt Konsens einer neu justierten Hegemonie, die den Fortbestand des modernisierten Alten sichert. Im Interesse der heute zu beginnenden Kämpfe um Lebensweisen gilt es darum, das Unabgegoltene, das nicht Eingelöste und deshalb zwischenzeitlich Vergessene eigens zu erinnern.

»Der Dadaist liebt das Leben, weil er es täglich wegwerfen kann, ihm ist der Tod eine dadaistische Angelegenheit.«
Richard Hülsenbeck

DIE EIGENSINNIGSTE INTERNATIONALE DER GESCHICHTE

Die Geschichte der Künstlerkritik beginnt im 18. Jahrhundert. Im Widerstand einerseits gegen die Akademisierung der kulturellen Produktion und in der Selbstverteidigung andererseits ihrer ›abweichenden‹ Lebensweisen schließen sich damals erst MalerInnen, dann DichterInnen in Zirkeln zusammen, die bald schon Keimzellen einer umfassenden Reformation nicht bloß der Kunst, sondern der Gesellschaft werden wollen. Die 1957 gegründete Situationistische Internationale (SI) steht am Ende dieser Geschichte: Sie will nur noch solche KünstlerInnen und DichterInnen sammeln, die mit Kunst, Literatur, Architektur, mit Theater und Film, mit Philosophie und Wissenschaft ebenso Schluss machen wollen wie überhaupt mit der Arbeitsteilung und allen sozialen Trennungen – auch mit der vom gesellschaftlichen Leben getrennten Politik. In ihrer Form imitierte die SI die Dritte und Vierte Kommunistische Internationale, organisierte ihre insgesamt 70 Mitglieder in neun nationalen Sektionen und einer Außensektion, koordinierte sich über Weltkonferenzen, einen internationalen Zentralrat und ein für Städtebau zuständiges »Büro für einen Unitären Urbanismus«. Die in den Bars der *rive gauche* eingefädelte Satire fiel allerdings ernster aus als geplant: Von den 70 Mitgliedern wurden 43 ausgeschlossen, 24 traten aus, die Auflösung 1972 wurde von den letzten drei Mitgliedern beschlossen, ganze sieben Mitglieder waren Frauen.

Einfluss gewann die SI zunächst doch künstlerisch, publizistisch und theoretisch: durch Bilder und Filme und deren skandalumwitterte Ausstellung beziehungs-

weise Vorführung, durch Flugblätter und Flugschriften, durch die zwölf Ausgaben ihres luxuriös gestalteten Zentralorgans, durch zwei kurz vor dem Mai 68 veröffentlichte Bücher: Guy Debords *Gesellschaft des Spektakels* und Raoul Vaneigems *Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen*. Einfluss gewann sie zuletzt durch ihre Beteiligung an der Besetzung der Sorbonne, während der sie eine eigene Vorfeldorganisation gründete, das »Komitee zur Aufrechterhaltung der Besetzungen«.

Einfluss bis auf den heutigen Tag gewann sie schließlich durch ihren Stil: den Stil einer kompromisslos gelebten Radikalität. Dazu gehörte das ebenso vielversprechende wie absichtsvoll vage Konzept einer zuerst im existenziell Kleinen und zuletzt im weltgesellschaftlichen Ganzen zu praktizierenden »Konstruktion von Situationen.« Ihr wurden die Taktiken des Umherschweifens und der Entwendung zugeordnet: die erste nicht nur, aber auch wortwörtlich zu verstehen als oft über Tage und Nächte sich hinziehendes Durchstreifen der Stadt; die zweite wortwörtlich zu verstehen als trickreiche Beschaffung der Ressourcen für ein arbeitsfreies Leben, im übertragenen Sinn zu praktizieren in der subversiven ›Aufhebung‹ des gesamten Erbes der Kunst, der Literatur, der Philosophie und der revolutionären Politik eben in der »Konstruktion von Situationen«.

Verstehen lässt sich der Einsatz der SI vielleicht am deutlichsten an Vorhaben, die sie nicht umzusetzen vermochte. So diskutierte die Londoner Weltkonferenz 1960 zwei Projekte, für die von einem reichen italienischen Sympathisanten ausreichend finanzielle Mittel zugesagt waren. Das erste war die im Guerilla-Stil geplante Besetzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit Sitz in Paris. Das zweite war die auf einer Mittelmeerinsel geplante Anlage einer situationistischen Experimentalstadt als einer real existierenden befreiten Zone. Beide Projekte wurden wie die künstlerische und literarische Produktion einem immer kompromissloseren, dafür aber immer abstrakteren Radikalismus geopfert, der letztlich auf die Enthaltung von jeder Aktivität zielte, weil jedes konkrete Vorhaben, so der Verdacht, Opfer einer passiven Revolutionierung geworden wäre.

> »Nun gibt es nicht mehr die Kette der Tatsachen: Fabriken, Häuser, Krankheit, Huren, Geschrei und Hunger. Nun gibt es ihre Vision.«
> Kasimir Edschmid

DAS ZEITALTER DER AVANTGARDEN

Zwischen der frühen Boheme des 18. und 19. Jahrhunderts und ihrer späten ›Internationalen‹ erstreckt sich das Zeitalter der kulturrevolutionären Avantgarden: Künstler-, Literaten- und Aktivistengruppen mit weltweit mehreren Hundert MitstreiterInnen. Legt man Max Webers an der historischen Reformation gewonnene Unterscheidung der »religiösen Virtuosen« von den »religiösen Laien« an die Avant-

garden an, erscheinen sie als Virtuosen einer Bewegung, die Zehntausende, wenn nicht über Hunderttausend Laien bewegte: all die zum Beispiel, die sich zu dieser Zeit an der bürgerlichen ›Lebensreform‹ beteiligten, die aber auch am Rand der parteioffiziellen Arbeiterbewegung an der von Karl-Heinz Roth (1974) so genannten »anderen Arbeiterbewegung« teilnahmen.

Im Rückblick lassen sich grob vier beziehungsweise fünf Hauptströmungen ausmachen: der Expressionismus, der in seinen italienischen und sowjetischen Flügel gespaltene Futurismus, der Dadaismus und der Surrealismus. Geboren im Ersten Weltkrieg, verstanden sie sich subjektiv als vorderste Frontlinie einer in der Industrie, den Wissenschaften, der Großstadt, den proletarischen Massen und in der eigenen Vereinzelung gipfelnden Totalkrise der Wirklichkeit selbst. Bezogen sie sich oft enthusiastisch auf die Oktoberrevolution, scheiterten sie alle am Faschismus und in der Hölle des Zweiten Weltkrieges.

Unter den Avantgarden erhoben die SurrealistInnen zweifellos den weitreichendsten reformatorischen Anspruch. Inspiriert von der ihnen vorangegangenen Dada-Bewegung ging es ihnen um eine dialektische Aufhebung von deren reiner Negativität. Walter Benjamin (1929, 201) schrieb ihnen zu, den »Bereich der Dichtung von innen gesprengt« zu haben, indem sie als »ein Kreis von engverbundenen Menschen« den Versuch unternahmen, ein »dichterisches Leben bis an die äußersten Grenzen des Möglichen« zu treiben. Dabei ging es den SurrealistInnen nicht nur um eine Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Modernisierung, sondern ihr voraus um eine Kritik der ganzen christlich-abendländischen Zivilisation und ihrer Rationalität, damit aber um eine Kritik überhaupt des Ganzen der Wirklichkeit. Ihr setzten sie eine erst zu schaffende ›Über-Wirklichkeit‹, eben die ›Sur-Realität‹ entgegen, von der André Breton im *Ersten Manifest des Surrealismus* (1924) schrieb: »Der Surrealismus beruht auf dem Glauben an die höhere Wirklichkeit gewisser, bis dahin vernachlässigter Assoziationsformen, an die Allmacht des Traumes, an das zweckfreie Spiel des Denkens. Er zielt auf die endgültige Zerstörung aller anderen psychischen Mechanismen und will sich zur Lösung der hauptsächlichen Lebensprobleme an ihre Stelle setzen.« Noch ihre situationistische Erbin überbietend, schließt die Surrealität auch die ›Aufhebung‹ der Religion ein: »Alle großen Mystiker aller Religionen wären unser, wenn sie die Halseisen ihrer Religionen zerbrochen hätten, die wir nicht ertragen können.«

»Ein aufheulendes Auto ist schöner als die Nike von Samothrake.«
Filippo Marinetti

Der Weg zur Surrealität führte über das Malen von Bildern und das Schreiben von Gedichten hinaus, über die jeden Tag aufs Neue zu übende Subversion der Grenzen von Wachen und Träumen, von Ernst und Spiel, von Vernunft und

Unvernunft in eine alltägliche Offenheit für den *hasard objectif*, den ›objektiven Zufall‹ des Wunders, des Ereignisses und der Gnade. Das mithilfe der Psychoanalyse benannte Ziel solch' »dichterischen Lebens« bestand in der – so Breton – »Aufhebung des Ich im Es«, deren privilegierter Ort die Liebe sein sollte, »l'amour fou«, die verrückte, leidenschaftliche Liebe. Erreicht haben die SurrealistInnen dieses Ziel nur bedingt, und das gilt gleichermaßen für die Kunst, den Alltag, die Liebe, die Religion und die Politik. Dieses Scheitern war allerdings nicht einfach ihr Scheitern: Es hing am Scheitern der Oktoberrevolution und der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung wie an der Quittierung dieses Scheiterns in der faschistischen Verwüstung der Welt.

Trotzdem haben die SurrealistInnen, anders als viele andere KünstlerInnen und Intellektuelle der Linken, ein noch heute beeindruckendes Zeugnis des aufrechten Gangs und freien Denkens abgelegt. Als sie Mitte der 1920er Jahre Ernst machen wollten mit der Politik, traten prominente SurrealistInnen, darunter Breton, der Kommunistischen Partei bei. Der Titel ihrer Zeitung wurde von *La Révolution Surréaliste* in *Le Surrálisme au Service de la Révolution* geändert. Knapp zehn Jahre später brachen sie, mitten im Spanischen Bürgerkrieg und im antifaschistischen Widerstand, mit der Sowjetunion und der stalinisierten französischen Kommunistischen Partei. Gemeinsam mit dissidenten KommunistInnen und AnarchistInnen gründeten sie die Allianz *Contre-Attaque* (Gegenangriff), die sich zugleich den Nazis, dem Stalinismus und dem Kapital widersetzen und die Surrealität – das zweckfreie Spiel des Denkens, Träumens und Begehrens in praktizierter Poesie – zur massenwirksamen Alternative machen wollte. Eine wichtige Rolle fiel dabei Colette Peignot zu, die unter dem Pseudonym Laure schrieb und mit Georges Bataille zusammenlebte, dem neben (und gegen) Breton einflussreichsten Surrealisten. Als Botschafterin der Surrealität reiste Laure nach Berlin, Moskau und Leningrad, rieb sich für *Contre-Attaque* auf und starb 1938 im Alter von nur 35 Jahren an Tuberkulose. Ihre Schriften verbreiteten sich erst in den 1960er Jahren und übten, ein objektiver Zufall, einen prägenden Einfluss auf die im Mai 68 erstarkende Frauenbewegung aus.

»Die Avantgarde ergibt sich nicht. In ihr hat die klassenlose Gesellschaft ihre Kunst gefunden. Sie ist das Bewusstsein der Klasse, die die letzte gewesen sein wird.«
Situationistische Internationale

ANDERE ENTSETZLICHE ARBEITERINNEN

Noch in einem späten Text hat Breton den Surrealismus in die Tradition einer weit verstandenen Romantik und den surrealistischen Dichterhalbgöttern Charles Baudelaire und Arthur Rimbaud ausdrücklich den romantischen Schriftsteller und Philosophen Novalis an die Seite gestellt. Stammt von Novalis der Satz »Die Welt

muss romantisiert werden« und von Rimbaud der Satz »Man muss unbedingt modern sein«, instruieren beide Sätze die innere Dialektik des »dichterischen Lebens«, für das der 17-jährige Rimbaud (1871) die bald berühmt gewordenen Worte fand: »Ich ist ein Anderer. [...] Der Dichter macht sich sehend durch eine lange, immense und überlegte Ent-Regelung aller Sinne. Alle Formen der Liebe, des Leidens, des Wahns; er forscht selbst, er schöpft in sich alle Gifte aus, um nur die Quintessenzen zu bewahren. [...] Er gelangt zum Unbekannten, und wenn, ganz baff, er dann die Einsicht in seine Visionen verliert – er hat sie gesehen. Mag er bei seinem Springen durch die unerhörten und unbenennbaren Dinge krepieren: Es kommen andere entsetzliche Arbeiter, sie fangen bei den Horizonten an, wo der andere niedergesunken ist. [...] Der Dichter ist also wirklich der Dieb des Feuers. Er ist für die Menschheit, ja selbst für die Tiere zuständig; er wird seine Erfindungen spürbar, greifbar, hörbar machen müssen. Wenn das, was er von dort mitbringt, Form hat, gibt er Form: Ist es ungeformt, gibt er Ungeformtes.«

»Leichte Bande sind mir Ketten, und die Heimat wird zum Kerker. Darum fort und fort ins Weite aus dem engen dumpfen Leben.«
Karoline von Günderode

Wie Laure und einige andere DichterInnen fielen Novalis, Baudelaire und Rimbaud der rückhaltlosen Verausgabung ihrer Subjektivität zum Opfer: Novalis starb mit 29 Jahren an Tuberkulose, Baudelaire mit 46 Jahren verarmt und ausgezehrt von Alkohol- und Drogenkonsum. Rimbaud schrieb seine Gedichte und Prosa zwischen seinem 15. und 20. Lebensjahr, brach sein Schreiben und sein exzessives Künstlerleben dann zugunsten eines anderen Exzesses ab: Er reiste jahrelang kreuz und quer durch das kolonialisierte Afrika, wurde Händler, wurde wohlhabend, wurde krank, kehrte nach Europa zurück und starb mit 37 Jahren qualvoll in Marseille nach der Amputation seines rechten Beines.

Der Geschichte Novalis', Baudelaires und Rimbauds ist die Geschichte der Karoline von Günderode hinzuzufügen: geboren 1780, Schülerin eines Darmstädter Damenstifts, die dort Philosophie, Geschichte und Literatur studiert und sich für die Französische Revolution begeistert. Sie liest Schelling, Fichte, Schlegel und Novalis, beginnt zu schreiben und unter dem männlichen Pseudonym Tian zu veröffentlichen: Gedichte über Freiheit und Gefangenschaft, über Liebe und Tod. Trotz prominenter Anerkennung bleibt ihr nur der mehrfach wiederholte Versuch, der bürgerlichen Frauenrolle durch Liebesverhältnisse zu entkommen. »Sie hat das Unglück«, schrieb Christa Wolf (1979, 13), »leidenschaftlich und stolz zu sein, also verkannt zu werden. So hält sie sich zurück, an Zügeln, die ins Fleisch schneiden. Das geht ja, man lebt. Gefährlich wird es, wenn sie sich hinreißen ließe, die Zügel zu lockern, loszugehen, und wenn sie dann, in heftigstem Lauf, gegen jenen Widerstand stieße, den die anderen Wirklichkeit nennen und von dem sie sich, man wird es ihr vorwer-

fen, nicht den rechten Begriff macht.« Nach dem Scheitern eines letzten Ausbruchsversuchs erdolcht sie sich im Alter von 26 Jahren.

Spannt man die Epoche der Romantik frei bis auf die Zeit Rimbauds aus, der 1874 zu schreiben aufhört, dann fällt die junghegelianische Bewegung in ihre Mitte. Die Junghegelianer waren keine Künstler, sondern Philosophen, fielen aber ebenso aus den für ihre Bildungsgeschichte vorgesehenen bürgerlichen Karrieren heraus, schlossen sich der Boheme an, verkehrten in ihren Kreisen und in ihren Kneipen. Auch sie sind meistens Männer – aber eben nicht nur. Zu ihnen gehört Marie Dähnhardt, die Zigarren raucht und in Männerkleidern in der Berliner Hippelschen Weinstube verkehrt, wo sie sich 1843 von einem unter Vorwänden herbeigelockten, angesichts der betrunkenen Gesellschaft höchst verwirrten Priesters mit Max Stirner verheiraten lässt, der seinem philosophischen Hauptwerk *Der Einzige und sein Eigentum* (1845) die Widmung »Meinem Liebchen Marie Dähnhardt« voranstellt. Stirner ist heute primär durch die maßlos ungerechte, letztlich selbstdestruktive Polemik bekannt, mit der die Mit-Junghegelianer Karl Marx und Friedrich Engels ihn in der *Kritik der Deutschen Ideologie* (1846) überzogen, in der er als »Sankt Max« firmiert. Das zu ihren Lebzeiten gar nicht veröffentlichte Buch markiert den entscheidenden Bruch im Junghegelianismus. Dieser Bruch ist heute, anders als Marx und Engels damals glaubten, weniger als Bruch zwischen Materialismus und Idealismus denn als Bruch zwischen Sozial- und Künstlerkritik, als Bruch aber auch im Denken von Marx und Engels selbst zu lesen: ein Bruch, den erst der Mai 68 überbrückt hat. Von dort sind die heutigen, in verschiedener Weise ›postmarxistischen‹ Formen der Kritik zu verstehen, in denen Marx und Stirner, Marx und Rimbaud, Marx und Nietzsche mehr oder minder zwanglos aufeinander bezogen werden, getreu der Einsicht Bretons: »›Die Welt verändern‹, hat Marx gesagt; ›das Leben ändern‹, hat Rimbaud gesagt. Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige.«

»›Die Welt verändern‹, hat Marx gesagt; ›das Leben ändern‹, hat Rimbaud gesagt. Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige.«
André Breton

Überarbeitete und gekürzte Fassung der Luxemburg Lecture, gehalten am 27. Juni 2014 zum Auftakt der III. Transformationstagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

LITERATUR

Benjamin, Walter, 1929: Der Sürrealismus, Die letzte Momentaufnahme der europäischen Intelligenz, in: *Angelus Novus*, Frankfurt 1966, 201ff

Rimbaud, Arthur, 1871: Brief an Paul Demeny vom 15. Mai 1871, in: *Die Zukunft der Dichtung: Rimbauds Seher-Briefe,* Berlin 2010, 25ff

Roth, Karl-Heinz, 1974: *Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München*

Wolf, Christa, 1979: *Kein Ort. Nirgends,* Berlin/Weimar

AUSWEIS HER!

NEW YORK CITY FÜHRT EIN KOMMUNALES PERSONALDOKUMENT EIN

ALINA MOGILYANSKAYA

Die Stadt New York wird ab Januar 2015 einen kommunalen Personalausweis einführen. Bemerkenswert ist das überhaupt nur deshalb, weil auch New YorkerInnen ohne legalen Aufenthaltstatus Zugang zu diesem Dokument erhalten werden. Für 500 000 illegalisierte MigrantInnen, die im Schatten der Gesellschaft in permanenter Unsicherheit leben, wird die *Communal ID* völlig neue Teilhabemöglichkeiten eröffnen: Sie erhalten Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen, können leichter Miet-, Handy- und andere Verträge abschließen, unkomplizierter Bankgeschäfte erledigen und vieles mehr. Am wichtigsten ist, dass der Ausweis für sie einen Schutz im Umgang mit der Polizei bedeuten wird. Bei einfachen Kontrollen ist nicht mehr erkennbar, dass sie nicht über gültige Aufenthaltspapiere verfügen.

Der kommunale Personalausweis ist zentraler Baustein einer veränderten Migrationspolitik, die der demokratische Bürgermeister Bill de Blasio in den ersten Monaten seiner

Amtszeit auf den Weg gebracht hat. Gleichzeitig ist er Ergebnis einer gut und lange vorbereiteten Kampagne. Während die Reform des Einwanderungsgesetzes auf Bundesebene stockt und nach wie vor Menschen in großem Stil abgeschoben werden, haben einzelne Städte und Bundesstaaten Taktiken entwickelt, um an Washington vorbei die Sicherheit von EinwanderInnen zu stärken. New York City könnte bei dieser Verschiebung des politischen Terrains eine Vorreiterrolle spielen.

REVOLTE DER STÄDTE

Frustriert davon, dass auf Bundesebene seit Jahren nur minimale Fortschritte in Fragen einer Einwanderungsreform zu verzeichnen sind, haben sich AktivistInnen zunehmend der kommunalen Ebene zugewandt. Die Städte scheinen aussichtsreichere Orte zu sein, um die Lebensbedingungen von schätzungsweise elf Millionen EinwanderInnen ohne Papiere substanziell zu verbessern. Seit 2005 sind so im ganzen Land Dutzende konkrete Maßnahmen umgesetzt worden: Sie reichen von der Einschränkung der Zusammenarbeit mit den Einwanderungsbehörden des Bundes über die Ausweitung kommunal finanzierter Gesundheitsversorgung und sozialer Dienstleistungen bis zur Gewährung von städtischen Ausweispapieren und Wahlrechten.

Die Wahlen von 2013 haben auf lokaler Ebene teils deutlich die Kräfteverhältnisse verschoben und die fortschrittlichsten KommunalpolitikerInnen der jüngeren Geschichte der USA an die Macht gebracht. Eine Zeitung beschrieb dieses Phänomen als »Revolte der Städte«. In Boston, Minneapolis, Pittsburgh, Seattle und andernorts wurden linke BürgermeisterInnen und StadträtInnen gewählt. Bill de Blasio gilt als Paradebeispiel dieses neuen urbanen Populismus. Er stützt sich auf eine links orientierte Regierung, in der die wichtigsten Ämter mit fortschrittlichen PolitikerInnen besetzt sind. Im Stadtrat werden Gesetzgebungsverfahren von der starken linken Fraktion – dem *Progressive Caucus* – bestimmt, sie stellt 18 von 51 Abgeordneten.

Dieser fortschrittliche Block wurde maßgeblich durch einen neuen eindrucksvollen Akteur auf der politischen Bühne der Stadt an die Macht gebracht: der *Working Family Party* (WFP). Diese dritte Partei ist eine sozialdemokratische Koalition aus Gewerkschaften, Stadtteilgruppen und BürgerrechtsaktivistInnen. Sie organisiert nicht nur politische Kampagnen, sondern beteiligt sich auch an Wahlen. Um progressive Politik zu unterstützen, stellen sie jedoch keine eigenen KandidatInnen auf, sondern unterstützen die jeweils fortschrittlichsten Kräfte – meist demokratische KandidatInnen. Nachdem sie bereits 2010 die Bildung eines *Progressive Caucus* ermöglichte, konnte die WFP 2013 viele der zentralen Wahlkampfthemen bestimmen und Einfluss darauf nehmen, welche KandidatInnen von den Demokraten aufgestellt wurden. Einige der wichtigsten Mitgliederorganisationen der

ALINA MOGILYANSKAYA ist leitende Redakteurin des *Indypendent* – eine linke Zeitung in New York. Als freie Journalistin schreibt sie zu Migrationsthemen. Im Alter von sechs Jahren ist sie selbst mit ihrer Familie aus Russland in die USA eingewandert.

WFP haben eine starke migrantische Basis. Zu ihr gehören schlagkräftige Gewerkschaften wie die Ortsverbände 32BJ und 1199 der *Service Employees International Union* (SEIU), aber auch stadtteilorientierte Gruppen wie *Make the Road NY*. Sie sind Teil einer Bewegung für kommunale Rechte von MigrantInnen, die im letzten Jahrzehnt deutlich an Sichtbarkeit und Einfluss gewonnen hat. Dank der erfolgreichen Wahlbeteiligung der WFP – die den Sieg de Blasios erst möglich gemacht hat – hat diese Bewegung nun das Ohr des Bürgermeisters und des Stadtrats. Auch weil sie im Zweifelsfall die Kapazitäten hat, außerparlamentarischen politischen Druck aufzubauen, bieten sich völlig neue Möglichkeiten.

Die Kampagne für einen kommunalen Personalausweis zeigt, wie gut hier die unterschiedlichen Ebenen und politischen Akteure zusammenspielen konnten. Nachdem die *Communal ID* im Vorfeld der Bürgermeisterwahlen 2013 als Wahlkampfthema gesetzt worden war, gelang es *Make the Road NY*, eine breite Koalition zu bilden aus Gruppen, die für die Rechte von EinwanderInnen, LGBTs, Obdachlosen und anderen Minderheiten eintreten. In dieser Konstellation ließ sich der nötige politische Druck aufbauen. De Blasio unterstützte den Ausweis, der Vorschlag wurde mit Unterstützung der Vorsitzenden des Stadtrats Melissa Mark-Viverito vom *Progressive Caucus* als Gesetzesvorlage eingebracht und schließlich von einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet.

PERSPEKTIVEN UND KOMPROMISSE

Jede Erfolgsgeschichte hat auch eine Kehrseite. So gut die linken Kräfte in New York derzeit auch kooperieren, sie haben mächtige Gegner in der Stadt. Der Gesetzesentwurf enthielt ursprünglich noch einen Passus zum Datenschutz. Dieser hätte es den Behörden untersagt, Dokumente zu archivieren, die bei der Beantragung des Ausweises vorgelegt werden mussten. Dieser Passus wurde von der New Yorker Polizei (NYPD) abgelehnt und daraufhin aus dem Gesetz genommen. Bis auf die *New York Civil Liberties Union* hatten alle beteiligten Gruppen diese bittere Pille geschluckt, um den prinzipiellen Erfolg des Projekts nicht zu gefährden. Die Stadt kann die Dokumente nun zwei Jahre aufbewahren und sie der Polizei im Fall eines Konflikts mit den Behörden zugänglich machen. Dies wird einige MigrantInnen davon abhalten, den Ausweis zu beantragen. Die Angst, dadurch doch ins Visier der bundesstaatlichen Abschiebebehörden zu geraten, ist riesig.

Der kommunale Ausweis bildet den vorläufigen Höhepunkt einer ganzen Reihe politischer Maßnahmen, die in New York in den letzten Monaten auf den Weg gebracht wurden, um die Lebenssituation von illegalisierten MigrantInnen zu verbessern. Zu ihnen gehören die Finanzierung eines Rechtsbeistands im Fall einer drohenden Abschiebung, Unterstützung von Minderjährigen, die aus Mittelamerika einwandern, einschließlich eines Rechtsbeistands, sowie Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem. Außerdem wurde zusammen mit Chicago und Los Angeles eine Initiative gestartete, die es MigrantInnen mit legalem Aufenthaltstatus erleichtert, die US-Staatsbürgerschaft zu beantragen. Die ca. drei Millionen im Ausland geborenen New YorkerInnen werden darüber hinaus noch

von anderen Maßnahmen profitieren, wie etwa einer Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der flächendeckenden Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kleinkinder.

Einige wichtige Punkte sind allerdings noch offen. Angesichts der aktuellen Situation auf Bundesebene ist das dringlichste Anliegen ein Schutz vor Abschiebungen. Die von Präsident Obama im November 2014 per Dekret verfügte Reform wird – so sie denn kommt – für rund 4 bis 5 Millionen MigrantInnen ohne Papier eine zumindest temporäre Lösung darstellen. Der kommunale Ausweis bietet in New York einen darüber hinaus gehenden Schutz, weil er das Risiko senkt, wegen fehlender Papiere festgenommen und der Bundesbehörde für Migrationsfragen – der *Immigration and Customs Enforcement* (ICE) – übergeben zu werden. Die grundsätzliche Gefahr einer Abschiebung bleibt jedoch bestehen. Ein wirklicher Schutz wäre erst gegeben, wenn die Stadt ihre Zusammenarbeit mit der ICE-Behörde komplett einstellen würde. Doch auch hier bewegt sich etwas. Die neue Regierung in New York hat ebenfalls im November deutliche Einschränkungen dieser Zusammenarbeit angekündigt: Anfragen der ICE sollen künftig nur noch dann bedient werden, wenn aufgrund einer Verurteilung für ein Gewaltverbrechen ein Haftbefehl vorliegt. Zu welchem Gerangel mit dem NYPD und den Einwanderungsbehörden des Bundes dieser Entschluss führen wird, bleibt abzuwarten.

Auf der Tagesordnung steht außerdem die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Menschen ohne US-amerikanische Staatsangehörigkeit, das einigen Rückhalt im Stadtrat hat. Andere progressive Reformen, wie zum Beispiel ein Führerschein für Menschen ohne Papiere oder der sogenannte *Dream Act*, der StudentInnen ohne Papiere Stipendien gewähren würde, liegen jenseits der gesetzgeberischen Möglichkeiten der Stadt und werden schon seit Langem von den Konservativen im Senat des Bundesstaats New York blockiert. In diesem Punkt fällt das liberale New York hinter elf Bundesstaaten zurück, die bereits einen Führerschein für Menschen ohne Papiere ausstellen, und hinter weitere 15 Staaten, in denen unterschiedliche Versionen eines *Dream Act* verabschiedet wurden.

Angesichts der Tatsache, dass die Republikaner bei den letzten Senatswahlen im Bundesstaat New York die Mehrheit errungen haben, wird sich an dieser Tendenz erstmal nichst ändern. Dafür sind aber weitere Erfolge auf der Ebene städtischer Politik absehbar. Nicht nur in New York City ist die Bewegung im Aufwind und in dem Maße, wie anderswo ähnliche Reformschritte gegangen werden, ist auch New York unter Druck weiter mitzuziehen. Die skizzierten Maßnahmen bleiben zwar deutlich hinter substantiellen Veränderungen zurück, wie sie sich viele MigrantInnen wünschen würden. Nichtsdestotrotz ist es gelungen, die Blockadehaltung der Republikaner auf Bundesebene durch kleine lokale Reformen zu unterlaufen. Hier wurde ein Fenster aufgestoßen und ein neuer politischer Raum geöffnen. AktivistInnen, die für Rechte von MigrantInnen kämpfen, sind jedenfalls entschlossen, in diesen Fragen auch in Zukunft nicht locker zu lassen.

Aus dem Englischen von Christian Frings

KONTROVERS

PARTIZIPATION UND DEMOKRATIE

ISABELL LOREY ▮ ALEX DEMIROVIĆ

VON LIBERALER HERRSCHAFTS-SICHERUNG ZUR PRÄSENTISCHEN DEMOKRATIE

ISABELL LOREY

Die Frage der Partizipation taucht in repräsentativen Demokratien in der Regel dann auf, wenn jener wieder einmal eine Krise attestiert wird. Immer weniger BürgerInnen wollen sich in Parteien engagieren. Wenn sie politisch aktiv sind, dann eher in lokalen Plattformen, für Volksentscheide oder bei Protesten für oder gegen Infrastrukturprojekte. Das Engagement orientiert sich daran, das Lokale mitzugestalten, die Orte, an denen man lebt und gegebenenfalls auch arbeitet. Das kann demokratische Selbstorganisierung bedeuten, die zugleich im Interesse von Politik und Planung ist. Aktive Bürgerbeteiligung ist gewollt – vor allem bei Großprojekten. Partizipation ist Teil von Gesetzgebungsprozessen. Sehr demokratisch, könnte man meinen: der Bürger als Souverän. Doch immer wieder entpuppt sich diese Art der Demokratisierung als Beschäftigungstherapie, um breite Proteste zu verhindern und mittels Beteiligung zu regieren.

REGIEREN DURCH PARTIZIPATION

Aktivbürgerschaft ist kein eindeutiger Gradmesser mehr für eine ›lebendige‹ Demokratie, Aktivsein ist seit dem neoliberalen Um- und Abbau des Sozialstaates ein Muss. Nur wer sein Leben selbstverantwortlich in die Hand nimmt, wer sich flexibel und kreativ gibt und auf seine Gesundheit achtet, ist heutzutage ein marktkompatibler Bürger. Die kapitalisierbare Selbstführung der Einzelnen gehört ebenso zu einer neoliberalen Regierungsweise wie eine partiell ausgeweitete Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Selbstbestimmung, Freiheit und Partizipation mutieren von demokratischen Versprechen zu Instrumentarien von Herrschaft. Mittels kapitalisierbarer Aktivierung etabliert sich in einer autoritärer werdenden Demokratie (Demirović

2013) ein neues Modell von (Staats-)Bürgerschaft: die *entrepreneurial citizenship* (Sauer 2013). Soziale und politische Rechte werden an die aktive Marktteilnahme gebunden. Konsumstarke marktkompatible Partizipation gilt als Kriterium für Zugehörigkeit und strukturiert auch das europäische Grenzregime, teilt in erwünschte und unerwünschte (›Armuts‹-) Migration. Nur für jene, die in ökonomischer Hinsicht einen Gewinn versprechen, gilt das nationale wie europäische Recht auf Mobilität.

Das Regieren durch Partizipation führt nicht zu einer größeren Mitbestimmung oder der Ausweitung von Repräsentation. Die konstitutiven Missstände liberaler Demokratie bleiben erhalten. Hinzu kommt, dass politische Entscheidungen immer weniger in den Parlamenten getroffen werden. Aber auch andere Institutionen repräsentativer Demokratie, wie Parteien und Verbände, stehen seit Längerem in der Kritik. In jüngster Zeit ist das am ausdrücklichsten in einem Slogan der 15M-Bewegung gegenüber der spanischen Regierung und den etablierten Parteien formuliert worden: »Ihr repräsentiert uns nicht. Das hier ist keine Demokratie.«

Wenn das mit der Demokratie nicht mehr richtig funktioniert, leben wir dann in einer Postdemokratie? Von Postdemokratie zu sprechen bedeutet, von der Deformierung einer wenn nicht idealen, so doch bestmöglichen liberalen Demokratie auszugehen, der es in ihrer sozialstaatlichen Ausprägung bis vor wenigen Jahrzehnten noch gelungen war, einen adäquaten Ausgleich zu den Härten des Kapitalismus zu bieten. Eine solche romantisierende Sicht auf den Wohlfahrtsstaat der 1970er Jahre ignoriert, dass die soziale Absicherung über das männliche Ernährermodell in der Familie patriarchal strukturiert war und auf unbezahlter, abgewerteter weiblicher Sorge- und Reproduktionsarbeit im Privaten basierte.

Die nostalgische Rede von Postdemokratie erfasst nicht das grundlegende Problem, das in der spezifischen Bauweise liberaler Demokratie begründet ist. Liberale repräsentative Demokratie ist jene historische Form, die sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts als Kompromiss zwischen Besitzenden und Armen durchsetzen konnte und Letzteren Anlass dafür gab, sich den Mächtigeren zu unterwerfen. Wenn die Effektivität von staatlicher Herrschaft durch Partizipation nicht erhöht werden konnte, war ihre Grenze schnell erreicht (Demirović 2013). In der Geschichte liberaler Demokratie ging es nie darum, dass alle gleichberechtigt an der

ISABELL LOREY arbeitet am *European Institute for Progressive Cultural Policies* (eipcp) in Berlin und ist Mitherausgeberin von *transversal texts*. Ihre Forschung zur Regierung der Prekären (2012) ist verwoben mit sozialen Bewegungen und der Frage nach neuen demokratischen Praxen, wie sie in den globalen Protestbewegungen seit 2011 entwickelt werden. Im Frühjahr 2014 war sie Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Kontroverse mit Alex Demirović ist Ergebnis einer Veranstaltung, die im Mai in Berlin stattgefunden hat.

ALEX DEMIROVIĆ ist kritischer Theoretiker und organischer Intellektueller einer pluralen Linken. Er schreibt zu Krisen-, Staats- und Demokratietheorie, ist Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens teilnehmen, sondern darum, den (zivil) gesellschaftlichen Frieden zu bewahren. Im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit gelang es, die Schere zwischen Arm und Reich in einem gesellschaftlich verträglichen Ausmaß zu halten– nicht zuletzt durch die Repatriarchalisierung des Geschlechterverhältnisses. Die Frauenbewegung und andere soziale Bewegungen brachen dieses liberale sozialstaatliche Arrangement nachhaltig auf – mit Konsequenzen für das Verständnis von aktiver Bürgerschaft. Letztere weitet sich seit den 1960er Jahren aus, von Petitionen bis Demonstrationen.

Die liberale ist also weder in ihrer repräsentativen noch in ihrer plebiszitären Varianten die beste oder einzig mögliche Form von Demokratie. Es lassen sich andere Architekturen (er)finden.

WIDERSPRÜCHLICHE ARCHITEKTUR

Teilhabegrenzen sind in der liberalen Form von Demokratie nicht einfach zu beseitigen, sie gehören zu den Aporien dieser Form. Das Problem der Partizipation erwächst aus der grundlegenden Trennung zwischen dem Staat auf der einen und der (Zivil-)Gesellschaft auf der anderen Seite. Repräsentative Demokratie ist nicht zu trennen von Nationalstaatlichkeit und gilt in diesem Sinne als ›politische Demokratie‹, die von der Gesellschaft, von *allen*, die repräsentiert werden sollen, geschieden ist – das hat Marx bereits an Hegel kritisiert. Die Trennung zwischen dem Politischen und dem Sozialen gilt in der bürgerlichen liberalen Demokratie als notwendige politische Arbeitsteilung. Aus ihr erwächst die Unabdingbarkeit politischer Repräsentation. Diese Setzung führt zu einer weiteren Aporie: Die aktive politische Partizipation von *allen* ist gar nicht erwünscht. Sie wird durch Repräsentation gebändigt. Doch Repräsentation ist immer ausschließend, der Anspruch der Gleichheit ist mit diesem Instrument nicht durchsetzbar. Er ist im Gegenteil der Motor einer immer nur als zukünftig verstandenen Demokratie. Eine umfassende gleichberechtigte Partizipation *aller* ist nur als Telos, als prinzipiell unendliche Ausdehnung von Beteiligungsrechten zu verstehen, um die gekämpft werden muss. Das nie einlösbare Versprechen einer kommenden Demokratie, einer in die unendlich verschobene Zukunft gerichteten Demokratisierung, ist das Fundament dieser vom Sozialen getrennten politischen Demokratie.

Ist aber Repräsentation nicht gerade für politische Artikulation notwendig? Braucht es nicht den Widerspruch zwischen Repräsentation und Partizipation, um die Möglichkeit des bürgerlichen Engagements aufrechtzuerhalten? Anders gefragt: Ist nicht gerade der Anspruch einer Partizipation *aller* zynisch, wenn dieses *alle* ohnehin nur diejenigen meint, denen staatsbürgerliche Zugehörigkeit zugestanden wird? Wie auch immer der *demos* definiert wird – als StaatsbürgerInnen oder als BewohnerInnen – in der liberalen Logik darf sich nicht ereignen, dass *alle* teilnehmen, auch wenn neoliberale Governance-Strategien gegenwärtig auf den Ausbau von regierbarer Partizipation setzen. Das kann zu einem gefährlichen Spiel werden. Die Schwelle, an der eine herrschaftsfunktionale Bürgerbeteiligung kippt und das Potenzial entwickelt, diese Regierungsform durch Selbstorganisierung so umzubauen, dass eine neue Form von Demokratie entsteht, ist nicht kontrollierbar.



ParlamentarierInnen des Kantons Cizîrê (Nordsyrien) verabschieden ein Gesetz über Zivilehe.

RADIKALE INKLUSION UND PRÄSENTISCHE DEMOKRATIE

In den Demokratiebewegungen in Südeuropa wird die unmögliche Partizipation aller in den letzten Jahren zur Selbstorganisierung der Vielen. In den Solidaritätsnetzwerken und Initiativen, die in Spanien und Griechenland aus den Platzbesetzungen 2011 hervorgegangen sind, geht es nicht um Partizipation in der Logik liberaler Demokratie. Traditionelle Formen von Repräsentation werden zurückgewiesen, die Bestätigung des Fundaments liberaler Demokratie wird verweigert. Auch die Arbeitsteilung zwischen der politischen Demokratie der Regierung und der im Aktivbürgertum verharrenden Zivilgesellschaft wird aufgekündigt: Es werden keine Forderungen mehr an die politischen RepräsentantInnen gestellt. Die etablierte Form der politischen Arbeitsteilung hat sich im Rahmen der Austeritätspolitik endgültig als Farce herausgestellt.

Die unmögliche Partizipation aller in der Logik liberaler Demokratie wird von den Bewegungen zu einem neuen demokratischen Verständnis von Teilnahme gewendet: das der radikalen Inklusion. Es weist die Dynamiken der regierbaren Individualisierung zurück und geht von der wechselseitigen Relationalität mit anderen und der Umwelt aus. Affektive Bezogenheit und Praxen der Solidarität stehen im Vordergrund, nichtidentitäre Aufteilungen in ›wir‹ und ›sie‹. Von Beginn an ist sozi-

ale Reproduktion in den Bewegungen neu organisiert worden und spielt eine immer bedeutendere Rolle in den sich aus den Besetzungen entwickelnden Solidaritätsnetzwerken im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnbereich (vgl. Benos in *LuXemburg* 1/2014). Feministische Überlegungen zur Neuorganisation von Arbeitsteilung und Reproduktion erlangen hier neue Aktualität, etwa jene des Madrider Kollektivs *Precarias a la deriva* zur *cuidadanía* zu einer auf Sorge beruhenden politischen Sozialität.

Radikale Inklusion bedeutet auch, dass immer mehr gesellschaftliche Bereiche durch offene Versammlungen gestaltet werden, durch möglichst egalitäre Weisen der Teilnahme, um gemeinsame Angelegenheiten in den Kommunen oder in Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen selbst zu organisieren und Privatisierungen etwa von Gütern wie Wasser abzuwenden. Solidaritätsnetzwerke bilden sich durch und mit denjenigen, die im Zuge von Sparpolitiken aus der Krankenversicherung herausfallen, wie die Sozialkliniken in Griechenland (als Teile von *Solidarity4all1*) oder das Netzwerk *Yo Sí, Sanidad Universal* in Spanien, das MigrantInnen unterstützt. Auch die erfolg- und einflussreiche spanische Plattform für Hypothekenbetroffene (PAH) und all die Initiativen, die Essen für Bedürftige sammeln, verstehen sich nicht einfach als soziale Hilfsdienste in der Not, sondern als politische Praxen zur Entwicklung neuer sozialer Infrastrukturen (vgl. Candeias in *LuXemburg* 3, 4/2013) und einer neuen demokratischen Weise des Zusammenlebens.

Die Praxen und Instituierungen radikaler Inklusion sind nicht allein in der Selbstorganisierung durch Versammlungen zu finden. Eine der zentralen Frage ist, wie konkrete soziale Räume so organisiert und strukturiert werden können, dass sie für jede und jeden offenbleiben, eine Begegnungsmöglichkeit jenseits von vorgefertigten Konzepten eröffnen. Horizontalität spielt als Instrument eine wichtige Rolle: Räume und Sprechsituationen werden so gestaltet, dass Interessierte sich ermächtigt und ermutigt fühlen zu sprechen und ihnen respektvoll zugehört wird und ihre Stimme zählt. Das bedeutet nicht – wie oft missverstanden wird –, dass alle Entscheidungen in (langen) Versammlungen getroffen werden. Schon in der Organisierung der Plätze gab es verschiedene Komitees und Arbeitsgruppen. Horizontalität war und ist an vielen Orten nicht Dogma, sondern der Ausgangspunkt, von dem aus mit unterschiedlichen Formen von Delegation, abhängigen Mandaten und Räten bis zur Bildung neuer Parteiformen experimentiert wird. In Spanien lässt sich das gerade an *Podemos* (Wir können) beobachten, einer vornehmlich aus der 15M-Bewegung entstandenen neuen Partei (vgl. Iglesias in *LuXemburg Online*).

Erst ein paar Wochen vor der Europawahl im Frühsommer 2014 gegründet, gewann sie auf Anhieb beachtliche fünf Sitze im Europaparlament. Seit vergangenem Sommer entsteht im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2015 eine weitere neue Organisationsform, die sich als ›Raum‹ versteht, in dem BürgerInnen, Leute aus den sozialen Bewegungen, Kollektive und Parteien wie *Podemos* zusammenarbeiten. Die lokalen Vereinigungen nennen sich *Ganemos* (Wir gewinnen), versehen mit dem Zusatz der jeweiligen Kommune: *Ganemos Madrid*, *Ganemos Málaga* oder auf katalanisch *Guanyem Barcelona*, deren Spitzenkandidatin Ada

Colau, eine bekannte Aktivistin der PAH, ist.2 *Ganemos* will kommunalpolitische Institutionen erobern und trotzdem noch weniger zu einer Partei werden als *Podemos*. Stattdessen soll eine demokratische Rebellion losgetreten werden, die ›reale Demokratie‹ in der Jetztzeit (Benjamin 1974). Es geht um eine andere Demokratie, die – entsprechend dem zentralen Slogan von *Ganemos Madrid (La democracia empieza en lo cercano)* – im Lokalen, in der Nähe, in der Nachbarschaft, in der Kommune beginnt und dort eine Stadt schafft, die für jede und jeden ein Leben in Würde ermöglicht, in der nachhaltig und gerecht agiert wird. Auf kommunaler Ebene wird ausprobiert, was auf die Landesebene und auf ganz Europa ausgeweitet werden soll.

All das sind Komponenten eines demokratischen konstituierenden Prozesses (Hardt/Negri 2013). Die darin entstehende neue Form von Demokratie, die ›reale Demokratie‹ in der Jetztzeit habe ich als präsentische Demokratie bezeichnet (vgl. Lorey in *LuXemburg* 4/2012). Präsentische Demokratie durchbricht liberaldemokratische Zeiten und Räume. Sie wird zu einer neuen Form von Demokratie, die auf Affektivität und Relationalität basiert und in der ein ›gutes Leben‹ für die Vielen möglich ist. Präsentische Demokratie lebt nicht von einem aufgeschobenen Versprechen in die Zukunft. Sie wird in der Aktualität, in der Jetztzeit der Kämpfe bereits praktiziert.

Neue Werkzeuge im konstituierenden Prozess einer präsentischen Demokratie sind zwei 2014 veröffentlichte Chartas: die *Carta por la democracia* und die *Charter for Europe*.3 Die aus der 15M-Bewegung hervorgegangene Bewegung für Demokratie *(Movimiento por la democracia)* hat in einem einjährigen Prozess mit etwa 200 Teilnehmenden in 30 überall in Spanien stattgefundenen Workshops die *Carta por la democracia* erarbeitet. Sie wird als Diskussionsangebot darüber verstanden, wie ein anderes politisches, soziales, ökonomisches und rechtliches Zusammenleben aussehen könnte und wie damit begonnen werden kann, es zu praktizieren. Die *Carta por la democracia* soll nicht notwendigerweise in eine neue spanische Verfassung münden, noch ist sie auf den nationalen Kontext beschränkt. Sie ist an vielen Stellen in internationalistischer Perspektive formuliert und war auch Anstoß für die *Charter for Europe*: Ausgehend von einem internationalen Aktivistentreffen Ende Februar 2014 in Madrid ist in einem mehrmonatigen kollektiven Prozess ein erster Entwurf verfasst worden, der sich als Teil eines konstituierenden Prozesses zur Schaffung eines neuen Europas ›von unten‹ versteht. Er lädt uns dazu ein, in die Diskussion darüber einzutreten, in welcher sozialpolitischen Demokratie ein ›gutes Leben‹ für die heterogenen Vielen möglich sein kann. Der Chartaentwurf schlägt konzeptionell bereits einen offenen Raum vor, der eine radikale Inklusion in einer präsentischen Demokratie ermöglichen kann. Ein zentraler Angelpunkt dafür ist eine neu gedachte Bürgerschaft, die Zugehörigkeit offen hält, unabhängig von Geburts- und Herkunftsort (vgl. Georgi in diesem Heft). Der *demos* bleibt unbestimmt und setzt sich aus der Heterogenität der Vielen zusammen. Es stellt sich nicht mehr die liberale Frage der Partizipation. Im Zentrum steht die Konstituierung und Instituierung des Gemeinsamen durch radikale Inklusion. Das Gemeinsame ist nicht das, was alle teilt. Es ist das, was gemeinsam geteilt wird.

EIN NEUES PROJEKT DER DEMOKRATISIERUNG

ALEX DEMIROVIĆ

In ihrem Buch *Multitude* (2004) haben Michael Hardt und Antonio Negri ein neues Konzept der Demokratie angedeutet. Es stellt angesichts des Bezugs auf Globalisierung und die vielfachen Krisendynamiken sicherlich eine der anspruchsvollsten Demokratiekonzeptionen innerhalb der Linken und sozialen Bewegungen dar. Die Multitude verkörpert darin der historischen Tendenz nach eine neue konstituierende Macht. Nicht Klasse, Volk oder Masse, bildet sie stattdessen ein Netzwerk von singulären Subjekten, die in den vielfältigen Formen der Arbeit – industrielle, intellektuelle, affektive Arbeit – gemeinsam das Gemeinsame erzeugen. Sie überwindet die Trennung von Ökonomie, Sozialem und Kultur, und insofern kann die Multitude in einer neuartigen Form der horizontalen Demokratie die Spaltungen entlang von Nation, Ethnizität, Geschlecht oder verschiedenen Arten der Arbeit aufheben. Diese Multitude agiert immer in der Gegenwart, weil sie das Gemeinsame durch die Kooperation herstellt. Im Prinzip immer schon vorhanden, bedarf es eines politischen Projekts, um sie konkrete Wirklichkeit werden zu lassen.

Mein Eindruck ist, dass Isabell Lorey die Entwicklung der Diskussionen, die von der Protestbewegung M15 angestoßen wurden, stark unter dem Eindruck dieser grundsätzlichen Überlegungen von Hardt und Negri liest und die Prozesse in Spanien als ein Zu-sich-selbst-Kommen der Multitude deutet. Die Proteste in Spanien bringen demnach die historisch neue Form oder gar Periode der Demokratie ansatzweise zur Geltung. Sie wenden sich gegen die Repräsentation und den damit notwendigerweise verbundenen Ausschluss einer Vielzahl von Menschen, ebenso gegen eine Regierung der Individuen mit dem Mittel der Partizipation. Sie argumentieren für eine Horizontalität der Kommunikation und für eine Demokratie im Hier und Jetzt, die auf der Grundlage von Affektivität, Solidarität und Relationalität der Kommunikation bestrebt ist, alle Individuen zu inkludieren.

Es sind meiner Ansicht nach Projekte grundsätzlich positiv zu begreifen und zu unterstützen, in denen es darum geht, die Demokratie fortzuentwickeln und auf neue Grundlagen zu stellen. Auch halte ich es für richtig, dass diese Grundlage in der gesellschaftlichen Kooperation und Produktion des Gemeinsamen gesehen wird. Auf welche Weise diese Kooperation demokratisch organisiert werden kann, ergibt sich nicht aus Sachzwängen. Die Demokratie ist ein Labor, in dem viele Menschen in den unterschiedlichsten Kontexten experimentieren. Neben vielem, was in den vergangenen Jahrhunderten gelungen ist, erzeugte Demokratie aus sich heraus auch autoritäre Fehlentwicklungen, Misserfolge und resignatives Abfinden mit dem Status quo. Ohne damit den im Namen der Demokratie gebrachten Opfern nachträglich einen falschen und harmonisierenden Sinn zusprechen zu wollen, wurden in diesen Prozessen doch demokratietheoretische Erfahrungen gesammelt, um Dinge anders und besser zu machen. Die Kriterien, nach denen Lorey die Prozesse in der spanischen Protest- und Demokratiebewegung beurteilt, sind selbst Ergebnis einer Vielzahl



von demokratietheoretischen Diskussionen, die darauf zielen, Ausschlüsse zu beseitigen, den Individuen eine Stimme zu geben und ihre konkreten Lebensformen zur Geltung zu bringen. Trotz einer grundsätzlichen Sympathie und Solidarität mit solchen Projekten muss aber auch kritisch geprüft werden, wie praktikabel und verallgemeinerungsfähig sie sind. Zu oft hat sich die Linke von ihrem Enthusiasmus gefangen nehmen lassen, der für die Durchführung der konkreten Aktivitäten erforderlich ist. Es sind allgemeinere demokratietheoretische Gesichtspunkte, die ich vorbringen möchte.

1 | Repräsentation lässt sich nicht einfach aussetzen; sie ist ein Herrschaftsverhältnis, das sich aus der Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft, der Trennung von Ökonomie und

Frauenakademie von Rimelan

Staat, ergibt: Das Volk der StaatsbürgerInnen geht seinen alltäglichen Geschäften nach und wählt VertreterInnen, die in seinem Namen handeln. Es geht hier um ein Moment der Herrschaft der Produktionsmitteleigentümer, die sich vorrangig um ihre ›privaten‹ Geschäfte der Profitmaximierung kümmern und für Fragen des Gesamtinteresses Repräsentativorgane geschaffen haben, in denen Mandatsträger die für alle verbindlichen Regeln festlegen. Die Träger dieser politischen Form werden diejenigen, die die Macht der Repräsentativorgane durch neue Formen der Demokratisierung zu unterlaufen versuchen, in das Repräsentationsregime zwingen. Denn sie werden weiterhin

in Anspruch nehmen, dass die staatlichen Entscheidungen für alle gleichermaßen gelten sollen. Sich der Repräsentation zu entziehen heißt also, sich dieser Macht der Entscheidung zu entziehen und damit dem Block an der Macht, dessen Gruppierungen definieren, was die allgemein bindenden Entscheidungen sein sollen, und die versuchen, für diese eine Unterstützung auch von subalternen Gruppen zu erhalten. Wer nicht wenigstens stillhalten und sich fügen mag, wird mit dem allgemein gültigen Gesetz und der Polizei unter Druck gesetzt und ›erzogen‹. In Spanien hat es in den vergangenen Jahren eine enorme Verschärfung bei Demonstrations- und Streikrechten gegeben. Die allgemein verbindlichen Regelungen werden weiterhin im Parlament und in der Regierung getroffen. Gewählt wurde die tief korrupte und mit der großen Krise auf engste verbundene konservative Partei. Die alternative Demokratie ist demnach schwach.

2 | Diejenigen, die sich abspalten und eigene demokratische Wege für die Erzeugung des Gemeinsamen suchen, benötigen dazu die Produktionsmittel. Sich zu versammeln und zu diskutieren, sich wechselseitig in der Notlage zu helfen, Wohnungen und Häuser zu schützen oder zu besetzen und Privatisierungen von Wasser und Energie zu verhindern, ist lebensnotwendig und eine wichtige Grundlage, auf der Demokratieprozesse in Gang kommen können – also Entscheidungen von unten. Doch immer stellt sich für soziale Bewegungen die Frage, wie lange sie durchhalten, denn ihr Engagement findet neben ihrer Subsistenzarbeit statt. Die demokratische Diskussion und Entscheidung ist nicht direkt und umfassend mit ihrer Lebensgrundlage verbunden. Dies gibt zwangsläufig denjenigen mehr Macht, die weiterhin über den Einsatz der Produktionsmittel entscheiden, die über die Ressourcen der kollektiven Meinungs- und Willensbildung verfügen und entweder selbst die Zeit haben, sich politisch zu engagieren, oder andere dafür bezahlen können, stellvertretend für sie und abhängig von ihnen die allgemeinverbindlichen Entscheidungen zu diskutieren und zu treffen.

3 | Gesellschaftliche Zeit für die gemeinsamen Entscheidungen zu haben, ist also eine Machtfrage. Wenn es nicht zu Repräsentation kommen soll, bei der unkontrolliert wenige im Namen aller sprechen, dann gibt es als Alternative dazu die Willensbildung und Entscheidung unter Anwesenden oder die Wahl von Delegierten. Wenn soziale Bewegungen dieses Problem nicht bewusst lösen, entsteht sehr schnell Zeitnot, weil sich nicht alle an allen Entscheidungen oder gar deren Durchführung beteiligen können. Ein Ergebnis ist wechselseitiges Misstrauen, denn es ergeben sich immer Situationen, in denen einzelne Personen oder Gruppen in Begriffen eines kollektiven Wir sprechen. Daraus ergeben sich zwangsläufig Konflikte darüber, wer im Namen der Bewegung sprechen darf. Es erneuert sich also, weil die politische Form nicht ohne Veränderung ihrer gesellschaftlichen Grundlagen geändert werden kann, die Logik der Repräsentation. Sie ermöglicht es, einen von allen kontrollierten Modus zu finden, wie einzelne oder Gruppen verstetigt und im Namen dieser Bewegung sprechen, sich Gehör verschaffen, vielleicht sogar allgemein zur Verfügung stehende Ressourcen des staatlichen politischen Apparats nutzen können. So verstehe ich auch die Bildung einer Partei wie *Podemos*.

4 | Diese Überlegung führt mich zu einem letzten Gesichtspunkt, dem der Verfahren. Demokratie besteht nicht einfach aus Inklusion und horizontaler Mitsprache. Beides sind wichtige Merkmale. Doch es geht bei Demokratie auch um kollektiv bindende Entscheidungen. Darin liegt auch die große demokratiepolitische Herausforderung transformatorischer Projekte. Denn wenn das kollektive Leben betreffende Entwicklungspfade nicht vermeintlich blind-evolutionären oder marktförmigen Mechanismen – anders gesagt: herrschaftlichen Entscheidungen – überlassen bleiben, sondern Ergebnis bewusster Entscheidungen unter Beteiligung aller werden sollen, dann nimmt die Demokratie eine die Menschheit umfassende Dimension an, die alle Lebensbereiche einschließt: die Art der Ernährung, Besiedlungsweisen, Mobilitätspraktiken, die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und der technischen Aneignung der Natur, Formen des Wissens und der Bildung, familiale Reproduktionsmuster oder Kulturpraktiken. Es versteht sich, dass nicht alle Entscheidungen im Weltmaßstab getroffen werden müssen, aber in einigen Fällen wird es sinnvollerweise so sein, um entscheidende Koordinaten für eine emanzipierte Lebensweise zu setzen. Dazu bedarf es Verfahren, die sicherstellen, dass alle sich beteiligen können und Einfluss auf die Gestaltung und die Wirkungstiefe des Verfahrens haben, sodass sie sich darauf verlassen können, dass sich ihr Engagement lohnt. Wenn man befürchten muss, dass man ohnehin übergangen wird, dass SprecherInnen ihre eigene Agenda verfolgen, getroffene Entscheidungen ignoriert oder unterlaufen werden können, muss man auch in den Bewegungen darum kämpfen, wer spricht und wer entscheidet. Deswegen bedarf es auch hier der Verfahren und der Bindung an diese Verfahren. Versammlungen, offene Diskussionsrunden, Horizontalität allein reichen nicht, sondern schüren auf Dauer Konflikte, weil die Willensbildung und Entscheidungsfindung denen zufällt, die zufällig die Zeit haben und anwesend sind.

Das Konzept der präsentischen Demokratie nimmt die angesprochenen und weitere Gesichtspunkte wie die der Bündnispolitik oder des Handelns in den formellen politischen Institutionen nicht angemessen in den Blick und lässt sich von der Radikalität des demokratischen Willens der Bewegungen verführen. Der Impuls für eine radikale Erneuerung der Demokratie, der von diesen Bewegungen ausgeht, ist beeindruckend, aber wichtige Fragen werden, soweit ich sehe, nicht angegangen.

LITERATUR

Benjamin, Walter, 1974: Über den Begriff der Geschichte, in: *Gesammelte Schriften I.2*, Frankfurt/M, 691–704

Demirović, Alex, 2013: Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, in: *Prokla* 171, 193–215

Hardt, Michael und Antonio Negri, 2013: *Demokratie! Wofür wir kämpfen*, Frankfurt/M

Dies., 2004: *Multitude*, Frankfurt/M

Lorey, Isabell, 2012: Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen, in: Kastner, Jens et al. (Hg.): *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien/Berlin, 7–49

Precarias a la deriva, 2014: *›Was ist dein Streik?‹ Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, Wien, www.transversal.at

Sauer, Birgit, 2013: Komplexe soziale Ungleichheiten, Citizenship und die Krise der Demokratie, in: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*, Münster, 167–185

1 http://www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf

2 http://ganemosmadrid.info/ganemos-madrid/; https://guanyembarcelona.cat/gewinnen-wir-barcelona/

3 www.movimientoporlademocracia.net; http://guerrillatranslation.com/2014/06/26/a-charter-for-democracy/; *Charter for Europe*: www.transversal.at; deutsche Übersetzung: *Kamion* 0/2014, 89–94

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)

LINKE KOMMUNAL-POLITIK IN DER KRISE

Auswirkungen der EU-Politik auf Kommunen in Europa

Wie sich veränderte Finanzbedingungen in der Krise auf die unterste Ebene der Gesellschaft, die Kommunen, auswirken, stand bislang viel zu wenig im öffentlichen Interesse. Der Band versammelt Ergebnisse eines internationalen Erfahrungsaustauschs.

MANUSKRIPTE NEUE FOLGE, BD. 11
98 SEITEN, ISSN 2194-864X,
OKTOBER 2014



Thomas Fatheuer, Christian Russau

ABPFIFF

Eine kritische Bilanz der Fußball-WM 2014

Das größte Medienevent des Planeten ist so sehr wie noch nie in den Strudel unruhiger Zeiten geraten und selbst zum Gegenstand von Protesten geworden, dass das Modell Fifa-WM Brasilien wohl nicht unbeschadet überstanden hat. Aber hat die WM auch die Wahlen in Brasilien beeinflusst? Wer sind die Verlierer, wer sind die Gewinner dieser WM?

REIHE «ANALYSEN», 24 SEITEN
ISSN 2194-2951, NOVEMBER 2014



Detlef Hensche

TARIFEINHEIT, KOALITIONSFREIHEIT, TARIFAUTONOMIE UND STREIKRECHT

Gesetzliche Tarifeinheit im Widerstreit mit der Koalitionsfreiheit

Das geplante schwarz-rote Gesetz zur Tarifeinheit soll unterschiedliche Tarifverträge in Betrieben mit ganz oder zum Teil gleichem Geltungsbereich verhindern. Die Analyse zeigt, warum das Gesetz abzulehnen ist: Es verletzt die Koalitionsfreiheit von Gewerkschaften.

REIHE «ANALYSEN»,
CA. 30 SEITEN, ISSN 2194-2951

Christian Jakob

FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN REFUGEES WELCOME?

Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik

Diese Broschüre will auf den grundlegenden Widerspruch der europäischen Asylpolitik hinweisen: Die EU lässt sich als «Raum des Schutzes und der Solidarität» feiern, der den Opfern von Kriegen und Verfolgung Zuflucht bietet. Doch gleichzeitig tut sie alles, um zu verhindern, dass Menschen, die diesen Schutz nötig haben, ihr Recht auf Asyl in Anspruch nehmen können.

Download unter www.rosalux.de/publication/40329

«LUXEMBURG ARGUMENTE» NR. 8
2., AKTUALISIERTE AUFLAGE ERSCHEINT ANFANG JANUAR 2015


W&F

IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Christina Kaindl und Rainer Rilling
An dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Harry Adler, Johanna Bussemer,
Hanno Bruchmann, Malte Daniljuk, Tadzio Müller, Maria Oshana, Katharina Pühl,
Thomas Sablowski und Moritz Warnke.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit Heft 1/2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur;
www.text-arbeit.net

Titelbild: Ausschnitt der Weltkarte des osmanischen Admirals Piri Reis von 1513,
gemeinfrei wikimedia.org

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



2/2014 OH GOTT!

Weltweit eskaliert die Gewalt und meist sind es religiöse Spaltungen, an denen Konflikte ausgerichtet werden. Es ist die Religion, die Menschen bewegt, Revolten befeuert und der Empörung über das wirkliche Elend eine Stimme gibt. Die Grenze zwischen Opium und Protestation ist nicht immer leicht zu ziehen. Was hat die Renaissance der Religion in der organischen Krise zu bedeuten? Von Hamas bis Tea Party sind es religiöse Kräfte, die Alltagserfahrung bearbeiten, Lücken sozialer Reproduktion stopfen und Gemeinsinn stiften, wo Konkurrenz soziale Milieus zerstört hat. Wie gelingt es ihnen, das Leiden an der Welt zu fassen und doch so oft den Weg aus dem Jammertal zu verstellen? Und was bedeutet das für die Linke angesichts maroder Strukturen sozialer Daseinsvorsorge?

BEITRÄGE Stuart Hall | Dick Boer | Bodo Ramelow | Joanna Garcia Grenzner| Franz Segbers | Brigitte Kahl | Jan Rehmann | Ingar Solty | Stefanie Klee | Michael Ramminger | Klaus Lederer | u.a.

September 2014, 136 Seiten



1/2014 GESPENST EUROPA

Es gruselt und lockt, ist Traum, Schreckensszenario und düstere Realität zugleich. Für viele Linke ist Europa trotz Troika und Austeritätspolitik noch positiver Bezugspunkt, jenseits des ewigen Nationalismus. Die populistische Rechte sieht in der EU ein Sinnbild allen Übels: ›Multikulturalismus‹, ›Transnationalismus‹, ›Überfremdung‹. Und für Flüchtlinge endet der Traum von Europa oft schon vor seinen Küsten tödlich. Welche strategischen Herausforderungen ergeben sich für die Linke in einer Situation, in der RechtspopulistInnen die Europa-Kritik anführen? Wie lassen sich transnationale Perspektiven entwickeln, die die Festigkeit der neoliberal-autoritären EU-Strukturen ernst nehmen? Wie eine Vision für Europa, die mehr ist als ein naives ›Wünsch dir was‹?

BEITRÄGE Ernestesto Laclau | Giorgio Agamben | Yvonne Kuschel | Turgay Ulu | Thomas Seibert | Thodoros Paraskevopoulos | Harald Wolf | Susanne Hennig | Robert B. Reich u.a.

Mai 2014, 136 Seiten



3,4/2013 DIE KAMPFZONE AUSWEITEN

Die Aufgabe ist klar: die Kampfzone ausweiten! Globalisiertes Kapital und transnationalisierter Staat bedürfen einer grenzüberschreitenden Organisierung von Gegenbewegungen. Nur wie? Die neuen Demokratiebewegungen haben sich in lokalen Strukturen verankert. Wie aber kann aus diesen Alltagskämpfen eine Kraft entstehen, die das neoliberale Krisenregime herausfordert? Auch für Gewerkschaften gilt: Gegenmacht kann nur entstehen, wenn sich Akteure über Grenzen hinweg verbinden. *LuXemburg* 3,4/2013 fragt nach Möglichkeiten transnationaler Organisierung: Wie lassen sich lokale Initiativen mit grenzüberschreitenden Perspektiven verschränken? Wie Kämpfe um Arbeitsverhältnisse mit den Anliegen der neuen Bewegungen verbinden? Und wo bitte geht's zum Winterpalast?

BEITRÄGE Andrew Herod, Zehra Khan, Heiner Köhnen, Ingrid Kurz-Scherf, Asef Bayat, Göran Therborn, Nicole Mayer-Ahuja, Olaf Bernau, Susanne Lettow, Bodo Zeuner, Rodrigo Nunes

Dezember 2013, 240 Seiten

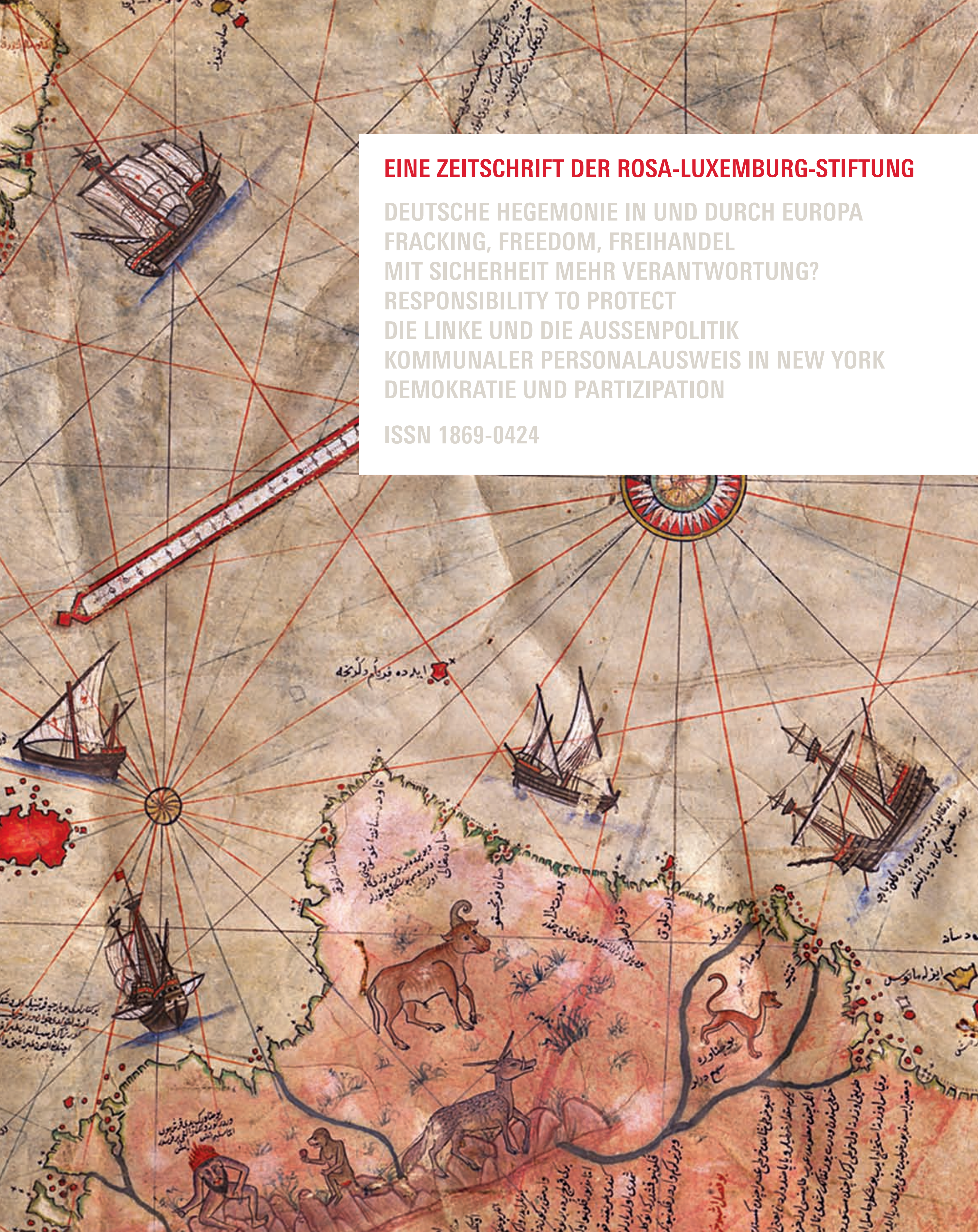


2/2013 ES REICHT

Der gesellschaftliche Reichtum ist größer denn je – man könnte meinen: Es reicht – wäre er nicht so ungleich verteilt. Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung eines linken Projekts, und doch verfangen die Kampagnen kaum. Klar ist, dass es um mehr gehen muss als nur um monetäre Verschiebungen. Aber wie organisieren wir eine umfassende Umverteilung von Arbeit und Zeit, auch zwischen den Geschlechtern? *LuXemburg* 2/2013 fragt nach Konstellationen, die Einstiege in einen solchen Umbau öffnen können: Wie kann der vermeintliche Gegensatz zwischen ökologischem Wandel und sozialer Frage überwunden werden? Wie die Spaltung zwischen gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen und einer Kritik am herrschenden Wachstumsmodell?

BEITRÄGE Nancy Fraser | Ulrich Schachtschneider | Katja Kipping | Horst Kahrs | Sabine Reiner | Mimmo Porcaro | Frigga Haug | Antje Schrupp | Michael Brie | Christa Wichterich u.a.

Juli 2013, 160 Seiten


EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
DEUTSCHE HEGEMONIE IN UND DURCH EUROPA
FRACKING, FREEDOM, FREIHANDEL
MIT SICHERHEIT MEHR VERANTWORTUNG?
RESPONSIBILITY TO PROTECT
DIE LINKE UND DIE AUSSENPOLITIK
KOMMUNALER PERSONALAUSWEIS IN NEW YORK
DEMOKRATIE UND PARTIZIPATION
ISSN 1869-0424